Der tschechische Staat.

Von **Karl Kautsky**.

Der tschechische Staat ist da. Sogar offiziell anerkannt. Gestritten wird nur noch darüber, welche Grenzen und welche Beziehungen zu seinen Nachbarn er haben soll. Die Entscheidung darüber wird wohl erst auf dem Friedenskongreß fallen. Heute handelt es sich darum, welche Haltung die Sozialdemokratie in dieser Frage einzunehmen hat.

Zwei Programme kommen in Betracht, das demokratische, das Palacky zur Zeit der Revolution von 1848 entwarf, und das feudalromantisch staatsrechtliche, zu dem er sich ein Dutzend Jahre später bekehrte. Für einen Sozialdemokraten kann allein das demokratische annehmbar sein.

Natürlich können wir dabei nur den Grundsatz der Selbstbestimmung entscheiden lassen, nicht etwa den der Sprachenkarte. Dieser die Entscheidung zu übertragen ist eine ganz schulmeisterliche Vorstellung, der die Landkarte höher steht als das Wollen der lebenden Menschen.

Die wenigsten Sprachenkarten Osteuropas sind genau. Einmal ist es dort mit der Statistik überhaupt schlecht bestellt, dann aber wissen alle Machthaber des Ostens, daß auf Grund einer solchen Statistik politische Ansprüche erhoben werden. Jeder verwendet daher seinen Einfluß dahin, um die von ihm abhängigen Elemente zu zwingen, sich zu seiner Nationalität zu bekennen. In revolutionären Zeiten, in denen sich die Massen viel freier und kräftiger fühlen als sonst, wird eine Sprachenkarte vielfach ganz anders ausfallen als in Zeiten herkömmlicher „gottgewollter“ Abhängigkeiten.

Doch abgesehen davon, würde es auch der Demokratie widersprechen, wenn man Deutsche in Böhmen, die mit den Tschechen zusammen in einem Staate bleiben wollten, daran auf Grund der Sprachenkarte zu hindern suchte, wie ja auch umgekehrt der Fall möglich wäre, daß sich etwa in Ostpreußen masurische Bezirke für den Verbleib beim Deutschen Reich entschieden.

In der Regel freilich werden das Ausnahmen sein und wird die politische Grenze nach dem Grundsatz der Selbstbestimmung mit der Sprachgrenze übereinstimmen. Wo die Grenze strittig ist, so in gemischten Bezirken, müßte ein internationaler höherer Gerichtshof nach Billigkeit entscheiden.

Das historische Recht muß die Sozialdemokratie heute für Böhmen ebenso ablehnen, wie sie es 1870 für das Elsaß ablehnte.

Etwas näher dem modernen Empfinden würde die Berufung auf das natürliche „Wirtschaftsgebiet“ klingen, das Verkehrsgebiet, das Böhmen in so ausgesprochenem Maße darstellt und das die Zusammenfassung aller seiner Teile in einem Staatswesen fordern könnte. Mancher dürfte sich sogar einbilden, es entspreche dem strengen Marxismus, wenn man die Unteilbarkeit Böhmens in dieser Weise ökonomisch begründe, und man könnte sich hiebei auf einige Marxisten berufen, die den reinen Nationalstaat als überholt ablehnen und den Nationalitätenstaat aus den Bedürfnissen des „Wirtschaftsgebietes“ erklären.

Doch in Wirklichkeit spielen die natürlichen Bodengestaltungen für das Verkehrswesen bei dem heutigen Stande der Technik längst nicht mehr jene Rolle wie ehedem. Sie treten hinter der Bedeutung der Sprache und der staatlichen Faktoren für den Verkehr immer mehr zurück.

Wollte man aber trotzdem die Selbstbestimmung der Nationalitäten den durch die Bodengestaltung hervorgerufenen Verkehrsbeziehungen unterordnen, so würde das höchstens für die Unteilbarkeit Böhmens sprechen. Mähren und Schlesien dagegen sind durch ihre natürlichen Verkehrswege in engere Beziehung zu deutschen Gebieten als zu Böhmen gebracht. Und erst die Slovakei, die fiele dann vollständig weg. Diese gehört geographisch zu dem ungarischen Verkehrsgebiet, sie war staatlich und kommerziell stets von den Ländern der „heiligen Wenzelskrone“ abgesondert.

Auf jeden Fall muß man verlangen, daß für die Regelung der strittigen Nationalitätenfragen nur ein Grundsatz anerkannt wird, nicht mehrere, einander widersprechende. Vor allem muß man das von den Sozialisten verlangen. Bei den bürgerlichen Machtpolitikern keine Grundsätze zu finden, überrascht uns weniger. Sie haben keine neue Gesellschaft aufzubauen, leben nur noch von der Hand in den Mund. Sind „Realpolitiker“.

Freilich sehen wir heute Sozialisten, sogar sehr radikale, die dem Grundsatz huldigen, ihre jeweiligen Grundsätze nach dem augenblicklichen Nutzen zu wählen, den sie ihnen bringen. Sie sind Demokraten in der Opposition und verpönen sie, wenn eine Augenblickskonstellation sie als Minderheit an die Macht bringt. Das ist natürlich nichts als Opportunismus. Es gibt auch einen Opportunismus von Revolutionären.

Wir halten trotzdem an der altfränkischen Auffassung fest, daß Grundsätze da sind, um als Kompaß unter allen Umständen zu dienen, um uns zu verhindern, uns in Widersprüche zu verwickeln, über die wir später selbst stolpern, deren Konsequenzen uns selbst aufs schwerste schädigen. Eine grundsätzliche Politik ist stets jene, die die äußersten Konsequenzen erwägt und nicht bloß den Augenblickserfolg in Betracht zieht.

Noch schlimmer als ein Opportunismus, der zeitlich, je nach den wechselnden Verhältnissen, seine Grundsätze ändert, ist einer, der sie im Raume wechselt, indem er gleichzeitig in verschiedenen Gegenden verschiedene Grundsätze anwendet.

Dieser Opportunismus war bisher in Oesterreich gang und gäbe. Die Deutschösterreicher forderten die Zweiteilung Böhmens in einen deutschen und einen tschechischen Teil, weil sie dort die Minderheit bilden. Gleichzeitig zeterten sie über Verrat an der Nation, wenn die Zweiteilung der Steiermark und Kärntens in einen deutschen und einen slovenischen Teil in Frage kam.

Jetzt wieder wehren sich zahlreiche Tschechen gegen die Loslösung der deutschen Randgebiete von dem neugegründeten tschecho-slovakischen Staate, die doch die Loslösung der slovenischen Gebiete von der Steiermark und Kärnten für selbstverständlich finden. Und gleichzeitig verfechten sie für Böhmen das historische Recht und für Ungarn die Durchbrechung des historischen Rechtes durch die Selbstbestimmung der Nationalitäten oder gar durch die Sprachenkarte.

Welches müßten die Konsequenzen dieser grundsatzlosen Machtpolitik sein? Daß der kommende Friede wieder kein dauernder Friede wird, daß er alte Irredentas bloß aufhebt, um neue zu schaffen. Europa hat lange genug geseufzt unter der ewigen Kriegsdrohung, die seit 1871 dem Elsaß durch die Mißachtung der Selbstbestimmung zu Gunsten des historischen Rechtes entsprang, das in diesem Falle sogar mit der Sprachenkarte übereinstimmte. Will der tschecho-slovakische Staat in Deutschböhmen ein neues Elsaß schaffen? Die Spuren schrecken, sie müssen vor allem Sozialdemokraten schrecken, die eine über den Augenblicksgewinn hinausgehende Politik betreiben.

Noch schwieriger als die Gestaltung der Grenzen des neuen tschecho-slovakischen Gemeinwesens würde sich sein Verhältnis zu seinen Nachbarn gestalten, wenn die Staaten nach dem Kriege in herkömmlichem Sinne souverän sein sollten.

Die strategische Position des neuen Staates wird von vornherein eine verzweifelte. Dieses kleine Gebiet mit etwa acht bis zehn Millionen Einwohnern ragt bis in die Mitte des Deutschen Reiches hinein, vom Norden, Westen, Süden wird es von deutschem Boden umklammert. Bei einem feindlichen Konflikt hätte es eine Uebermacht von siebzig Millionen auf drei Fronten gegen sich. In Mähren sind die meisten in das tschechische Gebiet von Nord und Süd vorspringenden deutschen Gebietsteile nur hundert Kilometer voneinander entfernt. Zwei gegeneinander marschierende deutsche Armeen könnten sich nach zwei Tagesmärschen schon die Hände reichen und Böhmen in eine von aller Welt abgeschlossene Festung verwandeln.

Schon diese Position würde einem vollkommen selbständigen tschechischen Staat jede Politik unmöglich machen, die im Gegensatz zur deutschen stände. Er würde ein deutscher Vasallenstaat.

Dazu kommt seine kommerzielle Lage. Es gäbe keinen Staat in Europa, der so weit von jeder Meeresküste abläge wie der tschechische. Die Schweiz entbehrt wohl auch jedes direkten Zugangs zum Meere, aber sie grenzt an vier Großstaaten, von denen jeder über zahlreiche Seehäfen verfügt und die nie alle miteinander zu gleicher Politik verbündet waren. Bei einem eventuellen Konflikt mit einem oder mehreren von ihnen konnte sie immer noch auf einen anderen rechnen, der ihr seine Seehäfen nicht sperrte.

Böhmen dagegen — wenn wir den tschecho-slovakischen Staat kurz so nennen wollen — wird auch da wieder darunter leiden, daß es nach drei Seiten an deutsches Gebiet grenzt, alle seine Wasserläufe und natürlichen Verkehrswege in deutsches Gebiet münden. Das im Osten angrenzende Ungarn würde als Nationalstaat auch des Zugangs zum Meere entbehren. Nur durch einen schmalen Streifen hinge Tschecho-Slovakien nördlich von den Karpathen mit dem Weichselgebiet, also Polen zusammen, das ja einen Meereshafen beansprucht. Von Deutschlands und Polens Gnade hinge Böhmens Verbindung mit dem Meere ab. Dabei aber bildete es einen steten Querriegel zwischen dem nördlichen und dem südlichen Deutschland im Osten, ein lästiges Verkehrshindernis, wenn es nicht seine Verkehrspolitik nach deutschen Bedürfnissen einrichtet. Auch da wieder also die Gefahr eines Vasallenverhältnisses.

Nun denken wohl die meisten Nationalitäten, die sich jetzt in Osteuropa als besondere Nationalstaaten konstituieren, nicht daran, jede für sich ein isoliertes staatliches Dasein zu führen. Der Gedanke ihrer Föderation in Staatenbünden wird lebhaft unter ihnen erwogen.

Da wäre das Nächstliegende die Wiedervereinigung der verschiedenen neuen staatlichen Gebilde, die aus dem Körper des alten Rußland herausgeschnitten wurden, zu einem großrussischen Staatenbund. Kommt ein solcher zustande, so entspräche der Anschluß Böhmens an ihn einem alten Wunsche mancher tschechischen Politiker, unter denen panslavistische Ideen stets sehr im Schwange waren. Das einzige Bedenken, das sie abschreckte, die Furcht vor der zaristischen Knute, ist ja weggefallen.

Damit würden die Tschechen wohl einen mächtigen Rückhalt gegenüber Deutschland gewinnen, aber ihre strategische und kommerziell schlechte Position erführe dadurch keine Besserung, da sie in beiden Beziehungen von Deutschland abhängig blieben. Ihre Situation dürfte sich sogar verschlechtern, denn jenes mächtige östliche Gemeinwesen könnte sich eher als das kleine Böhmen erlauben, eine deutschen Interessen widerstreitende Politik zu treiben, es würde eher in Konflikt mit Deutschland geraten können als ein besonderer tschechoslovakischer Staat. Wie immer dann der Konflikt ausgefochten würde, Böhmen müßte ihn zuerst ausbaden, es würde der vornehmste Kriegsschauplatz.

Wir haben schon gesehen, daß die Bodengestaltung und die natürlichen Verkehrswege kommerziell und strategisch Böhmen, Mähren und Schlesien an Polen und Ungarn vorbei nördlich und südlich in Verbindung mit Deutschland brachten und daß jene Länder demzufolge von 929 bis 1866 einen Teil zuerst des Deutschen Reiches und dann des Deutschen Bundes bildeten. Alle strategischen und kommerziellen Schwierigkeiten würden gelöst, wenn Böhmen wieder ein Teil des Deutschen Reiches würde. Das ist aber heute von vornherein ausgeschlossen und niemandem fällt es ein, diese Lösung auch nur vorzuschlagen, geschweige daß sie Aussicht auf Durchsetzung hätte. Schon diese Tatsache bezeugt, wie viel mächtiger die Erwägungen der Nationalität als die des „Wirtschaftsgebietes“ geworden sind.

Noch eine andere Möglichkeit der Föderierung bliebe, die für den tschecho-slovakischen Staat die kommerziellen und strategischen Nachteile seiner nach Deutschland vorspringenden Position aufhöbe: wenn sich die schon von Kossuth erstrebte Donauföderation bildete, der Zusammenschluß eines ungarischen Nationalstaates mit einem jugoslavischen und rumänischen zu einem Staatenbund; dann könnte Böhmen mit Deutschösterreich vereint durch Anschluß an diese Föderation strategisch und kommerziell in die beste Lage kommen, ohne befürchten zu müssen, als Minderheit von einer deutschen Mehrheit erdrückt zu werden, wie das bei einem Anschluß an das Deutsche Reich zweifellos der Fall wäre.

Diese Lösung hieße freilich nichts anderes als die Wiederherstellung Oesterreichs in rationelleren Formen und in erweitertem Umfang.

Bis zum Weltkrieg war denn auch die Mehrheit der tschechischen Politiker der Ansicht, daß keine der österreichischen Nationalitäten des österreichischen Staates bedürfte, mit Ausnahme der Ungarn und Tschechen. Alle anderen könnten ohne ihn leben und besser leben als in ihm. Bloß Ungarn und Tschechen nicht. Was diese früher forderten, ob sie sich auf den Standpunkt der Selbstbestimmung oder den des historischen Rechtes stellten, war nur die Existenz als besonderer Staat in einem österreichischen Bundesstaat. Ihr Panslavismus verlangte nicht nach der Zertrümmerung Oesterreichs, sondern erhoffte bloß die Stärkung der Slaven innerhalb des Reiches.

Erst der Weltkrieg ließ den vorher nur von vereinzelten Männern gehegten Gedanken eines völlig selbständigen tschecho-slovakischen Staates plötzlich zu einer die gesamte Volksmasse beherrschenden Macht anschwellen.

Damit ist aber der Wiederaufbau eines neuen Oesterreich ungemein erschwert worden. Und wenn die Tschechen es wieder aufbauen wollten, werden die Deutschösterreicher nicht wollen. Denn mit der überragenden Stellung in Oesterreich ist es für sie ebenso vorbei wie für die Ungarn. Damit wird aber das wesentlichste Band zerschnitten, das sie an Oesterreich fesselte.

So erscheinen die Aussichten des neuen Böhmen durchaus nicht rosig, trotz der glänzenden internationalen Position, die die tschecho-slovakische Nationalität plötzlich im Weltkrieg gewonnen hat.

Doch derselbe Krieg, der ihr zu dieser Position verhalf, hat auch Bedingungen geschaffen, die ihr deren Festhaltung ermöglichen.

(Ein zweiter Artikel folgt.)

Die Tagung der Berliner Arbeiterräte.

(Telegramm der Arbeiter-Zeitung.)

Berlin, 19. November.

Gestern hat der Vollzugsausschuß einen scharfen Beschluß gegen die Einberufung einer Nationalversammlung gefaßt und dieser wurde bereits durch das Wolffsche Büro verbreitet. Der Beschluß wurde aber in Verhandlungen mit der Reichsregierung zurückgenommen, so daß die Veröffentlichung unterblieb.

Heute fand eine Versammlung aller Groß-Berliner Arbeiterräte im Zirkus Busch statt.

Zunächst erstattet Richard Müller, der Vorsitzende des Vollzugsrates, seinen Bericht über die bisherige Tätigkeit. Er sagt unter anderem: Die Gefahr einer Gegenrevolution scheint nicht mehr groß zu sein, aber eine andere Gefahr besteht, nämlich die Ausschüsse und Kommissionen, die sich überall bilden und sich allerlei Rechte anmaßen und Verfügungen in die Welt schicken, die eine heillose Verwirrung anrichten. Deshalb müßte der Arbeiter- und Soldatenrat als maßgebende Behörde erklärt werden; bei der Kontrolle der Kommunalverwaltungen sind leider auch Mißgriffe vorgekommen. Wenn sich Unternehmer der Ueberwachung durch Arbeiterräte und Gewerkschaften nicht fügen oder ihre Betriebe stillegen, so werden wir die Betriebe enteignen. Der Schrei nach der Konstituante erklärt sich daraus, daß alle möglichen Parasiten, die sich jahrzehntelang vom Marke des Volkes genährt haben, Räte bilden und gleichfalls mitreden wollen. Neben Hausbesitzerräten fehlen nur noch Millionärräte. Aber diesen werden wir zeigen, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat. Durch die Konstituante will man die proletarische Bewegung in die Hände der bürgerlichen Kreise überleiten. Wir aber wollen keine demokratische, sondern

Redaktion, Administration und Inseratenaufnahme:
V. Rechte Wienzeile 97.
Stadt-Expedition und Kleiner Anzeiger:
I. Schulerstraße 13.

Telephone:

Redaktion	880
Administration	90[illegible]
Inseraten-Aufnahme	800
St. Expedition u. Kleiner Anzeiger	3181
Filiale II	40228
" X	58[illegible]
" XIV	[illegible]
" XVI	841[illegible]
" XVII	1717[illegible]

Telegramm-Adresse: Arbeiter-Zeitung Wien.

Postsparkassenkontos:

Verwaltung u. Lokalabonnement	192[illegible]
Provinzabonnement	11.70[illegible]
Inserate	[illegible]
Ungarn	[illegible]

Inserate übernehmen alle renommierten in- und ausländischen Annoncenbüros.

Morgenblatt.

Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

·20 Heller für Wien.

Bezugsbedingungen:
Wien: Mit Zustellung ins Haus:

Wöchentlich	K 1.—
Monatlich	" 4.20
Vierteljährig	" 12.60

Provinz und Ungarn:

Monatlich	K 4.60
Vierteljährig	" 13.80

Deutschland: Viertelj. K 20.—. [illegible] K 25.—.

Abonnements werden angenommen in der Administration, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Filialen:
I. [illegible] 13, Tel. [illegible]
II. [illegible] 36, Tel. 40228
X. [illegible] 5, Tel. [illegible]
XIV. [illegible] 6, Tel. [illegible]
XVI. [illegible] 34, Tel. [illegible]
XVII. [illegible] 22, Tel. 17175
XXI. [illegible] 11.
Für die an fremde Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.
Offene Reklamationen sind portofrei.

Nr. 318. Wien, Donnerstag, 21. November 1918. XXX. Jahrgang.

Lebensmittel für Oesterreich unterwegs.

Washington, 19. November. (Reuter.) Es sind jetzt Schiffe mit 200.000 Tonnen Lebensmitteln für Frankreich, Belgien und Oesterreich nach Europa unterwegs. Die Schiffe fahren mit versiegelten Befehlen nach Gibraltar, Bristol und den Kanalhäfen.

Berlin, 20. November. (Telegraphenkompagnie.) Wie die „Parlamentarisch-politischen Nachrichten" von zuverlässiger Seite hören, werden die von den Vereinigten Staaten für Deutschland in Aussicht gestellten Lebensmittelsendungen nach Rotterdam und Kopenhagen konsigniert werden, da die amerikanische Regierung sehen will, ob in Deutschland die von ihr als notwendig angesehene Gewähr für eine freiheitliche Verfassung und ordnungsmäßige Verteilung erfüllt wird.

Die britischen Verluste.

London, 19. November. (Reuter.) Im Unterhause erklärte Unterstaatssekretär für den Krieg Macpherson, daß bis zum 4. November 1918 die britischen Gesamtverluste an Toten, Verwundeten, Vermißten und Gefangenen ausschließlich der Luftstreitkräfte, aber mit Einschluß der Dominions und Indiens 3,049.991 Mann betrugen. Die Verluste verteilen sich wie folgt: In Frankreich tot 32.769 Offiziere und 626.843 Mann, Gesamtverluste 126.757 Offiziere und 2,594.895 Mann; in Italien tot 86 Offiziere und 941 Mann, Gesamtverluste 458 Offiziere und 6480 Mann; Dardanellen tot 1785 Offiziere und 31.737 Mann, Gesamtverluste 5063 Offiziere und 114.676 Mann; Saloniki tot 285 Offiziere und 7330 Mann, Gesamtverluste 1217 Offiziere und 26.101 Mann; Mesopotamien tot 1340 Offiziere und 29.769 Mann, Gesamtverluste 4335 Offiziere und 93.244 Mann; Aegypten tot 1098 Offiziere und 14.794 Mann, Gesamtverluste 3532 Offiziere und 54.261 Mann; Ostafrika tot 380 Offiziere und 8724 Mann, Gesamtverluste 896 Offiziere und 16.929 Mann; auf anderen Kriegsschauplätzen tot 133 Offiziere und 690 Mann, Gesamtverluste 326 Offiziere und 2971 Mann.

Wilsons Reise.

Amsterdam, 20. November. Nach einer Meldung des Reuterschen Büros aus London wird Frau Wilson den Präsidenten auf seiner Reise nach Europa begleiten. Man glaubt, daß Wilson mit Gemahlin außer Paris noch London besuchen wird und vielleicht auch Brüssel und Rom. Da der Präsident zu Anfang des nächsten Monats abreist, wird er vermutlich mehrere Wochen vor Beginn der Friedenskonferenz in Paris ankommen. Man glaubt, daß er die Absicht hat, an der Konferenz in Versailles, die den Zusammenkünften der Friedensunterhändler vorangehen wird, teilzunehmen. Er wird auch den ersten Sitzungen der eigentlichen Friedenskonferenzen beiwohnen, in denen die Prinzipien des Friedensvertrages in großen Zügen festgesetzt werden sollen. Bei den späteren Besprechungen der Einzelheiten des endgültigen Friedensvertrages wird er nicht mehr anwesend sein. Wahrscheinlich wird Wilson zu seiner Fahrt nach Europa ein amerikanisches Schlachtschiff benützen.

Washington, 19. November. (Drahtlos.) Vom Weißen Hause wird bekanntgegeben: Der Präsident beabsichtigt, sofort nach Eröffnung der regelmäßigen Session des Kongresses nach Frankreich abzureisen, um an den Erörterungen und der Festsetzung der Hauptpunkte des Friedensvertrages teilzunehmen. Wahrscheinlich wird es ihm nicht möglich sein, auf der Friedenskonferenz während der ganzen Dauer anwesend zu sein, aber bei ihrem Beginn ist seine Anwesenheit notwendig, denn es ist klar, welche Nachteile in einer telegraphischen Behandlung liegen würden, wenn es sich um die Bestimmung der Hauptlinien des endgültigen Friedens handelt, aber die er notwendig zugezogen werden muß. Der Präsident wird natürlich von den Delegierten begleitet sein, die die Vereinigten Staaten während der ganzen Konferenz vertreten werden. Die Namen der Delegierten werden demnächst bekanntgegeben werden.

Die Italiener in Innsbruck.

Wien, 20. November. Laut Meldungen an das Staatsamt für Heerwesen ist die Stadt Innsbruck von italienischen Truppen besetzt worden. Das Staatsamt für Aeußeres hat gegen diese Besetzung Vorstellungen erhoben.

Die Liga der Nationen.

Von **Karl Kautsky.**

Wir haben die Aussichten des tschechischen Staates bisher unter der Voraussetzung untersucht, daß der Charakter des europäischen Staatenlebens nach dem Kriege der gleiche sein wird wie vorher.

Wenn aber etwas heute schon feststeht, ist es die Tatsache, daß sich dieser Charakter gründlich ändern wird.

Nicht nur in der inneren, sondern auch in der äußeren Politik. Die allgemeine Abrüstung hört auf, ein pazifistischer Traum zu sein, sie wird eine ökonomische Notwendigkeit. Internationale Abrüstung ist aber unmöglich ohne internationale Einrichtungen der Kontrolle oder auch der Entscheidung von Streitfragen zwischen Völkern und Staaten, die sonst durch die Gewalt der Waffen gesucht wurde. Wohl erwarten wir vom Frieden, daß er die großen Streitfragen zwischen den führenden Mächten für lange Zeit löst. Aber an Streitfragen zwischen den kleinen, sich neu in Osteuropa bildenden Staaten wird es auch nach dem Friedensschluß nicht mangeln. Es ist nicht zu erwarten, daß es diesem gelingt, dort sofort ein Definitivum zu schaffen, bei dem sich alle Beteiligten beruhigen. Auch Mißgriffe bei der Ziehung von Grenzen sind möglich sowie Wandlungen der Anschauungen, sobald die Erregung und der Haß verraucht sind, die der Krieg erzeugte. Das könnte ein ständiges Streben nach Revidierung des Friedens und damit einen ewigen Kriegszustand oder doch stete Kriegsgefahr geben wie in den letzten Jahren vor dem Weltkrieg auf dem Balkan, wenn nicht Einrichtungen getroffen werden, die eine schiedsrichterliche Entscheidung ermöglichen und hinter denen die Gesamtheit der Völker steht, so daß es keinem einzelnen der Staaten einfallen könnte, sich dieser überwältigenden Macht widersetzen zu wollen.

Ist die allgemeine Abrüstung durchgeführt, sind internationale schiedsrichterliche Einrichtungen geschaffen und anerkannt, dann hören die Landesgrenzen auf, strategische Bedeutung zu haben. Und auf der anderen Seite wieder haben gerade jene der Staaten, die im Weltkrieg erstehen oder neubegrenzt werden mit ungünstigen strategischen Grenzen, am meisten Ursache, die allgemeine Abrüstung und internationale Schiedsgerichte zu fordern und zu fördern.

Der Weltkrieg dürfte aber auch dem bisherigen Zollsystem gründlich zu Leibe gehen. Er hat in allen Industriestaaten einen außerordentlichen Mangel an Nahrungsmitteln und Rohstoffen und eine ungeheure Teuerung herbeigeführt. Gleichzeitig hat er den Gegensatz zwischen den agrarischen Schichten und der arbeitenden städtischen, vom Proletariat geführten Bevölkerung, der schon vor dem Kriege in starkem Wachsen war, aufs höchste gesteigert. Er hat endlich, wenigstens in Osteuropa, den Kampf gegen den noch stark feudalen Großgrundbesitz auf die Tagesordnung gesetzt.

In Böhmen wird es daran ebensowenig fehlen wie in Polen und Ungarn. Wohl ist der böhmische Adel anderer Art als der ungarische. Er kämpft nicht seit Jahrhunderten um Herrschaft und Existenz, sondern hat sich seit der Schlacht am Weißen Berge von aller politischen Tätigkeit ausschalten und zu einem trägen Genußleben verurteilen lassen. Er kann sich mit dem ungarischen Adel messen in Ausbeutungswut und Anmaßung, nicht aber an Begabung und Energie. Seine Macht wird leichter gebrochen werden als die seiner ungarischen Kollegen.

Niedergang der Macht des Junkertums, stetiges Wachsen des städtischen Widerstandes gegen agrarische Forderungen, unerträgliche Teuerung, das wird allenthalben zur Signatur der Zeit nach dem Kriege gehören, das wird die Wiedereinführung von Agrarzöllen kaum möglich machen.

Mit den Agrarzöllen schwindet aber auch die Grundlage für Industriezölle, die in den Industrieländern längst keine Erziehungs-, sondern nur noch Monopolisierungszölle sind, die aber auch in ökonomisch rückständigen Ländern leicht durch andere Maßnahmen der Produktionsförderung zu ersetzen sind, die nicht durch Erhöhung der Produktenpreise, sondern durch Herabsetzung der Produktionskosten wirken, was in der Zeit des Notstandes nach dem Kriege viel wichtiger sein wird.

Je mehr so die Zölle ihre alte Bedeutung verlieren, je mehr allgemeiner Freihandel möglich wird, desto mehr hören die Staaten auf, besondere Wirtschaftsgebiete zu bilden, desto weniger werden die Bedürfnisse nationaler Selbstbestimmung durch die Bedürfnisse internationalen Verkehrs durchkreuzt werden.

Entschieden ist der Gedanke zurückzuweisen, an Stelle des allgemeinen Freihandels aller Staaten Zollbündnisse zu schaffen, durch die sich einige von ihnen zusammentun, um sich um so entschiedener von den anderen abzuschließen. Ein solches Bündnis hat stets einen feindseligen Charakter gegen die außer ihm stehenden Staaten, es trägt den Keim des Wirtschaftskrieges in sich, ist unverträglich mit den Tendenzen der allgemeinen Abrüstung und des dauernden Friedens.

Eine Balkanföderation oder Donauföderation oder mitteleuropäische oder russische Föderation und wie die geplanten Föderationen alle heißen mögen, sie wären kein Fortschritt, sondern ein Hindernis, wenn sie Zollverbände würden, die den Zusammenschluß der Vereinigten Staaten der Welt hemmten.

Ist erst einmal durch die wirtschaftliche Notlage dieser Zusammenschluß zu Zwecken allgemeiner Abrüstung und internationaler Schiedsgerichte angebahnt, dann muß er bald, wieder durch ökonomische Bedürfnisse veranlaßt, auf weitere Gebiete politischen und wirtschaftlichen Lebens übergreifen. Wie in der inneren Politik haben wir es auch hier mit Anfängen zu tun, die immer weiter über sich selbst hinaus treiben. Hat man doch schon von der Internationalisierung der Kolonien sowie mancher Meerengen und Kanäle gesprochen.

Die Forderung der Internationalisierung mancher Wasserstraßen ebenso wie die der Freiheit der Meere geht von der Erkenntnis aus, daß unbeschränkte Teilnahme am internationalen Verkehr, unbeschränkter Zugang zu den großen internationalen Verkehrsmitteln, das die Meere bedeuten, eine Lebensfrage für jeden modernen Staat ist. Daher auch die Wichtigkeit für jedes Staatswesen, über einen eigenen Meereshafen zu verfügen.

Doch im Zeitalter der Eisenbahnen bildet das Meer keineswegs mehr die einzige internationale Verkehrsstraße von Bedeutung. Für viele Staaten sind heute schon die Eisenbahnen weit wichtiger geworden. Von der Eisenbahnpolitik eines Nachbarn abhängig zu sein, kann für das Wirtschaftsleben eines Staates ebenso beengend, ja unter Umständen verhängnisvoll werden wie die Abschließung vom Meere.

Es war ein großer und fruchtbarer Gedanke des deutschen Imperialismus, die Eisenbahnverbindung von Hamburg bis Bagdad der Beherrschung, wenn auch nicht der Besitznahme durch eine einzige Hand unterwerfen zu wollen. Schade nur, daß Verkehrsstraßen auch Militärstraßen sind und die geplante Verbindung der Weltherrschaft ebenso dienen konnte wie dem Weltverkehr. Das ist jedoch kein Grund, die Idee fallen zu lassen, sondern nur einer, die Herrschafts- und Kriegszwecke aus ihr zu entfernen.

Die Balkankriege und der Weltkrieg, die die Türkei, Oesterreich und Rußland in eine Reihe von Staaten spalten, haben die Bedingungen für einen einheitlichen internationalen Eisenbahnverkehr nicht verbessert, sondern zunächst verschlechtert. Beim Beginn des Baues der Bagdadbahn brauchten zur Herstellung einer ungestörten Verbindung zwischen Hamburg und Bagdad bloß drei Staaten unter einen Hut gebracht zu werden, Deutschland, Oesterreich, die Türkei. Von nun an wird eine Ware von Deutschland nach Bagdad den tschechischen Staat, den deutschösterreichischen, den ungarischen, serbischen, bulgarischen, türkischen passieren müssen, um schließlich im arabischen zu landen.

Soll das nicht einen empfindlichen Rückschritt darstellen, dann ist es dringend notwendig, diese Linie und überhaupt alle Eisenbahnen von internationaler Bedeutung einer internationalen Verwaltung, wenn auch nicht notwendigerweise internationalem Besitz zu übergeben. Alle Länder mit internationalem Verkehr haben ein Interesse an einer derartigen Regelung, am meisten jedoch diejenigen, die vom Meere, der internationalen Verkehrsstraße, abgeschnitten sind. Und auf der anderen Seite wieder würde bei einer derartigen Regelung im Verein mit allgemeinem Freihandel die Gewinnung eines Zuganges zum Meere aufhören, eine Lebensfrage für einen jeden Staat zu

ein, würden Staaten wie der ungarische, der polnische, der tschechische auch ohne solchen Zugang ihre ökonomische Entwicklung sichergestellt sehen.

Gerade jene Staaten, in denen heute das nationale Empfinden höhere Wogen schlägt als irgend sonstwo und die am eifersüchtigsten über ihre nationale Selbständigkeit wachen, haben das größte Interesse daran, daß die internationalen Einrichtungen, die beim Friedensschluß unausweichlich geschaffen werden müssen, möglichst kraftvoll und mit möglichst weitem Geltungsbereich gebildet werden.

Sie haben damit auch das größte Interesse daran, daß das internationale sozialistische Proletariat möglichst stark und geschlossen in das Weltgeschehen eingreift.

Man braucht die internationalen Einrichtungen, die ins Leben gerufen werden, nicht zu unterschätzen, wie mancher radikale Sozialist deshalb tut, weil diese Einrichtungen zunächst von bürgerlichen Regierungen getroffen werden, wobei er vergißt, welche Rolle in der geschichtlichen Entwicklung neben den Absichten der Regierungen der Zwang der ökonomischen Bedingungen und Bedürfnisse spielt. Auf diesen Zwang, nicht auf die wohlwollenden Absichten der Regierungen rechnen wir als Marxisten, wenn wir die hier besprochenen internationalen Einrichtungen erwarten. Sie gehören mit zu „den Bedingungen des schließlichen Sieges der Arbeiterklasse", die Engels als absolut sicheres Resultat des Weltkrieges voraussah.

Wir unterschätzen sie also keineswegs. Aber es ist kein Zweifel, daß von den bürgerlichen Regierungen auf dieser ihnen ungewohnten Bahn die einen nur zaghaft vorgehen, die anderen kühnere Sonderziele anstreben werden. Eine der ersten und wichtigsten Aufgaben der proletarischen Internationale, die sich jetzt zu neuem Wirken zusammenfindet, wird darin bestehen müssen, die Zaghaften voranzutreiben, die Kühnen an der Ausbeutung der neuen Institutionen zu selbstsüchtiger Machtpolitik zu hindern.

Je mehr es gelingt, auf diese Weise die Selbstbestimmung aller Nationalitäten dauernd zu sichern, umsomehr werden die nationalen Kämpfe aufhören, die Proletarier zu beschäftigen und zu trennen, umsomehr werden alle ihre Kräfte frei für den einen großen Endkampf gegen die kapitalistische Produktionsweise, den der Friedensschluß in allen Staaten auf die Tagesordnung setzt.

Friedrich Adler vor dem Arbeiterrat.

Am 6. November hielt der Wiener Arbeiterrat eine außerordentliche Sitzung, um Friedrich Adler nach seiner Rückkehr aus dem Kerker zu begrüßen. Auf der Einladung zur Sitzung war nicht mitgeteilt worden, daß ein Vortrag Friedrich Adlers auf der Tagesordnung stehe; um so größer war das freudige Erstaunen der Erschienenen, als der Vorsitzende Pölzer mitteilte, daß der so lange Vermißte, so viel Gefeierte in ihrer Mitte sei und sprechen werde. Die Freude war um so größer, als sie sahen und hörten, daß Adler die Haft körperlich und geistig so gut, ohne Schaden zu nehmen, überstanden habe. Als Friedrich Adler die Tribüne bestieg, herrschte geradezu eine feierliche Stimmung. Die Rede Friedrich Adlers erscheint in den nächsten Tagen als Broschüre im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung unter dem Titel: „Nach zwei Jahren." Wir geben heute aus ihr einen Auszug. Friedrich Adler führte aus:

Liebe Genossen und Genossinnen! Nach zwei Jahren ergreife ich hier in diesem Saale, in dem ich zum letztenmal gesprochen habe, wieder das Wort, und ich will vor allem Ihnen, als den Vertretern der Wiener Arbeiterschaft, danken für die viele Sympathie und Freundschaft, die Sie mir während dieser zwei Jahre erwiesen haben. Wenn Sie mich heute persönlich so warm begrüßt haben, so darf ich Ihre Freude wohl auch so deuten, daß Sie in der Tatsache, daß ich den schönen Frieden der Strafanstalt verlassen habe, ein Zeichen dafür sehen, daß wir ernstlich alle im Begriff sind, das entsetzliche Zuchthaus des Krieges zu verlassen. (Beifall.) Ich bin hieher gekommen, ohne daß man es den Genossen vorher mitgeteilt hat, weil es technisch nicht möglich ist, zu allen denen zu sprechen, zu denen ich gern gleich zuerst gesprochen hätte. Ich möchte nun Ihnen als den Vertretern der ganzen Wiener Arbeiterschaft vor allem die beruhigende Versicherung geben, daß ich in diesen zwei Jahren nicht gebessert worden bin. (Heiterkeit und Beifall.) Dagegen hat sich inzwischen die Welt sehr wesentlich gebessert. Es hat ein derartiger Umschwung aller Zustände stattgefunden, der auf mich, der ich plötzlich hineingekommen bin, doch einen viel stärkeren Eindruck macht als auf Sie, die Sie jede seiner Phasen miterlebt haben. Es war mir eine große Freude, in diesen drei Tagen eine Fülle von Begrüßungen und Glückwünschen aus ganz Oesterreich und von auswärts zu erhalten. Es war geradezu ein Symbol, als ich heute früh gleichzeitig vier Telegramme erhielt, von denen das eine aus dem Lande der „Verbündeten" Oesterreichs stammt, nämlich aus Deutschland, es kam von der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten, eines aus neutralem Lande, von der sozialdemokratischen Fraktion in Holland, zwei Telegramme von unseren ehemaligen „Feinden", nämlich eines von dem Gesandten der russischen Sowjetrepublik, Genossen Rakovsky, und dem Genossen Kaclerowitsch, dem Führer der Fraktion in Serbien. So daß diese vier Telegramme miteinander den Trostgedanken aussprachen, daß die Internationale doch wieder auferstehen wird. (Beifall.) Es wäre nun eine große Versuchung für mich, Ihnen zu erzählen, was ich persönlich während dieser zwei Jahre erlebt habe. Es ist Ernstes und Heiteres, was dieses Leben mit sich bringt, und ich hoffe, es wird einmal später die Gelegenheit kommen, darüber vor den Freunden zu sprechen. Heute dagegen, glaube ich, ist die ganze Weltlage viel zu ernst und viel zu groß, als daß man sich mit persönlichen Erinnerungen befassen könnte. Unser ganzer Kopf und alle unsere Sinne sind eingestellt auf so wichtige andere Tatsachen, daß es nicht möglich ist, über etwas anderes zu reden als über die politischen Probleme, die uns unmittelbar bedrängen. Ich möchte daher den Versuch machen, Ihnen zu zeigen, wie in meinem Kopfe die politische Lage von heute zusammenhängt mit der politischen Lage von vor zwei Jahren, also jener Zeit, wo ich Sie verlassen habe. Ich will keineswegs alte Streitigkeiten neu aufrühren. Sie wissen, es hat Gegensätze gegeben zwischen meinen besten Freunden und mir und den andern Freunden, die mit mir gegangen sind. Ich will alles das, was früher war, als erledigt betrachten. Was mich betrifft, kann ich nur sagen, daß ich eine allgemeine Amnestie erteilt habe für alles, was geschehen ist. (Beifall.) Die Geschichte hat, wie Sie wahrscheinlich sehen werden, uns von der Linken recht gegeben. Es ist nahezu alles so zugetroffen, wie wir es seit Beginn des Krieges vorhergesagt haben. Das ist kein Problem, das heute hier aufzurollen ist. In dieser Situation, in der wir leben, kann es sich nur um die Frage handeln nach dem, was kommt. Wenn ich also von der Vergangenheit rede, so geschieht es bloß, um den Zusammenhang der Ereignisse herzustellen; wir wollen aus der Geschichte lernen.

Zwei Hauptprobleme sind es, mit denen sich heute jeder auseinandersetzen muß. Das eine ist die Frage der nationalen Revolution, die sich gegenwärtig in Europa vollzieht, das andere die Frage der sozialen Revolution, die auch nicht ausbleiben kann. Ich will heute hauptsächlich versuchen, das nationale Problem in seinem Zusammenhang mit dem internationalen Problem kurz aufzurollen und Ihnen zu zeigen, wie sich die Fragen seit zwei Jahren verändert haben. Als der Krieg ausbrach, gab es Leute, die behaupteten, dieser Krieg werde geführt im Namen der Demokratie, es sei der Krieg gegen den Zarismus, der Krieg der Völker des Westens gegen den Osten, und man hat sogar gesagt, er sei die Erfüllung der großen Prophezeiung in der alten Sage, die Ferdinand Freiligrath in ein wunderbares Gedicht gefaßt hat, es sei die Schlacht um den Birkenbaum, die da geschlagen werden wird. Das waren damals „Demokraten", die das sagten, etwa vom Kaliber des „N. Wiener Tagblatt", das ja, wie Sie wissen, ein „demokratisches Organ" ist. (Heiterkeit.) Wir aber antworteten: in den Kampf gegen den Zarismus zieht man nicht unter der Standarte des § 14. Räumt auf im eigenen Hause! Wir haben eben solche russische Zustände wie unser östlicher Nachbar!

Es war nicht die „Schlacht um den Birkenbaum", denn der Krieg des deutschen Imperialismus wurde nicht nur geführt gegen den Zarismus, sondern auch und in erster Linie gegen Völker des Westens, gegen Franzosen und Engländer. Daher haben wir von der Linken in jener Zeit zu den Ereignissen einen anderen Standpunkt eingenommen. Ich möchte Sie heute daran erinnern, daß wir damals — es ist fast auf den Tag drei Jahre — ein Manifest veröffentlichten, allerdings nicht in diesem Oesterreich, wo nichts zu veröffentlichen war, was mit der Wahrheit in irgend einer Beziehung stand, in dem wir die Welt aufzuklären versuchten, wie dieses Oesterreich wirklich ist. Damals sagten wir:

> Wir hassen aus ganzer Seele den völkermordenden Zarismus, aber wir hassen um nichts weniger die völkermordende schwarz-gelbe Barbarei. Wir wissen, daß mit den Heeren des Zaren der weiße Schrecken in unsere Länder einziehen würde, aber wir wissen nicht minder, daß, wenn die heutigen österreichischen Machthaber als Sieger aus dem Kriege hervorgehen, wir eine Periode des Schreckens im eigenen Lande zu fürchten haben, wie wir sie noch nicht erlebt.

Wir waren damals in einer äußerst schwierigen Lage, weil wir erkannten, daß es damals kein eindeutiges Ziel im Interesse der Demokratie Europas gegeben hat, und wir haben damals erklärt: „Weder im Bunde mit dem Zaren noch im Bunde mit Habsburg und Hohenzollern kann man Bannerträger der Freiheit sein. Im komplizierten Gesamtkomplex des Weltkrieges gibt es kein eindeutiges Ziel im Interesse der Demokratie Europas. Weder auf den Sieg der Zentralmächte noch auf den der Entente kann die europäische Demokratie ihre Hoffnungen setzen. Für sie gibt es in diesem Kriege nur eine Politik strikester Neutralität." Wir haben uns damals ebensowohl vor der Niederlage gefürchtet wie vor dem Sieg und haben verlangt, daß die sozialistische Internationale diese Politik der Neutralität einhalte.

Wir müssen uns nun klar darüber sein, daß dieser Standpunkt, den wir damals im Interesse der Arbeiterklasse, im Interesse des baldigen Friedens vertreten haben, durch die inzwischen Ereignisse zum Teil überholt ist. Die Welt ist eine andere geworden. Ein Teil der Gefahren von damals wurde ausgeschaltet. Wenn man heute den ganzen Verlauf des Weltkrieges überblickt, so erkennt man, daß er darstellt eine Schlacht um den Birkenbaum in drei Etappen. Die erste Etappe bestand darin, daß die Zentralmächte tatsächlich den russischen Zarismus überrannt haben und der östliche Nachbar beseitigt wurde. Als das geschehen und die russische Revolution ausgebrochen war, haben die Ehre, die reaktionärsten Mächte in Europa zu sein, Deutschland und Oesterreich erlangt. Von diesem Augenblick an gab es für einen überzeugten Demokraten nur eine Hoffnung: die dürfen nicht Sieger sein. Es ist die zweite Etappe vor sich gegangen und wir, die wir auf die Demokratie gehofft haben, haben mit Schrecken gesehen: der Krieg geht ins Endlose, weil die Heere des Königs von Preußen so gut organisiert und so schwer niederzuwerfen sind und doch jeder wußte, der klar war über die Verhältnisse, daß schließlich die ganze übrige Welt stärker sein muß als dieses mittlere Europa, daß jenes Ende kommen muß, das wir jetzt schaudernd miterleben, daß sich aber infolge der Widerstandskraft der imperialistischen Kräfte in Deutschland dieses Ende sehr weit hinausschiebt. Es ist nach unserer Meinung gut, daß der deutsche Imperialismus eine vernichtende Niederlage erlitten hat und sich hoffentlich nie mehr von ihr erholen wird; dagegen sind wir uns klar, daß die dritte Etappe dieser Schlacht um den Birkenbaum noch nicht geschlagen ist. Denn neben dem deutschen Imperialismus, der jetzt an der Westfront zerschellt wird, gibt es einen westlichen Imperialismus von England und Frankreich, und es besteht nun die Gefahr, daß die imperialistischen Mächte des Westens diese Niederlage des ganzen Ostens nicht ausnützen im Interesse der Demokratie, sondern im Interesse des Imperialismus. Da wird es sich nur darum handeln, ob diese dritte Phase eintreten wird, ob es möglich ist, daß jene Macht, die noch weiter westlich ist als England und Frankreich, jene Macht über dem Atlantischen Ozean, die kein imperialistisches Interesse in Europa hat, also in gewissem Sinne objektiver zusehen kann und die den Krieg in Europa nicht wünscht, ob dieser Kampf innerhalb der Entente, des Westens der Entente gegen ihren Osten, ob diese Schlacht am Birkenbaum in ihrer dritten Etappe nun auch geschlagen werden wird. Geschieht es, so wäre das ein versöhnendes Moment mit dem Kriege, so Entsetzliches er über uns gebracht hat. Denn dann würde das, was heuchlerisch von beiden Seiten gesagt wurde, trotz beiden, zum Teil verwirklicht werden.

Vor zwei Jahren konnte unsere ganze Politik nur auf die baldige Beendigung des Krieges eingestellt sein. Das war der Hauptpunkt. Wenn wir etwa gesagt hätten, die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist das Wichtigste und der Krieg soll deshalb so lange ausgedehnt werden, bis wir den Zustand haben, den wir heute haben, so wäre es eine für das Proletariat selbstverständlich ganz unmögliche Politik gewesen. Deshalb haben wir gesagt: Wir haben alles einzusetzen, um den Krieg bald zu beendigen.

Wir standen auf dem Standpunkt: Weder Sieg noch Niederlage. Das, was wir damals wünschten, ist nicht eingetroffen, sondern die Herren Hindenburg und Ludendorff haben ein va banque-Spiel gespielt, haben alles auf eine Karte gesetzt und der „harte Friede", der ihre Sehnsucht war, ist wirklich eingetroffen. Aber wenn wir auch unter einem harten Frieden schrecklich zu leiden haben werden, so gibt es doch ein Moment des Trostes. Ich erinnere Sie an eine Stelle aus den Memoiren August Bebels über den Krieg vom Jahre 1866, in welchem wir damals auch einen etwas harten Frieden erlitten haben. „Meine Ansicht ist, daß für ein Volk, das sich in einem unfreien Zustand befindet, eine kriegerische Niederlage seiner inneren Entwicklung eher förderlich als hinderlich ist. Siege machen eine dem Volke gegenüberstehende Regierung hochmütig und anspruchsvoll. Niederlagen zwingen sie, sich dem Volke zu nähern und seine Sympathie zu gewinnen. Das lehrt uns 1806/07 für Preußen, 1866 für Oesterreich, 1870 für Frankreich, die Niederlage Rußlands im Kriege mit Japan 1904. Die russische Revolution wäre ohne jene Niederlage nicht gekommen, sie wäre durch einen Sieg des Zarentums auf lange Jahre unmöglich gewesen. Umgekehrt zeigt uns die Geschichte, daß, als das preußische Volk unter Darbringung gewaltiger Opfer an Gut und Blut Napoleons Fremdherrschaft gestürzt und die Dynastie aus der Patsche gerettet hat, letztere alle schönen Versprechungen vergessen hatte, die sie in der Stunde der Gefahr dem Volke gemacht hat. Es mußte erst nach langer Reaktionszeit das Jahr 1848 kommen, damit sich das Volk erobere, was man ihm jahrzehntelang vorenthalten hatte. Und wie hat Bismarck nachher im norddeutschen Reichstag jede wirklich liberale Forderung zurückgewiesen! Er trat als Diktator auf. Einmal angenommen, Preußen wäre 1866 unterlegen, so wären das Ministerium Bismarck und die Junkerherrschaft, die noch heute wie ein Alp auf Deutschland lastet, fortgefegt worden."

Sie sehen, daß Bebel eine recht andere Vorstellung von einer Niederlage hatte, als sie durch vier Jahre lang dem Volke gepredigt wurde, und heute, in der großen, großen Not, können wir die Hoffnung schöpfen, daß aus dieser Niederlage hervorgehen wird eine revolutionäre Umgestaltung dieses Reiches der Mitte, daß aus ihm zivilisierte Staaten werden.

Die Entente hat gesiegt. Der Krieg ist nicht beendet worden, wie wir es vor vier Jahren gewünscht haben, durch eine Erhebung des internationalen Proletariats, sondern er ist leider beendet worden durch die Waffengewalt einer der kriegführenden Mächte. Wir aber, Genossen, haben uns nun klarzumachen, welche Konsequenzen wir aus dieser historischen Lage zu ziehen haben.

Das, was als höchstes Geheimnis gehütet wurde, wer die Schuld an diesem Kriege hat, worüber ich auch in meinem Prozeß nichts erwähnen durfte, darüber kann man heute ruhig sprechen.

Wir aber haben uns schon damals, vor drei Jahren, in unserem Manifest nicht gescheut, vor ganz Europa die Wahrheit auszusprechen: „Wir, in deren Land das Verbrechen der unmittelbaren Kriegsstiftung verübt, die Lunte ans Pulverfaß gelegt wurde, haben die eindringlichste Belehrung über den Wert der Verfassungsmäßigkeit der auswärtigen Politik erhalten. Jener skrupellose Zynismus, der das Schandstück des Ultimatums an Serbien fabriziert hat, wäre niemals möglich gewesen, wenn derartige entscheidende diplomatische Schritte die Kontrolle eines Parlaments passieren müßten. Im frischen Gedächtnis des habsburgischen Geßlerhutes für Serbien empfinden wir mit doppelter Wucht, daß es für das Proletariat keinen Frieden mit dem monarchischen System geben kann. Mag es in manchen Ländern in den inneren Angelegenheiten zur leeren Form herabgesunken sein, so wirkt es in den äußeren als stärkste Feste des Absolutismus. Der unbeugsame Kampf für die demokratische Republik ist die gebieterische politische Pflicht des internationalen Sozialismus."

Gegen unseren Standpunkt, den wir damals in dieser Frage vertreten haben, gibt es heute keinen Widerspruch mehr. Wir alle sind einer Meinung, daß es für das Proletariat nur eine erstrebenswerte Regierungsform geben kann: die Republik auf Grundlage der Demokratie. Wir alle wissen auch sehr gut, daß der Krieg neben den gewaltigen ökonomischen und nationalen Ursachen auch eine psychologische Wurzel gehabt hat. Sie besteht darin, daß die Mitglieder der Dynastien geradezu von Jugend auf erzogen werden zum Vergnügen an der Jagd auf Tiere und auf Menschen. Aber über alles das brauchen wir heute nicht zu reden, denn die Arbeiterklasse besteht nur noch aus begeisterten Republikanern.

Dagegen ist die Einstimmigkeit in unseren Reihen über das Schicksal Oesterreichs, welches sich als Konsequenz der Kriegslage ergibt, leider auch heute noch nicht vollständig erreicht. Vor dem Kriege waren wir praktisch einig. Aber diese Einigkeit in der Praxis entsprang aus zwei verschiedenen theoretischen Auffassungen, die nun in der neuen Situation in Erscheinung treten. Diese zwei Auffassungen kommen zur Geltung, einerseits in den Schriften des Genossen Renner, andererseits des Genossen Bauer. Renner ging von dem Axiom aus: Oesterreich wird ewig stehen. Das war für ihn nicht nur ein Axiom, sondern es war Glaube, Hoffnung und Liebe. Auf wesentlich anderem Boden stand der Brünner Parteitag, auf dem erklärt wurde: „Oesterreich wird ein demokratischer Nationalitätenbundesstaat sein oder es wird nicht sein." Und noch weit tiefer hat Genosse Bauer, der in seiner „Nationalitätenfrage" bereits vor einem Jahrzehnt den künftigen Weltkrieg in allen seinen Konsequenzen theoretisch zu erfassen suchte, das Problem erfaßt. Er sagt dort: „Wenn Oesterreich sein wird, wird die nationale Autonomie sein." Er betrachtete die Existenzfähigkeit Oesterreichs mit sehr großem Zweifel.

Nun ist dieses Oesterreich tatsächlich zersprengt worden. Der Krieg hat Genossen Bauer recht gegeben. Um das Problem zu erfassen, müssen wir uns vor allem klar sein, daß es eine der ungeheuerlichsten Kriegslügen war, daß die Sprengung Oesterreichs in erster Linie durch die Schuld der Tschechen und der anderen nichtdeutschen Nationen erfolgte. Sie ist in erster Linie der Politik des deutschen Bürgertums in Oesterreich zu danken. Auch das haben wir in unserem Manifest vor drei Jahren trotz der ungeheuerlichen Lügenmache zum Ausdruck zu bringen versucht und klar gemacht, daß wir nicht in den Nationen, die nach Freiheit dürsten, die Feinde sehen, sondern in den Unterdrückungsplänen der deutschen und magyarischen Bourgeoisie.

(Schluß folgt.)

Keine Milderung des Waffenstillstandes.

Berlin, 20. November. Die deutsche Waffenstillstandskommission veröffentlicht folgende Mitteilungen:

Alle zurzeit in der Presse auftauchenden Nachrichten über erreichte oder uns zugesagte Milderungen der Waffenstillstandsbedingungen entsprechen nicht der

Einzelpreis: 70 Heller.
Schriftleitung, Verwaltung und Anzeigen-Aufnahme:
V. Rechte Wienzeile 97.
Stadtausgabe und Kleiner Anzeiger:
I. Schulerstraße 13.
Abonnements werden angenommen in der Verwaltung, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Ausgabestellen:
I. Schulerstraße 13, Tel. 9191
II. Pazmanitengasse 30, Tel. 40225
X. Wielandplatz 5, Tel. 56244
XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 88126
XVI. Klausgasse 34, Tel. 84146
XVII. Lacknergasse 24, Tel. 17176
XXI. Angererstraße 14.
Fernsprecher:
Schriftleitung 880
Verwaltung 900
Anzeigen-Aufnahme 900
Telegramm-Adresse:
Arbeiter-Zeitung Wien.
Postsparkassenkontos:
Verwaltung u. Lokalabonnement 19280
Provinzabonnement 157988
Tschecho-Slovakei 157988
Ungarn 40292
Polen 190081
Anzeigen 122846
Anzeigen übernehmen alle bekannten in- und ausländischen Anzeigenbüros.

Morgenblatt.

Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs.

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

Bezugsbedingungen.
Für Wien:
Wöchentlich . . . . K 4.—
Monatlich . . . . „ 16.—
Vierteljährig . . . . . . „ 48.—
Morgenblatt und Abendblatt:
Monatlich . . . . K 22.—
Vierteljährig . . . . . . „ 66.—
Für die Provinz und Ungarn:
Monatlich . . . . K 16.—
Vierteljährig . . . . . . „ 48.—
Morgenblatt und Abendblatt:
Monatlich . . . . K 22.—
Vierteljährig . . . . . . „ 66.—
Für die Tschecho-Slovakei:
Monatlich . . . . K 9.—
Vierteljährig . . . . . . „ 27.—
Morgenblatt und Abendblatt:
Monatlich . . . . K 13.—
Vierteljährig . . . . . . „ 39.—
(Tschechische Kronen.)
Für Jugoslavien:
Monatlich . . . . K 12.—
Vierteljährig . . . . . . „ 36.—
Morgenblatt und Abendblatt:
Monatlich . . . . K 18.—
Vierteljährig . . . . . . „ 54.—
(Jugoslavische Kronen.)
Deutschland: Viertelj. Mk. 18.—
Morgenblatt u. Abendblatt Mk. 24.—
Polen: Vierteljährig Mk. 50.—
Für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Viertelj. Frk. 15.—
Morgenblatt u. Abendblatt Frk. 20.—

Nr. 161. **Wien, Sonntag, 13. Juni 1920.** **XXXII. Jahrgang.**

Herr Kunschak soll raten!

Sie drücken sich schon! Die Herren „Großdeutschen" nämlich. Seit anderthalb Jahren spielen sie Opposition. Seit anderthalb Jahren klagen sie über „sozialdemokratische Mißwirtschaft". Jetzt haben sie Gelegenheit, es besser zu machen. Aber davor ist ihnen schnell bange geworden. Sie sind ganz kleinlaut geworden vor der Zumutung, daß sie nun mit den Christlichsozialen zusammen die Regierung zu übernehmen hätten. Der teutsche Mannesmut ist plötzlich dahin. Und treuherzig versichern sie, daß sie sich der Aufgabe nicht gewachsen fühlen, sie nicht übernehmen, sich an keiner Regierungsbildung teilnehmen wollen. Kritisieren ist offenbar doch leichter als es besser machen!

Und die Christlichsozialen? Sie klammern sich an die Hoffnung, daß die Sozialdemokraten, die bekanntlich ganz unfähig sind, die Verwaltung zu führen, und deren Macht bekanntlich das furchtbarste Unglück für Staat und Gesellschaft war, sich um Gottes willen doch wieder herbeilassen möchten, mit ihnen eine neue Koalition zu schließen. Sie schwören, daß es ihnen nie eingefallen sei, sich mit den Großdeutschen gegen die Regierung zu verschwören; daß also eine christlichsozial-großdeutsche Mehrheit, die die Regierung gestürzt hat und die die neue Regierung zu bilden verpflichtet wäre, doch gar nicht existiere. Sie beteuern, daß in den Koalitionsverhandlungen doch eigentlich alles ganz ausgezeichnet vorwärts gegangen sei, daß Herr Kunschak von der Kündigung der Koalition doch nur ganz bedingungsweise gesprochen habe, daß sie auch in der Debatte über die Soldatenräte ja gar nichts anderes als die Gesetzlichkeit verlangt hätten. Sie fragen an, ob man nicht eigentlich, im Grunde genommen, vielleicht doch der Meinung sein könnte, daß die Koalition trotz der Demission der Regierung noch fortbestehe. Es scheint, daß es doch nicht gar so leicht ist, auf die Mitarbeit der unfähigen bösen Sozialdemokraten zu verzichten. Und da gar nichts anderes zu helfen scheint, appellieren sie zum Schluß auch noch an den letzten Retter aus allen Nöten, an die Entente. Anderthalb Jahre lang haben sie dem Volke eingeredet, daß die Macht der Sozialdemokratie dem Lande den Kredit der Entente raube, und den Ententevertretern einzureden versucht, daß die Macht der Sozialdemokratie das Land zugrunde richte; jetzt plötzlich bettelt die ganze bürgerliche Presse, die Hohen Mächte mögen doch die Sozialdemokraten bewegen, auch weiterhin mit den Christlichsozialen zusammen das Land zu regieren.

Wir begreifen die Verlegenheit der Christlichsozialen. Mögen sie sich bei ihrem Führer, bei dem Herrn Leopold Kunschak bedanken! Denn kein anderer als er, den sie vor ein paar Wochen feierlich zum Parteiführer erkoren haben, ist der Mann, der die Koalition untergraben, ihren Fortbestand unmöglich gemacht hat. Ein kleiner Dutzenddemagoge sollte plötzlich den Staatsmann spielen; es ist danach ausgefallen! Er hat die giftigsten, mit Verleumdungen gespickten Reden gegen die Sozialdemokratie gehalten, die es uns schlechthin unmöglich machten, mit den Christlichsozialen zusammenzuarbeiten. Er hat das Junktim der Vermögensabgabe mit der Verfassung proklamiert und dadurch die Verschleppung der Vermögensabgabe zur Parteiparole gemacht, was die ganze Krise recht eigentlich herbeigeführt hat. Er hat schließlich in offener Parlamentssitzung die Zurückziehung des Erlasses über die Soldatenräte gefordert, obwohl er sehr genau wußte, daß wir dem nie und nimmer zustimmen könnten, und hat es gerade in dem Augenblick, in dem die Verhandlungen über die Vermögensabgabe und über die Verfassung die Spannung zwischen den koalierten Parteien aufs höchste gesteigert hatten, für klug erachtet, mit der Kündigung der Koalition zu drohen. Jetzt steht er vor den Scherben. Die Sozialdemokraten haben den Christlichsozialen den Stuhl vor die Tür gesetzt. Die Großdeutschen wollen nicht mit ihnen regieren. Und sie haben Angst, ohne uns zu regieren. Nun wissen sie nicht aus noch ein. Jetzt soll ihnen Herr Kunschak raten!

Was geschehen muß, ist klar. Die Nationalversammlung muß so bald als nur möglich neugewählt werden, das Volk selbst muß entscheiden. Darüber sind Sozialdemokraten und Großdeutsche einig; es wird auch den Christlichsozialen nichts anderes übrig bleiben, als sich zu den Neuwahlen zu entschließen. Die Nationalversammlung kann natürlich bis zur Durchführung der Wahlen weiter arbeiten; so hat man es ja auch in Deutschland und in der Tschecho-Slovakei gemacht. Die dringendsten Gesetze, vor allem die Vermögensabgabe, können und müssen noch verabschiedet werden; die Christlichsozialen werden es sich wohl überlegen, unmittelbar vor dem Urteil der Wähler die Vermögensabgabe zu vereiteln, Kriegsgewinner und Schieber von dem Opfer für die Not des Volkes und des Staates zu befreien. Ob freilich auch die Verfassung noch bis zum August oder September geschaffen werden kann, erscheint uns sehr zweifelhaft; sollte das nicht gelingen, so hätten sich die Länder eben bei dem Herrn Kunschak zu bedanken, wenn das Verfassungswerk abermals aufgeschoben werden müßte. Bleibt also nur eine Frage: Wer soll während der drei Monate, die die Durchführung der Wahlen erfordert, regieren? Das ist freilich verdammt schwer zu beantworten. Aber wozu sollten wir uns darüber den Kopf zerbrechen? Herr Kunschak hat diese Krise herbeigeführt. Herr Kunschak soll einen Ausweg finden.

Was nun?

Von Karl Kautsky.

Die Wahlen in Deutschland sind vollzogen. Sie haben ungefähr das gebracht, was sie versprachen: Stärkung der Deutschnationalen, der Nationalliberalen und der Unabhängigen, Rückgang der Mehrheitssozialisten und der Demokraten. Diese Verschiebung ging jedoch nicht in dem Maße vor sich, in dem es viele erwarteten. Gar mancher träumte von der Vernichtung der Mehrheitssozialisten, so daß die Unabhängigen als die einzige ernsthafte Arbeiterpartei dastünden und die Einheit des Proletariats mit ihrem Sieg hergestellt wäre. Dazu ist es nicht gekommen. Die Mehrheitssozialisten haben arg verloren, sind jedoch immer noch stärker als die Unabhängigen. Und nach verschiedenen anderen Wahlen der letzten Zeit zu schließen, scheint es, als hätte die Ebbe ihres Rückganges bereits ihren tiefsten Stand überschritten und als begänne für sie wieder die Zeit eines wenn auch langsamen Aufstieges.

Auf jeden Fall ist die Idee ad absurdum geführt, das deutsche Proletariat dadurch zu einigen, daß die Unabhängigen den rücksichtslosesten Kampf gegen die Mehrheitler führen. Wir stehen nur noch vor der Alternative: entweder Zersplitterung und damit Schwächung des deutschen Proletariats ins Unabsehbare oder Herstellung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen den bisher feindlichen Brüdern. Wer diese Arbeitsgemeinschaft hindert, übernimmt eine furchtbare Verantwortung gegenüber der Sache des Proletariats.

Wie wird sich aber unter diesen Umständen die nächste Regierungsbildung gestalten? Drei Möglichkeiten tauchen auf: die Bildung einer reinen Arbeiterregierung; die Wiederherstellung der alten Koalition; und endlich drittens die Uebergabe der Regierung an einen rein bürgerlichen Block. Jede dieser Möglichkeiten begegnet den größten Schwierigkeiten. Aber die einer reinen Arbeiterregierung wären kaum größer als die der beiden andern Alternativen.

Wohl verfügten die beiden großen sozialistischen Parteien, wenn sie sich vereinigten, nicht über die Mehrheit im Parlament. Die Uebernahme der Regierung durch eine Minderheit scheint den Geboten der Demokratie zu widersprechen; doch nur scheinbar. Die Demokratie verbietet bloß, daß sich eine Minderheit mit Gewalt dem offenkundigen Willen der Mehrheit widersetzt. Sie verbietet es keineswegs, daß eine Partei ein Ministerium bildet, das noch nicht die Mehrheit besitzt, aber alle Aussicht hat, diese zu gewinnen, wenn es die Politik treibt, die den Bedürfnissen der Volksmehrheit entspricht. Natürlich wäre eine rein sozialistische Regierung unter dieser Voraussetzung schon früher möglich gewesen. Heute sind die Sozialisten in ihrer Gesamtheit an Zahl schwächer als nach den Wahlen des vorigen Jahres. Aber heute wissen die beiden sozialistischen Parteien, daß keine der beiden die andere zu sprengen vermag. Und das System Noske ist überwunden. Da brauchten die inneren Widerstände gegen die Herstellung eines sozialistischen Blocks also nicht mehr so stark zu sein wie früher. Vereinigt würden aber die Sozialisten die weitaus stärkste unter den Parteien der Nationalversammlung bilden. Machen sie sich in der Regierung zum Sprachrohr des Gebotes der Stunde, schicken sie sich an, das zu tun, was im Interesse der Massen notwendig und vernünftig ist, dann gewinnen sie rasch allgemeines Vertrauen, dann wagen die demokratischen und katholischen Arbeitervertreter in der Nationalversammlung nicht, gegen sie zu stimmen. Sollten sie es aber doch tun, dürfte die sozialistische Regierung mit bester Aussicht auf Erfolg Neuwahlen riskieren.

Voraussetzung ist freilich, daß, wie schon bemerkt, die Regierung ein Aktionsprogramm hat, das dem Gebot der Stunde entspricht. Welches ist dieses Gebot? Es ist — darüber müssen wir uns klar werden und danach handeln — leider noch nicht das einer *sofortigen Durchführung des Sozialismus*, sondern das einer *Liquidierung des Krieges*. Der furchtbare Krieg mit den wahnsinnigen Friedensbedingungen der Entente hat den Produktionsprozeß aufs tiefste erschüttert. Ihn aufs rascheste in Gang zu bringen, ist das dringendste Gebot. Sozialistische Produktion ist aber nicht von heute auf morgen durchzuführen, darüber ist sich jeder klar, der eine Ahnung von ökonomischen Dingen hat.

Sofortige Wiederherstellung der Produktion heißt daher zunächst sofortige Wiederherstellung der kapitalistischen Produktion. Daran kann auch das stärkste sozialistische Wollen nichts ändern. Das Proletariat selbst ist bei blühender kapitalistischer Produktion besser daran als bei einem Sozialismus, der unzureichend produziert. Ein Kommunismus des Teilens, der Plünderung der Reichen, vermehrt nur die Produktionsstockung und den Mangel an Produkten. Der Sozialismus, der das Proletariat befreien soll, muß mehr produzieren als der Kapitalismus.

Aber damit ist keineswegs gesagt, daß eine sozialistische Regierung heute ebenso zu verfahren hätte wie eine kapitalistische. Der Kapitalismus ist ein sehr elastisches Ding und kann die verschiedensten Formen annehmen und es ist für das Proletariat keineswegs gleichgültig, welches diese Formen sind. Andererseits, wenn auch nicht sofortige Sozialisierung der gesamten Produktion möglich ist, gibt es doch eine Reihe von Produktionszweigen, bei denen sie heute schon nicht nur durchführbar, sondern sogar notwendig wird im Interesse der Gesamtproduktion selbst.

Eine sozialistische Regierung kann und wird die Interessen des Proletariats auch innerhalb kapitalistischer Produktion ganz anders wahren als eine kapitalistische. Und sie allein kann die nötige Energie aufbringen, um dort zu sozialisieren, wo es im Interesse der Gesamtheit geboten ist.

Die Bekämpfung des Schiebertums, die man ihr zuweist, kann allerdings nur durch eine Vermehrung der Produktion erfolgreich unternommen werden. Das Schiebertum ist ein Ergebnis des Mangels an Produkten, es tritt überall auf, wo solcher Mangel herrscht. Die französische Schreckensherrschaft von 1793 ebenso wie der bolschewikische Terror versuchten vergeblich, ihm ein Ende zu machen. Ihre Unterdrückungsmaßregeln vermehrten bloß seine Betriebskosten (Bestechungen, Transportkosten u. s. w.) und erhöhten dadurch die von ihm geforderten Preise. In dem Maße, in dem die Produktion wächst, hört das Schiebertum von selbst auf.

Was aber nicht aufhört, was immer mehr zunimmt, das ist die Ausbeutung der Massen durch die großen Monopolisten, namentlich der Bergwerke. Hier ist rücksichtslose Sozialisierung schon jetzt am Platze, nicht bloß im Interesse der beteiligten Arbeiter, sondern der gesamten Gesellschaft. Eine Sozialisierung der Kohlenbergwerke, die den Kohlenpreis herabsetzte und die Kohlenförderung ausdehnte, würde die gesamte Produktion mächtig anregen.

Ebenso wäre eine Sozialisierung der Wälder und der Latifundien (nicht ihre Zerschlagung) geboten.

Für ein Aktionsprogramm dieser Art wäre eine Mehrheit in der Bevölkerung wohl zu gewinnen,

wenn eine einige Sozialdemokratie dahinter stünde. Wie aber zu dieser Einigkeit gelangen? Das Fragezeichen am Ende dieser Frage hat leider der Größe nach nichts eingebüßt.

Soll nun die alte Koalition erneuert werden? Aber deren Hauptmangel war ihre innere und äußere Schwäche. Die ist durch das Wahlergebnis im höchsten Grade vermehrt worden. Eine Koalitionsregierung kann unter Umständen geboten sein, aber der Eintritt der Mehrheitssozialisten allein in diese Koalition wäre politischer Selbstmord.

So bleibt nur die dritte Alternative übrig; die einer rein bürgerlichen, reaktionären Regierung. Unsere Unabhängigen Freunde scheinen die Auslieferung des gesamten Staatsapparats an die ärgsten Feinde des Proletariats mit großer Gemütsruhe zu erwarten. Schrecken sie nicht die Spuren Ungarns? Proteste gegen den weißen Terror sind eine sehr schöne Sache. Proteste beweisen aber stets nur die eigene Ohnmacht. Angezeigter ist es, dem Gegner eine Machtposition nicht auszuliefern, als ihn aufzufordern, sie zu besetzen, und sich dann zu entrüsten, daß er sie schonungslos ausnützt.

Und ebenso leer wie Proteste sind Rekriminationen darüber, daß die Rechtssozialisten an dem Erstarken der Reaktion schuld seien. Auch wenn das richtig wäre, was hier nicht weiter untersucht sei, sind die vergangenen Fehler anderer noch kein Freibrief für die eigenen, die man zu begehen sich anschickt.

Nun tröstet man sich freilich damit, daß man sagt: Sobald die rein bürgerliche reaktionäre Regierung da ist, wird sie schon das Proletariat in einer Weise mißhandeln, daß es sich gegen sie zusammenschließt und so endlich die Einheitsfront gewinnt.

Kein Zweifel, diese Einigung wäre ein großer Gewinn, und wenn es nicht anders geht, wird sie in dieser Weise errungen werden müssen. Aber die politische Reife der für die Einigung maßgebenden proletarischen Schichten Deutschlands erscheint dabei nicht in glänzendstem Lichte. Denn das sagt doch nichts anderes, als daß die Einigung notwendig ist, daß man sich aber weigert, das Vernünftige und Notwendige früher ins Werk zu setzen, ehe man von den Gegnern dazu geprügelt wird.

Zweckmäßiger wäre es wohl, sich vorher zu einigen, um die Macht zu gewinnen, als den Gegnern zur Macht zu verhelfen, bloß damit man sich zu einigen vermag. Es ist immer ein Zeichen der Rückständigkeit, wenn man das Notwendige nicht rechtzeitig genug erkennt, um es freiwillig tun zu können, sondern wartet, bis man durch äußere Momente dazu gezwungen wird. fordert! Das Endergebnis mag dasselbe sein, aber wie groß die unnützen Opfer, die dieser zweite Weg er-

Kein Zweifel, das deutsche Proletariat wird sich behaupten, trotz alledem. Aber man muß befürchten, daß das Lehrgeld ungeheuer groß sein wird, das von ihm und dem ganzen deutschen Volk noch zu bezahlen sein wird, ehe es zum dauernden und fruchtbringenden Besitz der Staatsgewalt gelangt, der ihm bei nötiger Einsicht und Einheitlichkeit jetzt schon zugänglich wäre.

Die Kabinettsbildung.

Berlin, 12. Juni. (Wolff.) Reichskanzler **Müller** hat den Auftrag zur Kabinettsbildung heute dem Reichspräsidenten zurückgegeben. Dieser hat nunmehr den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei Abgeordneten Dr. Heinze zu einer baldigen Unterredung zu sich gebeten.

Die Regierungskrise.

Die von den Christlichsozialen angeregten Besprechungen beim Präsidenten sind Samstag erfolgt. Von den Christlichsozialen kamen Fink, Weiskirchner und Kunschak, von den Großdeutschen Dinghofer und Straffner, von den Sozialdemokraten Adler, Abram und Bauer. Aus dem, was mitgeteilt wird, kann etwa entnommen werden, daß die Großdeutschen Forderungen stellen, aber der Verantwortung für die Dinge in weitem Bogen ausweichen. Sie verlangen also die „ehemöglichste Auflösung" der Nationalversammlung — sie soll „in Erwägung gezogen werden" — und die Einsetzung einer „Uebergangsregierung", von der sie allerlei „fordern" (die „Entpolitisierung" der Wehrmacht, die „Beseitigung der ungesetzlichen Nebenregierung", „gerechte Zusammensetzung der Wirtschaftskommissionen", „Anbahnung einer Versöhnung zwischen Kapital und Arbeitern, Erzeugern und Verbrauchern", „Versuch" einer Erledigung der Vermögensabgabe und der Verfassungsreform), wozu zu bemerken ist, daß das erstens alles höchst einfältig ist und zweitens, daß, wenn die Großdeutschen zu feig sind, für ihre Forderungen in der Form einzustehen, daß sie sie selbst durchzuführen versuchen, ihr gesamtes „Fordern" mehr als gleichgültig ist und der Aplomb, womit sie dabei auftreten, nur lächerlich wirkt. Was die Christlichsozialen betrifft, so haben sie die Frage gestellt, wie die Sozialdemokraten die Frage der Koalition nun auffassen. Präsident Seitz hat daraufhin an den Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten folgendes Schreiben gerichtet:

> Die Christlichsoziale Vereinigung der Nationalversammlung hat mich ersucht, an Ihren Verband die Anfrage zu richten, ob er die Koalition der beiden Parteien als noch bestehend betrachtet. Ich leite diese Anfrage mit dem Ersuchen weiter, ehestens eine Antwort an mich gelangen zu lassen.

Darauf ist namens des sozialdemokratischen Verbandes von Dr. Adler an den Präsidenten folgende Antwort ergangen:

> Auf die uns übermittelte Anfrage der Christlichsozialen Vereinigung erlauben wir uns mitzuteilen, daß nach der Auffassung unseres Verbandes die Koalition mit der Demission der Regierung zu bestehen aufgehört hat.

Aber die eigentliche Absicht der Christlichsozialen wird vielleicht besser aus der nachfolgenden Darstellung ihrer Parteikorrespondenz zu entnehmen sein, wenngleich diese Mitteilung formell als „nicht parteioffizielle" bezeichnet wird; es soll eben wohl ein Fühler sein:

> In der gegenwärtigen Krise handelt es sich auch vor allem um die Ehre der Nationalversammlung, die als konstituierende Nationalversammlung die Aufgabe übernommen hat, die finanzielle und politische Rüstung der jungen Republik zu verfertigen. Es ist daher ihre Ehrensache, die Vermögensabgabe und die Steuervorlagen zu erledigen und vor allem die Verfassung zu schaffen. Ueber die Verfassung gibt es aber derzeit nicht einmal noch eine Regierungsvorlage und die Ehre der Nationalversammlung erscheint getroffen, wenn sie auseinandergeht, ohne daß sie diese ihre oberste Aufgabe zu erfüllen auch nur versucht hat. Die Christlichsozialen wünschen daher, daß diese der Nationalversammlung von vornherein gesteckten Hauptaufgaben noch raschestens erledigt werden, dann aber sofort Neuwahlen. Mißlingt trotz aller Bemühungen der Versuch, die finanzielle und politische Rüstung des Staates zu vollenden, so sofort Neuwahlen. Erst in zweiter Linie steht die Frage: von und durch wen diese Aufgaben erfüllt werden. Ob mit oder ohne Koalition, ob durch bloße Kooperation dieser oder jener Parteien oder in vollständiger Bewegungs- und Handlungsfreiheit aller Parteien, kommt erst in zweiter Reihe in Betracht; ob durch eine Koalitionsregierung oder durch ein parlamentarisches Geschäftskabinett oder durch ein bloßes Beamtenübergangswahlkabinett, das ist, wie gesagt, von sekundärer Bedeutung. Personenfragen spielen für die Christlichsozialen überhaupt keine Rolle.

Daß danach versichert wird, an die Christlichsozialen wäre aus den Ländern eine „Reihe von telephonischen Mitteilungen" gelangt, die „zur größten Festigkeit und Entschlossenheit gegenüber allen Möglichkeiten" (Festigkeit gegenüber Möglichkeiten!) auffordern, und erklärt wird, der „Ton" der Arbeiter-Zeitung sei geeignet, „die Verhandlungen zu stören" und „Kundgebungen von der Straße können sie nur verderben", ist nicht wichtiger zu nehmen, als es eben ist. Irgendwelche Fortschritte zu irgend einer Lösung hat die Krise am heutigen Tage nicht gemacht.

•

Ueber die Auflösung der Nationalversammlung enthält die Verfassung der Republik überhaupt keine Bestimmung. In dem Gesetz über die Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung vom 18. Dezember 1918 ist nur bestimmt: Die konstituierende Nationalversammlung wird für zwei Jahre gewählt; sie läuft am Wahltag ab, die Wahlperiode ihrer Mitglieder bleibt bis dahin in Geltung. Daraus ergibt sich, daß zur Auflösung der Nationalversammlung ein eigenes Gesetz, und wohl eines, das, um eben jene Bestimmung abzuändern, staatsgrundgesetzlichen Charakter haben müßte, notwendig wäre. Auch das Wahlgesetz, gleichfalls vom 18. Dezember 1918, gilt, wenigstens seinem Titel nach, nur für die Wahl der konstituierenden Nationalversammlung; es lautet nämlich: Gesetz ... über die Wahlordnung für die konstituierende Nationalversammlung, womit in Uebereinstimmung steht, daß es in dem Gesetz über die Einberufung heißt (Artikel II): Zur konstituierenden Nationalversammlung werden ... gewählt. Also müßte zur Neuwahl der Nationalversammlung das Wahlgesetz erst beigestellt werden.

Wiener Vertrauensmännerversammlung.

Die Wiener Vertrauensmännerversammlung, die Samstag nachmittag im Gartensaal des Arbeiterheims Favoriten unter dem Vorsitz Pölzers tagte, beschäftigte sich vor allem mit der politischen Lage. Das Referat erstattete

Otto Bauer:

Die Regierungs- und Koalitionskrise ist nicht lediglich durch die vorgestrigen Ereignisse in der Nationalversammlung hervorgerufen worden. Seit einigen Wochen befand sich die Koalition bereits in einer Krise. Ausgegangen ist sie von dem

Streit um die Vermögensabgabe,

in dem die Klassengegensätze schroff sichtbar wurden. Die langwierigen Verhandlungen im Unterausschuß gingen noch einigermaßen vorwärts. Zu Ostern war der Unterausschuß fertig. Wir haben den Vorschlag gemacht, daß im Finanzausschuß, in dem die Vorlage nach der Beratung im Unterausschuß zu verhandeln war, nur noch über die strittigen Punkte verhandelt werden sollte. Strittig war vor allem, ob die Abgabe in zwei Halb-

---

Feuilleton.

Die Katze.

Nach A. Kuprin. Deutsch von Werner Peter Larsen.

Man sprach von allerlei aktuellen Dingen: von Krieg und Revolution, von Raub und Plünderung, von geschändeten Frauen, von scharenweise hingeschlachteten Kindern und Greisen, von den Bächen von Blut, die erst jüngst wieder die schauernde Erde getränkt.

„Fällt es Ihnen nicht auf," sagte der Hausherr, „wie stark in uns die Gewohnheit auch in diesen Dingen mitspricht? Versetzen Sie sich nur in die Entrüstung zurück, die durch unser Land ging, als die erste Kunde von den tripolitanischen Grausamkeiten zu uns drang ... Jedermann war erregt, empört, jeder nahm Partei, ein jeder schien durch die Greuel da draußen in seiner eigenen Menschenwürde verletzt ... Inzwischen sind nun ausführlichere Berichte eingegangen. Wir hören, daß Hunderte und Aberhunderte Wehrloser niedergemetzelt wurden, wir lesen fast täglich von allen erdenklichen Schandtaten und Barbareien, aber — und darauf eben will ich hinweisen — mich dünkt, wir entrüsten uns nicht mehr in dem Grade wie zu Anfang, wir sind abgestumpfter, wir haben uns, scheint mir, auch an diese Dinge gewöhnt."

In der Sofaecke machte jemand eine nervöse Bewegung. Und obwohl ihn niemand sehen konnte, wendeten sich doch alle nach ihm um, in dem instinktiven Gefühl, dieser Mensch werde sogleich zu sprechen beginnen. Und er begann, unschlüssig und leise, mit gekünstelt ruhiger Stimme und so langen qualvollen Pausen zwischen den einzelnen Worten, daß ein jeder heraushören mußte, wie schwer es ihm fiel, seiner inneren Erregung Herr zu werden.

„Ja also ... ich wollte nur sagen ... meiner Meinung nach trifft das nicht zu, daß wir uns an derlei Dinge gewöhnen. Nun gut, ich verstehe den Mord, zum Beispiel den Mord aus Rache, denn darin ist immer noch ein gewisser bestialischer Triumph ... Oder den Mord, den Totschlag im Zorn, aus Leidenschaft, ja schließlich sogar den Mord aus Eifersucht ... Das alles verstehe ich. Wenn aber Menschen mechanisch morden, ohne eigentliche Wut und ohne den Gedanken an Verantwortung ... ja ohne im Grunde überhaupt mit Widerstand zu rechnen ... nein, meine Herrschaften, das erscheint mir nicht minder grausig und rätselhaft als die Psyche eines Henkers ... Ich starre da in einen der Abgründe, in die ein Mensch bisweilen versinkt ... ich vermag es nicht zu fassen ... mich schwindelt und mir wird schlecht, bis zur Uebelkeit schlecht ... und dennoch läßt mich die ungeheuerliche Verruchtheit des Verbrechens nicht los, sondern lockt und fesselt und beschäftigt mich immer von neuem ..."

Er schwieg eine Weile, seufzte tief, und als er wieder zu sprechen begann, konnte man aus seiner dumpfen gepreßten Stimme schließen, daß er sein Gesicht mit den Händen bedeckt hatte.

„Ja, was denn ... gleichviel ... ich muß das erzählen ... Auch meine Seele belastet dieser blutige Nebel ... Vor etwa zehn Jahren habe ich einen Mord begangen ... Niemand hat es bis heute gewußt ... aber gleichviel ... sehen Sie, meine Herrschaften, in der Gesindestube auf meinem Gute lebte damals eine Katze. Es war eine kleine magere jämmerliche Katze, die vielleicht ursprünglich mal weiß gewesen war, aber solange ich zurückdenken kann, stets schmutziggrau, ja fast bläulich aussah, weil sie irgendwo ganz tief unter dem Küchenherd hauste ...

Das alles geschah im Winter ... im späten Winter. Es war ein herrlicher windstiller Morgen. Die Sonne schien hell und warm, und es war völlig unmöglich, auf den Schnee hinzusehen, so funkelte und flimmerte er. In diesem Jahre war ganz ungewöhnlich viel Schnee gefallen und wir gingen deshalb alle auf Schneeschuhen. An diesem Morgen also schnallte ich mir die Schneeschuhe an und ging zum Obstgarten hinunter, in den über Nacht die Hasen eingefallen waren. Ich glitt langsam an den geradlinigen Reihen der jungen Apfelbäume dahin und — ich weiß das noch heute — der Schnee erschien mir völlig rosafarben und die Schatten der dünnen Bäumchen auf ihm gläsern-blau und so einfältig schön, daß ich neben sie hätte hinknien und das Gesicht in den flaumigen Schnee tauchen mögen.

Kommt da mein alter Arbeiter Jasykant daher. Er hieß eigentlich irgendwie anders, aber das war nun einmal sein Spitzname. Wir gehen Seite an Seite — er gleichfalls auf Schneeschuhen — und sprechen von dem und jenem. Plötzlich lacht er mich an:

„Ja, und denken Sie nur, Herr, unsere Katze hat ein Bein verloren."

„Wieso das?" frage ich.

„Na, sie muß wohl in ein Fuchseisen geraten sein. Das halbe Bein glatt weg."

Daraufhin wollte ich die Katze sehen und wir gingen zur Gesindestube. Bald kreuzte eine feine Blutspur unseren Weg; sie führte zu der Bank vor dem Hause, unter der die verwundete Katze saß. Als sie uns erblickte, duckte sie sich zusammen, öffnete kläglich das Maul und miaute in langgezogenen Tönen. Ihr kleines Maul war ungewöhnlich mager und schmutzig. Die rechte Vorderpfote war oberhalb des Gelenks abgeschlagen und der Stumpf, aus dem langsam das Blut sickerte und ein feines weißes Knöchelchen lugte, ragte plump und hilflos vor.

Ich befahl Jasykant:

„Geh in mein Schlafzimmer und hol das Gewehr. Es hängt auf dem Wandteppich über dem Bett."

„Es macht ihr ja nichts weiter aus, Herr," versetzte Jasykant. „Sie leckt es sich schon wieder heil."

Aber ich bestand auf meinem Willen, denn ich wollte den Qualen des armen Tieres ein Ende setzen; im übrigen war ich überzeugt, daß die Wunde eitern und die Katze sowieso an Blutvergiftung eingehen werde.

Jasykant brachte das Gewehr. Der eine Lauf war mit Schnepfenschrot, der andere mit Rehposten geladen. Ich lockte die Katze an — kiß, kiß, kiß. Sie miaute leise und machte einige Schritte auf mich zu. Da trat ich etwas nach rechts hinüber, so daß sie mir die linke Flanke zuwendete, zielte und drückte ab ... Die Katze stand höchstens sechs, sieben Schritt von mir entfernt, und unmittelbar nach dem Schuß hatte ich das Empfinden, er habe in ihre Flanke ein Loch in der Größe meiner beiden Fäuste gerissen. Aber sie war keineswegs zu Tode getroffen. Sie schrie gellend auf und setzte in

Schriftleitung, Verwaltung und Anzeigen-Aufnahme:
V. Rechte Wienzeile 97.
Sonderausgabe und Kleiner Anzeiger:
I. Schulerstraße 13.
Abonnements werden angenommen in der Verwaltung, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Ausgabestellen:
I. Schulerstraße 13, Tel. 9191
II. Pazmanitengasse 30, Tel. 40528
X. Wielandplatz 5, Tel. 56244
XIV. Wieningerplatz 8, Tel. 33126
XVI. Klausgasse 24, Tel. 84146
XVII. Hackergasse 22, Tel. 17175
XXI. Angererstraße 14.
Fernsprecher:
Schriftleitung 880
Verwaltung 900
Anzeigen-Aufnahme 900
Telegramm-Adresse:
Arbeiter-Zeitung Wien.
Postsparkassenkontos:
Verwaltung u. Lokoabonnement 12210
Provinzabonnement 157986
Tschecho-Slowakei 157664
Ungarn 40592
Polen 190081
Anzeigen 128845
Anzeigen übernehmen alle bekannten in- und ausländischen Anzeigenbüros.

Morgenblatt.

Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs.

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

Wöchentlich . . . . K 4.—
Monatlich . . . . „ 16.—
Vierteljährig . . . . . . „ 48.—
Morgenblatt und Abendblatt:
Monatlich . . . . K 22.—
Vierteljährig . . . . . . „ 66.—
Für die Provinz und Ungarn:
Monatlich . . . . K 16.—
Vierteljährig . . . . . . „ 48.—
Morgenblatt und Abendblatt:
Monatlich . . . . K 22.—
Vierteljährig . . . . . . „ 66.—
Für die Tschecho-Slowakei:
Monatlich . . . . K 9.
Vierteljährig . . . . . . „ 27.—
Morgenblatt und Abendblatt:
Monatlich . . . . K 13.—
Vierteljährig . . . . . . „ 39.—
(Tschechische Kronen.)
Für Jugoslawien:
Monatlich . . . . K 12.—
Vierteljährig . . . . . . „ 36.—
Morgenblatt und Abendblatt:
Monatlich . . . . K 18.—
Vierteljährig . . . . . . „ 54.—
(Jugoslawische Kronen.)
Deutschland: Viertelj. Mk. 18.—
Morgenblatt u. Abendblatt Mk. 24.—
Polen: Vierteljährig Mk. 50.—
Für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Viertelj. Frk. 15.—
Morgenblatt u. Abendblatt Frk. 20.—

Nr. 166. — Wien, Freitag, 18. Juni 1920. — XXXII. Jahrgang.

Klassenkampf und Koalition.

Von Karl Kautsky.

1. Die reaktionäre Masse.

Eine Reihe Sozialisten, nicht nur die Kommunisten, sondern auch die Unabhängigen in Deutschland, die Longuetisten in Frankreich, betrachten es als einen Verrat an den Grundsätzen des Sozialismus, als ein Aufgeben des Klassenkampfes, wenn sich eine sozialistische Partei mit einer bürgerlichen zur Bildung einer gemeinsamen Regierung koaliert. Sie lehnen es entrüstet ab, in der Internationale mit Parteien zusammenzuwirken, die sich auf eine derartige Koalition einlassen.

Ist die Auffassung richtig? Nur davon wollen wir hier sprechen, nicht von der Frage, ob irgend eine der heute bestehenden sozialistisch-bürgerlichen Regierungen zweckmäßig ist oder nicht. Diese Frage kann für einen bestimmten Fall auch dann verneint werden, wenn man theoretisch die Zulässigkeit einer Koalitionsregierung behauptet.

Diejenigen, die jede solche Regierung von vornherein als elenden Verrat brandmarken, scheinen anzunehmen, dieser Verrat sei so offenkundig, daß er irgend eines Beweises nicht erst bedürfe. Mir ist wenigstens kein Versuch bekannt, die absolute Verwerflichkeit jeglicher Koalitionsregierung eingehend zu begründen. So viel ich weiß, begnügt man sich einfach damit, auf die Prinzipien des Klassenkampfes und Klassengegensatzes hinzuweisen, die ein Zusammenwirken mit dem Klassengegner ausschließen. Jede derartige Zusammenarbeit bedeute ein Aufgeben des grundlegenden Prinzips des Klassenkampfes.

Das müßte zugegeben werden, wenn die Gesellschaft ein so einfacher Organismus wäre, wie sich ihn manche Sozialisten vorstellen, für die nur zwei Klassen existieren, so daß ein Hüben und Drüben nur gilt: hüben die Proletarier und drüben die Bourgeois. Aber so einfach liegt die Sache leider nicht. Die Welt der „Bourgeois“ zerfällt in zahlreiche, sehr gegensätzliche Klassen, sie führen untereinander sehr lebhafte Kämpfe und steht auch jede von ihnen im Gegensatz zum Proletariat, so ist dieser Gegensatz doch keineswegs bei allen der gleiche.

Dazu kommt, daß in der Politik die Klassen nicht direkt in den Kampf eintreten, sondern durch Vermittlung von Parteien. Eine Klasse kann in verschiedene Parteien zerfallen, die den gleichen Interessen dienen, sich aber in den Methoden unterscheiden. Andererseits kann es Parteien geben, die Teile verschiedener, einander benachbarter Klassen zu einer gemeinsamen Kampforganisation zusammenfassen.

So wird der politische Kampf ein viel komplizierterer Prozeß als etwa der gewerkschaftliche, der tatsächlich nur mit zwei Lagern zu tun hat: hier den Lohnarbeitern, dort den Unternehmern. Eine sozialistische Politik kommt nicht weit, die sich damit begnügt, zu konstatieren, daß das Proletariat zu jeder bürgerlichen Klasse und Partei in einem Gegensatz steht. Die Sozialisten müssen sich auch klar werden über die Eigenart jeder dieser Klassen und Parteien und über die Gegensätze zwischen ihnen. Und sie haben nicht nur den Kampf gegen die gesamte bürgerliche Welt zu führen, sondern auch in die Kämpfe innerhalb dieser Welt einzugreifen und mitzuhelfen, diejenigen unter ihren Gegnern zu schwächen oder zu beseitigen, die den gesellschaftlichen Aufstieg am meisten hemmen.

So hatten wir zu unterstützen die Demokraten gegenüber Aristokraten und Bürokraten, Republikaner gegenüber Monarchisten, Freihändler gegenüber Schutzzöllnern, Pazifisten gegenüber Kriegstreibern, das industrielle Kapital gegenüber dem feudalen Grundbesitz u. s. w. Wer das Proletariat abhalten will, in die Klassenkämpfe innerhalb der bürgerlichen Welt einzugreifen, verurteilt es zur Untätigkeit und Ohnmacht bis zu dem Zeitpunkt, in dem es die Kraft zur Alleinherrschaft erlangt hat.

Darum bekämpft Marx so entschieden das Lassallesche Wort, daß dem Proletariat gegenüber alle andern Klassen *eine reaktionäre Masse* seien. Diese Lassallesche Auffassung liegt aber dem proletarischen Denken in seinem ursprünglichen, naiven Stadium so nahe, daß sie immer wieder überzeugte Anhänger findet, namentlich in revolutionären Zeiten, welche in den Klassenkampf Massen ungeschulter Elemente werfen.

Schon die Beteiligung an den Stichwahlen, die bei den früheren Wahlsystemen notwendig wurden, und das Eintreten für die Erwählung bürgerlicher Oppositioneller bei solchen Wahlen hat oft starken Widerspruch in Parteikreisen gefunden. Noch mehr aber war dies der Fall, wenn sich die politische Situation derart gestaltete, daß die proletarische Hilfe nicht zu dem Zweck erforderlich wurde, die bürgerliche Opposition gegen eine reaktionäre Regierung zu stärken, sondern eine mehr freiheitliche bürgerliche Regierung gegenüber einer reaktionären Opposition zu stützen. Das ist begreiflich. Der Staatsapparat ist so sehr auf die Unterdrückung der unteren Klassen eingerichtet, daß der Gedanke, ihn zu fördern, vielen Sozialisten unerträglich ist, selbst dann, wenn die Förderung zu dem Zwecke geschieht, die Last der Unterdrückung dadurch zu mindern oder eine vergrößerte Unterdrückung abzuwehren.

Indessen haben die Marxisten, die klarsten Vertreter des Gedankens des Klassenkampfes, nie die Unterstützung einer bürgerlichen Regierung abgelehnt, wenn diese sich als das kleinere Uebel erwies. So erklärten sich die französischen Guesdisten auch in ihrer unversöhnlichsten Zeit bereit, ein ausgesprochen radikales Ministerium zu unterstützen, das auf ihre Stimmen angewiesen war.

Dagegen fand den stärksten Widerstand die Idee des Eintritts eines sozialistischen Ministers in ein bürgerliches Ministerium.

2. Die Pariser Resolution.

Es war zuerst am Ende des vorigen Jahrhunderts, daß die Idee des sozialistischen Ministerialismus aufkam. In Frankreich war damals die Herrschaft der bürgerlichen Republikaner durch eine Rebellion von Militaristen und Klerikalen bedroht. Daß diese Rebellion abzuwehren und zu diesem Zwecke die republikanische Regierung zu unterstützen sei, darin waren sich alle französischen Genossen einig. Aber der Ministerpräsident *Waldeck-Rousseau* ging, um sich diese Unterstützung zu sichern, weiter als ein Ministerpräsident vor ihm. Er berief einen einflußreichen Sozialisten, *Millerand*, ins Kabinett. Das war ein kühner Schritt, doch wurde er in recht ungeschickter Weise unternommen. Millerand trat ins Ministerium, ohne die Zustimmung seiner Genossen einzuholen. Er machte sich für die Zeit seiner Ministerschaft unabhängig von der Parteidisziplin, so daß ihn Vaillant witzigerweise als Parteigenossen auf Urlaub bezeichnete. Das sollte nur der erste Schritt auf seiner Bahn zur Entfremdung von seiner Partei sein. Und als Kollegen bekam er im Kriegsministerium den General Gallifet, den Schlächter der Kommune. Dieser brutale Kommißknopf mochte sich ja gut dazu eignen, mit den renitenten Generalen fertig zu werden, aber jeder Sozialist mußte sich gegen den Gedanken aufbäumen, eine Hand zu ergreifen, die sich so sehr mit Proletarierblut befleckt hatte.

Guesdisten und Blanquisten widersetzten sich daher dem Eintritt Millerands in die Regierung auf das lebhafteste. Ebenso lebhaft aber traten Jaurès und seine Leute für Millerand ein, und die ganze Internationale nahm lebhaften Anteil an dem Kampfe, der die hervorragendste Teilerscheinung in dem allgemeinen großen Kampf für und wider den Revisionismus wurde. Man stritt nicht nur darum, ob der Eintritt Millerands in die Regierung unter den gegebenen Umständen notwendig und nützlich sei, sondern darum, ob sich der normale Weg zur Macht des Proletariats überhaupt in der Weise vollziehen werde und müsse, daß ein, dann zwei und schließlich noch mehr sozialistische Minister in ein bürgerliches Ministerium einträten.

Dieses Problem bildete die Hauptfrage, die den Pariser Internationalen Kongreß 1900 beschäftigte. Er sollte nicht den konkreten Fall Millerand entscheiden, sondern die Frage der Teilnahme von Sozialisten an einem bürgerlichen Ministerium überhaupt.

Die Kommission, der die Frage zugewiesen war, gab mir den Auftrag, eine Resolution zu verfassen. Sie wäre sehr einfach gewesen, wenn es sich bloß um den Fall Millerand gehandelt hätte. Dessen Vorgehen lehnte ich entschieden ab.

Aber durften wir jeden Eintritt von Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium unter allen Umständen verpönen? Dagegen kamen mir schwere Bedenken. Daher schlug ich folgende Resolution vor, die mit einem von Plechanow beantragten Zusatz auch angenommen wurde:

> Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat kann in einem modernen kapitalistischen Staat nicht das Werk eines bloßen Handstreichs sein, sondern nur den Abschluß einer langen und mühevollen Arbeit der politischen und ökonomischen Organisation des Proletariats, seiner physischen und moralischen Regenerierung und der schrittweisen Eroberung von Wahlsitzen in Gemeindevertretungen und maßgebenden Körperschaften bilden.
>
> Aber die Eroberung der Regierungsgewalt kann dort, wo sie zentralisiert ist, nicht stückweise erfolgen. Der Eintritt eines einzelnen Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium ist nicht als der *normale Beginn* der Eroberung der politischen Macht zu betrachten, sondern kann *stets nur ein vorübergehender und ausnahmsweiser Notbehelf in einer Zwangslage sein.*
>
> Ob in einem gegebenen Falle eine solche Zwangslage vorhanden ist, das ist eine Frage der Taktik und nicht des Prinzips. Darüber hat der Kongreß nicht zu entscheiden. Aber auf jeden Fall kann dieses *gefährliche Experiment* nur dann von Vorteil sein, *wenn es von einer geschlossenen Parteiorganisation gebilligt wird* und der sozialistische Minister der Mandatar seiner Partei ist und bleibt.
>
> Wo der sozialistische Minister unabhängig von seiner Partei wird, wo er aufhört, der Mandatar seiner Partei zu sein, da wird sein Eintritt in das Ministerium aus einem Mittel, das Proletariat zu stärken, ein Mittel, es zu schwächen, aus einem Mittel, die Eroberung der politischen Macht zu fördern, ein Mittel, sie zu verzögern.

Den nun folgenden Schlußsatz bildete *Plechanows* Antrag:

> Der Kongreß erklärt, daß ein Sozialist ein bürgerliches Ministerium verlassen muß, wenn die organisierte Partei erklärt, daß es Parteilichkeit im ökonomischen Kampf zwischen Kapital und Arbeit bewiesen hat.

Ich hielt diesen Zusatz für eine überflüssige Wiederholung, da ich ja bereits in meinem Text das Verbleiben des Sozialisten im Ministerium von der Zustimmung der organisierten Partei abhängig gemacht hatte, aber das war kein Grund, sich der Unterstreichung dieses Grundsatzes zu widersetzen.

Jules Guesde dagegen brachte eine Gegenresolution ein, die „jede Teilnahme der Sozialisten an bürgerlichen Regierungen untersagt, denen gegenüber die Sozialisten auf dem Standpunkt unbeugsamer Opposition stehen bleiben müssen“.

Meine Resolution wurde mit 29 gegen 9 Stimmen (jede Nation hatte 2 Stimmen) angenommen. Jules Guesde hatte seitdem das Pech, seine eigene Resolution selbst umzustoßen und einem bürgerlichen Ministerium beizutreten. Dagegen bin ich in der Lage, heute noch auf dem Boden der Pariser Resolution stehen zu können, den ich nie verlassen habe.

3. Die Koalitionen nach der Revolution.

Das Problem des sozialistischen Ministerialismus hat sich heute etwas verschoben. Nirgends handelt es sich mehr um den Eintritt eines einzelnen Sozialisten in ein sonst rein bürgerliches Ministerium. Die Sozialisten sind heute vielfach die stärkste Partei im Parlament geworden, jedoch noch nicht so stark, daß sie allen anderen Parteien zusammen überlegen wären. Dürfen, ja müssen sie nicht unter solchen Umständen trachten, mit einer ihnen nahestehenden Partei eine Koalition zu bilden, in die sie nicht bloß einen oder zwei vereinzelte Minister entsenden, die von ihrer Partei unabhängig sind, sondern in der sie der bürgerlichen Partei ebenbürtig gegenüberstehen als Mandatare ihrer Partei?

So verschieden die Frage dadurch geworden ist, glaube ich doch, daß meine Resolution auch unter den geänderten Umständen zutrifft. Nach wie vor halte ich ein Zusammenarbeiten von Sozialisten mit bürgerlichen Elementen in einer Regierung für ein gefährliches Experiment, das man auf keinen Fall suchen, sondern vielmehr nach Tunlichkeit meiden soll. Doch zeigte mir

die historische Erfahrung und das Durchdenken aller künftigen Möglichkeiten, daß Zwangslagen eintreten können, in denen für eine sozialistische Partei die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Elementen in einer gemeinsamen Regierung das kleinere Uebel zur Abwehr größerer wird.

Indessen sah ich bis zum Kriege praktisch nirgends eine solche Zwangslage eintreten, ich war bis dahin gegen jeglichen konkreten Fall von „Ministerialismus“.

Der Krieg brachte jedoch eine gewaltige Aenderung, wenigstens für die besiegten Länder. Ueberall brach dort die alte Staatsgewalt zusammen, fiel die Herrschaft im Staate zunächst den sozialistischen Parteien zu, die in den politischen Zentren überwogen. Aber nirgends noch war die Sozialdemokratie stark genug, um als Mehrheit im Lande die Alleinherrschaft zu behaupten. Sie sah sich überall vor die Alternative gedrängt, entweder als Minderheit die Mehrheit politisch zu entrechten und durch die Mittel des Belagerungszustandes niederzuhalten: die Idee der Rätediktatur. Oder aber sich mit einer der bürgerlichen Fraktionen, mit denen sie manche Interessen gemein hatte, in einer Koalition zu vereinigen. Wollte sie weder das eine noch das andere, dann mußte sie die ganze Verfügung über den staatlichen Apparat, die sie errungen, den bürgerlichen Gegnern zur beliebigen Anwendung überlassen.

Die Rätediktatur war nur durchführbar in einem völlig rückständigen Lande, also in einem Lande, dem alle Vorbedindungen für einen demokratischen Sozialismus fehlen, in dem höchstens ein Sozialismus nach dem Muster des Staates möglich ist, den die Jesuiten im 18. Jahrhundert in Paraguay aufgerichtet hatten; in einem Lande, in dem die Bauernschaft eben die zaristische Knute losgeworden und noch nicht gewohnt ist, am staatlichen Leben teilzunehmen. Indes, trotz aller Rücksichtslosigkeit, ist auch das bolschewikische Regime keine reine Proletarierregierung. Selbst in Rußland muß der „Rätegedanke“ dem Bauerntum Konzessionen machen.

In Westeuropa ist eine Rätediktatur heute nicht mehr möglich; findet hier ein sozialistisches Regime nicht eine Mehrheit sozialistischer Wähler hinter sich, dann muß es, will es nicht abdanken, sich zu einer Koalition verstehen. Eine solche wird möglich mit Elementen, die zum mindesten ein Interesse an der Demokratie, an der Zurückdrängung der Herrschaft der Bürokratie durch die Selbstverwaltung, an der Aufhebung des Militarismus haben und durch die Sozialisierung der großen Industrien in ihren Interessen nicht verletzt, ja sogar gefördert werden. Das tritt dann ein, wenn die sozialisierten Industrien produktiver sind als die kapitalistischen, also zum Beispiel den Bauern für die gleiche Menge ländlicher Produkte mehr industrielle Waren als ehedem liefern.

Auch eine solche Koalition wird immer ihre großen Mängel haben, wird natürlich nie für das Proletariat so viel leisten können wie dessen Alleinherrschaft. Aber wenn diese nicht möglich ist, oder nur in Formen, die das ökonomische Leben ruinieren und das Proletariat als herrschende Klasse korrumpieren — und das tut auf die Dauer jede schrankenlose Gewaltherrschaft —, dann bleibt nur die Koalition als kleineres Uebel übrig, wenn der völlige Verzicht auf die Macht das größere wäre.

Damit ist jedoch nur gesagt, daß man in unseren Tagen nicht jede sozialistische Teilnahme an einer Koalitionsregierung von vornherein unbesehen gleich als Verzicht auf den Klassenkampf, als Harmonieduselei, als Verrat am Sozialismus bezeichnen darf. Aber ebenso falsch wäre es umgekehrt, jede Koalitionsregierung von vornherein in Schutz zu nehmen und als Notwendigkeit zu preisen.

Die Ueberwindung der Gefahren einer Koalitionsregierung für die an ihr teilnehmenden Sozialisten erfordert deren höchste geistige Kraft und Selbständigkeit. Sind die Sozialisten den bürgerlichen Teilnehmern an der Koalition geistig nicht gewachsen, stehen sie hinter ihnen zurück an Fähigkeit und Wissen oder lassen sie sich von ihnen einschüchtern und terrorisieren, dann hört die Koalition auf, ein Mittel proletarischer Machtentfaltung zu sein, dann wird sie ein Mittel, das Proletariat zu unterdrücken; sie nimmt den Sozialisten dann die Kraft und Fähigkeit, dieser Unterdrückungspolitik zu opponieren, macht sie vielmehr zu Mitschuldigen, raubt ihnen dadurch das Vertrauen des Proletariats. Die Kraft der Regierungssozialisten wird dadurch unterhöhlt; dafür wächst in den unzufriedenen proletarischen Schichten die Aufnahmsfähigkeit für die Einflüsse von Demagogen und Abenteurern. So wird auf den verschiedensten Wegen das Proletariat gespalten und geschwächt.

Der Verzicht auf die Staatsgewalt, der geschlossene Uebergang in die energische Opposition verleiht in einem solchen Falle den Sozialisten und dem Proletariat mehr wirkliche Kraft und Macht im Staate als das Verbleiben in der Regierung, das unter den gegebenen Voraussetzungen nur langsamer Selbstmord wäre.

So sehr daher seit der Revolution die Zahl der Staaten sich mehrte, in denen eine Zwangslage für die Teilnahme von Sozialisten an einer Koalition eintrat, so dringend notwendig ist es in jedem einzelnen Falle, von Anfang an und immer wieder von neuem aufs strengste zu prüfen, ob die Uebel der Koalition nicht größer sind als ihre Vorteile.

Der christlichsoziale Königsplan.

Der Plan, den die Christlichsozialen zur Lösung der Regierungskrise ausgeheckt haben, wird allmählich erkennbar. Am Morgen erklärte die „Reichspost“, die Enttäuschung derjenigen, die an das „Beamtenkabinett als Uebergangsregierung nicht glauben, werde um so größer sein.“ Nachdem die Christlichsozialen aber vernommen hatten, daß die Sozialdemokraten entschlossen sind, dieses „neutrale“ Kabinett als eine „bürgerliche Sache“ zu betrachten und *zu behandeln*, meint dieselbige „Reichspost“, daß „für die Notwendigkeit einer solchen Ersatzregierung“ in erster Linie — die Sozialdemokraten verantwortlich sein werden und daß es ein „plumpes Manöver“ sei, „eine solche Regierung einfach als bürgerliche Koalitionsregierung der Christlichsozialen und Großdeutschen hinzustellen“. An sich eigentlich hirnrissig: für eine Regierung, die sie nicht wählen werden, die Sozialdemokraten als verantwortlich zu erklären und *die* Koalition, die diese Beamtenregierung erfunden hat, sie wählen und sie unterstützen wird, leugnen zu wollen! Das „schamlose Manöver“ wird ja rasch sichtbar werden; die Sozialdemokraten werden gegen eine Regierung, die der Bund von Christlichsozialen und Großdeutschen gestiftet hat, ganz selbstverständlich Mann für Mann stimmen; und wenn der Bund, der da am Werke ist, der Republik eine Regierung aus den ehemaligen k. k. Beamten beschert haben wird, was er, da er im Hauptausschuß und in der Nationalversammlung über die zahlenmäßige Majorität eben verfügt, natürlich imstande ist, was er aber nur mit seinen eigenen Stimmen zu bewerkstelligen haben wird, so wird die „Beamtenregierung“ *als die Regierung der Koalition von Christlichsozialen und Großdeutschen erkannt sein.* Es wird also in aller Form eine Trutzregierung gegen die Sozialdemokratie sein; und davon, und nur davon, wird das Verhältnis der Sozialdemokratie zu ihr bestimmt werden.

Die guten Christlichsozialen stellen sich so an, als ob sie [illegible]ndpunkt der Sozialdemokraten nicht verstünden, [illegible] wir allerdings schon sehr der Meinung sind, daß sie sich dabei verstellen. Die Sozialdemokraten erkennen selbstverständlich das Recht der bürgerlichen Koalition an, ihre zahlenmäßige Macht zu gebrauchen; dazu gelangen wir schon aus unserer Auffassung von der Demokratie, die das Recht der Mehrheit eben nicht bestreitet. Aber weil die Sozialdemokraten der bürgerlichen Koalition das Recht nicht bestreiten, sich als Mehrheit zu installieren, bedeutet das natürlich *nicht*, daß wir verpflichtet wären, die Herrschaft dieser Mehrheit zu respektieren, also daß wir nicht berechtigt seien, gegen die Ausübung dieser Herrschaft das volle Maß unseres Widerstandes lebendig zu machen. Wenn die Mehrheit das Recht hat, zu herrschen, so hat die Minderheit das Recht der Opposition; und das Ausmaß dieser Opposition werden sich die Sozialdemokraten ganz selbstverständlich nicht von den Bedürfnissen der bürgerlichen Koalition, die eine Koalition gegen sie ist — denn in Wahrheit enthält die Forderung nach Einsetzung eines Beamtenkabinetts als Kern *die* Forderung, daß in der „Uebergangszeit“ die Sozialdemokraten von der Regierung ausgeschlossen zu sein haben — werden sich die Sozialdemokraten nicht von den Koalierten bestimmen lassen, sondern das Maß werden sie *von ihren eigenen Notwendigkeiten ableiten*. Die Christlichsozialen scheinen zu meinen, es reiche aus, daß *sie* die Notwendigkeit „einer solchen „Ersatzregierung“ verkünden — wobei wir die „Kulturstaaten“, von denen das christlichsoziale Blatt behauptet, daß in allen „in solchen Fällen“ der Ausweg eines Beamtenkabinetts „üblich“ sei, doch kennen lernen möchten; er ist nämlich nirgends üblich — daß *ihre* Verkündigung nun eben auch für die Sozialdemokraten bindend zu sein habe. Also wir seien verpflichtet, den Wünschen und Einfällen der Christlichsozialen Reverenz zu leisten, einer von ihnen konstruierten Notwendigkeit widerspruchslos zu huldigen. Einfach kindisch! Also wenn die Christlichsozialen erklären, von irgend etwas könne keine Rede, und von anderen behaupten, daß nur dieses in Betracht gezogen werden könne, so habe, meinen die Christlichsozialen, die Sache auch für die Sozialdemokraten als entschieden zu gelten, und sie haben sich dem, was die Herren Christlichsozialen in Betracht gezogen haben, ohne Widerrede zu unterwerfen. Nämlich es nicht bloß als den Ausdruck einer augenblicklichen zahlenmäßigen Tatsache hinzunehmen, sondern es als eine Notwendigkeit zu betrachten, der gegenüber sie sich jedes Störungsversuches zu enthalten haben! Genau betrachtet, meinen die Christlichsozialen, daß wir gegenüber *ihrer* Regierung, der Regierung der bürgerlichen Koalition, sozusagen die Pflicht der *Unterstützung* haben, daß wir deren Installierung wenigstens passiv zu fördern hätten, und sie erwarten, daß wir das wirklich tun werden, daß diese Regierung gegen uns mit unserer wohlwollenden Duldung entstehen und von unserer wohlwollenden Förderung begleitet sein werde! Also scheint ihr Plan zu sein, wozu wir nur. und wirklich ohne Eifer und Leidenschaft, zu sagen haben: Da dürften sich die Koalierten schon gründlich irren!

Überhaupt die Vorstellung, daß die Koalierten uns nicht bloß so eine Beamtenregierung, eine Regierung von Beamten wahrscheinlich, die der Republik nicht grün sind, aufzwingen könnten — das können sie natürlich —, sondern daß sie uns auch zur Duldung, Förderung, Unterstützung dieser Regierung — vielleicht, weil die neugebackene Koalition nicht einmal der Majorität bei der Einsetzung der Regierung sicher ist, vielleicht schon bei dem Geburtsakt? — verpflichten könnten, immer im Namen der von ihr erkundeten und verkündeten „Notwendigkeit“, diese Vorstellung ist einfach grotesk, und wirklich eine Zumutung, die schon an die politische Ehre greift. Wir wiederholen: Sie sollen es doch probieren! Aber indem wir sie dazu einladen, haben wir selbstverständlich keine Geneigtheit ausgedrückt, ihnen diese Probe zu *erleichtern*. Wir natürlich können die „Probe“ entbehren, weil wir ja vorweg wissen, daß man ohne Sozialdemokraten, wie überall, auch in unserer Republik nicht, nicht regieren kann. Die Christlichsozialen scheinen das nicht zu wissen; also mögen sie durch Erfahrung klug werden. Aber daß wir ihnen *helfen* sollen, zu beweisen, daß man ohne Sozialdemokraten regieren kann, worauf das Gerede von unserer Pflicht, ihre „Beamtenregierung“ unterstützen zu müssen, im Grunde hinausläuft, ist doch gar zu widersinnig. Sie mögen es also probieren; die Sozialdemokraten aber werden sich anstrengen, diese „Probe“ eben *restlos* zu gestalten. Wir hatten geglaubt, daß die Christlichsozialen klug genug sein werden, sich das alles selbst zu sagen. Da es aber bei ihnen im Augenblick an dieser Einsicht zu fehlen scheint, so wollen wir es ihnen rechtzeitig und deutlich gesagt haben.

Die ungarischen Greueltaten.

Ein Mann, der in den letzten Monaten in Budapest lebte, erzählt uns:

In der Nacht vom 6. auf den 7. d. ging ich mit einigen Freunden durch die Arenastraße. Plötzlich hörten wir *Hilferufe*, die aus der Richtung des Teiches kamen, der sich in der Arenastraße befindet. Wir wollten helfen, als wir aber sahen, daß beim Teiche eine größere Gruppe von *Brachialoffiziere und Brachialsoldaten* stand, aus deren Mitte die Hilferufe ertönten, wagten wir es nicht, näher zu gehen. Am nächsten Tage wurde aus dem Teiche der Leichnam des Lederfabrikanten Kanitz gefischt. Die Leiche sah entsetzlich aus. Der Körper war *voll Wunden*, die anscheinend von *Bajonettstichen* herrührten, *der Bauch war aufgeschlitzt*. Ich hatte in der Nacht, kurz bevor die Hilferufe zu hören waren, mit Kanitz gesprochen, und wußte, daß er seinen Weg an dem Teich vorbei nehmen mußte. In einigen Budapester Zeitungen war dann zu lesen, daß Kanitz von „unverantwortlichen Elementen“ überfallen und getötet worden sei.

In der Nacht zum 10. d. sah ich in der Herminenstraße, wie einige „Erwachende“ einen jungen Mann mißhandelten. Sie zwangen ihn, die Hose auszuziehen, sich auf den Boden zu legen und *Gras zu essen*. Als er nicht essen wollte, zwangen sie ihn dazu durch *Hiebe*, die sie ihm mit *stählernen Schiffstauen* versetzten. Niemand wagte es, sich einzumengen. Der Mann wurde solange geprügelt, bis er *ohnmächtig* war. Natürlich wurde er von den Soldaten auch *ausgeraubt*.

Vorige Woche ging ich in der Nacht vom 9. auf den 10. d. mit vier Leuten nach Hause. Wir wurden von einer *Patrouille* aufgehalten. Es waren zehn bewaffnete Soldaten, die von vier Offizieren geführt wurden. Die Patrouille führte etwa fünfzehn Verhaftete mit sich. Die Offiziere fragten uns nach unseren *Taufscheinen*. Ich und ein zweiter konnten die Scheine vorweisen, wurden aber trotzdem *geohrfeigt* und *beschimpft*. Zwei Feldwebel durchsuchten meine Taschen und nahmen mir 1700 Kronen weg. Drei von unserer Gruppe waren Juden. Sie wurden verhaftet und weggeführt. Von ihnen erfuhr ich später, was sich noch ereignet hatte. Alle Verhafteten wurden in eine Kaserne geführt, wo sie von Brachialsoldaten *solange mit Knütteln geprügelt* wurden, bis sie *zusammenstürzten*. Als sich die Mißhandelten endlich wieder erheben konnten, wurden sie, nachdem man ihre Wertsachen genommen hatte, mit Fußtritten aus dem Kasernentor gejagt. Einer von den Mißhandelten, ein Kellner, den ich kenne, liegt noch jetzt im Spital.

Ich hatte in meiner Wohnung in meinem Reisekoffer 1000 Mark und 250 tschecho-slovakische Kronen. Als ich nach einer mehrtägigen Abwesenheit wieder in meine Wohnung kam, erfuhr ich von meiner Wohnungsgeberin, es seien Brachialsoldaten und Detektivs dagewesen, hatten meinen Koffer durchsucht und das Geld mitgenommen. Als ich mich darüber bei der Kommandostelle der Brachialgewalt in der Moscarstraße beschwerte, gab ein Offizier die Hausdurchsuchung zu und schickte mich zur militärischen Stadthauptmannschaft. Dort sagte man mir, von der Brachialgewaltabteilung sei an die Stadthauptmannschaft das Ersuchen gestellt worden, bei mir eine Hausdurchsuchung vornehmen zu dürfen. Die Stadthauptmannschaft bewilligte aber dieses Ersuchen *nicht*, mit der Begründung, daß jeder Einwohner, sei er In- oder Ausländer, wenn er nicht Handel mit Baluten treibe, in seiner Wohnung eine kleinere Menge Geldes in fremden Baluten haben dürfe. Die Brachialgewalt hatte, wahrscheinlich auf eine Denunziation hin, auf eigene Faust die Hausdurchsuchung bei mir vornehmen lassen. Das Geld erhielt ich nicht mehr.

Das Todesurteil gegen Levay.

Wie gemeldet wird, hat das in Wien befindliche Internationale sozialistische Büro der Post- und Telegraphen-

Einzelpreis K 1·50
Sonn- und Feiertags K 2·—
Schriftleitung, Verwaltung und Anzeigen-Aufnahme:
V. Rechte Wienzeile 97.
Stadtausgabe und kleiner Anzeiger:
I. Schulerstraße 13.
Abonnements werden angenommen in der Verwaltung, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Ausgabestellen:
I. Schulerstraße 18, Tel. 9191
II. [illegible] 30, Tel. [illegible]
X. Wielandplatz 5, Tel. [illegible]
XIV. [illegible] 6, Tel. [illegible]
XVI. [illegible] 24, Tel. [illegible]
XVII. [illegible] 22, Tel. [illegible]
XXI. [illegible] 14.
Fernsprecher:
Schriftleitung . . . . [illegible]
Verwaltung und Anzeigen . . [illegible]
Telegramm-Adresse:
Arbeiter-Zeitung Wien.
Postsparkassenkontos:
Verwaltung u. Lokalabonnement [illegible]
Provinzabonnement . . . . [illegible]
Tschecho-Slowakei . . . . . [illegible]
Ungarn . . . . [illegible]
Polen . . . . [illegible]
Anzeigen . . . . [illegible]
Anzeigen übernehmen alle bekannten in- u. ausländischen Anzeigenbüros.

Morgenblatt.

Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs.

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

Bezugsbedingungen.
Für Wien:
Wöchentlich . . . . . . K [illegible]
Monatlich . . . . „ [illegible]
Vierteljährig . . . . . „ 10[illegible]
Für Deutschösterreich:
Monatlich . . . . K [illegible]
Vierteljährig . . . . . „ 10[illegible]
Für die Tschecho-Slowakei:
Monatlich . . . . K 14·—
Vierteljährig . . . . . . „ 42·—
(Tschechische Kronen.)
Für Jugoslavien:
Monatlich . . . . 10 Dinar
Vierteljährig . . . . . 30 „
Für Polen:
Monatlich . . 50 poln. Mark
Vierteljährig . 150 „
Für Deutschland:
Vierteljährig . . . . . Mark 30·—
Für Südtirol und Italien:
Vierteljährig . . . . 15 Lire
Für alle anderen dem Weltpostverein angehörigen Länder:
Vierteljährig . . . . Frcs. 20.—

Nr. 54. Wien, Donnerstag, 24. Februar 1921. XIII. Jahrgang.

Internationale Sozialistische Konferenz.

Die heutige (Donnerstag) **Plenarsitzung** der Konferenz beginnt um **1/2 2 Uhr nachmittags.**

Vormittags tagen folgende Kommissionen:

Die **Kommission** zur Beratung des **Punktes 2** der Tagesordnung (Imperialismus und soziale Revolution) im **kleinen Gartensaal** (neben dem Speisesaal). Beginn 9 Uhr früh.

Die **Kommission** zur Beratung des **Punktes 3** der Tagesordnung (Methoden und Organisation des Klassenkampfes) im **Schreibzimmer** (zwischen Sitzungssaal und Speisesaal). Beginn 9 Uhr früh.

Außerdem findet im **Extrazimmer** (Parterre) eine **Konferenz der weiblichen Delegierten** statt. Beginn 10 Uhr früh.

Die Kommissionssitzungen und die Frauenkonferenz **sind nur den Delegierten zugänglich.**

Die Konferenz.

Die Internationale sozialistische Konferenz hat Mittwoch, am zweiten Verhandlungstag, die Frage der Zulassung zu dieser Konferenz, die erst die Grundsätze des Wirkens der Arbeitsgemeinschaft und die Gemeinsamkeit ihrer Aktion festlegen soll, also eine verwickelte und schwierige Frage erledigt. Es ist einleuchtend, daß das äußerliche Merkmal, daß die Parteien, die die Arbeitsgemeinschaft bilden, der Zweiten Internationale nicht angehören dürfen, für die Frage der Zulassung nicht ausreichend sein kann. Entscheidend kann tatsächlich nur der Höhegrad revolutionärer Bereitschaft sein; der ist aber in keiner Aeußerlichkeit zu erfassen, wenngleich die Gegenwart mancher Parteien deutlich erkennen läßt, wo er gegeben ist, wo er mangelt. Die Mandatsprüfungskommission hat an die Prüfung eindringliche Mühe gewendet, und es darf wohl als ein Beweis einer tieferen inneren Einigkeit gewertet werden, daß ihr schließlicher Vorschlag ohne Widerspruch und einstimmig genehmigt worden ist. Wichtig ist auch die Feststellung, die aus dem Wunsche der Schweizer Delegierten hervorgegangen ist, daß nicht bloß die vertretenen Parteien auf dem Boden der Vorbeschlüsse stehen, sondern daß die einheitliche Ueberzeugung auch alle Vertretenden beseelt.

Dann wurden der Konferenz heute zwei Referate erstattet; ihre Vorberatung erfolgt in den hiefür eingesetzten Kommissionen. Ueber: Der Imperialismus und die soziale Revolution referierte Wallhead, der sich darauf beschränkte, ein Bild des englischen Imperialismus zu entwerfen, dieses aber in meisterhafte Striche formte. Mit Recht konnte er sagen, daß wenn schon der englische Imperialismus unvermögend sei, von der Arbeiterklasse Not und Elend fernzuhalten, dies dem Imperialismus überhaupt unmöglich sei; seine entschlossenste Bekämpfung sei also ein Gebot der Arbeiterklasse. Es war eine bittere Ironie, als Wallhead erklärte, er habe *einer* Versicherung Lloyd-Georges Glauben geschenkt: seiner feierlichen Erklärung, daß die englische Bourgeoisie nicht den Krieg führe, um einen Zoll Landes zu erobern. Um eines Zolles willen wirklich nicht; was sollte sie auch mit einem *Zoll* machen? Auf einem *Zoll* lassen sich keine Bergwerke, Fabriken und Plantagen errichten; auf einem *Zoll* ist kein Kapital anzulegen, aus einem *Zoll* kein Mehrwert zu schaffen! Deshalb hat die englische Bourgeoisie Millionen Quadratmeilen Land geraubt, in dem imperialistischen Friedensvertrag von Versailles, den die englischen Sozialisten entschieden abgelehnt haben und gegen den sie den Kampf rastlos fortsetzen wollen. Die Abrechnung des englischen Delegierten mit dem englischen Imperialismus war in dem entschlossensten Geiste gehalten.

Dann referierte Friedrich *Adler* über: Methoden und Organisation des Klassenkampfes; er gab in großen Zügen ein Bild der tatsächlichen Verhältnisse, die stärker sind als alle Wünsche und die zu mißachten nicht weniger bedeutet, als das Proletariat bitteren Niederlagen zuzuführen. Der wirkliche Unterschied zwischen der Arbeitsgemeinschaft, die aus der Wiener Konferenz hervorgehen soll, und der Zweiten und Dritten ist in Wahrheit sehr einfach: Die anderen beschränken sich auf Richtungen, die einen auf den Reformismus, die anderen auf den Kommunismus; die Arbeitsgemeinschaft setzt sich als Ziel eine wirkliche Internationale. Das Ziel ist noch in Ferne; der Weg ist schwierig; aber nur auf diese Weise ist die Allinternationale erreichbar.

Ein bolschewikischer Ueberfall.

Von **K. Kautsky.**

Was gestern erst als ein Gerücht aus Konstantinopel gemeldet wurde, das wird heute durch ein Telegramm unserer Genossen in Tiflis bestätigt: bolschewikische Armeen sind ohne vorhergegangene Kriegserklärung in die georgische Republik eingedrungen und bedrohen sie mit völliger Vernichtung. Damit ist eine furchtbare Situation geschaffen, nicht nur für das unglückliche Land, sondern für den ganzen internationalen Sozialismus. Der ungeheuerliche Fall ist eingetreten, daß eine sozialistische Republik von einer anderen sozialistischen Republik mit Krieg überzogen wird.

In Georgien herrscht, ebenso wie in Sowjetrußland das Proletariat. Es herrscht durch andere Methoden, dadurch, daß es die geistige Führung der revolutionären Bauernschaft übernommen und behalten hat. Es herrscht mit den Methoden der Demokratie, nicht denen des Terrors, und es erzielt damit gute Resultate. Das mag den benachbarten Terroristen des Bolschewismus höchst unbequem sein. Aber ist das ein triftiger Grund für Sozialisten, zur blutigen Niederwerfung des friedlichen Nachbarn zu schreiten?

Und er war friedlich bis zum Extrem.

Die Republik Georgien ist ein sehr jugendliches Gebilde, kaum drei Jahre alt. Ehedem ein selbständiges Königreich, war es 1801 von Rußland annektiert worden und bildete einen Teil des russischen Reiches bis 1918. Als die Petersburger Oktoberrevolution 1917 das bolschewikische Regime begründete, eilten die russischen Truppen, die gegen die Türken gefochten hatten, nach Hause und die neue russische Regierung überließ den Georgiern die Sorge, auf eigene Faust mit den nachrückenden Türken fertig zu werden. Als selbständige Macht hatten sie mit diesen zu verhandeln: daraus erstand die Republik Georgien, die am 26. Mai 1918 ihre Unabhängigkeit erklärte.

Die sozialdemokratische Regierung, die sich das Land in der Zeit der Revolution gegeben, ist heute noch am Ruder, vom vollsten Vertrauen der Proletarier und der Bauern getragen, bei denen in Georgien noch die Gesinnung der revolutionären Kämpfe nachwirkt.

Bei ihrem Antritt proklamierte die georgische Regierung als ihren Grundsatz in der äußeren Politik: unbedingtes Festhalten am Frieden und der Neutralität. Nur zur Abwehr eines gewaltsam eindringenden Feindes darf zu den Waffen gegriffen werden. Und an dieser Politik hat Georgien bis heute festgehalten.

Daß es auf jede Eroberungspolitik verzichtete und bei jedem äußeren Konflikt die Methode der Verständigung vorzog, verstand sich bei der Kleinheit des Landes von selbst. Nicht selbstverständlich aber war seine unbedingte Neutralität, sein Verzicht auf jedes Bündnis mit einer der Großmächte, durch das man von ihr abhängig und zum Werkzeug ihrer Gewaltpolitik geworden wäre.

Diese Politik der Neutralität aufrecht zu erhalten war nicht leicht angesichts des ewigen Kriegszustandes an den Grenzen Georgiens.

Unmittelbar nach seiner Unabhängigkeitserklärung wurde es von deutschen Truppen besetzt, deren Führer die georgische Regierung zum Kampfe gegen Sowjetrußland zu drängen suchten. Höflich, aber energisch lehnte sie ab, was nicht ohne Gefahr war.

Ehe daraus ein Koflikt entstehen konnte, brach die deutsche Militärmacht zusammen, an Stelle der deutschen kam die Entente und von ihr gestützt eine Reihe konterrevolutionärer Erhebungen gegen das Sowjetregime.

Was die Generale Wilhelms vergebens versucht, unternahmen nun die Generale des Zaren. Die Aufstachelung Georgiens zum Kampfe gegen Sowjetrußland. Sie hatten keinen besseren Erfolg, was damit beantwortet wurde, daß Denikinsche Truppen in Georgien einbrachen. Es gelang, sie in blutigen Gefechten zurückzuwerfen.

Bald darauf gelang es den Bolschewiki, siegreich nach Süden vorzudringen, längs des Kaspischen Sees bis Baku und darüber hinaus nach Persien.

Nach Norden und Osten hatte jetzt die sozialdemokratische Republik nicht zaristische und ententische Gegenrevolutionäre und Kapitalisten, sondern kommunistische Republiken zu Nachbarn: Sowjetrußland und dessen Schöpfung, den russischen Vasallenstaat Aserbeidschan.

Leider verbesserte sich dadurch Georgiens Lage nicht, Sowjetrußland wollte Georgien ebenso wie Aserbeidschan zu seinem Verbündeten, das heißt zu seinem Vasallen machen. Georgien lehnte ab, es wollte gegenüber der kommunistischen Diktatur seine Selbständigkeit bewahren und wollte sich davon frei halten, in die Abenteuer der bolschewikischen Kriegspolitik verwickelt zu werden. Es hätte militärisch Rußland nicht helfen können, wäre aber selbst militärisch und ökonomisch der siegreichen Entente gegenüber in eine ganz unhaltbare Situation geraten.

Das Verharren bei der Neutralitätspolitik auch Sowjetrußland gegenüber machte dieses ebenso wie vorher Denikin zum Feinde Georgiens.

Dieses selbst freilich tat sein möglichstes, in gute Beziehungen zu Rußland zu kommen. Das Mißglücken einiger russischen Versuche, kommunistische Aufstände in Georgien hervorzurufen, führte zu Verhandlungen und schließlich, im Mai 1920, zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Rußland.

Durch diesen Vertrag hat Georgien Sowjetrußland mehr genützt als durch ein Waffenbündnis. Denn er brachte Rußland die Möglichkeit freien Handelsverkehrs mit Georgien und durch Georgiens Vermittlung mit dem industriellen Westen. Lenin selbst soll diese Nützlichkeit Georgiens für Rußland anerkannt und es für ein Fenster nach Europa erklärt haben, das offen bleiben müsse.

Indes, ebenso wie bei den meisten Imperialisten des Westens, namentlich den französischen, ist auch bei den meisten Bolschewiki das machtpolitische Denken stärker als das ökonomische.

Und so wurde der Friedensvertrag nur von Seite Georgiens ehrlich gehalten, nicht von Seite Rußlands. Schon wenige Wochen nach Unterschreibung des Friedensvertrages brachen Sowjettruppen in Georgien von Aserbeidschan her ein, wurden indes diesmal zurückgeworfen.

Rußland versuchte es dann wieder mit kommunistischen Verschwörungen. Aber trotz reichlicher Geldmittel aus Moskau findet der Kommunismus keinen Boden bei den Proletariern und Bauern Georgiens.

Eine besondere Art der Schädigung Georgiens bestand darin, daß man ihm die Lieferung von Petroleum aus Baku vorenthielt, zu der man sich im Friedensvertrag verpflichtet hatte. Eisenbahnwesen und Industrie Georgiens litten sehr darunter.

Eine neue Gefährdung der kleinen Kaukasusrepublik trat ein, als die Türken unter Kemal Pascha in Armenien einbrachen und die Sowjettruppen ihnen von Aserbeidschan her die Hand reichten. Nun war der eiserne Ring zu Land um Georgien herum geschlossen, von Norden, Osten und Süden her konnten die feindlichen Heere gleichzeitig anmarschieren. Und von Tag zu Tag mehrte sich die Zahl der gegnerischen Truppen an den Grenzen.

Die Lage wurde äußerst ernst, dennoch verlor man in Georgien die Hoffnung nicht. In der Tat, selbst wenn die Bolschewiki so blind sein sollten, daß sie die ökonomischen Vorteile nicht erkannten, die der Handelsverkehr durch ein selbständiges Georgien ihnen brachte; und selbst wenn sie so ehrlos sein sollten, die Zimmerwalder Beschlüsse von der Selbstbestimmung der Nationen gerade einer sozialistischen Republik gegenüber mit Füßen zu treten, so durfte man doch erwarten, sie würden nicht einen Friedensvertrag, den sie selbst

geschlossen, leichtfertig in dem Moment zerreißen, in dem sie den Frieden mit den Großmächten des Westens suchten und ihnen Vertrauen zu ihrer Vertragstreue beizubringen hatten, das schwer erschüttert war.

Und wozu das alles? Die Schätze Georgiens sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein des russischen Elends. Und braucht man eine bedeutende Armee, um Georgien niederzuwerfen, das sich verzweifelt wehren wird, so eine noch größere, um das besiegte Land niederzuhalten. Ist Rußlands Position so gesichert, daß es einen erheblichen Teil seiner Streitkräfte um nichts und wieder nichts für eine längere Zeit auf einen bestimmten Punkt festlegen darf?

So dachten viele und hofften immer noch, der Friede könne erhalten bleiben. Man atmete auf, als Sowjetrußland plötzlich freundliche Saiten aufzog und erklärte, es wolle den Friedensvertrag durchführen. Man solle ihm nur Waggons und Lokomotiven nach Baku schicken, es werde dann Petroleum senden. Das Abkommen darüber war eben zustande gekommen, als ich Tiflis verließ. Es erfüllte mich mit freudigen Hoffnungen, die leider trogen.

Ich war schon abgereist, da berichteten die Zeitungen, das Abkommen sei bloß eine Falle gewesen, um Waggons und Lokomotiven in die Hand zu bekommen. Zweihundert Zisternenwaggons mit der entsprechenden Anzahl Lokomotiven wurden von Georgien nach Baku gesendet. Dort beschlagnahmte man sie und fügte hinzu die Festnahme der mitgekommenen georgischen Eisenbahner, die schweren Mißhandlungen ausgesetzt wurden.

Nach alldem wirkt es nicht mehr überraschend, wenn wir erfahren, daß jetzt die roten Truppen ohne vorherige Kriegserklärung die georgische Grenze überschritten haben und das feindliche Land mit Raub und Mord und Knechtung bedrohen.

Nicht überraschend und doch furchtbar erschütternd ist der Bruderkampf, den die Männer der Dritten Internationale in ganz Europa in den proletarischen Reihen mit allen Mitteln der Korruption und des Terrorismus schüren, er nimmt die grauenhaftesten Formen an den Grenzen Asiens an — zu gleicher Zeit, zu der dieselben Kommunisten den Kapitalisten Amerikas, Englands, Hollands die glänzendsten Konzessionen zu verschachern suchen. Einer tieferen Erniedrigung können die hohen Ideen des Sozialismus und der Revolution nicht mehr ausgesetzt werden, die den Inhalt unseres Lebenswerkes bilden, für die wir mit dem Aufgebot unserer ganzen Kraft kämpften und kämpfen — bis vor wenigen Jahren noch Schulter an Schulter mit den heutigen Kommunisten — soweit sie nicht blutige Neulinge sind.

Diese Erniedrigung unserer Ideale, das ist das Entsetzlichste an dem grausamen Drama, das sich jetzt am Fuße des Kaukasus abspielt. Ein schrillerer Mißton inmitten der Verhandlungen der internationalen Konferenz ist nicht denkbar.

Unsere georgischen Brüder erwarten moralische Hilfe vom Weltproletariat. Sie werden sich gestärkt und erhoben fühlen in dem schweren Kampfe, den sie führen, wenn sie sich der Sympathien der wahrhaften Sozialisten aller Länder versichert fühlen dürfen, aller Sozialisten, denen der Sozialismus, die Befreiung der arbeitenden Menschheit, noch ein lebendiges Ideal und nicht ein bloßer Vorwand für Gier nach Macht und Eroberung ist. Würden die georgischen Sozialisten darin enttäuscht — es würde die schlimmste Niederlage, die die Internationale bisher erlebt hat.

Die Schwenkung der 900.000.

Die Ergebnisse der Preußenwahlen liegen nun beinahe vollständig vor. Vergleichen wir sie mit den Ergebnissen der Reichstagswahlen im Juni des vorigen Jahres, so zeigen sie Verschiebungen in der Stimmung der Wählerschaft, aus deren Erkenntnis nicht nur das reichsdeutsche, sondern auch das internationale Proletariat wertvolle Erkenntnis schöpfen kann.

Eine eindringliche Lehre sind die Verschiebungen, die sich innerhalb des revolutionären Sozialismus vollzogen haben. Bei den Reichstagswahlen erhielten:

die Unabhängigen . .	2,992.922	Stimmen
die Kommunisten . .	187.577	„
Zusammen . .	8,180.499	Stimmen

Dann aber kam die Spaltung der Unabhängigen Sozialdemokratie. Die Partei wurde in zwei feindliche Fraktionen zerrissen; die eine von ihnen, die „Neukommunisten“, vereinigte sich mit den Kommunisten zur „Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands“. Die Wirkungen der Spaltung zeigt jetzt die Landtagswahl. Es erhielten nun:

die Unabhängigen	1,055.928	Stimmen
die Vereinigte Kommunistische Partei	1,207.695	„
Zusammen .	2,263.618	Stimmen

Daß die Unabhängigen verloren, die Kommunisten gewonnen haben, ist nicht erstaunlich. Das ist eben darauf zurückzuführen, daß die Unabhängige Sozialdemokratie gespalten wurde und einer ihrer Flügel sich mit den Kommunisten vereinigt hat. Viel bemerkenswerter ist die Gesamtzahl der Stimmen, die die beiden Parteien des revolutionären Sozialismus zusammen aufgebracht haben. Sie hatten vor einem halben Jahre bei der Reichstagswahl zusammen 3,180.499 Stimmen und haben jetzt bei der Landtagswahl nur noch 2,263.618 Stimmen; der revolutionäre Sozialismus hat also nicht weniger als 916.881 Stimmen, beinahe drei Zehntel seiner Wählerschaft verloren.

Was ist mit diesen 900.000 Wählern geschehen? Das zeigt uns die Stimmenzahl der Rechtssozialisten. Die Mehrheitssozialisten erhielten

bei der Reichstagswahl . . .	3,262.617	Stimmen
bei der Landtagswahl	4,171.286	„
Zuwachs . .	908.669	Stimmen

Die Mehrheitssozialisten haben also fast genau so viel gewonnen, als die beiden revolutionären Parteien verloren haben. 900.000 Wähler sind vom revolutionären zum reformistischen Sozialismus übergegangen.

Es ist nicht schwer, dieses Wahlergebnis zu begreifen. Bei den Reichstagswahlen hatten die Rechtssozialisten Millionen Wähler, die im Jahre 1919 für sie gestimmt hatten, verloren. Es war die leidenschaftliche Erbitterung über die Noske-Politik, über die gewaltsame Niederwerfung der Arbeiterschaft durch die konterrevolutionäre Reichswehr, die die Massen in das Lager des revolutionären Sozialismus führte. Aber der revolutionäre Sozialismus bereitete den Massen zunächst eine furchtbare Enttäuschung. Moskau bestand auf der Spaltung der Unabhängigen Sozialdemokratie. Es forderte von seinen Parteigängern innerhalb der Partei gebieterisch, daß sie sich von den alten Kampfgenossen, von den Ledebour, Crispien, Hilferding, Dißmann, Dittmann trennen, die Kampfgemeinschaft zerreißen sollten. Moskau setzte seinen Willen durch. Die Partei wurde zerrissen. Und der erbittertste Bruderkampf, die unvermeidliche Folge jeder Parteispaltung, setzte nun ein. Viele Arbeiter, die erst in dem letzten Jahre von den Mehrheitssozialisten abgefallen, dem revolutionären Sozialismus zugeströmt waren, wendeten sich, durch den Bruderkampf in den Reihen des revolutionären Sozialismus angewidert, nun wieder den Rechtssozialisten zu. Die Rechtsschwenkung der 900.000 Wähler ist die Folge der Spaltung der Unabhängigen Sozialdemokratie. Die Kommunisten haben die Spaltung als „revolutionäre“ Tat gerühmt; in Wirklichkeit hat sie nur dazu geführt, daß breite Arbeitermassen nach rechts abgeschwenkt sind. Wenn heute Scheidemann triumphiert, ist das Sinowjews Werk.

Aber so lehrreich die Verschiebungen zwischen den drei sozialistischen Parteien sind, ungleich wichtiger ist doch die Frage, wie sich der Sozialismus überhaupt, der Sozialismus als Ganzes im Kampfe gegen die bürgerlichen Parteien behauptet hat. Da scheint nun das Ergebnis zunächst nicht ungünstig zu sein. Die 900.000 Wähler, die die Unabhängigen verloren haben, haben ja die Mehrheitssozialisten gewonnen, so daß die drei sozialistischen Parteien zusammen fast ebenso viele Stimmen aufgebracht haben wie vor einem halben Jahre. Das ist, wenn man die Ereignisse dieses halben Jahres, die Spaltung mit allen ihren widerlichen Folgen, bedenkt, ein günstiges Ergebnis. Der deutsche Arbeiter bleibt der großen Sache des Sozialismus unwandelbar ergeben. Er mag sich heute der, morgen jener der hadernden sozialistischen Parteien zuwenden; dem Sozialismus selbst bleibt er treu, trotz aller Wendungen, die der verhängnisvolle Bruderkrieg innerhalb des Proletariats zur Folge hat. Indessen darf diese Tatsache doch nicht darüber täuschen, daß die Spaltung doch auch die Kampfkraft des Proletariats gegen die Bourgeoisie empfindlich geschwächt hat. Denn während der Sozialismus, durch den inneren Kampf geschwächt, seine Stimmenzahl nicht einmal ganz behaupten konnte, haben die bürgerlichen Parteien, durch den Haß gegen die Arbeiterklasse und den Sozialismus befeuert, ihre Stimmenzahl um 847.311 Stimmen vergrößert und der größte Teil dieses Zuwachses ist den Deutschnationalen, der Partei der offenen, brutalen monarchistischen Konterrevolution zugefallen. So stehen jetzt 6·4 Millionen sozialistischen 9·1 Millionen bürgerliche Stimmen gegenüber. Das Ergebnis der „revolutionären“ Tat der Parteispaltung ist, daß die Machtstellung des Proletariats gegen die Bourgeoisie empfindlich geschwächt, die Kraft der Konterrevolution fühlbar gestärkt ist.

Indessen ist dieses Ergebnis wohl nicht ausschließlich auf die Parteispaltung zurückzuführen. Ein anderer Umstand hat unzweifelhaft mitgewirkt. Der Wahlkampf wurde durch das Diktat der Pariser Konferenz, durch die maßlose Tributforderung der Entente mächtig beeinflußt. Dieser Umstand hat die nationalen Instinkte der breiten Wählermassen geweckt. Die imperialistische Politik der Entente trieb große Wählermassen den Deutschnationalen, der Partei des Chauvinismus und der Revanche, zu. Und sie beeinflußte wohl auch die Scheidung der Geister innerhalb des sozialistischen Lagers. Der Zorn über die Gier des Entente-Imperialismus erleichterte einerseits den patriotischen Rechtssozialisten, andererseits den mit dem Nationalbolschewismus kokettierenden, mit dem Bilde des Revolutionskrieges im Bunde mit Rußland gegen die Entente spielenden Kommunisten die Werbung; er erschwerte den Wahlkampf den Unabhängigen, die die eigentliche Friedenspartei, die Partei der Verständigung mit dem Westen sind. So hat mit Moskau auch Paris das Wahlergebnis beeinflußt und beide Einflüsse wirkten nach derselben Richtung.

Bedenkt man die Wirkung dieser äußeren Einflüsse, dann erscheint das Wahlergebnis keineswegs so entmutigend, wie es flüchtiger Prüfung erscheinen könnte. Die proletarische Revolution geht nicht gradlinig aufwärts. In ihrem Verlauf treibt sie selbst den Gegner zu stärkerer Gegenwehr, wirft sie selbst immer neue Probleme auf, die den Streit in die eigenen Reihen tragen, wird sie selbst vorübergehend zurückgeworfen durch die internationalen Verwicklungen, aus denen sie hervorgeht und die aus ihr hervorgehen. So wechseln Wellenberg und Wellental. Kein Zweifel, daß die Welle der Revolution in den letzten Monaten abwärts gegangen ist. Desto sicherer, daß sie bald wieder aufwärts gehen wird. Das deutsche Proletariat ist in seinem Vormarsch aufgehalten; geschlagen ist es nicht. Weiß es nur aus den Erfahrungen der letzten beiden Jahre zu lernen, dann schlägt ihm bald wieder die Stunde zu neuem Sturm.

Ein Hilferuf.

Von der westungarischen Grenze, 23. Februar.

Montag und auch noch Dienstag vormittag wurden die Vorstände der Oedenburger Vereine ins Rathaus berufen, wo ihnen der Vizenotär Almassy namens des Bürgermeisters Dr. Thurner, der noch im Laufe des Dienstag zu den Verhandlungen über Westungarn nach Wien abgereist ist, zur Unterschrift eine Erklärung vorlegte. In dieser Erklärung heißt es, daß die Unterzeichneten gegen den Anschluß Westungarns an Oesterreich feierlich protestieren und bereit sind, sich im Verein mit den Mitgliedern der von ihnen vertretenen Körperschaften mit der Waffe in der Hand gegen eine Besetzung durch die Oesterreicher zu wehren. Eingeschüchtert durch das terroristische Verlangen des Vizenotärs, unterfertigten viele der erschienenen Vereinsvorstände diese Erklärung, ohne jedoch mit ihr einverstanden zu sein und ohne die Mitglieder vorher befragt zu haben. Mehrere Vereinsobmänner weigerten sich jedoch trotz alles Zuredens und alles Drohens mit dem Hinweis darauf, daß der von ihnen vertretene Verein unpolitischen Charakter habe. Als einer der Erschienenen fragte, wie man sich die bewaffnete Gegenwehr vorstelle, da doch die Bevölkerung ohne Waffen sei, erwiderte Vizenotär Almassy, daß noch rechtzeitig genug genügend Waffen verteilt werden würden.

Selbstverständlich haben die Herren, die die verlangte Erklärung, wenn auch größtenteils gegen ihre innerste Ueberzeugung unterschrieben haben, keinesfalls namens der Mitglieder der von ihnen vertretenen Vereine gehandelt. Im Gegenteil, in einer gestern abend in Oedenburg stattgefundenen vertraulichen Besprechung wurde ihr Vorgehen mit den schärfsten Worten gebrandmarkt. Gleichzeitig wurde beschlossen, von Oesterreich zu fordern, auf keinen Fall mit seinem Rechte handeln zu lassen und etwaigen Versprechungen der Ungarn nicht im geringsten zu trauen. „Wir haben ein Recht darauf,“ heißt es in der angenommenen Entschließung weiter, „zu fordern, daß die westungarische Frage endlich entschieden werde, und zwar so, wie es die Friedensverträge vorschreiben. Zwei Jahre haben wir gebangt, gezittert, geduldet, ertragen und gehofft, nun macht unseren Qualen endlich ein Ende, ihr Herren in Oesterreich, laßt unsere Treue nicht zu Schanden werden, verratet und verkauft uns nicht um eines Linsengerichtes halber, stoßet uns nicht zurück in das Nichts, sondern befreit uns schleunigst aus den magyarischen Ketten! Wenn ihr anders handelt, dann verdient ihr nicht den Ehrennamen „Deutsche“, dann Fluch über euch, über eure Regierung und über eure Politiker! Nochmals, wir dulden nicht, daß ihr uns narrt! Wolltet ihr jetzt auf uns verzichten, so hättet ihr niemals auf unser Gebiet Anspruch erheben dürfen.“

Die Verhandlungen über Westungarn.

Offiziös wird gemeldet: Im Ministerium für Aeußeres haben Mittwoch die angekündigten fachtechnischen Besprechungen zwischen österreichischen und ungarischen Referenten über die westungarische Frage begonnen. Ihr Zweck ist die Darlegung der grundsätzlichen Standpunkte Oesterreichs und Ungarns über die Ausführung der Friedensverträge von Saint-Germain und Trianon. Die Aussprache soll die Grundlage für die abschließenden Erörterungen bilden, die sich die beiderseitigen Minister vorbehalten haben.

Der Vorschuß an die Staatsangestellten.

Amtlich wird gemeldet: Mittwoch sprachen die Vertreter mehrerer Organisationen der Angestellten unter Hinweis auf die in den Kreisen der Angestellten herrschende Notlage beim Kanzler und dem Finanzminister vor, um die sofortige Auszahlung der in Aussicht gestellten Anzahlung von 2900 Kronen zu erwirken.

Die Vertreter der Regierung führten aus, daß es ohne Deckung durch eine Zustimmung des Hauptausschusses nicht möglich sei, aus Bundesmitteln Zahlungen zu leisten, die in den Besoldungsgesetzen nicht begründet erscheinen. Doch sei die Regierung bereit, auf die genannte Anzahlung einen Vorschuß von 1000 Kronen für jeden Angestellten sofort flüssig zu machen, da sich diese Teilzahlung noch unter den seinerzeitigen Beschluß des Hauptausschusses über die Angleichungszahlungen subsumieren lasse; der Rest von 1900 Kronen werde im Falle der Zustimmung des Freitag zusammentretenden Hauptausschusses Samstag ausbezahlt werden.

Der Ministerrat hat diesen Vorgang als richtig anerkannt und die entsprechenden Verfügungen wegen rechtzeitiger Auszahlung getroffen.

Keine Kohle aus Oberschlesien?

Der Hauptverband der Industrie Deutschösterreichs teilt mit: Nach zuverlässigen Mitteilungen hat das Ministerium für Verkehrswesen die Aufforderung nach Kattowitz gerichtet, den Versand von Kohle und Koks nach Oesterreich (mit Ausnahme der Bahnkohle) zu sistieren, weil die Strecke Wien—Lundenburg infolge Verkehrsstörungen nicht genügend leistungsfähig sei, um diese Transporte zu bewerkstelligen. Die

Einzelpreis K 2·—

Schriftleitung, Verwaltung und Anzeigen-Aufnahme:
V. Rechte Wienzeile 97.
Stadtausgabe und Kleiner Anzeiger:
I. Schulerstraße 13.

Abonnements werden angenommen in der Verwaltung, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Ausgabestellen:
I. Schulerstraße 13, Tel. 9191
II. Praterstraße 30, Tel. 40…
X. Wielandplatz 5, Tel. 52944
XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 18126
XVI. Maysgasse 34, Tel. 34146
XVII. Bachergasse 26, Tel. 17176
XXI. Angererstraße 14.

Fernsprecher:
Schriftleitung 880
Verwaltung und Anzeigen . . 900

Telegramm-Adresse:
Arbeiter-Zeitung Wien.

Postsparkassenkontos:
Verwaltung u. Lokalabonnement 18890
Provinzabonnement 157686
Tschecho-Slowakei 157188
Ungarn 40689
Polen 190081
Anzeigen 188846
Anzeigen übernehmen alle bekannten in- u. ausländischen Anzeigenbüros.

Morgenblatt.

Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs.

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

Bezugsbedingungen
Für Wien:
Zum Abholen in den Trafiken, Zeitungsverschleißstellen, in unserer Verwaltung und den linksgenannten Ausgabestellen oder bei Zusendung durch die Post.
Wöchentlich . . . . . . K 13·—
Monatlich . . . . „ 54·—
Für Deutschösterreich:
Monatlich . . . . . . K 54·—
Vierteljährig . . . . . „ 162·—
Für die Tschecho-Slowakei:
Monatlich . tschech.-sl. K 14·—
Vierteljährig . . „ 42·—
Für Jugoslavien:
Monatlich . . . . . . 10 Dinar
Vierteljährig . . . . . 30 „
Für Polen:
Monatlich . . 70 poln. Mark
Vierteljährig . 210 „ „
Für Rumänien:
Monatlich . . . . 20 Lei
Vierteljährig . . . . . . 60 „
Für Deutschland:
Vierteljährig . . . . Mark 30·—
Für Südtirol und Italien:
Vierteljährig . . . . . . 15 Lire
Für alle anderen dem Weltpostverein angehörigen Länder:
Vierteljährig . Schw. Frcs. 15·—

Nr. 130. Wien, Freitag, 13. Mai 1921. XXXIII. Jahrgang.

Zweierlei Maß.

Erst am 15. Februar sind die Gütertarife der Staatsbahnen um die Hälfte erhöht worden. Aber schon heute hat die christlichsoziale Regierung vom Hauptausschuß abermals die Ermächtigung zur Erhöhung der Eisenbahntarife verlangt und die bürgerliche Mehrheit des Hauptausschusses hat sich beeilt, sie ihr zu gewähren. Nicht nur die Christlichsozialen haben die Erhöhung bewilligt; auch die Großdeutschen haben die Gelegenheit benützt, gleich den Beweis zu liefern, daß ihr Theaterdonner über die verzögerte Volksbefragung ihre Ergebenheit für die schwarze Regierung nicht stört. Und doch ist, was die Regierung nun verordnen will, wahrlich keine Kleinigkeit. Vorerst werden die Personentarife auf den Staatsbahnen vom 1. Juni an mit einem Schlage um hundert Prozent, also auf das Doppelte erhöht. Diese sprunghafte Erhöhung trifft alle Eisenbahnpassagiere ohne Unterschied; auch für die Streckenkarten der Arbeiter und Angestellten wird keine Ausnahme bewilligt. Zugleich werden aber auch die Gütertarife bedeutend erhöht. Bei der letzten Erhöhung hat der Hauptausschuß auf Antrag unserer Genossen beschlossen, den Transport von Lebensmitteln, Kohle und Brennmaterial von der Tariferhöhung auszunehmen. Diesmal wird diese Begünstigung nur noch wenigen Warengattungen — Brot, Milch, Gewürz, Kartoffeln, Obst — gewährt. Die anderen Lebensmittel, die Kohle, das Brennholz werden durch die Erhöhung der Frachtsätze verteuert. Nicht weniger als sechs Milliarden Kronen will die christlichsoziale Regierung mit dieser Tariferhöhungen aus unserer Volkswirtschaft herauspressen.

Die Regierung begründet die Verteuerung des Eisenbahnverkehrs mit der Erhöhung der Selbstkosten. Die Kohle und alle Betriebsmittel sind in den letzten Monaten teurer geworden; den Eisenbahnern mußten im März neue Zuwendungen gemacht werden. So ist das Jahresdefizit der Staatsbahnen nun schon auf elf Milliarden gestiegen; einen Teil dieses Defizits will die Regierung durch die Erhöhung der Tarife bedecken. Die bürgerlichen Parteien finden das selbstverständlich. Sind die Ausgaben gestiegen, so müssen auch die Einnahmen erhöht werden; die Eisenbahn muß ihre Selbstkosten decken, sie kann nicht jedem Fahrgast eine Subvention aus öffentlichen Mitteln gewähren, auf jedes Frachtgut daraufzahlen. Aber, mit Verlaub, erkennen die bürgerlichen Parteien diesen Grundsatz auch sonst an? Die Selbstkosten der Wiener Straßenbahn sind ebenso schnell gestiegen wie die der Staatsbahnen. Aber dieselben Parteien, die es selbstverständlich finden, daß die Staatsbahnen den Fahrpreis mit einem Schlage um **hundert** Prozent erhöhen, haben sich ereifert und entrüstet, als die Wiener Straßenbahn den Fahrpreis um **vierzig** Prozent erhöht hat. Und dieselben Parteien, die es ganz natürlich finden, daß der Staat durch die Erhöhung der Frachtsätze Getreide und Mehl, Vieh und Fleisch, Fett und Zucker, Kohle und Brennholz verteuert, sind entrüstet darüber, daß die Gemeinde Wien durch eine Luxussteuer aus den Vergnügungen der Reichen eine Einnahme schöpfen will.

Daß die Christlichsozialen die Steuer- und Tarifpolitik ihrer Regierung mit anderem Maße messen als die Finanzpolitik der ihnen so verhaßten sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung, ist schließlich zu verstehen. Interessanter ist, daß aber nicht anders als die „christlichsoziale“ auch die judenliberale Presse mit zweierlei Maß mißt. Naive Gemüter könnten glauben, daß die christlichsoziale Regierung der Presse des jüdischen Großkapitals nicht allzu sympathisch sein könne; sind doch die Christlichsozialen, wie sie allezeit versichern, eine antisemitische, antikapitalistische Partei. Aber sonderbar! Kaum jemals hat die Börsen- und Bankpresse eine Regierung dermaßen protegiert wie die Regierung der „antisemitischen“, „antikapitalistischen“ Christlichsozialen. Wenn die Gemeinde Wien den Straßenbahnfahrpreis um zwei Kronen erhöht, läßt die Börsenpresse ihre Gelehrten erweisen, daß der Energieaufwand, der uns die Fahrt auf der Straßenbahn erspart, uns nun schon teurer komme als die Energiemenge, die wir in Gestalt von Erdäpfeln oder Brot dem Körper zuführen müßten, um den Weg ohne Energieverlust zu Fuß zurückzulegen. Aber wenn Herr Michel Mayr die Eisenbahnfahrpreise um hundert Prozent erhöht, dann wird Robert Mayers Energiegesetz nicht strapaziert. Wenn die Gemeinde Wien den Luxus besteuern will, dann entsetzt die Schieberpresse der Gedanke, daß die Preise von Zierblumen und Kanarienvögeln, von Juwelen und feinen Pelzen um fünfzehn Prozent erhöht werden könnten; wenn aber die christlichsoziale Regierung die Kosten der Zufuhr der unentbehrlichsten Lebensmittel, der notwendigsten Rohstoffe erhöht, dann hat die „liberale“ Presse kein Wörtchen dagegen zu sagen.

Als die Regierung Mayr ein Steuerprogramm ausgearbeitet hat, um es der Finanzkommission des Völkerbundes vorzulegen, und die Delegierten des Völkerbundes das Urteil der Parteien über dieses Steuerprogramm hören wollten, haben es die sozialdemokratischen Abgeordneten abgelehnt, diesem christlichsozialen Steuerprogramm zuzustimmen und sich zur Mitwirkung an seiner Verwirklichung zu verpflichten. Darob war die börsenliberale Presse ganz erbittert. Die Staatseinnahmen zu erhöhen, den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen, die Notenpresse stillzusetzen, sei patriotische Pflicht; also sei es unverantwortlich, daß die Sozialdemokraten nicht bereit seien, dem Bündel von Massenverbrauchssteuern, das die christlichsoziale Regierung vorbereitet hat, zuzustimmen. Ein paar Tage später erfuhr die börsenliberale Presse, daß die Gemeinde Wien eine weitere energische Anstrengung macht, ihre Einnahmen zu vermehren und ihren Haushalt in Ordnung zu bringen, damit sie nicht an den Staat, an die Notenpresse appellieren müsse. Freilich, die Gemeinde Wien will nicht nach christlichsozialem Rezept den Massenverbrauch, sondern den Luxuskonsum besteuern. Und sofort hörten wir ein anderes Lied! Nun ist die Wiederherstellung des Gleichgewichts in den öffentlichen Haushaltungen keine Notwendigkeit mehr, die Bewilligung neuer Steuern nicht mehr patriotische Pflicht. Massenverbrauchssteuern für die christlichsoziale Regierung — selbstverständlich! Luxussteuern für die sozialdemokratische Gemeinde — nein, nein!

Ist es nicht ganz interessant, den Eifer der Schieberpresse für die christlichsoziale Regierung mit der Schieberhetze gegen die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung zu vergleichen? Und gibt diese Beobachtung nicht lehrreichen Aufschluß sowohl über die Psychologie des jüdischen Großkapitals wie über das wahre Wesen der „antisemitischen“ christlichsozialen Partei? Man ist wirklich versucht, das bekannte Wort des alten Schönerer zu variieren: Ob Jud, ob Christ ist einerlei; in der **Klasse** liegt die Schweinerei!

Paul Levis Weg.

Von K. Kautsky.

Ueber den Hauptinhalt der Broschüre Levis, betitelt „Unser Weg wider den Putschismus“, ist bereits genügend gesprochen worden. Es wird kaum eine Parteizeitung gegeben haben, die nicht ausführlich von seiner Kennzeichnung der Kopflosigkeit und Gewissenlosigkeit der Leiter des deutschen Kommunismus und der Unehrlichkeit Moskaus Notiz genommen hätte.

Indes die Broschüre Levis enthält noch eine andere Seite, weniger wichtig als jene, aber doch auch von Interesse: neben der negativen die positive Seite, den Hinweis auf die Politik, die Levi selbst für notwendig hielt. Er ist zurzeit sicher der fähigste Vertreter des deutschen Kommunismus. Seine Auffassung stellt das Maximum an Vernunft dar, dessen der deutsche Kommunismus fähig ist. Sehen wir zu, wie viel das bedeutet.

Levi überragt seine putschistischen Genossen in der Erkenntnis, daß eine revolutionäre Aktion des Proletariats aussichtslos ist, wenn sie der Masse des Proletariats aufgezwungen werden muß und nicht von dem begeisterten Drange seiner überwiegenden Mehrheit getragen wird. Er weiß sogar, daß die Beteiligung der Mittelschichten an solcher Aktion ein sehr wichtiger Faktor ist, daß es also nicht bloß auf die Masse des Proletariats, sondern auf die Masse des Volkes ankommt. Endlich weiß er auch, daß die Vorbedingungen für eine revolutionäre Aktion nicht willkürlich geschaffen werden können, sondern aus den Verhältnissen entspringen müssen.

Doch der Wunsch bleibt nur der Vater des Levischen Gedankens.

Und so kam er dahin, schon im März die Bedingungen für eine revolutionäre Aktion zu entdecken. Sie wurden nach seiner Meinung gegeben durch die Forderungen der Entente an Deutschland, die „den Bruch im Westen und den von Westen drohenden Hunger“ wahrscheinlich machten (Vorrede zur zweiten Auflage, Seite 10). In diesem Moment brauchte man nach Levi bloß die **richtige Parole** auszurufen und sie mußte die Massen mit sich reißen und eine gewaltige Aktion entfesseln. An Stelle des Putsches setzt Levi die Parole als volksbewegenden Hebel der revolutionären Aktion.

Nun kann ja unter Umständen eine Parole, ausgehend von einer Partei, die das Vertrauen der Massen genießt, die Rolle des Funkens im Pulverfaß spielen, wenn sie ausspricht, was dringendes Bedürfnis der Bevölkerung geworden ist, von ihr heiß ersehnt wird.

Welches war die Parole, der Levi im März eine solche Zauberkraft zuschrieb? **Es war die eines Bündnisses mit Sowjetrußland.** Er meint, die Massen, ob kommunistisch oder nicht, sogar bürgerliche Elemente, hätten sich, von der Entente bedrängt, mit Begeisterung in die Arme Sowjetrußlands geflüchtet — wenn jemand sie darauf aufmerksam gemacht hätte!

Nun hatte freilich die Zentrale der V. K. P. D. in einem Aufruf vom 4. März ebenfalls „ein Schutz- und Trutzbündnis mit Sowjetrußland“ verlangt, aber gleichzeitig auch den kommunistischen Aufbau und den Sturz aller Bourgeoisregierungen. Durch diese Zusammenstellung, meint Levi, verlor die Forderung des Bündnisses jede konkrete Bestimmtheit, sie hörte auf, als Rettungsmittel in der gegebenen Situation zu erscheinen, und wurde nebelhaft.

Und doch hätte die Parole auch in diesem Zusammenhang die größte Wirkung üben müssen, wenn sie nur das aussprach, was die Masse bereits empfand.

Aber das war nicht der Fall, und zwar aus sehr triftigen Gründen. Levi macht nicht den mindesten Versuch, zu zeigen, wieso Sowjetrußland der deutschen Republik in ihrer jetzigen Bedrängnis helfen könnte. Der Beweis wäre ihm auch schwer gefallen.

Levi spricht von dem von Westen drohenden Hunger, vor dem uns Rußland schützen sollte. Ja, weiß er noch immer nicht, was schon die Spatzen — und darunter sehr kommunistische — von den Dächern pfeifen, wie sehr die Landwirtschaft und das Eisenbahnwesen Rußlands ruiniert sind? Weiß er nicht, daß das Land nicht einmal imstande ist, die eigenen Städte ausreichend zu versorgen, geschweige denn Lebensmittel auszuführen? Und wie mit den Lebensmitteln steht es mit Rohmaterialien und Heizstoffen. Auf der anderen Seite könnte Rußland deutsche Produkte, Metall- und Textilwaren, sehr gut brauchen, aber es vermag sie nicht zu bezahlen. Es wird daher der deutschen Arbeitslosigkeit ebensowenig abhelfen wie dem deutschen Mangel an Brot. Wir müssen natürlich für den unbeschränktesten Handel mit Rußland sein, aber nicht deswegen, weil wir **sofort** goldene Berge davon erwarten, sondern weil dies eine unerläßliche Voraussetzung bildet, Rußland wie seine Nachbarn auf den Weg zu bringen, um sich allmählich aus dem Sumpf herauszuarbeiten, in den sie geraten sind. Eine **weitschauende** Politik muß die Entwicklung des Handelsverkehrs mit Rußland möglichst fördern. Für unsere **augenblicklichen** Notstände aber bringt er keine Abhilfe.

Im übrigen bedarf es zur Herbeiführung dieses Verkehrs keines Bündnisses, sondern bloß des Friedenszustandes und eines Handelsvertrages. Beides ist, wenn auch nicht gerade in der vollkommensten Weise, bereits erreicht. Ein **Bündnis** zweier Staaten dagegen hat stets **militärischen** Charakter. Es verstärkt die eigene militärische Kraft durch die eines Freundes, damit beide zusammen ihr Gewicht in die Wagschale zu werfen vermögen. Das braucht nicht zu kriegerischen Zwecken zu geschehen, stets aber bildet die Erhöhung der militärischen Bedeutung des eigenen Landes den Zweck eines Bündnisses.

Glaubt nun Levi ernsthaft, ein mit Rußland verbündetes Deutschland sei in der Lage, der Entente Trotz zu bieten? Das muß wohl der Fall sein, woher käme sonst sein Vertrauen zur sieghaften Kraft seiner Parole? Sie hätte in der Tat eine große Wirkung üben können, wenn es den Russen gelungen wäre, Warschau zu erobern. Aber jetzt, nach dem Frieden mit Polen? Angesichts der wachsenden Unzufriedenheit im russischen Reiche, die den größten Teil der Armee in Gendarmendiensten absorbiert, und angesichts des Zusammenbruchs des Eisenbahnwesens, das keine großen und raschen Transporte von Truppen und Kriegsmaterial gestattet: woher soll das russische Heer die Kraft nehmen, den Streitkräften der Entente die Spitze zu bieten?

Ein Bündnis mit Sowjetrußland würde Deutschland nicht schützen, es würde bloß die Entente mißtrauisch und nervös machen und gerade das herbeiführen, was die Masse des deutschen Volkes um jeden Preis verhindern will: die fremde Invasion, die Besetzung weiteren deutschen Gebietes durch Truppen der Entente.

Das große Problem der jetzigen internationalen Politik ist die Hemmung der Maßlosigkeiten der Militaristen, Geschäftspolitiker und Finanziers Frankreichs, deren blinde Macht- und Habgier nicht nur die Proletariar aller Länder auf das äußerste schädigt, sondern auch der bürgerlichen Welt, nicht bloß in Deutschland, schwere Wunden schlägt und den ganzen internationalen Produktionsmechanismus auf das tiefste zerrüttet.

Die Maßlosigkeit der Beherrscher Frankreichs wird gefördert durch die Nachgiebigkeit, die sie bei den Regierungen Englands und Italiens finden. Das Grundübel in allen Siegerstaaten aber ist die Machtlosigkeit der Opposition, vor allem des Proletariats, die augenblicklich am krassesten in Frankreich zu Tage tritt.

Die Welt hat eine Besserung nur zu erwarten, wenn die antichauvinistische Opposition in den Siegerstaaten, namentlich ihr proletarischer Teil, erstarkt und unter ihrem Drucke England und Italien beginnen, sich mehr auf sich selbst zu besinnen und den französischen Machtpolitikern die Gefolgschaft zu verweigern.

Die Hauptursache, die jenen Politikern noch immer Einfluß auf weite Volksmassen innerhalb und außerhalb Frankreichs verleiht, ist eine ganz sinnlose Ueberschätzung sowohl des Reichtums wie der Wehrfähigkeit Deutschlands. Diese flößt ihnen noch immer Angst ein, jener erscheint ihnen unerschöpflich. Der imposante Eindruck von Deutschlands unerhörter Kraftanstrengung im Kriege, wo es der ganzen Welt trotzte, wirkt heute noch nach. Je mehr die Siegervölker erkennen, was ist, je offener die wirkliche Wehrlosigkeit Deutschlands zu Tage liegt, desto mehr wird die Angst vor Deutschlands Kraft verschwinden, die sie zusammenführte und unter Fochs Diktatur brachte. Um so nüchterner werden sie Deutschlands Lage beurteilen und um so eher wird dann der Umschwung der Geister im Westen eintreten, wird dort die Kriegshypnose schwinden. Und darin allein liegt die Rettung Deutschlands, die Rettung der Welt. Die Politik des internationalen Sozialismus muß dahin gerichtet sein, diesen Prozeß zu fördern, die Politik Deutschlands muß alles vermeiden, was ihn hindern konnte.

Und darum muß sie ein **Bündnis** mit Sowjetrußland entschieden ablehnen. Die Regierungen und die Völker der Entente würden darin eine Drohung sehen, die sie von neuem gegen Deutschland zusammenschließen und der Fochschen Führung völlig überliefern würde, und dabei könnte Deutschlands wirkliche Widerstandskraft nicht um ein Gran erhöht werden.

Doch auch Sowjetrußland hätte dabei nichts zu gewinnen. Was es heute, nach dem Zusammenbruch seiner Industrie, aufs dringendste braucht, ist **Friede mit aller Welt**, freier Verkehr und Zufuhr von Industrieprodukten. Die kann es aber nicht bar bezahlen oder gegen Rohprodukte eintauschen. Es muß sie auf Kredit nehmen. So reich, um längeren Kredit zu geben, sind jetzt nur die Siegerstaaten, vor allem Amerika; die Staaten eines noch unerschütterten Kapitalismus. Und Sowjetrußland sollte die Gewährung des Kredits, den es von den Siegern heischt, **gefährden durch ein gegen diese Sieger gerichtetes Bündnis mit Deutschland**, das zu arm ist, Kredite zu gewähren?

Die Politik Levis wäre letzten Endes nicht minder verderblich als die der kommunistischen Putschisten. Er teilt mit ihnen die gleiche Unbekümmertheit um die wirklichen Verhältnisse des Auslands. Er hat vor ihnen nur voraus, daß er wenigstens innerhalb Deutschlands selbst die augenblicklichen Machtverhältnisse klarer sieht, während sich die Masse der deutschen Kommunisten verpflichtet fühlt, auf Moskauer Geheiß über die deutschen Dinge ebensolche Unwissenheit an den Tag zu legen wie die Moskauer Dirigenten selbst.

Levis Politik wäre verderblich, wenn sie befolgt würde. Für die Kommunistische Partei Deutschlands aber wäre es besser gewesen, wenn sie seinen Rat angenommen hätte. Sie hätte Deutschland praktisch nichts geschadet, denn seine Parole mußte ohne jede Wirkung auf die deutschen Massen bleiben, die ihre Verkehrtheit deutlich genug erkannten, aber sie hätte sich und dem deutschen Proletariat eine Katastrophe erspart, voll Blut und Schande, die sie kaum je wieder verwinden wird.

Die Volksbefragung.

Der Nationalrat hat heute den vom Verfassungsausschuß fertiggestellten Gesetzentwurf über die Volksbefragung wegen des Appells an den Rat des Völkerbundes, zu dem Anschluß der Republik Oesterreich an das Deutsche Reich die Zustimmung zu geben, zum Beschluß erhoben. In der Rede des Abgeordneten Frank war am interessantesten die Mitteilung, daß sich, um die Großdeutschen zur Unterstützung der Regierung Mayr zu gewinnen, sowohl die Regierung selbst wie die Christlichsozialen verpflichtet haben, den von den Großdeutschen eingebrachten Anschlußantrag bis zum 15. März zu erledigen. Nun ging dieser Antrag **ungleich weiter** als der von den Großdeutschen im Verfassungsausschuß vorgelegte Gesetzentwurf: er wollte vor allem eine direkte Volksabstimmung über den Anschluß selbst, und diese Abstimmung sollte sechs Wochen nach der Beschließung des Gesetzes erfolgen. Und **diesem** Antrag hatte die Regierung zugestimmt, auf **diesen** Antrag hatten sich die Christlichsozialen verpflichtet! Mit Recht konnte Leuthner darauf hinweisen, daß so der Anschlußgedanke zu einem Schacherobjekt entstellt wird, wobei sich die Schäbigkeit eigentlich noch dadurch steigert, daß Regierung und Christlichsoziale danach ihr Wort verläugnet haben! Es war charakteristisch, daß die Christlichsozialen auf diese gravierende Feststellung gar nichts zu sagen wußten.

Die eigentliche Sorge der Regierung bildet jetzt die Abstimmung in den Ländern, insbesondere die für den letzten Sonntag im Mai in Salzburg vorbereitete. Mayr will Freitag abend selbst nach Salzburg fahren, um zu versuchen, den Salzburgern die Abstimmung im letzten Augenblick noch auszureden.

Der Sitzungsbericht.

37. Sitzung. Der Präsident eröffnet die Sitzung um 1/4 4 Uhr. Zuerst wurde ohne Debatte das Gesetz über das Verfahren bei Volksabstimmungen erledigt. (Berichterstatter Schönsteiner.) Dann wurde das Gesetz über die **Volksbefragung** verhandelt. Wie schon dargelegt, soll den Bundesbürgern die Frage vorgelegt werden, ob sie wünschen, daß die Regierung an den Rat des Völkerbundes das Ersuchen um Zustimmung zu dem Anschluß an Deutschland richte. Der Tag der Abstimmung soll dann durch einen Beschluß des Nationalrates festgesetzt werden. Von den Großdeutschen liegt ein Minoritätsantrag vor, daß die Feststellung des Tages der Volksbefragung **schon im Gesetz** vor sich gehe, und zwar soll es ein Sonntag im Monat Oktober sein. Den Minoritätsantrag begründet

Dr. Frank (G. V.):

So sehr wir es begrüßen, daß durch das Gesetz eine einhellige Manifestation aller Parteien des Hauses für den Anschlußgedanken erfolge, so lebhaft müssen wir es andererseits bedauern, daß durch die Ablehnung unseres Antrages im Verfassungsausschuß entgegen unserem Willen **und dem noch vor kurzem von der Regierung und der christlichsozialen Partei eingenommenen und uns mitgeteilten Standpunkt** das Gesetz durch Auslassung der Terminierung in seiner Wirkung wesentlich abgeschwächt wurde. Die Betätigung des Glaubens an die Zukunft des deutschen Volkes, damit auch an die Zukunft des deutschen Volkes in Oesterreich, ist ja der Anschlußgedanke. Aus diesem Vertrauen in die Zukunft unseres Volkes müssen Sie daher durch Annahme unseres Abänderungsantrages das Gesetz aus der bisherigen schemenhaften Form zu dem machen, was es werden soll, zu einem wirklichen Fortschritt auf der Bahn des Anschlußgedankens. (Lebhafter Beifall bei den Großdeutschen.)

Leuthner (Soz.):

Wir stimmen dem Gesetz in der vom Ausschuß vorgelegten Fassung zu. Die Idee des Anschlusses ist mit dem Wirken unserer Partei aufs innigste und tiefste für immer verknüpft. Als die Monarchie zerbrach und auf ihren Trümmern die neuen Staatsgebilde entstanden, war in der allgemeinen Unorientiertheit, in der Richtungs- und Führungslosigkeit aller übrigen Volksschichten das Proletariat allein imstande, **eine so große Idee auszusprechen** und diesem Aussprechen die Kraft der Propaganda zu leihen. Nur dadurch, daß auch das Proletariat sich zum Träger der Anschlußidee machte, wurde diese erst zu einer lebendigen Kraft, zu einer Volkskraft; denn damit war sie enthoben dem Verdacht, daß sie Fortsetzung sei irgend welcher chauvinistischer Strömungen und Richtungen, wie sie zum Kriege geführt hatten, damit konnten aber auch allein die inneren Widerstände überwunden werden, die vielfach in den Stimmungen der hiesigen Bevölkerung lagen, Hindernisse, die wir in der Tat auf das siegreichste überwunden haben.

Wenn es jemals einen großen und leuchtenden Erfolg einer Propaganda gab, so liegt er in der Tatsache, daß sich heute

in jeder Arbeiterversammlung Deutschösterreichs,

wann immer das Wort „Anschluß" ausgesprochen wird, ein Sturm des Beifalls erhebt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Verwirklichung dieses Gedankens hängt allerdings in erster Linie davon ab, wie sich die Dinge in Westeuropa gestalten, wohin sich heute das ganze Schwergewicht der Macht verlegt hat. Der Widerstand, wie er sich heute von Frankreich gegen das Einigungsbestreben des deutschen Volkes erhebt, scheint nur dann überwunden werden zu können, wenn die Schichten, die heute in Frankreich die Politik des Imperialismus tragen,

von ihrer Alleinherrschaft zurückgedrängt sein werden

und wenn der Gedanke der Gerechtigkeit und Selbstbestimmung eine Anlehnung an denen finden wird, die allein in Frankreich wie in allen Ländern Europas diesem Gedanken der Demokratie Verkörperung leihen wollen, der Arbeiterschaft. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn gesagt wird, der vorliegende Entwurf sei in der Form unvollkommen, so ist darauf zu erwidern, daß hier die Vollkommenheit des Gesetzes doch nicht in der Form liegt, sondern in dem Ziel und Inhalt. Mit Erstaunen mußte man den Worten Dr. Franks entnehmen, daß sein Antrag eigentlich **auf einer Vereinbarung mit den Christlichsozialen beruht.** Uns ist die Art der Christlichsozialen, eine Frage, die eine Lebensfrage dieses Staates ist, zum Gegenstand von Verhandlungen unter den Parteien,

zum Gegenstand des Parteischachers zu machen,

nicht fremd. Wenn man wie die Großdeutschen den Standpunkt einnimmt, daß die befristete Form der Befragung nützlich ist, **dann** kann man das natürlich auch zum Gegenstand von Verhandlungen machen; wenn man aber auf dem gegenteiligen Standpunkt steht, so wie die Christlichsozialen — auf demselben Standpunkt, den wir vertreten —, daß nämlich eine solche Befristung die Sache selbst schädigt, und trotzdem aus irgend welchen Tagesbedürfnissen der Taktik Vereinbarungen trifft, die die mitgeführte Partei in die Wirre leiten, dann offenbart das eine Moral, die wir schon als die christlichsoziale Moral kennen. Bis zur Verwirklichung des Anschlußgedankens, bis zur Zusammenführung aller Deutschen in der einen, großen, demokratischen, sozialistischen Republik, haben wir alles zu vermeiden, was geeignet wäre, diesen Gedanken abzuschwächen, ihn abzulehnen, ihn zum Gegenstand von kleinlichen Manövern zu machen. Dieser Gedanke soll rein und groß und unberührt bleiben von kleinlichem Kampfe und Gezänke. (Lebhafter, anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Minoritätsantrag Frank wird abgelehnt und das Gesetz unverändert angenommen.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege einberufen. Schluß der Sitzung 3/4 5 Uhr nachmittags.

* * *

Hauptausschuß.

Amtlich wird gemeldet: In der heute abgehaltenen Sitzung des Hauptausschusses wurde zunächst die Verordnung der Regierung über die **Regelung des Reiseverkehrs im Jahre 1921** in Beratung gezogen. Diese Verordnung begegnete den **schwersten Bedenken aller Parteien.** Insbesondere wurde geltend gemacht, daß nach der Verfassung solche Verordnungen nur bis 30. Juni Gültigkeit haben könnten. Die Regierung erklärte sich mit Rücksicht auf diese Bedenken des Hauptausschusses und die Vereinbarungen mit den Völkerbunddelegierten bereit, **diese Vorlage zurückzuziehen.**

Der Antrag der Bundesregierung auf **Neufestsetzung des Gütertarifes und des Personentarifes** der österreichischen Bundesbahnen sowie der vom Bunde betriebenen Privatbahnen wurde **mit Mehrheit** (der Christlichsozialen und Großdeutschen) genehmigt, wobei in einer eingehenden Debatte lebhafte Beschwerden über die **Verkehrsbeschränkungen** geführt wurden, auf welche die Regierung die entsprechenden Aufklärungen gab.

Die Verordnungen über die **Festsetzung der bei der Einfuhr von Tabak und Tabakfabrikaten zu entrichtenden Lizenzgebühr** und über die **Erhöhung der Preise des Tabakextrakts** wurden mit (der bürgerlichen) Mehrheit, die Verordnung über die Anmeldung der in den Gebieten, Kolonien, Besitzungen und Protektoratländern von Belgien, Italien und Griechenland befindlichen **Aktiven österreichischer Staatsangehöriger** und die Verordnung, mit der die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 1. Juni 1918 über die Regelung des **Verkehrs mit bestimmten Arzneimitteln außer Kraft gesetzt wird,** einstimmig genehmigt.

Die Luxussteuer. Genosse Hugo **Breitner** ersucht uns um die Veröffentlichung der folgenden Zeilen: „Ich habe in meinem Artikel vom 11. d. darauf verwiesen, daß vom Bundesministerium für Finanzen ein Abgabesatz von 20 Prozent für zulässig erachtet worden sei. Ich stützte mich dabei auf den bündigen Bericht des Magistratsreferenten. Demgegenüber erklärt das Ministerium, daß sein Referent gegen einen über 15 Prozent hinausgehenden Satz Bedenken geäußert habe. Ich selbst führte an anderer Stelle die Verhandlungen wegen Ueberlassung dieser Steuerquelle an Wien und nahm bloß an der ersten Aussprache der Referenten teil, bei der aber ein ausgearbeiteter Entwurf noch nicht vorlag. Die weiteren Beratungen erstreckten sich auf einen längeren Zeitraum und erfolgten ausschließlich mündlich. Es liegt also hier offenbar ein Mißverständnis vor. Das Bundesministerium legt begreiflicherweise Wert darauf, bei so einer umstrittenen Abgabe nicht steuerfreudiger zu erscheinen als Wien, dem der Ertrag zufließt. Durch die obige Darstellung ist der Sachverhalt aufgehellt und das Ministerium von dem ihm unerwünschten Verdacht gereinigt."

Novelle zum Journalistengesetz. Der Nationalrat hat heute eine Novelle zum Journalistengesetz beschlossen, wodurch die bisherige Vorsorge für eine Aushilfe in eine wirkliche Versicherung verwandelt wird. Bisher war bloß für jeden Redakteur durch zehn Jahre ein Betrag von 500 Kronen zu zahlen; der Gesamtbetrag war ihm, wenn er sechzig Jahre alt oder wenn er berufsunfähig geworden, auszubezahlen. Nun werden einfach die Journalisten versichert, wobei die untere Grenze der ihren festen Bezügen entsprechenden Gehaltsklasse, mindestens aber der Betrag von 12.000 Kronen die Pensionsgrundlage zu bilden hat. Für die nach dem Pensionsversicherungsgesetz nicht versicherungspflichtigen Redakteure ist der jährliche Beitrag von 500 Kronen durch vierzig Jahre (längstens aber bis zum 70. Lebensjahr) zu leisten. Die Versicherung und Versorgung erfolgt ausschließlich durch ein zu errichtendes Pensionsinstitut der österreichischen Journalisten. Den Bericht im Nationalrat erstattete der Abgeordnete Fischer.

Niederösterreichischer Landtag. Der Landtag hat heute seine Konstituierung vollendet. Es wurden die Mitglieder des Bundesrates gewählt, und zwar die Sozialdemokraten Ofenböck, Palme, Schnofl und Sailer, dann die Christlichsozialen Mayr, Zwetzbacher, Jukel, Sturm und Dr. Hugelmann und der Großdeutsche Bierbaumer. Dann wurden noch die Mitglieder gewählt in den Finanzkontrollausschuß, in den Landeskulturrat und in die Landesernennungskommission und die Wahl folgender Ausschüsse vorgenommen: Bauausschuß, Schulausschuß, Finanzausschuß, Verfassungsausschuß und Wirtschaftsausschuß. Die nächste Sitzung wird erst nach Pfingsten stattfinden.

Die Abstimmung in Kärnten. Belgrader Telegramme wollen wissen, daß der Oberste Rat eine Ueberprüfung der Abstimmung in der ehemaligen kärntnerischen Abstimmungszone A mit Rücksicht auf angebliche Unzukömmlichkeiten vornehmen wolle. Dazu wird offiziös erklärt, daß der Oberste Rat keinerlei Veranlassung hat, sich mit einer Revision des Abstimmungsresultates zu befassen, da die in Betracht kommenden Bestimmungen des Friedensvertrages von Saint-Germain eine solche Revision **nicht vorsehen** und das Abstimmungs-

schaft trat die Gesinnung des Gewaltstaates in unverhüllter Nacktheit hervor; sie war ja auch in der Theorie von der Staatsnation nur in leicht verschleiernde Phrasen gefaßt. Dieser Gesinnung des Gewaltstaates entspricht aber durchwegs die Taktik, die von der Horthy-Regierung im Burgenland befolgt wird: zunächst festhalten, was sich mit Machtaufgebot, Einschüchterung der Einwohner, diplomatischem Ränkespiel festhalten läßt, und wenn alle diese Künste der Kaserne und des grünen Tisches versagen, dann versucht man einen Schacher mit Land und Leuten. Dem modern empfindenden Menschen, dem Sozialdemokraten zumal, ist die Vorstellung, daß man Länder und Länderfetzen im Tauschhandel hin und her schieben könnte wie einen Meierhof mit zugehörigem lebenden und toten Inventar, schlechthin unerträglich. Die Vorschläge, wie sie die ungarische Regierung Deutschösterreich machte und die auf einen Schacher mit Grenzorten, auf einen Austausch von Menschenseelen gegen — versprochene und gewiß nicht einzuhaltende — wirtschaftliche Vorteile hinauslief, empfinden wir einfach als eine barbarische Roheit, zu der ein Kulturmensch nur bedauernd die Achsel zucken kann. Die ungarische Regierung aber denkt, wie man vor Jahrhunderten dachte, und Jahrhunderte hindurch bis auf unsere Tage diplomatisch handelt, wennschon unter ideologischer Bemäntelung solcher Handlungsweise. Seit Jahrhunderten waren zwischen Oesterreich und Ungarn, oder vielmehr zwischen Habsburg und Ungarn die Bewohner des deutschen Grenzstriches ein Handelsgegenstand. In der dichtverworrenen Geschichte des tieferen und mittleren Mittelalters erscheint das Burgenland wie auch die benachbarte Mark Pitten unter wechselnder Herrschaft. Es ist Besiedelungsgeschichte, Geschichte des Besitzwechsels von Gutsherrschaften; die Landeshoheit folgte damals noch vielfach der Zugehörigkeit der Grundherrschaften. Im ausgehenden Mittelalter, als sich die Staatengrenzen schärfer zu schließen begannen, wurde das Grenzgebiet in die Wirrnisse und Wechselfälle der habsburgischen Macht- und Familienpolitik hineingezogen.

Unter der Regierung des unmündigen Ladislaus des Nachgeborenen, als Ungarn nach einjähriger Vereinigung mit Nieder- und Oberösterreich unter Albrecht II. zum erstenmal die Segnungen habsburgischer Herrschaft erfuhr, sah sich die Mutter Ladislaus' in harter Bedrängnis gezwungen, Oedenburg, Forchtenstein und Kobersdorf dem Kaiser Friedrich III. zu verpfänden. Er und sein Bruder Albrecht rissen nach ihrem Tode noch eine Reihe von Gutsherrschaften, welche ungefähr das Gebiet Westungarns umschlossen, gewaltsam an sich. Nach dem kurzen Zwischenspiel der Herrschaft des Königs Matthias Corvinus über Niederösterreich wurden im Frieden von Preßburg 1491 alle diese Herrschaften als Besitz Friedrichs anerkannt und dabei ward zwischen erobertem und Pfandbesitz genau unterschieden. Albrecht hatte seinen Anteil schon 1451 an seinen Bruder verkauft, Oedenburg und die gleichfalls verpfändete ungarische Krone waren 1462 um 80.000 Gulden ausgelöst worden. In dem folgenden Jahrhundert kauften wohl ungarische Ständemitglieder, wie zum Beispiel die Esterhazy Eisenstadt, einzelne der Gutsherrschaften auf, die Landeshoheit blieb aber im wesentlichen bis zu Ferdinand II. ungeändert. Erst dieser in den Nöten des beginnenden Religionskrieges erkannte den Standpunkt der ungarischen Stände, welche die Einlösbarkeit sämtlicher Güter des Gebiets behaupteten, in einem Inauguraldiplom an, Forchtenstein und Kobersdorf wurden Ungarn ausgeliefert, die österreichischen Gutsbesitzer für besitzunfähig erklärt und verdrängt. Die niederösterreichischen Stände wehrten sich mit aller Macht gege diesen Abtretungen, aber sie setzten sich gleichwohl fort und vollendeten sich unter Ferdinand III., der bei seiner Wahl zum König von Ungarn das Versprechen gab, daß auch die übrigen Gutsgebiete abgetreten würden. Das geschah denn auch 1647, als Ferdinand zitternd vor dem Anmarsch der Schweden und einer neuen Erhebung Georg Rakoczys nach Mitteln suchte seine Herrschaft in Ungarn, soweit es nicht von den Türken besetzt war, zu behaupten. Der ungarische Palatin vertrieb nun die deutschen Gutsherren, brach ihren bewaffneten Widerstand. Vergeblich war der Einspruch der niederösterreichischen Stände, die bis in die Tage der Verhandlungen über die pragmatische Sanktion ihre Ansprüche auf das deutsche Westungarn immer wieder in Erinnerung brachten. In dem ausgedehnten Schacher, welcher der Anerkennung der pragmatischen Sanktion durch die Ungarn voranging, verklangen die Rechte Niederösterreichs endgültig. So sind die Deutschen des Burgenlandes von den Habsburgern um deren dynastischer Interessen in Ungarn willen einfach verkauft und verhandelt worden.

Es war das innerste Wesen der habsburgischen Hausmachtspolitik und der Grundton der Harmonie, die sie zwischen ihren Völkern herstellte, daß sie stets zu Gunsten desjenigen Volkes entschieden, das rauher, gewaltsamer und stürmischer forderte; das waren in der Regel die Magyaren, darum sie denn bis auf den letzten Lebenstag der Dynastie gegenüber den erzdumm kaisertreuen Deutschen im Vorteil standen. Für uns ist diese ganze Zeit mit ihren Ränken, Niederträchtigkeiten, mit all ihrem äußerlich und kaiserlich vergoldeten Schmutz der Gesinnung Vergangenheit. Nicht so für die Ungarn, nicht so für die Karlisten in unserer Mitte. Diese beiden spielen ihre Rolle in dem possenhaften Trauerspiel weiter, das die Geschichte der unter dem Scepter Habsburgs zusammengezwängten Völker vier Jahrhunderte hindurch darstellt. Die Ungarn treten als die Fordernden auf, reißen was sie begehren gewaltsam an sich, setzen sich mit vollendeter Unverschämtheit über einen soeben beschworenen Vertrag hinweg und mischen als Krämer mit Menschenseelen echt mittelalterlich brutal ein Pfandrecht in den Handel. Unsere Karlisten aber spielen alle Tücken und Ränke gegen die verbrieften Rechte Deutschösterreichs aus, um denjenigen zu schmeicheln, deren üble Laune sie glauben fürchten zu müssen. Die Gefühle der Deutschösterreicher zu berücksichtigen haben die Habsburger und ihre Unterhändler und Klopffechter nie für nötig gehalten, 1647 in den Tagen Ferdinands III. so wenig wie heute.

K. L.

Zum Görlitzer Parteitag.

Von K. Kautsky.

Am 28. August hat der „Vorwärts“ die Anträge zum kommenden Parteitag der deutschen Mehrheitssozialdemokratie veröffentlicht.

Bei ihrer Durchsicht fällt dem Leser vor allem die große Zahl der Anträge auf, die eine Anbahnung und Förderung der Einigung mit der Unabhängigen Sozialdemokratie fordern. Sie bezeugen deutlich, wie die Stimmung in der Arbeiterschaft in den letzten Monaten geworden war. Und nicht nur die in der Mehrheitssozialdemokratie allein. Auch unter den Unabhängigen machte der Einigungsgedanke starke Fortschritte.

Nun hat er auf beiden Seiten einen mächtigen Anstoß erfahren durch die Ermordung Erzbergers. Diese Untat bildete den letzten Tropfen, der den Kelch der Erbitterung im deutschen Proletariat zum Ueberlaufen brachte, den bereits Hunderte von politischen Morden bis an den Rand gefüllt hatten.

Schon längst ist nicht mehr wahr, was Heine ehedem sang:

> Deutschland, die fromme Kinderstube,
> Ist keine römische Mördergrube.

Unter den zahlreichen Mördergruben, die sich unter den Nachwirkungen des Krieges in Europa gebildet haben, ist Deutschland eine der schlimmsten geworden. Es rangiert dicht neben Ungarn. Aber freilich, Deutschland marschiert an der Spitze der Kultur, das heißt, unter seinen politischen Mördern finden sich nicht bloß Kriegsknechte und Junker, sondern auch die Jünger der Wissenschaft, angeeifert durch Hüter der Forschung, der Gerechtigkeit und Ordnung, durch Universitätsprofessoren, Richter und frühere Beamte sowie auch durch Geistliche, wenigstens protestantische.

Vergebens sucht man der Infamie der Meuchelmorde, die mit der Abschlachtung Liebknechts und Rosa Luxemburgs begannen, ein beschönigendes Mäntelchen umzuwerfen, indem man sie auf eine Stufe stellt mit den Taten eines Wilhelm Tell, eines Sand, der den russischen Spitzel Kotzebue tötete, einer Sophie Perowskaja und anderer Kämpfer dieser Art. Deren Taten geschahen im Aufbäumen gegen eine furchtbare Uebermacht, die schonungslos jede freie Bewegung im Volke unterdrückte, auch nicht die leiseste Regung einer Opposition duldete. Darum hatten wir Respekt vor denjenigen, die in so furchtbarer Situation zu Verzweiflungstaten griffen; aber die Taktik des individuellen Terrors selbst haben wir trotzdem abgelehnt. Die russischen Terroristen aus der Zeit um 1880 herum erklärten selbst feierlich, ihre Taktik könne nur gerechtfertigt werden als Abwehr der blutigsten Niederhaltung des Volkes und sie werde verbrecherisch in einer Demokratie. Schaudernd protestierten sie gegen die Bluttat, als im November 1881 in den Vereinigten Staaten der Präsident Garfield von einem Fanatiker getötet wurde.

In der deutschen Republik fand die monarchistische und deutschnationale Propaganda und politische Organisation bisher kaum irgendwelche Hindernisse. Im Gegenteil, in der Verwaltung, beim Militär,

---

Feuilleton.

Hänsel und Gretel.

Es war einmal eine alte Jungfer, die mutterseelenallein in der Welt lebte. Sie hatte weder Freunde noch Freundinnen oder Verwandte. Solange es Friede war — o die gute alte Zeit! —, da lebte sie recht und schlecht, so wie eben Näherinnen leben, recht schlecht.

Da kam der Krieg; nun konnte man ihr Leben überhaupt kein Leben nennen; es war nur mehr ein durch Kraut und Rüben unterbrochenes Hungersterben. Sie war eine so arme Haut, daß sie nur mehr Haut war, selbst ihre Knochen waren so weich geworden, wie es ihr Herz vor zwanzig Jahren gewesen.

Was von diesem noch immer nicht ganz verhärteten Herzen übrig geblieben war, schenkte sie ihren beiden Lieblingen Hänsel und Gretel. Hänsel oder Hansi heißen ja bekanntlich alle wienerischen Kanarienvögel, warum sollte der ihre eine Ausnahme machen? So war der kleine Gelbschnabel auch auf diesen Namen getauft worden, und in der Erinnerung an die Märchen ihrer Kinderzeit hatte sie ihrem Kätzchen den Namen Gretl gegeben.

Mochten sie die Leute auch eine Katzenmutter nennen, deswegen blieb das kleine Tierchen dennoch ihre beste Freundin und ihre einzige Unterhaltung im Verein mit dem Vogel im Käfig. Dabei hatte sie das kleine Pärchen so gut erzogen, daß sie einander kein Leid zufügten und sich auch nicht voreinander fürchteten. Oft spazierte der kleine Hänsel auf dem Rücken der weißen Gretel, setzte sich auf deren Vorderpfötchen, ja sogar ganz dicht vor ihr Mäulchen, ohne daß sich der zarte Abkömmling einer so furchtbaren Raubtiergeneration, wie es die Katzen nun einmal sind, der Instinkte der Urahnen erinnerte.

Die arme, alte Jungfer tat das Menschenmöglichste, um ihre beiden „Kleinen“ zu ernähren: sie bewies Opfermut und Liebe, wie manche Menschenmutter für ihre eigenen Kinder sie nicht besaß. Und dennoch, wenn man die „Katzenmutter“, wie sie die Leute spöttisch nannten, sah, mit ihrer langen Nase, ihrem kurzen Kinn, hätte man weit eher in ihr die Hexenmutter vermutet und sicherlich nicht die besorgte Pflegemama von Hänsel und Gretel.

Gar viel Mühe und Zeit, ja ihre ersparten Kreuzer opferte sie, um ihren Lieblingen Nahrung zu verschaffen. Sie darbte es sich vom Munde ab. Stundenlang stand sie oft vergebens vor den Laden. „In diesen schlechten Zeiten, wo Große und Kinder verhungern, ist es kein Schaden, wenn ein paar Viecher zugrunde gehn.“ Solche und ähnliche Dinge mußte sie öfters anhören, ja man verstieg sich zu der Drohung, „wenn sie sich noch einmal unterstünde, einem irgend etwas vor der Nase wegzukaufen, sich an dem zarten Fleisch ihrer Katze schadlos zu halten“.

In den letzten Wochen war die Not immer ärger geworden. Ihr eigener Hunger schmerzte sie weniger als das klägliche Piepsen und Winseln ihrer hilflosen Tiere. Wahrhaftig, mit all ihrem Gelde, wie gering es auch war, konnte sie ebensowenig etwas anfangen, wie es ihre Tiere vermocht hätten, nämlich es in Eßwaren umzusetzen.

In dieser bitteren Not mußte sie öfters des alten Märchens gedenken, an die Namenspaten ihrer „Kleinen“, die ebenfalls einst so viel Hunger leiden mußten, bis die verzweifelten Eltern gezwungen waren, sie preiszugeben und der Gnade des Zufalles zu überlassen. Sollte sie nicht dasselbe tun? War ihre Lage nicht dieselbe, ja noch schrecklicher?

Sie ging mit sich zu Rate. Noch einen letzten Versuch wollte sie machen, ob es ihr nicht doch möglich wäre, Nahrung für ihre Tiere aufzutreiben. Was sie nicht durch Geld erreicht hätte, gelang ihr vielleicht, wenn sie ein Kleid dafür hergeben würde. Gedacht, getan, und so verließ sie das Haus.

Nach einigen Stunden kam sie wieder zurück, mit vollen Händen und frohem Herzen, ihr Handel war ihr in der Tat gelungen. Rasch öffnete sie die Tür. Doch der Schreck drohte sie niederzuwerfen, als sie ihren kleinen Hansi tot auf der Erde liegen sah. Ein kleines Gerippe und wenige Federn zeigten, daß dem Leben des kleinen liebenswürdigen Geschöpfes ein gewaltsames Ende bereitet worden war.

Neben dem kleinen Leichnam lag ruhig wie im Schlafe der Unschuld die grausame Mörderin! Der entsetzlichste Schmerz der Verzweiflung durchdrang das arme Mädchen. Also hatte der Hunger ihr sonst so sanftes Tier so grausam verändert; und für sie kein Freund, keine Freude mehr auf Erden, auch nicht mehr unter den Tieren. Auf das Gefühl der Verzweiflung folgte jenes der Empörung. Nein, der Mord durfte nicht ungestraft bleiben! Sie konnte die Katze nicht mehr ansehen. Diese Falsche sollte die Nahrung nimmermehr haben, die sie ihr zugedacht; Rache wollte sie üben, Strafe vollziehen für das Unerhörte dieses Verbrechens. Wie Medea ihre Kinder einst getötet, hätte sie ihre Katze töten wollen.

Wie von einem dämonischen Gedanken erfaßt, über den sie sich keine Rechenschaft zu geben vermochte, hatte sie ihre dürren Finger um den Hals des Kätzchens gelegt, das sie früher so oft gestreichelt hatte. War es ein Bild, das sie vor sich sah, war es eine Tat, die sie vollzog, ohne es zu ahnen, die ihre Finger zu Bewegungen zwangen, die sich in ihrem Gehirn nicht widerspiegelten?

Immer enger und fester krampften sich ihre Hände um den Hals des Tieres. Plötzlich ließen sie nach.

Bewegungslos fiel der kleine weiße Körper zur Erde. Ohne sich dessen bewußt zu werden, hatte die „Katzenmutter“ ihr geliebtes Kätzchen mit eigener Hand erdrosselt. Als sie erkannte, was sie getan, schluchzte sie laut auf. Heiße Tränen stürzten aus ihren Augen. So hatte sie das Letzte, das Einzige, was sie auf der Welt gehabt und geliebt hatte, selbst vernichtet. Dann mit einemmal stieg wie Krampf ein gellendes Lachen aus ihrer Kehle empor.

Darum hatte sie jahrelang sich geopfert, hatte gehungert und gedarbt, damit ein Kind das andere, ein Freund den anderen verzehre? Ist so das Leben, ist das die Gerechtigkeit?

Warum sollte sie nicht auch so grausam sein wie Katze und Mensch, wie Leben und Natur? Sollte sie nicht auch das Naturgesetz des Egoismus erfüllen und um des eigenen Selbsterhaltungstriebes willen anderer Leben und Geschöpfe nicht achten? Was Mitleid und Liebe, wenn der Hunger spricht!

Nein! Das konnte sie nicht... Und sie hob den Leichnam des kleinen Wesens empor und zog ihn weinend an die Lippen. Nein, das war sie doch nicht imstande. Ehe sie ein Geschöpf, das sie geliebt hatte, töten konnte, um es zu verzehren, eher wollte sie sich selber freiwillig jede Nahrung entziehen, selber hungern.

War es Wahnsinn? War es Güte?

Wenn die Arme geahnt hätte, wie schuldlos das kleine Kätzchen an dem Tode des gelbgefiederten Freundes war, wenn sie gesehen hätte, daß Hänschen vor Hunger entkräftet, tot aus seinem Käfig gefallen war und daß die weiße Gretel, vom Hunger verführt, sich erst dann den kleinen Hänsel einverleibte, nachdem sie ihn lange beschnuppert hatte, als er reglos und leblos vor ihr lag — wem hätte sie wohl am meisten geflucht der Natur, den Menschen, dem Hunger?...

Robert Stöhr.

bei den Gerichten erfuhr sie starke Förderung. Aber das genügte den mörderischen Schichten nicht. Sie hatten ehedem als privilegierte Elemente dem deutschen *Volke* ihren Fuß auf den Nacken gesetzt und waren im Kriege ausgezogen, um durch Völkermord der *Welt* ihren Fuß auf den Nacken zu setzen. Daran sind sie gescheitert; sie haben ihre Nation in das tiefste Elend gestürzt und sie selbst sind durch den Zusammenbruch in eine Lage geraten, die gar manchen von ihnen zwingt, durch ehrliche Arbeit, gleichberechtigt mit den Arbeitern ihr Brot zu verdienen. Das dünkt ihnen unerträglich, dagegen bäumen sie sich auf. Was sie *träumen*, ist Rache an dem siegreichen äußeren Feind, was sie *praktizieren*, ist Rache an den Führern ihres inneren Feindes, des arbeitenden Volkes Deutschlands, dem sie noch grimmigeren Haß entgegentragen, als Franzosen und Engländern.

Die politischen Morde in Deutschland sind nicht die Abwehr unerträglicher Bedrückung, sondern Ausflüsse eines Rachedurstes enttäuschter Ueberhebung, deren Frechheit nach vorübergehendem völligen moralischen Zusammenbruch seit der Revolution von Jahr zu Jahr wieder gewachsen ist, durch stetes Gewährenlassen. Bisher wurden nur Proletarier und ihre Vorkämpfer geschlachtet. Daß jetzt ein bürgerlicher Parlamentarier daran glauben mußte, macht nun auch der Menschheit der bürgerlichen Welt den Abgrund der Verwilderung und Blutgier kund, dem Deutschland unweigerlich zusteuert, wenn den Mordbuben und denjenigen, die ihnen die Mauer machen, nicht rechtzeitig das Handwerk gelegt wird.

Aber keine Macht gibt es heute, auf die sich alle jene vertrauensvoll stützen können, denen Deutschlands Zukunft und Kultur am Herzen liegt, als die Proletarier Deutschlands. Sie haben sich jetzt kraftvoll erhoben gegen die wachsende Frechheit der Militaristen und Monarchisten und sind entschlossen, einen festen Damm gegen diese schlimmsten Feinde des deutschen Volkes zu bilden. Das können sie nur, wenn sie einig sind, und darum hat der Einigungsgedanke die Proletarier in Deutschland jetzt mächtig erfaßt. Er wird die Verhandlungen in Görlitz noch mehr bestimmen, als die schon vorliegenden Anträge erwarten lassen, die noch vor der Ermordung Erzbergers eingebracht wurden.

Sehr günstig wirkt auf den Einigungsgedanken auch der Umstand ein, daß kurz vor dem Görlitzer Parteitag der Jenaer stattfand, „das Jena der Kommunisten“, wie die „Leipziger Volkszeitung“ witzig bemerkt. Was noch von faszinierender Wirkung des Kommunismus und Bolschewismus auf die deutschen Arbeiter vorhanden sein mochte, hat diese kommunistische Tagung völlig ausgelöscht. Die kommunistische Partei hat als politischer Faktor aufgehört, zu existieren. Sie ist nur noch ein Apparat, um Unfug zu stiften und sozialdemokratischen Aktionen in die Suppe zu spucken. Das ist eine Tätigkeit, durch die man sich sehr bemerkbar machen, die aber keinen ernsten Arbeiter anziehen kann.

Die Organisatoren des Görlitzer Parteitages vermochten die der Einigung so günstige Situation nicht vorauszusehen, sonst hätten sie vielleicht selbst geraten, die Verhandlung über das neue Parteiprogramm von der Tagesordnung abzusetzen.

Wenn es zur Einigung kommt, müßte sie durch ein neues gemeinsames Programm bezeichnet werden. Keine der beiden Parteien kann verlangen, daß die andere einfach den Wortlaut des ihren akzeptiert, an dem sie nicht mitgearbeitet hat. Ein solches Akzeptieren würde eine Kapitulation der einen Partei vor der anderen bedeuten, nicht ihre Zusammenfassung zu einer höheren Einheit.

Wozu also in einer Situation, die eine gegenseitige Annäherung notwendig macht, aus der vielleicht schon binnen Jahresfrist eine organisatorische Vereinigung hervorgeht, sich rasch noch ein neues Programm geben?

Man sagt, die Forderungen des Erfurter Programms an den Staat, wie er bestand, seien durch die Revolution überholt. Aber das waren sie zum großen Teil schon seit dem November 1918. Konnte man drei Jahre warten, wird es ein viertes auch noch gehen.

Bei einem Programm kommt es nicht auf jede der einzelnen Forderungen und Sätze an, sondern auf die *Richtung*, die in ihnen zum Ausdruck kommt. Diese Richtung will man ja wohl nicht ändern. Da müßte man doch noch ein weiteres Jahr lang mit einem bloßen Aktionsprogramm als Ergänzung des alten Programms auskommen können.

Nun sollen freilich nicht bloß die Einzelforderungen des Erfurter Programms überholt sein, sondern auch die Sätze der theoretischen Einleitung. Inwiefern ist das richtig?

Diese Einleitung begründet Ziel und Charakter unserer Bewegung nach der Methode der materialistischen Geschichtsauffassung. Im Entwurf des neuen Programms ist von dieser Methode keine Spur mehr zu entdecken, aber auch keine Spur einer anderen Geschichtsauffassung, die etwa die Marxsche verdrängt hätte. Es ist nicht anzunehmen, daß der Verfasser des neuen Programms der materialistischen Geschichtsauffassung den Laufpaß geben wollte. Wahrscheinlicher ist folgendes: Auf Grund dieser Geschichtsauffassung kann man mit Bestimmtheit sich über Ziel und Charakter der Bewegung nur äußern, wenn man sich klar ist über die Richtung der ökonomischen Zukunft und über die politischen und wirtschaftlichen Probleme, die sie uns setzt. Die Väter des Programms waren wahrscheinlich der Ansicht, daß die ökonomische Entwicklung, wie sie im Erfurter Programm dargestellt wird, mit dem wirklichen Gang der Dinge nicht in allen Punkten übereinstimmt, aber sie vermochten sich nicht zu einigen darüber, welche neue Erkenntnis an Stelle der alten zu setzen sei. So kam man zu einem Kompromiß: dazu, aus acht verschiedenen Gedankengängen das herauszunehmen, was ihnen gemeinsam war. Das konnte aber nichts anderes sein als eine Sammlung von Gemeinplätzen. Es wurde eine theoretische Einleitung ohne Theorie. Sie brauchte nicht falsch zu sein, aber sie entbehrte jeglicher Kraft, Tiefe, Geschlossenheit, war in keiner Weise geeignet, Freund und Feind zu imponieren.

In Wirklichkeit ist der Gedankengang der Einleitung des Erfurter Programms der des Marxschen „Kapital“. Er ist heute noch in seinen Grundlinien richtig, aber insofern nicht mehr ausreichend, als manche der Entwicklungsvorgänge in der letzten Zeit und namentlich seit dem Kriege, obwohl die Richtung der Entwicklung die gleiche blieb, ihre Erscheinungsform modifizierten. Auch tauchten manche Probleme neu auf, die eine Antwort erheischen. Die Zeit seit dem Ausbruch der Revolution ist so kurz, sie war so sehr mit dringenden praktischen Aufgaben erfüllt, es war so schwer, in dem Neuen das Dauernde von dem Ephemeren zu sondern, daß es schwer gewesen wäre, schon das gesamte theoretische Fazit der durch Krieg und Revolution hervorgebrachten neuen Entwicklungsformen zu ziehen. Solange man aber das nicht vermag, wird jeder Versuch, die theoretische Einleitung des Erfurter Programms zu ersetzen, ein unbefriedigendes Resultat liefern. Auch von diesem Standpunkt aus erscheint mir also die Schaffung eines neuen Programms verfrüht.

Nicht ein solches Programm zu schaffen, sondern Bedingungen herbeiführen, die es bald ermöglichen, daß die neue geeinigte Sozialdemokratie an die Formulierung eines gemeinsamen Programms mit vereinten Kräften gehen kann, das scheint mir die große Aufgabe des Görlitzer Parteitages zu sein.

Er wird dabei unterstützt werden durch die Tatsache, daß das wichtigste Moment, das S. P. D. und U. S. P. bisher trennte, die Frage der Koalitionspolitik, in der letzten Zeit ein ganz neues Gesicht erhalten hat.

Ich will hier keine Rekriminationen erheben, weder gegen rechts noch gegen links. Sie sind in der augenblicklichen Situation durchaus nicht am Platze. Die Parteigeschichte ist wichtig und nützlich und man kann viel aus ihr lernen, aber die Vergangenheit darf keine Kette an unserem Fuße werden, die uns an den wichtigsten Schritten in der Gegenwart hindert. Und in Zeiten der Revolution, in der Situationen und Parteien sich rasch wandeln, erhellt aus der Vergangenheit einer Partei nicht immer, was wir in der Gegenwart von ihr zu erwarten haben.

Ich will daher von aller „Schuldfrage“ absehen, aber eines steht fest: die Mehrheitssozialdemokratie ist bei ihren Koalitionen bisher in die scheußlichste Lage gekommen, da sie eine Verbindung mit bürgerlichen Elementen gegen proletarische darstellten. Diese Art der Koalitionsregierung mußte auf weite proletarische Kreise abstoßend wirken.

Heute dagegen geht die Kampfesfront der Koalition praktisch nur nach rechts. In dieser Situation braucht der Koalitionsgedanke keine unübersteigliche Scheidewand mehr zwischen den sozialistischen Parteien zu bilden. Der Kampf gegen die Reaktion und für die Republik vermag S. P. D. und U. S. P. einander näher zu bringen. Es scheint aber, daß er sogar die ernsteren Teile der kommunistischen Arbeiter zu gemeinsamem Vorgehen mit den anderen heranzieht.

Und dabei haben schon die ersten gemeinsamen Schritte des gesamten Proletariats eine solche Macht bekundet, daß die Frage der Einheit ihm jetzt noch wichtiger wird als die Frage der Taktik. Welche Taktik man immer wählen mag, die der Koalition oder die der Opposition, sie wird erfolgreicher und gefahrloser durch die Einigung. Ist die Sozialdemokratie einig, dann wird sie auch in der Opposition mehr Macht im Staate üben, als wenn ein Teil der Sozialdemokratie zusammen mit bürgerlichen Elementen in der Regierung sitzt und ein anderer Teil diese bekämpft. Auf der anderen Seite wird in einer Koalitionsregierung die Sozialdemokratie gegenüber dem bürgerlichen Teil des Ministeriums dem proletarischen Standpunkt mit weit mehr Nachdruck Geltung verschaffen können, wenn sie das gesamte sozialistische Proletariat hinter sich hat, als wenn sie nur einen Teil davon repräsentiert.

Je mehr diese Erkenntnis sich verbreitet, desto mehr schwinden die schwersten Hindernisse, die der Einigung bisher im Wege standen.

Das Tragische in der Revolution.

(„Florian Geyer“ von Gerhart Hauptmann. — Erste Aufführung im Raimund-Theater.)

Den deutschen Bauernkrieg hat *Lassalle* einmal als konterrevolutionäre Erhebung gekennzeichnet. Die Erhebung der Bauern sei gegen die ökonomische Entwicklung, gegen den notwendigen politischen Fortschritt gewesen. Nichtsdestoweniger, der Geist der Revolution brannte auch in diesem Tun; die Religionskämpfe des sechzehnten Jahrhunderts sind begleitet und durchsetzt von politischen Kämpfen, von Klassenkämpfen, wie sie insgesamt in den ökonomischen Umwälzungen der neuen Zeit begründet waren. Auch Lassalle hat dies sehr wohl empfunden. Gerade aus der Zeit des Bauernkrieges schlug sein Denken und seine politische Tatbereitschaft das Problem aller Revolution. Er hat es auch poetisch-dramatisch zu gestalten versucht in seiner Dichtung „Franz von Sickingen“. Ueber das Werk entspann sich ein Briefwechsel zwischen *Marx* und Lassalle. Was immer Marx aus sehr guten Gründen gegen dieses Produkt mehr der politisch-persönlichen als der künstlerischen Ueberzeugung einwendet — gerade weil dieses Drama mehr mit der Politik und der historischen Erkenntnis, wenn auch nicht der Historie, zu tun hat als mit der Kunst, ist Marxens Tadel umso berechtigter, und was immer Lassalle zur Verteidigung anführt, darin stimmen sie überein, daß jede Revolution eine „tragische Kollision“ in sich birgt. Die Klasse, welche die herrschende Ordnung verteidigen muß, hat den Vorteil der vollkommenen Bewußtheit ihres Klasseninteresses, die auch ihre Macht- und Verteidigungsmittel entsprechend formt. Die revolutionäre Klasse oder die Anhänger einer Revolution dagegen verfügen im allgemeinen über diese Bewußtheit noch nicht. Die Begeisterung trägt sie über die Schwierigkeiten hinweg, aber im Verlauf der Revolution kommt doch ein Punkt, wo sie die gegebenen Mittel, das heißt die durch das Klasseninteresse

Gegner vorgeformten Mittel benützen muß; daran ist schon manche Erhebung gescheitert. Es ist ein tragischer, doch keineswegs hoffnungslos pessimistischer Konflikt. Der Erbe der Vergangenheit ist zugleich auch ein Kind der Vergangenheit. Die Erbschaft antreten, heißt vor allem sich mit dem neuen Klassenbewußtsein erfüllen. In der Politik ist's eine Aufgabe, in der Kunst, die von vornherein an den gegebenen Augenblick gebunden ist, weil sie die Entwicklung irgendwie fixieren muß, um sie gestalten zu können, ist's eine Tragödie. Unter Umständen auch für den einzelnen Handelnden in der Revolution, wenn er den Wendepunkt der Entwicklung bedeuten soll; ihr entspringt die Tragödie des revolutionären Führers. Diese, vornehmlich diese hat Gerhart Hauptmann in „Florian Geyer“ geschrieben.

Der Ritter Geyer ist Führer der aufständischen Bauern geworden. Nicht sein Klasseninteresse hat ihn dahingestellt; die Sache der Ritterschaft, des niederen Adels war keineswegs die Sache der Bauern. Von persönlichem Vorteil ist überhaupt keine Rede. Florian Geyer, der Held der Dichtung (und nur auf die Dichtung, nicht auf die historische Wahrheit kommt es hier an) ist ein ganz selbstloser, reiner Mensch; das fühlen wir bei seinem ersten Anblick, bei seinem ersten Wort. Der Sache ist er treu ergeben, der Sache eines einigen Deutschland, in dem Volksrecht herrscht, nicht Herrenrecht, eines Reiches, in dem „Fried', Freiheit, Einigkeit, Sicherheit Handels und Wandels in deutscher Nation anhebe und aufrecht bleibe“. Wahrlich, in ihm steckt nicht der Konflikt jenes Sickingen, der aus sehr gewichtigen Gründen nicht weiß, wohin die deutsche Ritterschaft soll; Geyer aber hat sich entschieden. Daß er ein Ritter ist, der Angehörige einer fremden Klasse, dies ist das eine, das wichtigste tragische Moment in seinem Leben. Die Geschichte aller großen Revolutionen lehrt, daß ihre Führer und Wortführer zum großen Teil aus der untergehenden Klasse stammen. Um zwei große Beispiele zu erwähnen: die französische Revolution des dritten Standes, des Bürgertums, setzt mit aristokratischen Wortführern ein, und das Auftreten des Proletariats als eine ihrer selbst bewußten geschichtlichen Klasse ist an die bürgerlichen Namen Marx, Engels, Lassalle geknüpft. Diese Männer übertragen die Kultur ihres Herkommens auf die neue Klasse; sonst müßte auch hier die Menschheit immer wieder von vorn beginnen. Aber das neue, gewaltige Element, das die Klasse mit sich selber heraufbringt, in neuen Werten, Anschauungen und Personen, ist nicht immer so ohne weiters geneigt, jene anderen widerstandslos in sich aufzunehmen. Das „gesunde demokratische Mißtrauen der Masse“ macht sich den Führern aus der anderen Welt schmerzlich, ja tragisch fühlbar. So muß auch Florian Geyer trotz seiner Verdienste, trotz seiner großen persönlichen Beliebtheit es mitanhören, daß bei der Wahl eines Feldhauptmannes sich Stimmen gegen ihn erheben, weil er kein Bauer, sondern ein Ritter sei. Schließlich wird er doch gewählt. Allein die Macht ist keineswegs fest in seiner Hand. Auch für ihn gibt es den tragischen Konflikt der „gegebenen Mittel“, wenn auch nicht ganz in denselben Sinn, als es Lassalle meint. Für Geyer sind die gegebenen Mittel die menschliche Beschaffenheit der Bauern, die er zum Ziele führen soll. Das dumpfe revolutionäre Bewußtsein, das in dieser Masse lebt, ist keineswegs zur Erkenntnis eines vollen Klassenbewußtseins aufgehellt, kann es gar nicht sein, da die Bauernschaft damals nicht Träger der ökonomischen Entwicklung war. So erniedrigt sich ihre Revolution zu einem wüsten Putsch, an dem alle unreinen Leidenschaften, alle Gemeinheiten, jedes Laster und vor allem jeder Verrat ihren Vorteil haben; der Bauernaufstand endet in Schmutz und Blut der Empörer, und symbolisch für das ganze Geschehen wird Florian Geyer nicht von den Siegern getötet, die noch den einzelnen, wunden, todmüden Helden fürchten, sondern von einem armseligen Landsknecht, einem Sohn der Unterdrückten, der seinen Arm den Herrschenden verkauft. Geyer hat das Ende vorausgesehen. Einmal, da er im dritten Akt mitten in den Hader und Zwietracht, in die Gemeinheit seiner Umgebung ein paar Worte französisch für sich allein spricht. Sie lauten deutsch: „Das Feuer dämpfen, den Wind drosseln, die Vergangenheit zurückbringen ist unmöglich.“ Und ein zweitesmal im nächsten Akt, da er sagt: „Fast reut es mich! Fast reut es mich!“ Doch nur „fast“. Hat er einmal die Tragik seines Seins erkannt, so weiß er, daß es doch für ihn keinen anderen Weg gibt. Sein persönlicher Tod ist nicht das Wichtigste, und mag auch diese Erhebung zusammenbrechen, der Geist der Revolution bleibt lebendig.

Schriftleitung, Verwaltung und Anzeigen-Aufnahme:
V. Rechte Wienzeile 97.
Stadtausgabe und Kleiner Anzeiger:
I. Schulerstraße 13.
Abonnements werden angenommen in der Verwaltung, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Ausgabestellen:
I. Schulerstraße 18, Tel. 9191
II. Pazmanitengasse 30, Tel. 40226
X. Wielandplatz 5, Tel. 39264
XIV. [illegible] 6, Tel. 36158
XVI. [illegible] 34, Tel. 34146
XVII. [illegible] 22, Tel. 17375
XXI. Angererstraße 14.
Fernsprecher:
Schriftleitung . . . . [illegible]
Verwaltung und Anzeigen . . 900
Telegramm-Adresse:
Arbeiter-Zeitung Wien.
Postsparkassenkontos:
Verwaltung u. Lokalabonnement 19226
Provinzabonnement 167968
Tschecho-Slowakei 84718
Jugoslavien, Zagreb 40014
Jugoslavien, Sarajewo . . . 7611
Ungarn 40489
Polen 190081
Deutschland 105741
Anzeigen 188845
Anzeigen übernehmen alle bekannten in- u. ausländischen Anzeigenbüros.

Morgenblatt.

Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs.

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

Einzelpreis K 30

Bezugsbedingungen:
Für Wien:
Beim Abholen in den Trafiken, Zeitungsverschleißstellen, in unserer Verwaltung und den [illegible] genannten Ausgabestellen oder bei Zusendung durch die Post.
Wöchentlich . . . . . K 200·—
Monatlich . . . . . . K 850·—
Für Deutschösterreich:
Monatlich . . . . . K 850·—
Für die Tschecho-Slowakei:
Monatlich . tschech.-sl. K 14·—
Für Polen:
Monatlich . 800 poln. Mark
Für Rumänien:
Monatlich . . . . 30 Lei
Für Deutschland:
Vierteljährig . . . . Mark 90·—
Für Südtirol und Italien:
Vierteljährig . . . . . . 15 Lire
Für alle anderen, dem Weltpostverein angehörigen Länder:
Vierteljährig . Schw. Frcs. 15.—

Nr. 3. Wien, Dienstag, 3. Jänner 1922. XXXIV. Jahrgang.

Die Frage der sozialistischen Einigung.

Zum Leipziger Parteitag.

Von Karl Kautsky.

Im deutschen Proletariat ist die Sehnsucht nach Einigung mächtiger als je. Der jetzige jammervolle Zustand des deutschen Parteilebens erscheint immer unerträglicher. Niemand leugnet es mehr, daß einzig die Einigung der sozialistischen Parteien die Bedingungen schaffen kann für die Gesundung des Parteilebens und die vollste Kraftentfaltung des Proletariats.

Aber wenn es darauf ankommt, einen praktischen Schritt in der Richtung zur Einigung zu tun, werden wir enttäuscht. So hat uns der Görlitzer Parteitag der Einigung nicht näher gebracht. Wird in dieser Beziehung auch der Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie versagen, der am 8. Jänner in Leipzig zusammentritt? Niemand erwartet, daß dort ein kühner, entschlossener Schritt zu sofortiger Anbahnung einer organisatorischen Einigung mit der Mehrheitssozialdemokratie beschlossen wird. So weit sind wir leider noch immer nicht. Es fragt sich bloß, ob die Leipziger Verhandlungen und Beschlüsse einen Charakter annehmen werden, der die Annäherung der beiden Parteien aneinander erleichtert oder erschwert.

Im Grunde werden es zwei verschiedene Auffassungen des Charakters der Partei sein, die dort miteinander ringen werden.

Auf der einen Seite haben wir die Auffassung der sozialistischen Partei als K l a s s e n p a r t e i, als M a s s e n p a r t e i, als politische Organisation des selbständig für seine Befreiung kämpfenden Proletariats.

Eine solche Massenpartei kann sich nur bilden durch Zusammenfassung verschiedener Richtungen und Auffassungen. Marx wollte nie eine Arbeiterpartei, aus der alle nichtmarxistischen, aber doch den Emanzipationskampf kämpfenden Arbeiter ausgeschlossen wären. Im Kommunistischen Manifest bezeichnet er ausdrücklich die Marxisten oder, wie er damals sagte, die Kommunisten als „Teil der Arbeiterparteien aller Länder“.

Natürlich war es ihm nicht gleichgültig, ob diese Arbeiterparteien klar denkend oder konfus waren. Er hielt es für seine und seiner Schüler dringendste Aufgabe, die Arbeiterparteien mit klarer Erkenntnis zu erfüllen. Aber diese marxistische Propaganda sollte i n n e r h a l b der einen großen Arbeiterpartei geschehen, nicht durch eine besondere marxistische Partei im G e g e n s a t z z u a n d e r e n p r o l e t a r i s c h e n P a r t e i e n. Von seinen Anhängern forderte er unermüdliche und kompromißlose Propaganda in seinem Sinne, von den Arbeiterparteien zunächst aber nur vollste Freiheit für seine und seiner Freunde Propaganda. Er baute so sehr auf die Logik der ökonomischen Tatsachen, daß er überzeugt war, in jeder von bürgerlicher Führung unabhängigen Arbeiterorganisation müßten sich seine Auffassungen im Konkurrenzkampf mit anderen früher oder später siegreich durchringen. Und nur durch eine Massenorganisation kann das Proletariat zu seiner Herrschaft gelangen und sie behaupten.

Neben und vor der Marxschen Auffassung der Arbeiterpartei als Massen- und Klassenpartei finden wir eine andere, die nicht getragen ist von dem Geiste des K l a s s e n k a m p f e s, sondern von dem des sozialistischen E r f i n d e r s. Wo das Proletariat noch nicht genügend Selbstbewußtsein und Selbsttätigkeit zeigt, da treten Sozialisten auf, die Aufgaben und Methoden der Arbeiterparteien nicht aus der ökonomischen Entwicklung und dem proletarischen Klassenkampf ableiten, sondern an Stelle dieses langsamen und mühsamen Verfahrens die Erfindung einer Zauberformel setzen, die dem Proletariat unfehlbar sofortige Erlösung verspricht.

Im Anfang der sozialistischen Bewegung sind diese Erfinder sehr zahlreich. Jeder hat ein anderes System, sammelt eine Schule, die eine besondere Organisation bildet und jede andere proletarische Organisation bekämpft. Ihr Ergebnis ist die Spaltung des Proletariats und damit seine Ohnmacht. Marx hat daher von Anfang an die Sektiererei bekämpft, und das war einer der Hauptgründe, warum ihm der Lassalleanismus so unsympathisch war. Er befürchtete, daß er den Anfang einer neuen Sekte darstelle.

Die Sektiererei hat nicht wenig dazu beigetragen, lange Zeit englischen und französischen Arbeitern eine Abneigung gegen den Sozialismus einzuflößen, weil sie in ihm ein Element der Spaltung der Arbeiterschaft sahen, im Gegensatz zu den Gewerkschaften, die sie vereinigten. Die Sektiererei hat nicht bloß organisatorisch, sondern auch propagandistisch den Befreiungskampf des Proletariats empfindlich beeinträchtigt.

Man durfte erwarten, der Marxismus habe die Sektiererei vollständig überwunden. Alle die sozialistischen Parteien, die der Zweiten Internationale angehörten, waren Arbeiterparteien im Marxschen Sinne.

Nun hat der Zusammenbruch des Zarismus eine neue Sekte, die Leninsche, emporgebracht in Rußland, das ökonomisch vielfach noch nicht so weit ist, wie England und Frankreich zur Zeit der Abfassung des Kommunistischen Manifests waren. Diese Sekte hat auf die Gemüter vieler Arbeiter in ganz Europa großen Einfluß gewonnen dadurch, daß ein Zusammentreffen günstiger Umstände sie zur Alleinbeherrscherin eines Riesenreiches machte, das sie anscheinend sofort dem Sozialismus zuführt.

Wie die früheren Sekten erklärte auch diese allen nicht von ihr abhängigen Arbeitersektionen den Krieg und wirkte schon dadurch spaltend auf die proletarischen Bewegungen. Dieser üble Einfluß wurde noch vermehrt dadurch, daß sie nicht bloß Sekte ist, sondern auch Verschwörung. Als solche duldet sie nicht nur keine anderen unabhängigen Organisationen neben sich, sondern auch keine Opposition gegen die zentrale Leitung im eigenen Lager. Freiheit der Propaganda fürchtet sie wie den Tod. Nicht durch das Messen ihrer Argumente mit denen anderer Sozialisten in freier Propaganda, sondern durch Terrorisierung der Massen und Verleumdung der anderen Sozialisten sucht sie ihre Herrschaft zu behaupten.

Daß sich die Minderheit der Mehrheit freiwillig fügt, ist nur in der Demokratie zu erreichen, wo der Minderheit die Freiheit der Propaganda gewährt ist und damit die Aussicht, ihrerseits die Mehrheit zu gewinnen. Wo der Opposition innerhalb einer Partei die Möglichkeit freier Diskussion abgeschnitten ist, bleibt ihr schließlich nichts anderes übrig, als entweder sich gezwungen zu fügen oder sich kaufen zu lassen, was korrumpiert. Wer weder das eine noch das andere will, muß aus der Partei heraus.

So erweist sich die neue, kommunistische Sektiererei noch mehr als die vormarxistische als ein Element der Spaltung und Schwächung des Proletariats, soweit sie es nicht noch obendrein korrumpiert.

Auf der einen Seite die Klassenpartei, die in demokratischer Weise alle Richtungen des nach Befreiung ringenden Proletariats zusammenfaßt, soweit sie imstande sind, sich miteinander zu vertragen, und auf der anderen Seite die Sekte, die diktatorisch alles unterdrückt oder ausscheidet, was nicht auf den Sektenhäuptling schwört, das sind die zwei Typen der sozialistischen Partei, die heute in der Welt bestehen.

Dementsprechend finden wir auch fast in jeder Nation nur zwei sozialistische Parteien, eine sozialdemokratische geschlossene Massenpartei und daneben eine kommunistische Partei, die zur Zersplitterung neigt. Die erstere umfaßt allenthalben die große Mehrheit des Proletariats, die letztere, außerhalb Rußlands, nur bedeutungslose Minderheiten, abgesehen von Frankreich, wo sie ein Gewächs eigener Art darstellt.

Das ist nicht etwas Außerordentliches oder gar Unmögliches. Es war der allgemeine Zustand der sozialistischen Parteien vor dem Kriege und ist jetzt bei allen sozialdemokratischen Parteien zu finden. Und nicht bloß in denen der Zweiten Internationale, sondern auch in denen der Wiener Arbeitsgemeinschaft, ja sogar bei den Italienern. Ueberall finden wir Anhänger und Gegner der Koalitionspolitik in der gleichen Partei. Nur die Mehrheitsverhältnisse der beiden Richtungen sind nicht überall dieselben.

Ja sogar in der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (U. S. P.) selbst finden wir Verfechter und Gegner der Koalitionspolitik innerhalb der gleichen Organisation. Sie unterscheidet sich in diesem Punkte von den Mehrheitssozialdemokraten, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (S. P. D.) nur dadurch, daß die Gegner der Koalitionspolitik hier die Mehrheit, dort die Minderheit bilden. Das Verlangen, über die Mehrheit zu verfügen, kann aber unmöglich eine Sache des Prinzips sein. Es geht doch nicht an, zu sagen: Ich habe nichts dagegen, mit Verfechtern der Koalitionspolitik zusammenzuarbeiten, wenn sie in der Minderheit sind. Aber ich lehne grundsätzlich jede Mitarbeit mit ihnen dort ab, wo sie die Mehrheit bilden.

Der Leipziger Parteitag wird entscheidend werden für die Frage, ob in der U. S. P. künftighin die Denkweise der Klassenpartei oder die der Sekte dominieren soll. Dieser Gegensatz wird nicht offen ausgesprochen zutage treten, schon deshalb nicht, weil niemand zugeben wird, auf einem anderen Standpunkt zu stehen als dem der Klassenpartei. Die Gegenstände der Beratung werden weit konkreterer Natur sein, zum Beispiel Koalitionspolitik und Steuerpolitik. Aber im Unterbewußtsein werden alle die Leipziger Diskussionen durchdrungen sein von dem Gegensatz zwischen Klassenpartei und Sekte, wie er hier entwickelt wurde.

So wird auch für das wichtigste Problem, das Leipzig beschäftigen wird, für das der Koalitionspolitik, weniger die Frage von Bedeutung sein, ob man diese Politik für richtig hält oder nicht, als die andere Frage, ob Anhänger und Gegner einer solchen Politik notwendigerweise in zwei getrennten Parteien organisiert sein müssen oder in einer gemeinsamen Partei nebeneinander wirken können. Die Sekte hat nicht Raum für beide. Die Klassenpartei muß Raum für beide haben. Nur dadurch ist sie imstande, zu einer wahrhaften Klassenpartei zu werden, die große Masse des kämpfenden Proletariats zu umfassen.

So alt wie die proletarischen Parteien sind auch in ihrem Schoß die Diskussionen darüber, ob und wie der Klassenkampf gegen die bürgerliche Welt mit der Ausnützung der Gegensätze innerhalb dieser Welt zu vereinbaren sei. Diese Diskussion wird so lange dauern, als die bürgerliche Welt einen beachtenswerten Machtfaktor gegenüber der Arbeiterklasse darstellt. Sollte diese Diskussion nur auszutragen sein zwischen zwei getrennten proletarischen Organisationen und nicht innerhalb einer gemeinsamen Massenorganisation, dann würde das dem proletarischen Klassenkampf sehr trübe Aussichten eröffnen. Es würde heißen, daß das Suchen nach dem besten Wege zur Macht nur die Form des Zankes verschiedener sozialistischer Parteien annehmen kann, wodurch die unerläßliche Vorbedingung proletarischer Macht, die Zusammenfassung in einer großen Klassenpartei, unmöglich wird. Der Streit um den Weg zur Macht verstopft so die Quelle jeder wirklichen Macht des Proletariats, seine Zusammenfassung in einer Massenorganisation.

Diese Zusammenfassung wäre natürlich unmöglich, wenn von der einen oder der anderen Richtung der Verzicht auf ihre Ueberzeugung gefordert würde. Die Einigung könnte sich nur dann vollziehen, wenn, wie immer die jeweilige Mehrheit der neuen Gesamtpartei deren augenblickliche Praxis gestalten möge, den Gegnern wie den Anhängern der Koalitionspolitik die v o l l s t e F r e i h e i t d e r P r o p a g i e r u n g i h r e s S t a n d p u n k t e s i n d e r P a r t e i g e w ä h r l e i s t e t w i r d. Der Kampf der beiden Richtungen soll und kann nicht aufhören. Er soll nur aufhören, ein Kampf z w e i e r g e t r e n n t e r O r g a n i s a t i o n e n zu sein. Er soll ein Kampf zweier Richtungen innerhalb der gleichen großen Organisation um die Gewinnung der proletarischen Masse, um die Eroberung der Mehrheit in der Organisation sein.

Das gilt nicht bloß für die Parteien der Zweiten Internationale, sondern auch für die der Wiener Arbeitsgemeinschaft, ja selbst für Italien, dem diese Gemeinschaft noch nicht radikal genug ist. Auch dort sind trotz aller taktischen Gegensätze alle Richtungen der Arbeiterbewegung, außer der von Moskau kom-

mandierten, in der sozialdemokratischen Partei vereinigt.

Die Lage der Unabhängigen Sozialdemokratie als Mittelorganisation zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus ist daher eine ganz abnorme. Sie fand innerhalb der Wiener Arbeitsgemeinschaft eine Analogie höchstens in Jugoslavien. Aber auch dort vollzieht sich jetzt die Einigung der bisher getrennten sozialdemokratischen Parteien.

Das dauernde Bestehen zweier sozialdemokratischer Organisationen nebeneinander ist eine Erscheinung, die nicht in der Linie der historischen Entwicklung liegt. Je mehr die abnormen Situationen verschwinden, die der Krieg erzeugte und aus denen die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie hervorging, desto schwieriger wird es für die Unabhängige Sozialdemokratie, ihre Mittelstellung zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus zu behaupten.

Nichts schlimmer als eine Einrichtung der Parteiorganisation, die einer bestimmten Richtung von vornherein unter allen Umständen die Mehrheit sichert. Wie die Freiheit und das Leben verdient auch die Mehrheit nur derjenige, der täglich sie erobern muß.

Aber kann nicht die Mehrheit irren? Und läuft man nicht Gefahr, wenn man Richtungen in der Partei duldet, die man für verderblich hält, daß man gezwungen wird, Wege zu gehen, die ins Verderben führen?

In dieser Frage muß man marxistisch denken lernen. Nach unserer Auffassung ist es die Logik der ökonomischen Entwicklung und des Klassenkampfes, die die Arbeitermassen dem Sozialismus zutreibt. Sie werden ihren Weg allerdings nur dann entschieden und klar gehen, wenn sie von Elementen geführt werden, die es verstanden haben, diese Logik zu bemeistern und auf die jeweilige Wirklichkeit anzuwenden.

Wem dies gelungen ist und wer über volle Freiheit der Propaganda in einer proletarischen Massenorganisation verfügt, deren Vertrauen er gewonnen hat, der hat die besten Aussichten, die Mehrheit dieser Organisation zu erlangen.

Ohne das Vertrauen der Massen aber geht es nicht, und das erwirbt man fast nur durch emsige Arbeit in ihrer Organisation und für diese Organisation. Wer die Masse des kämpfenden Proletariats für sich gewinnen will und sich zutraut, sie gewinnen zu können, muß vor allem ihre Zusammenfassung in einer großen Kampfpartei anstreben. Nur dann vermag er das Vertrauen der Masse durch Arbeit in ihrer und für ihre Organisation zu erwerben. Solange sie zersplittert bleibt, wird der einzelne eine Mehrheit nur in einem Splitter erlangen können, nie in der Gesamtheit.

Viel wird von dem Geiste abhängen, der die Leipziger Verhandlungen beherrscht. Dominiert dort der Geist der Klassenpartei, dann ist damit der Weg eröffnet, der schließlich zur Einigung führen muß.

Vermag sich dieser Geist dort nicht Geltung zu verschaffen, dann droht der Unabhängigen Sozialdemokratie das Versinken in unfruchtbarem Sektierertum. Dann liefe sie Gefahr, vor den proletarischen Massen als Hindernis der Einigung und Kräftigung des deutschen Proletariats zu erscheinen.

Im ersteren Falle dagegen winkt ihr die Möglichkeit, daß sie die Führung bekommt auf dem Wege zur Einigung und damit zur größten Machtentfaltung, deren das deutsche Proletariat heute fähig ist, und daß ihre Elemente in der neuaufzubauenden Gesamtpartei das größte Vertrauen der Massen gewinnen, Richtung und Charakter der neuen Partei bestimmen.

Man sollte denken, die Wahl könne nicht schwer fallen.

Masaryk über die deutsche Frage.

Der tschechische Präsident hat am Neujahrstag auch eine Abordnung der beiden Kammern bei sich gesehen und auf deren Glückwünsche, die ihm Präsident Tomaschek verdolmetschte, mit einer längeren Ansprache geantwortet. Von Wichtigkeit ist nur, was der Präsident über die deutsche Frage ausführte. Er bemerkte da:

Nach seiner Meinung sei die tschechisch-deutsche Frage die wichtigste, ja die Tschecho-Slovakei habe eigentlich nur diese Frage. Der Präsident erklärt, das alte Regime und der Krieg hätten ein großes Mißtrauen und große Gereiztheit zwischen Tschechen und Deutschen hervorgerufen, doch trete eine gewisse Beruhigung und ruhigere Erwägung über das notwendige Zusammenwirken ein. Der tschecho-slovakische Staat habe sich historisch einheitlich entwickelt und müsse es daher bleiben. Ueber territoriale Autonomie könne und werde nicht verhandelt werden. Das lasse auch die unvorteilhafte Konfiguration der Minderheiten nicht zu. Den deutschen Landsleuten gebühre aber Anteil an der Administrative und an der Regierung. Das versteht sich in einer Demokratie von selbst. Diese Mitwirkung setze allerdings eine loyale Anerkennung des Staates ohne jede Zweideutigkeit voraus. Die sprachlichen Hindernisse und Schwierigkeiten seien zu überwinden, wenn beide Parteien den Vorteil und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit anerkennen. Eine einheitliche Sprache werde durch die Einheitlichkeit und Gedeihlichkeit der Administrative gefordert. Bei gutem Willen bestimmt die politische Reife und die Erfahrung, wo die Anwendung der Staatssprache keine dringende Notwendigkeit sei. Die Deutschen hätten bereits vor dem Kriege die Parole ausgegeben, daß sie Tschechisch lernen sollen. Andererseits werden die Tschechen Deutsch lernen. Die Regierung sollte in allen Fragen und insbesondere in nationalen Fragen ein klares und bestimmtes Programm haben und nach demselben positiv ohne Rücksicht auf das Vorgehen der Opposition handeln. Europa und die Menschheit seien durch den Krieg und die Regelung durch den Friedensvertrag bei einer Stufe angelangt, auf der nationaler Chauvinismus überwunden sei. Der Chauvinismus sei überall Krähwinkelei, nicht nur bei kleinen, sondern auch bei großen Völkern, er sei durch seine Blindheit und seine kleinliche Herrschsucht überall das Grab der Freiheit und Selbständigkeit geworden.

Daß der Präsident die Wichtigkeit der deutschen Frage für die Tschecho-Slovakei begreift, ist anzuerkennen; man kann aber nicht sagen, daß er mit seinen Bemerkungen dieser Wichtigkeit genugtun würde. Worin besteht die deutsche Frage in der tschechischen Republik? Daß sich die Tschechen den neuen Staat so eingerichtet haben, wie es ihrem damals besonders hochgeschwellten Selbstbewußtsein entsprach, also ausschließlich gemäß ihren nationalchauvinistischen Auffassungen, sich also weder um die nationalen Bedürfnisse der Deutschen bekümmert noch bedacht gewesen wären, der zweiten Nation, die durch den Zusammenbruch so stark beeinträchtigt wurde, überflüssige Kränkungen zu ersparen. Im Gegenteil, die neue Ordnung machte recht oft den Eindruck, als ob man den Deutschen Kränkungen und Demütigungen mit Bewußtsein habe zufügen wollen. Um es den Tschechen mit den Worten zu sagen, die in dem alten Oesterreich mit Vorliebe von ihnen gebraucht wurden, ist die Sachlage in der tschechischen Republik nun die, daß die Deutschen mit dem Dasein des tschechischen Staates und seiner Gestaltung versöhnt werden müssen: das ist es, was die deutsche Frage in der Tschecho-Slovakei besagt. Und nun kommt Masaryk und erklärt, die Voraussetzung für jede „Konzession“ an die Deutschen sei die „loyale Anerkennung des Staates ohne jede Zweideutigkeit“, begehrt also, daß sich die Deutschen mit diesem Staate vorweg zu befreunden haben, obwohl er doch zu ihnen so wenig Freund gewesen ist, daß sie nicht auszusetzen, nur anzuerkennen haben! Der Präsident des Staates, der sein Dasein dem Selbstbestimmungsrecht verdankt, erklärt, „über territoriale Autonomie könne und werde nicht verhandelt werden“. Das ist doch kein Standpunkt des Rechtes, das ist ein Standpunkt der Macht! Denn daß die Deutschen ebenso ein Recht haben, ihr nationales Leben selbständig und eigenberechtigt zu führen wie die Tschechen, wird doch Herr Masaryk, der in Worten gegen den nationalen Chauvinismus so schön zu sprechen weiß, nicht bestreiten wollen. Wenn er aber schon die territoriale Autonomie ablehnt, so gibt es doch auch eine Autonomie der Nation; was ist mit dieser? Denn mit dem Linsengericht eines „Anteils“ an der Administrative und Regierung — vielleicht einen Minister und zwei Bezirkshauptleute — werden sich die Deutschen nicht abspeisen lassen. In Wahrheit erhebt sich der Präsident, wenigstens in dieser Rede, keineswegs über den vulgär tschechischen Standpunkt: Staatssprache, Staatsvolk, Erstgeburtsrecht, kurz was man bei den nationalistischen Tschechen hört, klingt in seiner Rede vernehmlich wieder. Aber diese tschechische Auffassung, daß die Tschechen den Deutschen so viel an Freiheit auszuspenden haben, als sie mögen, ist doch nur ein Irrtum: die Tschechen werden schon noch überzeugt werden, daß auch in dem bloßen Sein einer so großen, kulturell entwickelten Minorität eine große Macht steckt, und diese Macht wird sich ihnen mit der Zeit auch fühlbar machen. Es geht der deutschen Nation im Augenblick nicht gut und der tschechische „einheitliche“ Staat hat sich ja nur auf der deutschen Niederlage aufbauen können. Aber das wird nicht so bleiben und weise Tschechen würden daher trachten, sich mit den Deutschen schon jetzt auseinanderzusetzen. Dazu ist aber die Anerkennung des deutschen Rechtes auf Autonomie die unerläßliche Voraussetzung.

Somogyis Geist geht um.

Die Staatsgewalt beglückwünscht Raubmörder.

In der ungarischen Nationalversammlung wird jetzt täglich die Mohrenwäsche des christlichen Kurses vor aller Welt betrieben. Dabei wird die Zurückhaltung, die bisher beobachtet wurde, nicht mehr geübt und es werden da Dinge erzählt, die in allen gesitteten Staaten der Welt zum Sturz der Regierung führen würden. In Horthy-Ungarn nimmt sich die Regierung nicht einmal die Mühe, diese ungeheuerlichen Anklagen in Abrede zu stellen, geschweige denn sich gegen sie zu verteidigen. Sie meint anscheinend, daß es in Ungarn schon jedermann bekannt sein dürfte, daß der Mord eines der Fundamente der christlichen Regierungskunst ist, und daß sich das Ausland wenig um diese Dinge interessiere. Allerdings wird es durch diese unwidersprochen gebliebenen Anklagen schwer gemacht, den „Vereinbarungen“, die Graf Bethlen mit den ungarischen Sozialdemokraten geschlossen haben will, nachzukommen. In der Sitzung am Samstag spielten sich folgende Szenen ab:

Abgeordneter Andahazy-Kasnya sagte, daß man wohl in letzter Zeit behauptet, daß die Gewalttaten aufgehört haben. Das ist aber nur Schein. Es ist einfach nur erfolgt, daß die Arbeit der unverantwortlichen Elemente von den verantwortlichen Elementen übernommen wurde. Anstatt die Uebergriffe zu hindern, betätigt sich die Regierung auf dem Gebiet der Internierung, des Meldungszwanges und der Entziehung von Trafik- und Kinokonzessionen. Sie erläßt also Verordnungen, die mit denen der Kommunisten identisch sind. Solange hier die Mörder Amnestie erhalten und frei herumlaufen, kann man nicht von Rechtsordnung sprechen. Und da sehen wir noch, daß die Staatsgewalt den Raubmörder beglückwünscht, wenn er beim Autowettbewerb einen Preis gewinnt.

Budavari: Was soll das heißen? Wer ist das?

Andahazy-Kasnya: Der Herr Abgeordnete hätte sich damals entrüsten müssen, als der Mord verübt wurde.

Zwischenrufe rechts: Was für einen Mord meinen Sie?

Andahazy-Kasnya: Denken Sie nur an die Ermordung Somogyis!

Budavari: Nun, wer hat ihn ermordet?

Friedrich: Das weiß ganz Budapest!

Andahazy-Kasnya: Dies alles mag dem Ausland mißfallen, doch ist nicht die Kritik hiefür verantwortlich, sondern das Uebel liegt vielmehr an den Tatsachen. Die erste Amnestieverordnung (die für die Weißgardisten. Die Red.) geht in der christlichen Versöhnlichkeit so weit, daß durch ihre Verfügungen auch solche Verbrecher auf freien Fuß gelangen, die zum Tode oder zu schwerer Zuchthausstrafe verurteilt wurden. Die zweite Amnestieverordnung ist schon viel weniger human, auch entbehrt sie nicht des politischen Beigeschmacks, da ja letzten Endes dem Justizminister die Verfügung darüber vorbehalten ist, wen er zur Amnestie unterbreiten will. Wenn der Abgeordnete Gömbös hier gesagt hat, es gäbe in diesem Lande keine Verfolgten, so ist das wahr, denn diejenigen, die unter dem Vorwand des Patriotismus gemordet und geraubt haben, sind tatsächlich nicht verfolgt. Andere aber, die allerdings verfolgt werden, sind außer Landes emigriert.

Staatssekretär Julius Pekar: Sie sind alle Vaterlandsverräter.

Andahazy-Kasnya: Unter den Wiener Emigranten gibt es wackere, ehrliche Leute, deren Heimkehr wünschenswert wäre.

Budavari: Elende Kommunisten!

Andahazy-Kasnya: Es gibt unter ihnen zahlreiche Leute, die besser sind als der Herr Abgeordnete. Wenn ich sage, daß die Rückkehr vieler wünschenswert wäre, so meine ich diejenigen, die nicht zu den extremen Elementen gehören und die infolge ihrer Auslandsverbindungen dem Lande nützen könnten.

Zwischenruf rechts: Sie können ja kommen; sie gingen von selbst.

Andahazy-Kasnya: Sie gingen, weil sie sonst von dem Schicksal Somogyis ereilt worden wären. (Stürmische Protestrufe rechts und in der Mitte.)

Das Merkwürdigste an allen diesen Dingen ist es, daß sie ohne irgendwelche Konsequenzen gesagt werden. Dieses einfache Hinnehmen solcher Anklagen, die Gewöhnung daran, daß die Regierung als eine Mörderregierung in der Gesetzgebung hingestellt wird, zeugt für die tiefe moralische Fäulnis, von der das „christliche“ Ungarn angefressen ist.

Ein Anschlag auf die Bürgerrechte der Soldaten.

Ein Disziplinarsenat des Infanterieregiments Nr. 1 hat unter dem Vorsitz des Oberstleutnants Robert Korff auf Antrag des Disziplinaranwalts Major Anton Melzer ein Erkenntnis gefällt, das eine erstaunliche Verletzung der den Wehrmännern durch die Bundesverfassung und das Wehrgesetz gewährleisteten Bürgerrechte darstellt. Daß der Verurteilte ein Kommunist ist und daß er nur zu der Strafe des „strengen Verweises“ verurteilt wurde, ist belanglos; wichtig ist der grundsätzliche Sinn dieses Erkenntnisses. Denn wenn sich solche Spruchpraxis bei den Disziplinarsenaten einbürgerte, dann würden die staatsbürgerlichen Rechte nicht nur der Wehrmänner, sondern aller Staatsangestellten schwer gefährdet.

Der Disziplinarsenat hat Gruber schuldig erkannt:

1. wiederholt in Versammlungen gegen das Wehrgesetz und gegen das Disziplinargesetz gehetzt,
2. in einer Kommunistenversammlung in einer Resolution die Absetzung der Polizeibeamten, die Ablieferung der Maschinengewehre und die Kommunalisierung der Polizei gefordert zu haben.

Dadurch habe er sich „gegen die beschworne Eidespflicht“ vergangen.

Aus der Begründung dieses Erkenntnisses geht zweierlei hervor: Erstens, daß diese „Delikte“ durch Versammlungsreden, die Gruber in seiner dienstfreien Zeit gehalten hat, begangen worden sind. Zweitens, daß Gruber nicht etwa, was allenfalls der „beschwornen Eidespflicht“ widersprechen könnte, zu gewaltsamer Aenderung der von ihm kritisierten Gesetze und Einrichtungen, zu ihrer Aenderung auf gesetzwidrigem Wege, mit verfassungswidrigen Mitteln aufgefordert hat, sondern daß er wirklich kein anderes Verbrechen begangen hat als das, zwei Gesetze — das Wehrgesetz und das Disziplinargesetz — zu kritisieren und die Forderung nach der Pensionierung monarchistischer Polizeibeamter und nach der Kommunalisierung der Wiener Polizei zu begründen. Kann man einen Wehrmann wegen solcher Versammlungsreden zur Verantwortung ziehen, so könnte man mit gleichem Rechte jeden Staatsangestellten, der in einer Versammlungsrede bestehende Gesetze kritisiert — gegen sie „hetzt“, wie sich das Erkenntnis vormärzlich ausdrückt —, mit Disziplinarstrafen belegen. Damit würde der Artikel 7 des Bundesverfassungsgesetzes, der „den öffentlichen Angestellten, einschließlich der Angehörigen des Bundesheeres, die ungeschmälerte Ausübung ihrer politischen Rechte gewährleistet“, zu einem Fetzen Papier.

Das Erkenntnis ist offenbar ein Tendenzurteil: der Disziplinarsenat hat Gruber nicht deshalb schuldig erkannt, weil er irgend etwas, was zu sagen oder zu tun er kein Recht hätte, getan oder gesagt hat, sondern deshalb, weil er Kommunist ist. Da die Angehörigen des Bundesheeres ebenso wie alle Staatsangestellten auf die demokratische Republik vereidigt werden, sieht es der Disziplinarsenat offenbar für eine Verletzung der Eidespflicht an, wenn ein Heeresangehöriger für eine Partei tätig ist, die die Sowjetrepublik anstrebt. Aber der Disziplinarjustiz unterliegen nur Handlungen, nicht Gesinnungen. Wenn man jede der demokratischen Republik feindliche Gesinnung mit Disziplinarerkenntnissen verfolgen soll, dann müßte man natürlich vor allem jeden Ausdruck monarchistischer Gesinnung verfolgen. Die demokratische Republik duldet aber die unterschiedlichen Gasteiger in ihrem Heere, sie hat Hunderte monarchistischer Offiziere und Beamten in ihrem Solde, sie zahlt bekannten Monarchisten Pensionen. So ungleiches Maß kann natürlich nicht angewendet werden. Die Herren Offiziere, die in dem Disziplinarfall Gruber so großen Eifer bewiesen haben, mögen es sich gesagt sein lassen: Wenn das Erkenntnis gegen Gruber in Rechtskraft erwächst und damit anerkannt wird, daß bloße Gesinnung, bloße Kritik an Gesetzen der Republik mit Disziplinarstrafen belegt werden kann, dann muß jeder Offizier, jeder Beamte, jeder Pensionist, der jemals monarchistische Gesinnungen geäußert oder auch nur eines der Gesetze der Republik kritisiert, zum Exempel etwa gegen das Gesetz über die Abschaffung des Adels oder gegen das Achtstundengesetz, gegen das Betriebsrätegesetz „gehetzt“ hat, vor den Disziplinarsenat kommen. An Arbeit wird es den Disziplinarsenaten dann nicht fehlen!

Bavronsek (Wien):

Ich begrüße den Parteitag namens der tschechoslovakischen Sozialdemokratie Oesterreichs. Ihre Partei hat einen großen Sieg errungen und wir sind glücklich, daß wir in dem Maße, das unserer Stärke entspricht, zu ihm beitragen konnten. Frei von jedem überspannten Nationalismus und jedem Chauvinismus hoffen wir, daß unsere Verbindung stets enger werde, und Sie uns auch in unseren Kulturfragen unterstützen werden. Hoch die internationale Sozialdemokratie! (Lebhafter Beifall.)

Karl Kautsky

(mit stürmischen Zurufen begrüßt): Es ist meiner Anwesenheit heute schon gedacht worden und darum möchte ich danken. Ich bin ein österreichischer Sozialdemokrat, denn in diesem Lande habe ich das Beste gelernt, was ich über den Sozialismus zu lernen hatte. Soweit der internationale Sozialismus eine soziale Färbung zuläßt, war ich immer der Oesterreicher, immer der Austromarxist. Ich kann nicht sprechen namens einer Organisation, sondern nur als einer der letzten Mohikaner, der ich neben Eduard Bernstein bin, aus der kleinen Schar derer, die das Glück und die Ehre hatte, zu Füßen der Marx und Engels zu sitzen. Auch in England habe ich nie vergessen, daß ich ein Oesterreicher bin, und auch Engels war immer sehr begeistert von der österreichischen Sozialdemokratie und den Leistungen, die sie unter der Führung meines unvergeßlichen Freundes Viktor Adler hervorgebracht hat.

Wir leben in einer furchtbaren Situation und das deutsche Proletariat windet sich in schrecklichen Qualen. Freilich einer jeden Revolution folgt die Gegenrevolution, doch die früheren Gegenrevolutionen fielen in eine Zeit der Prosperität. Sie waren immer von wirtschaftlichem Aufschwung begleitet. Jetzt fällt die Gegenrevolution zusammen mit einer fürchterlichen internationalen Wirtschaftskrise, und diese vor allem zermürbt die Kraft der Proletarier Deutschlands. Wir wissen nicht, wie weit es der Gegenrevolution gelingen wird, fortzuschreiten, doch wir wissen, die Wirtschaftskrise, die heute die deutsche Arbeiterklasse so schwach macht, führt dazu, daß die Gegenrevolution nicht die Dauer haben kann, wie früher in der Aera der Prosperität. Die Gegenrevolution hat dieselben wirtschaftlichen Schwierigkeiten, sie wird sich darum rasch abnützen und es wird bald ein Aufschwung des Proletariats kommen. Darum haben wir nicht mit einer langen gegenrevolutionären Epoche zu rechnen, wenn wir wieder im Aufstieg sind, wird aber hoffentlich das Proletariat die volle Gewalt erobern und dann wird es den Bahnen folgen, die ihr zeiget. (Lebhafter Beifall.) Die sozialistische Stadt Wien ist nicht bloß die am besten verwaltete Stadt Europas, sondern der Welt. Diese Stadt zeigt uns, was sozialistische Organisation imstande ist, und sie zeigt allen den Weg. Deutschösterreich ist klein, aber an internationaler propagandistischer Macht hat es kolossale Gewalt. Weil die österreichischen Verhältnisse von internationaler Bedeutung sind, ist diesem Kongreß der beste Erfolg zu wünschen. (Stürmischer Beifall.)

Der Vorsitzende Seitz teilt dann mit, daß von der deutschen Sozialdemokratie der Tschechoslovakei ein Begrüßungsschreiben eingelaufen ist, worin sie die österreichische Partei zum Wahlsieg beglückwünscht und den Beratungen des Parteitages den besten Erfolg wünscht. Sie bedauert, einen Delegierten nicht entsenden zu können. Ferner ist ein Begrüßungsschreiben von der Partei Poale Zion eingelaufen.

Der Parteitag setzt dann seine Geschäftsordnung fest und beschließt, daß der Punkt Die sozialistische Arbeiterinternationale mit dem Punkte Die politische Lage und die Aufgaben der Sozialdemokratie vereint behandelt werde. Die Geschäftszeit wird für die Stunden von 9 bis 1 Uhr und von 3 bis 7 Uhr festgesetzt.

Der Parteitag setzt hierauf ein Wahlkomitee ein, bestehend aus Linder (Wien), Stika (Niederösterreich), Lindner (Steiermark), Kollinger (Oberösterreich), Kernbichler (Kärnten), Emminger (Salzburg), Gammauf (Tirol), Hermann (Vorarlberg), Berzeller (Burgenland). Ferner eine Mandatsprüfungskommission, bestehend aus Berger (Wien), Jutitz (Niederösterreich), Regner (Steiermark), Luger (Kärnten), Hermann (Vorarlberg), Scheibein (Tirol), Ahammer (Oberösterreich), Grefmayer (Salzburg) und Hoffenreich (Burgenland).

Der Kongreß tritt in die Tagesordnung ein.

Bericht des Parteivorstandes.

Skaret

ergänzt den schriftlichen Bericht, indem er ausführte: Gegenüber den 1,050.000 gewerkschaftlich Organisierten ist die politische Organisation im Rückstand. Sie hat nur 49 Prozent der Mitglieder der Gewerkschaften. Die Hälfte der Gewerkschaftsmitglieder hat also noch nicht den anderen Teil seiner Aufgabe erfaßt. Die Verringerung unserer Mitgliedszahl ist allerdings nur die Folge der Arbeitslosigkeit und des Umstandes, daß das Ausgeben von Freimarken an Arbeitslose noch nicht in dem notwendigen Umfang geübt wird. Der Redner skizziert dann kurz das Ergebnis der Wahlen und teilt mit, daß die Reichskonferenz ebenfalls Wert darauf gelegt habe, daß Genosse Seitz, trotzdem er die Bürgermeisterschaft der Stadt Wien übernommen hat, aus dem Nationalrat nicht ausscheidet. Es wird auch dem Parteitag folgender Antrag vorgelegt:

Der Parteitag beschließt, von dem Beschluß über die Unvereinbarkeit der Stelle eines Landesregierungsmitgliedes oder Stadtbürgermeisters mit dem Mandat eines Nationalrates eine Ausnahme zu machen und den Genossen Seitz zu ersuchen, sein Mandat für den Nationalrat zu behalten.

Diese Ausnahme ist, wie jeder weiß, durch eine außergewöhnliche Notwendigkeit gerechtfertigt.

Den Anträgen auf Anerkennung von Parteiblättern können wir wohl durchaus zustimmen, hingegen soll den Anträgen, den verschiedenen Sport- und anderen Vereinen ein Delegierungsrecht zum Parteitag eingeräumt werde, die Annahme versagt werden. Die Mitglieder dieser Vereine sind politisch und gewerkschaftlich organisiert und also auf dem Parteitag vertreten, wenn auch ihr Zweckverein ein eigenes Delegierungsrecht nicht hat. Würden wir diesen Weg einschlagen, würde die Delegierung dieser Vereine einen zu großen Umfang annehmen.

Der Redner streifte nun kurz die politische Situation und kam dabei auf die Bedeutung der Presse zu sprechen. Hier harrt noch ein großes Feld unserer Bearbeitung. Wohl haben die sogenannten großen Zeitungen des Bürgertums bei weitem nicht den Einfluß auf die Bevölkerung, dessen sie sich berühmen, und den sie gern vortäuschen möchten. Denn während die Arbeiter-Zeitung eine Auflage von 102.000 hat, hat die „Neue Freie Presse“ nur 60.000, das „Neue Wiener Tagblatt“ 42.000, das „Neue Wiener Journal“ 34.000, die „Reichspost“ 32.000, die „Wiener Stimmen“ 16.000, allein die „Kronenzeitung“, die Herz und Hirn der Menschen, besonders der Frauen, verdirbt, hat eine Auflage von 118.000, die „Kleine Volkszeitung“ von 92.000. Wohl haben diese noch immer in Massen gelesenen Blätter auch schon größere Auflagen gehabt, jedoch müssen wir alles daransetzen, und in einem großen Teil der Bevölkerung den Geschmack zu ändern, damit diese verderbliche Presse in die Häuser der Arbeiter nicht mehr Eingang finde.

Die Not des deutschen Proletariats

zwingt uns, unsere Solidarität kundzugeben in jeder Form die uns möglich ist. Deshalb stellt der Parteivorstand folgenden Antrag:

Der Parteivorstand wird aufgefordert, eine Sammlung für eine Hilfsaktion zugunsten des hungernden reichsdeutschen Proletariats einzuleiten.

Zu diesem Zwecke sind unverzüglich neue Sammelblocks auszugeben, deren einzelne Karten unter dem Titel: Ein Kilogramm Mehl für deutsche Arbeiter und Angestellte zu je 5000 Kronen abzugeben sind.

Die Verwendung des Sammelbetrages hat im Einvernehmen mit der deutschen Sozialdemokratie zu erfolgen.

Diese Sammelaktion darf jedoch die von den gewerkschaftlichen Zentralverbänden eingeleiteten Sammelaktionen keinesfalls stören.

Die Genossen und Genossinnen werden dringend aufgefordert, Beiträge, die sie der Linderung der Not der deutschen Arbeiterklasse zuzuführen wünschen, nicht bürgerlichen Sammlungen zuzuführen, deren Verwendung von uns nicht kontrolliert werden kann, sondern den Sammlungen der gewerkschaftlichen Zentralverbände und dieser Sammlung der Partei zuzuführen.

Es werden von verschiedenen bürgerlichen Seiten Sammlungen vorgenommen. Ich bitte Sie, dafür zu sorgen, daß sich die Arbeiter daran nicht beteiligen, weil man in der Verwendung dieser Gelder keinen Einblick hat und so nicht sicher ist, ob sie nicht irgend welchen reaktionären Zwecken zugeführt werden. Um so tatkräftiger mögen sich die Genossen und Genossinnen an der hier beschlossenen Aktion beteiligen.

Bericht über die Presse.

Emmerling:

Ich möchte den Bericht über die Arbeiter-Zeitung um einiges ergänzen. Selbstverständlich hat das Blatt im heurigen Jahre unter der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit gelitten; um trotzdem den Abonnentenstand zu erhalten, haben wir auf Einnahmen verzichtet. Der Ausbau des Betriebsabonnements hat es uns ermöglicht, 20.000 neue Abnehmer zu gewinnen. Das Betriebsabonnement ist jetzt in 914 Betrieben eingeführt. Wir wenden deshalb den Betriebsabonnenten Vorteile zu, die wir anderen Abonnenten nicht gewähren können. Die Hälfte der männlichen Parteimitglieder bezieht also jetzt die Arbeiter-Zeitung, die Aufgabe der Genossen ist es, auch die andere Hälfte dazu zu bringen. Je mehr die Auflage steigt, um so eher können wir den verschiedenen Wünschen nach Ausgestaltung des Blattes Rechnung tragen. Auch der Rechnungsabschluß des Blattes ist nicht ungünstig, trotzdem die Ausgaben unausgesetzt steigen, besonders die für Papier, das in diesem Jahre der Sanierung ganz besonders verteuert worden ist und heute das Zwanzigtausendfache des Friedenspreises kostet. Das Zeitungsexemplar kostet aber bekanntlich nur zehntausendmal so viel wie im Frieden. Wir setzen 80.000 Exemplare in Wien ab, 16.800 in Niederösterreich, mehr als 4000 in den übrigen Bundesländern und 680 im Ausland. Wir sind verpflichtet, Vertrauensmännern, besonders denen in den Betrieben, die sich für die Verbreitung der Arbeiter-Zeitung rege einsetzen, zu danken, und wir bitten sie, in ihrer eifrigen Tätigkeit fortzufahren.

Bericht der Kontrolle.

Widholz:

Für die Parteikontrolle habe ich zu berichten, daß wir die Gebarung der Parteiunternehmungen kontrolliert, die Bücher und Belege eingesehen, die Bilanz geprüft haben und daß sich kein Anlaß zur Beanstandung ergeben hat. Die Parteikontrolle beantragt daher dem Parteivorstand die Entlastung zu erteilen.

Hierauf wird die Verhandlung auf Donnerstag vertagt.

* * *

Zwei Ausstellungen.

Mit dem Parteitag sind diesmal auch zwei Ausstellungen verbunden. Die Großeinkaufsgesellschaft österreichischer Konsumvereine füllt mit ihren Textilien und Bekleidungsgegenständen einen großen Saal. In geschmackvollster Anordnung zeigt die Ausstellung den großen Umfang des Geschäftes. In einem großen Saal zeigt der sozialdemokratische Erziehungs- und Schulverein Freie Schule-Kinderfreunde, was er leistet. Hort und Heim schildert der eine Teil dieser Ausstellung, Wanderung und Wanderausrüstung, Spiel daheim und im Freien der andere, der unter dem Titel Jungbrunnen auftritt, der neu gegründeten Gesellschaft, die den Vertrieb der Erziehungs-, Unterrichts- und Bildungsbehelfe kaufmännisch organisiert. Der dritte Teil der Ausstellung gilt dem guten und dem schlechten Buch und dem Bild. Buchausstellungen, auf die wir noch zurückkommen werden, zeigen den kulturellen Aufstieg des Proletariats. Schon am ersten Abend hatten sie Hunderte Besucher, unter ihnen auch die meisten Mitglieder der Frauenkonferenz.

Einberufung des Reichstages.

Berlin, 14. November. (Tel. d. Arb.-Ztg.) Der Aeltestenausschuß des Reichstages hat gemäß dem Verlangen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die Einberufung des Reichstages für den nächsten Dienstag beschlossen. Die sozialdemokratische Fraktion hat eine Interpellation eingebracht, in der sie unter Hinweis auf die fortwährende Zerrüttung der Finanzen des Reiches, der Länder und der Kommunen und auf die drohende Hungerkatastrophe Auskunft über den Stand der Reichsfinanzen sowie darüber, wer für die Verschleuderung der Goldanleihe verantwortlich ist, verlangt.

Die Regierung gibt das Ruhrgebiet preis.

So endet also der glorreiche passive Widerstand: die Reichsregierung gibt das Ruhrgebiet preis. Vollständig preis: denn im Grunde wird dem besetzten Gebiet gesagt, es möge sich sein Verhältnis mit Frankreich selbst regeln, die Reichsregierung sei unvermögend, da etwas zu tun. Es ist ja wahr, daß die Finanzlage des Reiches über alle Maßen traurig ist, lebt es doch eigentlich nur noch vom Papiergelddrucken; aber wenn sich das Reich außerstande erklärt, im Ruhrgebiet die Arbeitslosenunterstützung zu zahlen, so ist das nichts anderes als die völlige Bankerotterklärung; das Reich, das mit seiner sinnlosen Politik das Elend an der Ruhr hervorgerufen hat, überläßt nun die Menschen dort ihrem Schicksal, das Hunger und Sterben heißt. Die Reichsregierung läßt erklären, sie denke nicht daran, das Ruhrgebiet aufzugeben, aber in Wahrheit gibt sie es praktisch bereits auf: die Ruhrbevölkerung, die das Reich im Stiche läßt, das sie geradezu an die Franzosen weist, muß jeden Glauben an das Reich verlieren. Dagegen wäre ja die Errichtung eines eigenen Rhein- und Ruhrstaates im Rahmen des Reiches von geringerer Bedeutung; das wäre nur eine staatsrechtliche Aenderung, wenn sie auch infolge der französischen Pläne, die doch darauf abzielen, das Rheingebiet vom Reich loszureißen, nicht ungefährlich wäre und deshalb von den Sozialdemokraten mit Recht abgelehnt wird. Aber indem die Regierung von der Bevölkerung am Rhein und an der Ruhr ihre Hand abzieht, und das tut sie, indem sie alle Unterstützungen in diesen Tagen sperren will, trennt sie faktisch das ganze Gebiet vom Reich; und die Wirkungen werden nicht ausbleiben. Die Deutschnationalen gebärden sich, als ob sie in der Lage wären, wenn sie zur Regierung kämen, den Versailler Diktatfrieden ganz zu zerreißen. Aber schon die Rechtsschwenkung, die Stresemann mit der Aufnahme des Herrn Jarres vollzogen hat, führt dazu, daß sogar das, was dem Reiche nach dem Friedensvertrag zusteht, nämlich die Staatshoheit in dem besetzten Gebiet, materiell aufgegeben wird.

Der Beschluß der Reparationskommission, deutsche Vertreter über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands anzuhören, dürfte bald erfüllt werden. Der Präsident der Kriegslastenkommission Staatssekretär Fischer hat sich Mittwoch abend von Paris nach Berlin begeben, um mit der Reichsregierung über die baldige Anhörung deutscher Delegierter ein Einvernehmen zu erzielen; man glaubt, daß die deutschen Delegierten Ende der nächsten Woche vor der Reparationskommission erscheinen werden. Allzuviel darf man sich von dieser „Anhörung“ nicht gerade versprechen: die deutschen Delegierten können nur aussagen, daß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands vollständig vernichtet ist und daß auf lange Zeit hinaus keine Aussicht besteht, von Deutschland Reparationen zu erhalten. Aber just das wollen die Herren in Paris nicht hören und nicht wahr haben! Nach der „Anhörung“ wird man also genau dort halten, wo man jetzt steht. Dennoch ist es ein Zeichen der Besserung, daß wenigstens etwas geschieht und die Frage, die aller deutschen Uebel Urgrund ist, aus der Erstarrung sich löst.

Was soll mit dem Ruhrgebiet geschehen?

Berlin, 14. November. Gestern nachmittag hat eine Konferenz der Reichsregierung und der Vertreter der Länder mit den Vertretern der besetzten Gebiete stattgefunden. Die Reichsregierung stellte fest, daß die ungeheure Erwerbslosigkeit im besetzten Gebiet dem Reiche eine Last auferlegt, die es in Anbetracht seiner Finanzlage nicht länger zu tragen vermöge. Wie lange die Zahlungen nach dem besetzten Gebiet noch geleistet werden können, hänge davon ab, ob und inwieweit die Besatzungsmächte dem Reiche die Einnahmen aus dem besetzten Gebiet etwa sperren sollten. Die Reichsregierung stellte zur Erörterung, was im besetzten Gebiet geschaffen werden könne, um der nach Einstellung der Zahlungen noch mehr leidenden Bevölkerung Möglichkeiten zu schaffen, in Auseinandersetzung mit den Okkupationsmächten, die Regelung der Wirtschaftsfragen selbst in die Hand zu nehmen. Hiebei sei von dem Standpunkt auszugehen, daß es sich an Rhein und Ruhr um eine tatsächliche Okkupation handle, die zur Zeit der verfassungsmäßigen Regierung die Ausübung ihrer Hoheitsrechte unmöglich mache. Eine Legalisierung des französisch-belgischen Rechtsbruches komme selbstverständlich nicht in Frage. Daher könne es sich auch niemals um die Abtretung der Hoheitsrechte an eine rheinische Organisation handeln, die zwangsläufig zur Bildung einer rheinischen Regierung führen müßte. Dazu würden das Reich und die Länder niemals die Hand bieten.

Die Vertreter der Länder bestätigten die Auffassung der Reichsregierung, daß die Weiterzahlung von Erwerbslosenunterstützungen über einen nahen Termin hinaus unmöglich sei. Die Vertreter der besetzten Gebiete dagegen drückten die Hoffnung aus, daß sich für das Reich doch noch Mittel und Wege finden lassen müßten, um weiterhin die bisher an Rhein und Ruhr abgeführten Zahlungen fortzusetzen. Wenn dies aber tatsächlich ausgeschlossen sei, so müsse eine rheinische Organisation mit weitgehenden wirtschaftlichen Vollmachten ausgestattet werden, da sonst die Verhandlungen mit den Okkupationsmächten zur Wiederherstellung eines geordneten

I. Schulerstraße 13.
Abonnements werden angenommen in der Verwaltung, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Ausgabestellen
I. Schulerstraße 18, Tel. 7h29
II. Parmanitengasse 30, Tel. 4 22
X. Wielandplatz 5, Tel. 10244
XIV Wieningerplatz 4, Tel. 30128
XVI Hautgasse 34, Tel. 34148
XVII Lackneragsse 2, Tel. 21239
XXI. Angererstraße 14.

Fernsprecher:
Schriftleitung 88
Verwaltung und Anzeigen . . . 900

Telegramm-Adresse:
Arbeiter-Zeitung, Wien.

Postsparkassenkontos:
Verwaltung u. Lokalabonnement 19230
Provinzabonnement 13.768
Tschechoslowakei 59718
Jugoslawien, Zagreb 40014
Jugoslawien, Sarajevo . . . 7611
Ungarn 40282
Polen 190081
Deutschland 10.741
Anzeigen 132845
Anzeigen übernehmen alle bekannten in- u. ausländischen Anzeigenbüros.

Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs.

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

Bezugsbedingungen
Nachforderung bei Preiserhöhung vorbehalten
Für Wien:
Zum Abholen in den Trafiken, Zeitungsverschleißstellen, in unserer Verwaltung und den linksgenannten Ausgabestellen oder bei Zusendung durch die Post:
Wöchentlich . . . . . K 5000
Monatlich . . . . . . K 20.000
Für Deutschösterreich:
Monatlich . . . . . . K 20.000
Für die Tschechoslowakei:
Monatlich . . tschech.-öst. K 16
Für Polen:
Monatlich . . . . 30.000 öst. K
Für Jugoslawien:
Monatlich . . . . . . 70 Dinar
Für Rumänien:
Monatlich . . . . . . 140 Lei
Für Deutschland:
Monatlich . . . . 3 Goldmark
Für Südtirol und Italien:
Monatlich . . . . . . 15 Lire
Für alle anderen dem Weltpostverein angehörigen Länder:
Monatlich . . . Schw. Franken 5

Nr. 110. | Wien, Sonntag, 20. April 1924. | XXXVI. Jahrgang.

Ostern.

Seit dem Ende des Krieges hält der Kampf um den Tribut, den der französische Imperialismus von Deutschland heischt, Europa in seinem Banne. Dieser Kampf hat Deutschlands Geldwesen, Deutschlands Wirtschaftsleben in beispiellose Erschütterungen gestürzt. Dieser Kampf hat die nationalistische Reaktion in Deutschland so furchtbar gestärkt. Dieser Kampf hat die Wirtschaft ganz Europas in ein Trümmerfeld verwandelt, hat die Ueberwindung der schweren internationalen Wirtschaftskrise unmöglich gemacht, hat die entsetzliche Massenarbeitslosigkeit in allen Industriestaaten Europas in die Länge gezogen. Jetzt, zum erstenmal seit der Beendigung des Krieges, dürfen wir hoffen, daß dieses furchtbare Ringen endlich beendet werden wird. Das Gutachten des Sachverständigenausschusses gibt diese Hoffnung.

Nichts kennzeichnet dieses Gutachten besser als seine Sorge um die deutsche Währung. Deutschland soll, so schlagen die Sachverständigen vor, den Tribut in Mark entrichten. Es soll die Mark an einen Agenten der Reparationskommission abführen. Dem bleibt es überlassen, die Mark in das Geld der Länder, die den Tribut zu bekommen haben, zu verwandeln. Aber er darf immer nur so viel Mark gegen französische oder belgische Franken, gegen Pfund oder Lire austauschen, als er auf den Markt bringen kann, ohne daß die Mark sinkt. Zeigt es sich, daß sich in seinem Besitz große Markbeträge anhäufen, die er nicht veräußern kann, ohne einen Sturz der Mark herbeizuführen, dann soll Deutschlands Tributpflicht ermäßigt werden. Wie viel hätte Deutschland, wie viel hätte der Welt erspart bleiben können, wenn die Siegermächte vor fünf Jahren schon um Deutschlands Geldwesen so besorgt gewesen wären! Fünf Jahre entsetzlichster Verwüstungen der ganzen Weltwirtschaft hat es gebraucht, bis die Herren der Welt die große einfache Tatsache der internationalen Solidarität begriffen haben: die Tatsache, daß sie die deutsche Nation nicht zugrunde richten können, ohne ihren eigenen Ländern die schwersten Wunden zu schlagen. Jetzt haben sie es begriffen. Jetzt zum erstenmal ist eine Beendigung des fünfjährigen Kampfes um die Reparationen möglich. Mag auch Herr Poincaré noch Vorbehalte machen und mag auch der deutsche Nationalismus noch gegen das Unabwendbare toben: zum erstenmal ist es jetzt möglich geworden, eine Lösung des Reparationsstreites zu verwirklichen, die, so schwer sie auch Deutschland belastet, dem deutschen Volke doch die Möglichkeit wirtschaftlichen Lebens läßt, der Welt den wirtschaftlichen Frieden wiedergibt; zum erstenmal seit fünf Jahren ist der wirtschaftliche Friedensschluß möglich, der die erste Voraussetzung einer, wenn auch nur allmählichen, wenn auch nur langsamen Gesundung der aus tausend Wunden blutenden Weltwirtschaft ist.

Seit dem Ende des Krieges hat die Entwertung des Geldes die Volkswirtschaft aller europäischen Länder, die an dem Völkergemetzel Anteil gehabt, erschüttert. Sie alle haben das furchtbare Erlebnis der Teuerung, des Sinkens der Reallöhne, der Verelendung der Mittelklassen, der Verwüstung der öffentlichen Haushalte erlebt. Sechs Jahre lang haben die fortwährenden Verschiebungen der Geldwerte die ganze Weltwirtschaft in Unruhe gehalten, die internationalen Konkurrenzverhältnisse immer wieder sprunghaft verschoben, der Ueberwindung der Krise der Weltwirtschaft unüberwindliche Hindernisse bereitet. Auch das ist nun vorüber. Im Verlauf des letzten Jahres haben alle Staaten die Inflation überwunden. Oesterreich und Ungarn haben, freilich um den Preis ihrer staatlichen Selbständigkeit, mit fremder Hilfe, Deutschland, Polen und die Sowjetrepublik haben ohne ausländische Kredite, aus eigener Kraft ihre Währung stabilisiert. Auch damit ist eine der Ursachen der internationalen Wirtschaftskrise beseitigt.

Im Frühjahr 1920 ist die Krise über die Weltwirtschaft hereingebrochen. Seitdem hat sie ein Land nach dem anderen erfaßt. Amerika hat die Krise schon im vorigen Jahre überwunden; auf der durch die politischen Wirren zerrütteten Wirtschaft Europas lasten Absatzstockung, Arbeitslosigkeit, Lohndruck noch jetzt entsetzlich schwer. Aber zum erstenmal können wir jetzt feststellen, daß die tiefsten, die eigentlichsten Ursachen der europäischen Wirtschaftskrise endlich überwunden werden; zum erstenmal hoffen, daß damit auch für Europa ein wirtschaftlicher Aufstieg möglich wird. Kein Zweifel, es wird, nach all den Verheerungen des Krieges und all den Verwüstungen der Nachkriegswirren ein langsamer, ein vielleicht durch manchen Rückschlag unterbrochener Aufstieg sein. Aber die Bahn zum Aufstieg wird nun doch endlich freigelegt.

Und zugleich werden auch immer mehr Anzeichen sichtbar, daß die Arbeiterklasse aller Länder die soziale und politische Reaktion der Zeit der Nachkriegswirren zu überwinden beginnt. An der entsetzlichen Not, die der Krieg zurückgelassen hat, hat sich die 1917 in Rußland, 1918 in Mitteleuropa triumphierende Offensivkraft der Arbeiterklasse gebrochen. Die sozialistischen Regierungen, aus den Siegen von 1917 und 1918 hervorgegangen, sind an den unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen des Krieges gescheitert; Not, Hunger, Geldentwertung, des Krieges Folgen, trieben die Massen der Reaktion zu. Schon 1919 begann mit den blutigen Niederlagen des Proletariats in Deutschland und in Ungarn der Rückschlag. 1920 fiel in Oesterreich die Regierungsmacht in die Hände der Bourgeoisie zurück, 1921 mußte die Sowjetregierung mit dem Wiederaufbau des Kapitalismus beginnen, 1922 ging vom Siege des Faschismus in Italien aus eine Welle gewalttätiger Reaktion durch Europa, 1923 erlitt im Gefolge des Ruhrkrieges die Arbeiterklasse Deutschlands ihre schwerste Niederlage. Aber gerade in den Herbstmonaten 1923, in denen die Reaktion in Deutschland ihren Höhepunkt erreichte, begann schon die Wendung. Ihr erstes Anzeichen war unser großer Wahlerfolg in Oesterreich. Ihm folgten die englischen Wahlen; zum erstenmal übernahm die Arbeiterpartei die Regierungsgewalt in dem weltumspannenden britischen Reiche. Und die Zeichen mehren sich: vor wenigen Tagen hat in Dänemark die Sozialdemokratie die Reaktion im Wahlkampf geschlagen; auch dort wird eine Arbeiterregierung gebildet. Zugleich hat die Arbeiterpartei in zwei Staaten Australiens die Macht erobert. Es geht wieder vorwärts. In froher Hoffnung stehen unsere französischen Genossen im Wahlkampf. In Deutschland steht der Wahlkampf noch unter den Nachwirkungen der schweren Niederlage im Herbst; daß aber selbst dort der Tiefpunkt überschritten ist, zeigen die Lohnkämpfe, in denen die Arbeiterklasse nun schon wieder in der Offensive ist. Es geht wieder vorwärts. Und wenn erst wirklich die internationale Wirtschaftskrise zu weichen beginnt, wenn die Massenarbeitslosigkeit sinkt, wenn wieder besserer Geschäftsgang die Kampfkraft der Arbeitermassen erhöht, dann wird die Arbeiterklasse, bereichert um die Erfahrungen einer sieghaften Revolution und einer sieghaft überwundenen Konterrevolution, gar bald stärker, mächtiger sein, fester und dauerhafter ihre Macht begründen, als sie es in den Sturmtagen der Umsturzzeit vermochte.

Noch ist es düster um uns. Der schwere Druck der Wirtschaftskrise hält die Löhne in unseren größten Industrien nieder. Wilde Erregung geht durch die Massen der darbenden Bundesangestellten. Nur um ein geringes lindert die soeben in Wirksamkeit getretene Erhöhung der Unterstützung die bittere Not der Arbeitslosen. Und doch sind wir nicht ohne Zuversicht. Ein langer, harter Winter liegt hinter uns. Aber einmal muß es Frühling werden. Frühling nicht nur in der Natur, Frühling auch in der Gesellschaft. Wer zu sehen versteht, der kann die Anzeichen nicht verkennen: die Wendung in der Weltwirtschaft und damit auch die Wendung im Kampfe der Arbeit gegen das Kapital ist nah. Wirtschaftsnot und Reaktion haben das Proletariat aber- und abermals ans Kreuz geschlagen. Aber sein Tag der Auferstehung, sein Ostertag naht!

Die Bedeutung des Wahlkampfes in Deutschland.

Von Karl Kautsky.

I.

Allgemein wird bei der nächsten Wahl ein starker Stimmenrückgang unserer Partei erwartet. Der Ausgang der letzten Wahlen in Thüringen, in Mecklenburg, in Hamburg und erst jüngst in Bayern deutet allerdings in dieser Richtung. Lebten wir unter stabilen Verhältnissen, dann würden jene Vorläufer der allgemeinen Wahlen deren Ausgang bereits im vorhinein erkennen lassen. Aber die Verhältnisse, unter denen wir in Deutschland leben, sind noch weit davon entfernt, stabil zu sein. Die Situationen wechseln rasch und sprunghaft. Die dem Verlust der Ruhrkampagne folgende Panikstimmung ist vorbei, unter der die lokalen und regionalen Wahlen der letzten Zeit vor sich gingen; die Sozialdemokratie, die unter dem damaligen ökonomischen Zusammenbruch am meisten litt, erholt sich sichtlich. In den nächsten Wochen kann sich noch manches ereignen, das unsere Agitation energisch unterstützt, allerdings auch manches, das sie hemmt. Der Ausgang des Wahlkampfes ist daher ganz ungewiß. Aber umsomehr liegt aller Grund vor, die äußersten Anstrengungen zu machen, um den Sieg an unsere Fahnen zu heften.

Der Kampf wird auf jeden Fall sehr hart werden. Denn wie immer sich die Situation gestalten mag, die Sozialdemokratie hat schwer daran zu tragen, daß sie seit 1918 fast stets an der Reichsregierung beteiligt war.

Eine jede regierende Partei unterliegt der Gefahr, sich im Laufe der Zeit abzunützen; am meisten dann, wenn sie zu schwach ist, allein zu regieren, und namentlich eine Partei der Ausgebeuteten. Die Leiden der arbeitenden Masse sind so groß und so tiefgewurzelt, daß selbst eine starke proletarische Regierung unter günstigen ökonomischen Bedingungen nicht imstande wäre, ihnen rasch in erheblichem Maße abzuhelfen. Um so weniger eine schwache Koalitionsregierung in einem verarmten, von Krisen erschütterten Lande. Der nicht politisch geschulte Mensch neigt aber dazu, die Leistungen einer Regierung nicht an den gegebenen tatsächlichen Bedingungen und Machtverhältnissen, sondern nach seinen Bedürfnissen und Erwartungen zu messen. Hinter diesen mußte bisher jede regierende Partei zurückbleiben, auch wenn ihr das Interesse des arbeitenden Volkes noch so sehr am Herzen lag. Je länger sie regiert, desto größer die Zahl derjenigen, die sie enttäuscht. Sie werden entweder indifferent oder fallen den Lockungen anderer Parteien zum Opfer, die bisher in der Opposition standen und als solche nur zu fordern, aber nichts Praktisches zu leisten hatten.

So ist es in einem festgefügten Staate unvermeidlich, daß keine Partei dauernd am Ruder bleibt, jede große Massenpartei einmal in der Regierung ist, sich abnützt und nach ihrem Sturze als Opposition neue Kräfte sammelt. Bei diesem Auf- und Abwogen der Parteien sind es stets die Parteien der Massen, in großindustriellen Staaten die des Proletariats, die stetig vorwärtsschreiten und immer wieder mit vermehrter Kraft zurückkehren.

Von diesem Standpunkt aus könnte man mit einer gewissen Gemütsruhe abwarten, ob wir bei den nächsten Wahlen geschlagen werden. Man könnte förmlich wünschen, daß die Deutschvölkischen und ihre Vasallen die Mehrheit gewinnen, um zu zeigen, was sie können. Keine Regierung würde sich so rasch abnützen wie die ihre, und rasch müßten die Massen wieder der Sozialdemokratie zuströmen, der sie nun gewitzigt und mit größerer Treue anhängen würden. Die anfängliche Niederlage würde so die Bürgschaft eines ihr rasch folgenden gewaltigen Sieges.

Diese Rechnung wäre ganz richtig in einem festgefügten parlamentarischen Staate. Aber Deutschland ist im Augenblick kein solcher. Oekonomie, Finanzen, Politik, Verwaltung, alles ist bei uns in einem höchst labilen Gleichgewicht, das ein geringfügiger Anstoß bereits zum Umsturz bringen kann.

Siegt die deutschvölkische Opposition, kommt sie zur Regierung, so wird sie nicht etwa weiterwursteln, bis sie sich abgenützt hat, um dann wieder einer anderen, inzwischen erstarkten Partei im Staate gutwillig Platz zu machen, sondern sie wird sofort das bestehende Staatswesen zertrümmern, jede Basis beseitigen, auf der eine andere Partei, namentlich eine proletarische Partei, ohne abermaligen, neuen Umsturz emporkommen könnte.

Nicht darum wird heute gekämpft, ob die Sozialdemokratie stark genug sein soll, wieder in die nächste Regierung einzutreten, oder ob sie ein paar Jahre damit warten soll, sondern darum, ob die Sozialdemokratie stark genug sein soll, die Republik zu erhalten, oder ob ihr die Kraft fehlen wird, die Monarchie abzuwehren.

II.

Daß es sich im kommenden Wahlkampf um die Entscheidung handelt, ob Republik oder Monarchie, wird wohl allgemein anerkannt. Aber so richtig das ist, es ist noch nicht die ganze Wahrheit.

Es gibt verschiedene Arten von Monarchien. Die englische zum Beispiel ist zu einer bloßen Dekoration geworden, die wohl nicht ganz ohne Einfluß im Staate ist, viel kostet und noch einmal unbequem werden kann. Augenblicklich bildet jedoch der britische König ein geringeres Hindernis für den Fortschritt des Proletariats und der Gesellschaft überhaupt, als etwa der Präsident der Republik Frankreich.

Aber nicht alle Monarchien sind so harmlos.

Der naive deutsche Monarchist von heute vergleicht die Zustände unter dem Kaiserreich vor 1914 mit denen unter der Republik seit 1918 und findet, damals sei es viel schöner zu leben gewesen wie heute. Das stimmt. Aber der größere Wohlstand von ehedem war nicht Folge der Monarchie, sondern des *hundertjährigen Friedenszustandes*, in dem Deutschland von 1815 bis 1914 lebte, mit einer kurzen Unterbrechung von 1864 bis 1871, in die drei Kriege fallen, von denen nur einer größere Dimensionen erreichte, keiner das Erwerbsleben störte, jeder ohne Schwächung der Volkswirtschaft mit einem Siege endete. Die lange Friedensperiode war nicht das Verdienst der monarchischen Institutionen, sondern der allgemeinen europäischen Lage. Die Monarchie hatte in dem Jahrhundert vor 1815 Preußen nicht vor den erschöpfendsten Kriegen bewahrt, die das Land zweimal, im siebenjährigen Kriege und nach der Schlacht von Jena, an den Rand des Abgrundes brachten.

Und nicht die Republik, sondern die Monarchie war es, die in den Krieg von 1914 hineinkorkelte, unter Umständen, wie sie für Deutschland nicht ungünstiger liegen konnten, und die zu dem furchtbarsten militärischen und ökonomischen Zusammenbruch führten. Es ist diese kaiserliche Politik, an der die deutsche Republik heute noch schwer leidet.

Wenn man näher zusieht, war jene unglückselige Politik die Folge der Abhängigkeit, in die der Kaiser von seinen Generalen und Admiralen geraten war — Leuten, die ihr Beruf zur Politik völlig untauglich macht, wenn es nicht Genies sind wie ein Napoleon. Und selbst der ließ sich durch militärische Erwägungen schließlich zu einer verfehlten Politik verleiten, die ihn zu Falle brachte, und er würde schlecht in die heutige Zeit passen, in der die Volksmassen in der Politik mitreden.

Gerade diese, die verderblichste Seite der alten Monarchie ist es, die mit deren Herstellung wiedererstehen würde, stärker als je, indes doch die einzige Vorbedingung geschwunden wäre, die jener Seite noch einigen Erfolg versprechen könnte. Ein neuer Kaiser könnte nur wieder auf den Thron kommen als bloße Marionette seiner Generale, in einem Deutschland, das aus dem Lande der weitaus stärksten, bestbewaffneten Armee der Welt zu einem völlig wehrlosen Staatswesen herabgedrückt worden ist.

Die monarchistischen Generale aber, das zeigte erst jüngst wieder die Rederei Ludendorffs in seinem Prozeß, haben nichts gelernt und nichts vergessen. Die Erfüllungspolitik betrachten sie als eine Schmach. Aber worum handelt es sich bei dieser Politik? Doch nicht darum, ob wir dem „Erbfeind“ etwas schenken wollen, das er sonst nicht bekäme. Die Frage ist vielmehr die, ob es eine andere Methode gibt, den Feind aus dem Lande hinauszubringen. Jede Ablehnung der Erfüllungspolitik bedeutet nichts anderes als eine Aufforderung oder doch einen Vorwand für den „Erbfeind“, das, was ihm vertragsmäßig unter der Zustimmung der anderen Mächte zusteht, gewaltsam zu holen. Es bringt die Franzosen nicht aus Deutschland hinaus, sondern immer tiefer in unser Land herein. Es befreit nicht das Vaterland, mindert nicht seine Lasten, sondern mehrt die Ausdehnung und den Druck der Fremdherrschaft.

Nur die Erfüllungspolitik der demokratischen Republik kann uns davor retten. Die Monarchie dagegen ist unter den heutigen Bedingungen gleichbedeutend mit feindlicher Invasion und Zertrümmerung des Reiches.

III.

Nicht minder verhängnisvoll wie in der äußeren müßte die Wiederaufrichtung der Monarchie in der inneren Politik wirken.

Die Erinnerungen an das alte Kaiserreich sind verknüpft mit dem Bilde des Wohlstandes und der Sicherheit, Sicherheit der Währung, des Verkehrs, des ganzen gesellschaftlichen Lebens. Das hat sich seit dem Kriege sehr zum Schlechteren gewandelt. Nur langsam und mit schmerzhaften Rückschlägen bessern sich die Verhältnisse. Die Monarchie müßte den Prozeß der Besserung gewaltsam unterbrechen.

Eine der verheerendsten Folgen des Krieges und der Niederlage war die massenhafte Proletarisierung des Mittelstandes, der kleinen Unternehmer sowie der Intellektuellen, wozu auch die Offiziere zu rechnen sind. Wir erwarteten, sie alle würden die Reihen des Proletariats vermehren und so unsere Bewegung mächtig stärken. Doch diese Erwartung ist nur in geringem Maße eingetroffen. Die meisten unter ihnen wurden bloß deklassiert, verloren den moralischen Halt der Klasse, der sie angehörten, nicht aber ihre Ansprüche und Vorurteile. Nicht dem *industriellen Proletariat* wendeten sie sich zu, sie wurden vielmehr zu einer anspruchsvollen, überheblichen, gewalttätigen Sorte des Lumpenproletariats, die aber von der Staatsgewalt nicht niedergehalten, sondern von einem großen Teile der in Amt und Würden verbliebenen Klassengenossen mit Sympathie behandelt, ja förmlich gehätschelt wird.

Wie die übrigen Arten von Lumpenproletariat, stellt auch diese Sorte ihre Sache aufs Betteln und Plündern. Meist tun sie das erstere und bereiten sich vor auf das letztere. Aus dem Kriege her haben sie sich dessen Denkweise erhalten, zum Teil auch Waffen. Vereinzelt, wie gewöhnliche Verbrecher, vermöchten sie nichts. Sie schließen sich zu Banden oder „Verbänden“ zusammen, unter der Führung gewesener Offiziere. Am liebsten sähen sie natürlich den Kampf gegen den äußeren Feind. Sie reden und singen und träumen davon. In Wirklichkeit werden sie dem ebensowenig gefährlich, als ehedem die anarchistische „Propaganda der Tat“ der bürgerlichen Gesellschaft gefährlich wurde. Die kleinen Nadelstiche, die sie dem ihnen gegenüberstehenden Elefanten versetzen können, vermögen nur dessen Wut anzustacheln. Wie die anarchistischen Terroristen ehedem — und heute die kommunistischen Putschisten — nichts anderes erreichten, als die Reaktion zu stärken, so können auch die vaterländischen Verbände das gewaltige Heer der Franzosen nicht abwehren oder gar vertreiben, sondern nur zu Gewalttaten anstacheln, die, wie immer, weniger die Kämpfenden, als die Masse der friedlichen Bevölkerung treffen. Ein erfolgreicher Guerillakrieg war vor hundert Jahren in Spanien möglich, er wird ein Wahnsinn im hochindustriellen Deutschland von heute.

In Wirklichkeit können diese Banden eine Gefahr werden nicht für den äußeren Feind, sondern nur für den inneren, den „Marxismus“, worunter man im hakenkreuzlerischen Bandenjargon natürlich nicht die marxistische Lehre versteht, von der sie keine Ahnung haben, sondern die Gesamtheit aller Elemente, von denen sie keine Subventionen zu erwarten haben. Denn nicht jeder Tag bringt einen Putsch, bei dem man „requirieren“ und „Marxisten“ plündern kann. Jeder Tag aber stellt seine Anforderungen an den Geldbeutel. Die sind in Zeiten der „Ruhe“ nur durch milde Gaben edler „Patrioten“ zu decken. Und an Gönnern dieser Art fehlt es nicht.

Neben den Generalen waren es die Monopolisten des Bodens und der Schwerindustrie, die die Monarchie lenkten und ausnützten. Sie haben ihren alten Einfluß nach kurzer Unterbrechung durch die Revolution in der Republik fast völlig wiedergewonnen. Aber sie fühlen doch, daß der republikanische Boden bei einer erstarkenden Sozialdemokratie ein zu unsicheres Terrain für sie ist. Gelänge es ihnen dagegen, die Monarchie wiederherzustellen, dann wäre diese von vornherein ihre willenlose Gefangene. Zu den Monopolisten hat sich im Kriege und nach ihm das Spekulantentum gesellt. Die Spekulation ist mit dem Kapitalismus unzertrennlich verbunden. Aber sie findet ziemlich enge Schranken in festgeordneten Verhältnissen. Die Unsicherheit ist dagegen das Element, in dem sie blüht und gedeiht. Die Unsicherheit des Kriegsausganges gab ihr bereits vor einem Jahrzehnt einen mächtigen Anstoß. Einen weiteren erhielt sie durch die Inflation, die unter Helfferich begann. Der wahnsinnige Friedensvertrag beendete nicht die Unsicherheit, die Krieg und Inflation geschaffen, sondern machte sie zu einer dauernden Erscheinung. Jetzt endlich scheint der Moment zu nahen, wo ihr ein Ende bereitet werden soll. Da ist es die Gefährdung der deutschen Republik, die den Prozeß der Beruhigung durchbrechen und von neuem schlimmste Unsicherheit schaffen soll.

Alle produzierenden Klassen leiden darunter aufs tiefste, nicht aber die Banditen und die Spekulanten. Sie sind die Nutznießer der Unsicherheit. Das ergibt eine Seelenverwandtschaft zwischen ihnen, die noch verstärkt wird durch den gemeinsamen Gegensatz gegen die Arbeiter, die nicht spekulieren, nicht betteln, nicht plündern, wohl aber die leichten Gewinne hoch besteuern und dem Bandenwesen ein Ende machen wollen.

Das sind die Elemente, von denen die Monarchie auf ihr Schild gehoben wird, weil sie in ihr die sicherste Bürgschaft ihres Gedeihens erblicken. Es sind die ökonomisch gefährlichsten, politisch unwissendsten Teile der Bevölkerung. Die Schieber und die Banditen verstehen von Politik und politischer, nicht privater Oekonomie womöglich noch weniger als die Mehrzahl der Generale. Jeder Proletarier, der durch die Schule der Sozialdemokratie ging, ist ihnen darin weit überlegen.

Die deutsche Monarchie könnte unter den gegebenen Verhältnissen nur die schlimmste Form der Monarchie darstellen, die möglich ist, denn sie wäre das blinde Werkzeug der für den Wohlstand des Volkes und das Gedeihen des Reiches bedenklichsten Elemente. Und sie würde nicht nur eine erneute und erweiterte Invasion des Landesfeindes und erhöhte Belastung durch ihn herbeiführen, sondern auch die schlimmste Form des Bürgerkrieges, die es gibt: nicht etwa den Kampf um große, menschenbefreiende Ideale, sondern die Kämpfe skrupelloser Banditen untereinander über die Teilung der Beute. Ganz Deutschland müßte darob in Flammen aufgehen und als rauchender Trümmerhaufen übrigbleiben. Das mag die Banditen nicht viel kümmern — in brennenden Häusern plündert es sich am leichtesten —, auch nicht die Schieber, wenn es ihnen nur gelingt, rechtzeitig mit ihrer Beute den Ausgang zu finden. Mit dem nötigen Kleingeld kann man auch außerhalb Deutschlands recht gut leben. Nicht gleichgültig aber kann das die arbeitende Bevölkerung lassen, die in Deutschland zu bleiben und dort Werte zu schaffen hat, um von dem ihr zufallenden Anteil an diesen zu leben.

Darum bedeutet die Partei des Proletariats, die Sozialdemokratie in Deutschland wie in anderen kapitalistischen Ländern, heute mehr als je die Zukunft und das Gedeihen der Nation, die Reaktionäre dagegen bedeuten ihren Untergang.

So wird bei der kommenden Wahl die Frage der Selbstbehauptung der Sozialdemokratie zur Frage der *Selbstbehauptung des deutschen Volkes*, aber auch zur Frage der *Herstellung des Friedens der Welt*. Darum sehen alle Freunde des deutschen Volkes, alle Freunde des Weltfriedens in allen Ländern angstvoll dem Wahlergebnis entgegen. Weit mehr als eine gewöhnliche Parlamentswahl wird die kommende zu einem weltgeschichtlichen Ereignis werden.

Möge der große Moment ein großes Geschlecht finden!

Immanuel Kant.

Zu seinem zweihundertsten Geburtstag.

Von **Max Adler**.

I.

Am 22. April 1924 feiert die ganze Kulturwelt einen großen Feiertag des Geistes. An diesem Tage wurde vor zweihundert Jahren in Königsberg *Immanuel Kant* geboren. An jenem Tage begann in diesem äußersten Winkel der damaligen europäischen Kultur und in einem zeitlebens schwach und ärmlich bleibenden Körper jenes wunderbar reiche Leben, dessen gewaltigen Gedankenstrom schon die Zeitgenossen staunend als eine *Weltwende des Geistes* empfanden und dessen ganzer Inhalt auch heute noch, da Kant schon mehr als hundert Jahre im Grabe ruht, nicht ausgeschöpft ist. Ja gerade dies macht sogar die Eigenart dieses Gedenktages aus, daß an ihm nicht etwa ein Denker gefeiert wird, dessen Andenken bloß noch historisch bedeutsam ist wegen der Wirkungen, die er seinerzeit ausgeübt hat, und wegen des Anteils, den er so an der Entwicklung des Denkens gehabt hat, über den aber dieses selbst bereits hinausgeschritten ist. Im Gegenteil kennt die Geistesgeschichte kaum ein zweites Beispiel, daß die eigentliche Wirkung eines Denkers so wie bei Kant sich erst lange nach seinem Tode entfaltet hat. Denn nachdem die Kantsche Philosophie zuerst durch die Metaphysik der Fichte, Schelling und Hegel verdrängt worden war, lag sie seit dem Zusammenbruch dieser Epoche der spekulativen Philosophie jahrzehntelang unter dem nun seine Herrschaft aufrichtenden naturwissenschaftlichen Materialismus wie verschüttet da. Und erst die zweite Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts brachte mit dem Wiedererstarken des kritischen Geistes in der Philosophie und in der Naturwissenschaft selbst jene Wiedererweckung Kants zu einem neuen Leben, das seither nicht aufgehört hat, sich immer machtvoller zu entfalten. Vor allem aber bewährt sich diese fortlebende und fortzeugende Kraft des Kantschen Denkens an einer großartigen Tatsache: daß Denkrichtungen modernster wissenschaftlicher Arbeit und Aufgaben modernsten politischen Strebens, wie sie beide zu Kants Zeiten noch gar nicht vorhanden waren, und obgleich sie beide sich in völliger Unabhängigkeit von Kant entwickelt haben, gleichwohl durch die Verbindung mit den Denkresultaten jener Philosophie sich nicht nur selbst methodologisch gefördert, ja bereichert finden, sondern ihrerseits erst die ganze Weite des Kantschen Standpunktes erschließen. Ich meine die Begründung der *Soziologie als Wissenschaft* durch den Marxismus und den auf seine Lehren gegründeten *proletarischen Sozialismus*.

Von dieser noch wenig bekannten Beziehung der Philosophie Kants zu der Gegenwart, also zu jener Richtung derselben, die voll des gärendsten Lebens ist und bereits mitten im Schaffen einer größeren Zukunft begriffen, wollen wir heute reden. Von der *Beziehung Kants zur Soziologie und zum Sozialismus*, die nicht etwa bloß in seinen moralischen und rechtsphilosophischen Anschauungen, sondern gerade dort verankert ist, wo sich die echteste Lehre Kants findet, in seiner Erkenntniskritik.

II.

Dieser Zusammenhang liegt freilich nicht offen zutage; aber er ist darum nicht minder vorhanden. Um

Die Bedeutung der Arbeiterpresse.

Von **Karl Kautsky.**

Leute, die recht radikal erscheinen wollen, wie ehedem die Anarchisten und heute ihre Nachfahren, die Kommunisten, lieben es, von der Demokratie wegwerfend als bloßer „formaler" Demokratie zu sprechen, was freilich nicht hindert, daß sie deren Freiheiten ausgiebig für sich in Anspruch nehmen und über jede Verletzung der Demokratie durch **andere** als sie selbst ein Zetergeschrei anheben.

Richtig ist es, daß das bloße Bestehen der Demokratie das Uebergewicht der besitzenden Klassen in der Gesellschaft und auch im Staate nicht aufhebt. Die Reichen können das allgemeine Wahlrecht zu ihren Gunsten wenden durch Kauf von Wählern und dann von Gewählten. Sie können die Vereinsfreiheit für sich ausnützen, indem sie selbst zu Verbänden zusammentreten, jeden von ihnen abhängigen Proletarier dagegen auf das Pflaster setzen, der sich einer den Herren nicht genehmen Vereinigung anschließt. Sie können endlich auch aus der Preßfreiheit für sich Nutzen ziehen, indem sie gewaltige Geldmittel zur Begründung geschickt gemachter Zeitungen aufwenden, die in alle Hütten dringen und die Gehirne der Ausgebeuteten verkleistern.

Die demokratischen Freiheiten und Rechte, die als Mittel gedacht sind, den Massen Macht zu geben, können so zu Herrschaftsmitteln der großen Ausbeuter und damit in ihr Gegenteil verdreht werden.

So **kann** es geschehen, aber so **muß** es nicht geschehen. Und das ist der große Unterschied zwischen der Demokratie und anderen Staatsordnungen, in denen die Ausgebeuteten und Beherrschten bereits von Staats wegen entrechtet sind.

Die Demokratie bietet doch die **Möglichkeit**, daß die ausgebeuteten Massen die ihnen gebotenen Freiheiten im Klassenkampf tatsächlich und wirksam im eigenen Interesse ausnützen. Und diese durchaus nicht formale, sondern sehr reale Bedeutung gewinnt die Demokratie früher oder später überall, wo ein zahlreiches großindustrielles Proletariat heranwächst.

Im Anfang der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hat Lassalle übertrieben, wenn er das allgemeine Wahlrecht als Mittel anpries, das sofort und unmittelbar den Massen die politische Macht verleihe. Vorsichtiger drückte sich Marx 1880 in dem Programm aus, das er für die französische Arbeiterpartei entwarf. Er wies dort auf den zwieschlächtigen Charakter des allgemeinen Wahlrechtes hin und erklärte, das Proletariat habe die Aufgabe, es aus einem Mittel der Nasführung, das es bisher gewesen, in ein Mittel der Befreiung zu verwandeln. Heute ist das Proletariat in den kapitalistischen Staaten daran, diese Befreiung durch das Wahlrecht wirksam durchzuführen.

Was vom Wahlrecht, gilt auch von der Preßfreiheit. Auch hier hatte das Proletariat die Aufgabe, die Presse aus einem Mittel der Nasführung der Proletarier in ein Mittel ihrer Befreiung zu verwandeln, das heißt es hatte die Aufgabe, eine eigene Presse zu schaffen und durch sie die den großen Ausbeutern dienende zu verdrängen. Auch diese Aufgabe ist in hohem Maße bereits erfüllt. Am vollständigsten und ausgiebigsten bei den Sozialdemokraten deutscher Zunge und bei ihren Nachbarn. Am unvollständigsten bei den Arbeitern der angelsächsischen Gebiete.

Die Presse hat vor allem die Aufgabe, ihre Leser über den Lauf der Welt zu informieren. Kein Privatmann kann das aus eigenen Quellen besorgen. Und jeder muß über diesen Weltenlauf unterrichtet sein, der praktisch als Politiker in ihn eingreifen will. Will die Masse der arbeitenden Bevölkerung eine eigene Politik treiben, muß sie auch ihre eigenen Quellen der Information über die wichtigsten Vorkommnisse der Welt besitzen.

Die bürgerliche Presse reicht dazu nicht aus. Ein Teil von ihr ist so verlogen, daß er die Proletarier direkt irreführt. Aber auch die anständige bürgerliche Presse bringt dem Proletarier nicht das, was er braucht. Es ist ja unmöglich, alle die unzähligen Ereignisse des Tages zu registrieren. Man muß eine Auswahl unter ihnen treffen. Vom bürgerlichen Standpunkt aus erscheinen jedoch andere Dinge wichtig als vom proletarischen.

Damit sei nicht gesagt, daß die proletarische Presse sich von der bürgerlichen dadurch unterscheiden soll, daß sie im proletarischen Interesse lügt wie die bürgerliche im bürgerlichen.

Die Klassenlage des Proletariats ist derart, daß es der Lüge zur Vertretung seiner Interessen nicht bedarf, durch sie vielmehr geschädigt wird. Verlogene Demagogie, die ihm schmeichelt, kann es nur auf Abwege führen, zu Abenteuern, in denen es seine Kraft erfolglos vergeudet. Strengste Wahrheit gegenüber dem Proletariat ist die erste Pflicht einer Arbeiterzeitung.

Die Ausbeuter verlangen von der bürgerlichen Presse auch wahrhafte Berichterstattung — so weit ihre eigenen Geschäfte davon abhängen. Sie haben übrigens außer der Tagespresse noch andere Mittel der Information über das Geschäftsleben, die nicht unter das große Publikum kommen. Wenn aber ihre Zeitungen über Verhältnisse des Proletariats in einer Weise berichten, daß dieses dadurch in Verwirrung gebracht wird, so ist dies den Auftraggebern und Lesern dieser Presse stets willkommen, mag es auf Wahrheit oder Lüge beruhen.

Indessen ist die Information über den Weltenlauf nicht die einzige Funktion der Arbeiterpresse. Es gibt, wie schon gesagt, eine Reihe anständiger bürgerlicher Blätter, die sogar den Arbeitern mit Sympathie gegenüberstehen. In manchen Ländern, namentlich den romanischen, geht die Presse mehr darauf aus, zu räsonieren, als zu informieren. In anderen, so den angelsächsischen, namentlich den englischen, ist es umgekehrt. Manches bürgerliche, arbeiterfreundliche Blatt bietet da so vielerlei gute Informationen auch für Arbeiterleser, daß es ihren Bedürfnissen in dieser Beziehung völlig genügt. Man muß sich ein Blatt wie etwa der „Manchester Guardian" ansehen, um zu begreifen, wie schwer dagegen ein Blatt wie der „Daily Herald" als Informationsorgan aufkommen kann.

Wo der Arbeiter in seinem Blatte nur nach Berichterstattung über die Vorkommnisse des Tages sucht und es eine anständige bürgerliche Presse gibt, wird eine Arbeiterpresse mit den kärglichen Mitteln, die ihr namentlich in ihren Anfängen zu Gebote stehen, schwer sich zu behaupten vermögen.

Aber eine Arbeiterzeitung hat ihren Lesern nicht bloß Informationen zu bieten, sondern noch etwas darüber hinaus, was kein bürgerliches Blatt, auch nicht das anständigste, arbeiterfreundlichste, reichhaltigste, ihnen zu bieten vermag.

Das beruht darauf, daß der vornehmste Machtfaktor des Proletariats neben seiner ökonomischen Unentbehrlichkeit seine **Masse**, seine große Zahl ist, im Gegensatz zum Kapitalisten, der dem **Geld**, und dem Feudalherrn, der der Ueberlegenheit seiner **Waffen** gegenüber den wehrlosen, militärisch ungeschulten Bauern seine Macht verdankt.

Aber eine Masse bildet eine Macht nur dort, wo sie einheitlich und geschlossen ist, nicht nur hie und da für einen Moment der Empörung, sondern dauernd. Daher die Wichtigkeit der Organisation, politischer wie ökonomischer, für das Proletariat, ohne die es nichts ist. Die Organisation ruht indes auf schwachen Füßen, wenn sie nur ein äußerliches Band darstellt, nicht getragen ist von einem einheitlichen Willen, einer einheitlichen Ueberzeugung.

Und noch einer anderen Einheitlichkeit bedarf das Proletariat: der Einheitlichkeit der Bewegung in der Zeit, ihrer Stetigkeit und Konsequenz. Das Proletariat ist beschränkt in seinen Mitteln und Kräften, es muß mit ihnen haushalten, darf sie nicht verschwenden. Es gibt aber keine ärgere Verschwendung an Kräften als eine Politik, die von der Hand in den Mund lebt, nicht auf weiter Voraussicht beruht, sondern sich durch Stimmungen und Zwangslagen des Augenblicks treiben läßt, sich in Widersprüche verwickelt, in Sackgassen gerät, einmal Unmögliches versucht und sich dabei den Schädel einrennt, ein anderesmal günstige Gelegenheiten ungenützt vorbeigehen läßt.

Die notwendige räumliche und zeitliche Einheitlichkeit im Klassenkampf ist nur zu erreichen durch Gewinnung theoretischer Erkenntnis, das heißt durch Zusammenfassung aller erkannten sozialen Zusammenhänge in einen einheitlichen, widerspruchslosen Gesamtzusammenhang, der jeder weiteren Forschung und Aktion einen einheitlichen Charakter gibt, jedes einzelne Handeln widerspruchslos der Gesamtheit des Klassenkampfes und seiner Ziele einfügt.

Die sozialistische Theorie ist nicht ein bloßes Spielzeug einiger Intellektueller, die in der proletarischen Bewegung sonst nichts zu tun haben, sie ist vielmehr ein unerläßliches Mittel, die Kraft des Proletariats aufs höchste zu steigern, seine Opfer im Klassenkampf auf ein Minimum zu reduzieren.

Das wichtigste der Mittel, theoretische Einsicht den Massen zuzuführen, ist die **Parteipresse**, namentlich die **tägliche** Parteipresse.

Gewiß kann man eine Theorie nur in Büchern entwickeln. Und die tägliche Presse hat nicht die Aufgabe zu dozieren. Wohl aber geht ihre Aufgabe dahin, die Theorie an den Ereignissen und Aufgaben des Tages zur Anwendung zu bringen und so durch die stete Benützung der Theorie zur Erhellung des Alltages die Massen einheitlichem Denken und Handeln zuzuführen. Natürlich darf das Parteiorgan dabei nicht durch terroristischen Zwang wirken oder durch Monopolisierung des proletarischen Gedankenlebens, von dem jede abweichende Anschauung künstlich ferngehalten wird. Es muß vielmehr wirken durch seine geistige Ueberlegenheit über die Organe anderer Parteien, die auf das Proletariat Einfluß gewinnen wollen. Das wäre ein trauriges Parteiorgan, das sich nur dadurch zu behaupten wüßte, daß alle Organe anderer Parteien verboten sind, wie im bolschewikischen Rußland.

Die Funktion, den proletarischen Klassenkampf zu einem einheitlichen zu gestalten, kann kein bürgerliches Organ erfüllen, selbst wenn es den Proletariern noch so wertvolle Informationen bietet. Die Lösung dieser Aufgabe einer Arbeiterzeitung setzt jedoch das

Meine Zeitung.

Von Heinrich Holek.

Meine Zeitung ist natürlich die Arbeiter-Zeitung. Sie greife ich zuerst heraus aus dem Haufen von Zeitungen, die mir jeder neue Tag bringt. Dann erst lese ich die anderen Zeitungen, die eben nur bloße Zeitungen sind. Nichts weiter als gewöhnliche Zeitungen. Aber meine Zeitung ist mir mehr als eine gewöhnliche Zeitung. Sie war mir Lehrerin, Freundin, Warnerin und ein guter Kamerad schon in meiner Jugend und ist es geblieben bis auf den heutigen Tag. Und nun, da sie heute ihr Jubiläum begeht, sei die Gelegenheit benützt, es ihr zu sagen.

Als die Arbeiter-Zeitung das erstemal meinen Weg kreuzte, war ich darob gar nicht sonderlich erbaut. Es war vor achtundzwanzig Jahren. Ich war damals elf Jahre alt. Es war an einem sonnigen Sommernachmittag, den meine Schulkameraden und ich benützen wollten, um im nahen Walde „Räuber und Gendarmen" — oder wie wir es kurz nannten „Räuber und Schantı" — zu spielen. Gerade als ich mich zu diesem Zwecke aus der elterlichen Wohnung schleichen wollte, erwischte mich die Mutter und erteilte mir den Auftrag, zu einem Bekannten des Vaters zu gehen und ihm die Arbeiter-Zeitung hinzutragen. Der Bekannte wohnte etwa eine halbe Stunde weit entfernt und mit dem schönen Spiele war es also aus, noch bevor es begonnen hatte. Denn Befehl ist Befehl und muß befolgt werden. Also tat ich es. Ich würde lügen, wenn ich sagen würde, daß ich gern gegangen bin. Mit scheelen Blicken betrachtete ich die Zeitung, die mir mein Spiel verdorben hatte.

Aber unterwegs legte sich mein Unmut, und da ich schon damals kein bedrucktes Stück Papier ungelesen aus den Händen gab, setzte ich mich unterwegs in den Straßengraben, faltete die Zeitung auseinander und begann sie zu lesen. Das erste, was mir in die Augen fiel, war ein Witz, mit dem die Rubrik der lokalen Nachrichten abgeschlossen wurde. Dann las ich die lokalen Nachrichten, Berichte über Unfälle, Diebstähle und was halt sonst alles in dieser Rubrik zu stehen pflegt. Auch den Gerichtssaal und, als ich damit fertig war, das Feuilleton und schließlich auch den — den politischen Teil. Von der Politik verstand ich zwar mit meinen elf Jahren noch nicht viel, aber immerhin etwas. Das kam daher, daß zu jener Zeit in meiner nordböhmischen Heimat die dortigen Tschechen und Deutschen mit besonderem Eifer dem Nationalitätenstreit oblagen. Und wie die Alten sungen, so zwitschern auch die Jungen. Das heißt auf dem Wege von der und zu der Schule wurden Kämpfe zwischen den tschechischen und den deutschen Buben ausgefochten, bei welchen Gelegenheiten ich manche Tracht Prügel davontrug. Solchermaßen wurde schon frühzeitig mein Interesse für die Politik wachgerufen, in der ich aber zunächst nur die Katzbalgereien zwischen den beiden Nationen als das Wesentliche sah. Folglich interessierten mich auch die polemischen Notizen, mit denen die Arbeiter-Zeitung sowohl gegen die Deutschen als auch gegen die Tschechen Stellung nahm.

Von da an wurde ich ein sehr eifriger Leser der Arbeiter-Zeitung. Ich fand, daß ihr Stil und auch der Ton ein ganz anderer war als der des „Aussiger Tagblattes", der „Elbezeitung" und des „Generalanzeigers", die zudem auf der ersten Seite regelmäßig ein Bild brachten, das irgendeine Mordtat oder ein gräßliches Unglück darstellte. Und überdies fand ich im Feuilletonteil der Arbeiter-Zeitung manche Skizze und Erzählung aus dem Arbeiterleben, an denen ich großen Gefallen fand. Und dann die lustigen Geschichten vom Habakuk!

So wurde ich nicht nur Leser der Arbeiter-Zeitung, sondern im geheimen stieg der Wunsch in mir auf, ein Zeitungsschreiber zu werden, um es der Regierung gehörig zu sagen und um auch einmal so schöne und lustige Geschichten schreiben zu können.

* *

Die Jahre vergingen. Ich verließ die Schule und das Elternhaus und verdiente mir mein Brot selber und las die Arbeiter-Zeitung, die ich mir nun selber kaufte. Dann aber kamen die Wanderjahre und damit hörte auch die Lektüre der Arbeiter-Zeitung auf. Denn in den Herbergen in Deutschland waren damals und wohl auch heute noch die verschiedenen „Kreisblätter" zu finden. Aber auch da ist mir die Arbeiter-Zeitung begegnet. Allerdings nicht in den Herbergen, sondern ...

Doch das will ich ja erzählen. Das einemal war es in Thüringen, am Weihnachtsabend des Jahres 1904. Ich war zu jener Zeit in einem Landeserziehungsheim als Pferdeknecht beschäftigt, in dem Erziehungsheim, das eine Art Realgymnasium war, in welchem die Schüler und die Lehrer zugleich wohnten und verpflegt wurden. Es waren etwa hundertfünfzig Personen und die verheirateten Lehrer wohnten in der Nähe der Anstalt, in kleinen Familienhäusern. Was für die Wirtschaft gebraucht wurde, mußte in Hildburghausen, der nächstgelegenen Stadt, gekauft und mit dem Fuhrwerk geholt werden. Das Holen war nun meine Aufgabe. Jede Woche fuhr ich ein- oder zweimal nach der zwölf Kilometer weit entfernten Stadt und kam mit schwerbeladenem, knarrendem Wagen zurück und wurde von allen, denen ich etwas zu bringen hatte, schon sehnsüchtig erwartet. So auch am Weihnachtsabend vor zwanzig Jahren. Ein ausgiebiger Schneefall hatte eine ebenso ausgiebige Verspätung verschuldet, weil die Pferde nur schwer vorwärts kamen. So kam ich ziemlich spät an. Als ich den letzten Rest meiner Fracht bei der Frau eines verheirateten Lehrers ablud, stopfte mir die Frau die Taschen voll mit Keks, Aepfeln und Nüssen. Während solches geschah, erblickte ich auf einem Tischchen im Vorzimmer eine Nummer der Arbeiter-Zeitung und fragte die Frau des Lehrers, ob sie mir eine besondere Freude zu Weihnachten machen möchte. Erstaunt sah sie mich an und war noch erstaunter, als ich sie um die auf dem Tischchen liegende Nummer der Arbeiter-Zeitung bat. Ich bekam sie auch. Es war zwar eine Nummer vom September desselben Jahres, aber es war doch eine Arbeiter-Zeitung! Vermutlich hatte die

Bestehen einer gut begründeten sozialistischen Theorie voraus.

Den englischen Arbeitern fehlt bisher eine solche Theorie. Sie lehnen in ihrer großen Mehrheit den Marxismus ab, wissen ihn aber nicht durch etwas Besseres zu ersetzen. Sie suchen daher in der Presse nur nach Informationen, und wenn sie die in der reichen bürgerlichen Presse mit ihrem gewaltigen Nachrichtenapparat ausgiebiger finden als in der armen Parteipresse, lassen sie diese im Stiche, und gerade dadurch bleibt sie arm und kommt sie nicht dazu, als Informationsmittel gegen die Konkurrenz der bürgerlichen Presse aufkommen zu können.

Die Sozialisten deutscher Zunge haben durch den Marxismus die Möglichkeit gewonnen, ihre Parteipresse zu einem kraftvollen Mittel einheitlichen Denkens und Handelns zu gestalten. Sie ist dadurch den Proletariern unentbehrlich geworden und hat im Gegensatz zur englischen eine außerordentliche Ausdehnung gewonnen.

Unter den deutschen Parteiblättern selbst wieder eines der hervorragendsten ist die Wiener Arbeiter-Zeitung geworden, deren Jubeltag wir heute feiern.

Wohl ist sie als tägliche Parteizeitung verhältnismäßig spät gegründet worden. Im Deutschen Reich gab es schon zwanzig Jahre vor dem Erscheinen der täglichen Wiener Arbeiter-Zeitung eine Reihe täglicher Parteiorgane der Sozialdemokratie. Im Jahre 1873 wurden bereits vier, 1876 (nach der Einigung) acht, 1877 dreizehn tägliche Parteizeitungen verzeichnet.

Aber einmal gegründet, gewann die Arbeiter-Zeitung rasch eine ganz einzigartige Stellung, entsprechend der Eigenart der österreichischen Sozialdemokratie.

Das politische Leben in Deutschland leidet heute noch unter den Folgen der politischen Zersplitterung der letzten Jahrhunderte, in der sowohl die Reformation wie das katholische Kaisertum eine Halbheit blieb. Auch nach der Beendigung des Zwistes zwischen Hohenzollern und Habsburgern durch Hinauswurf der Habsburger — leider samt ihren Gebieten — aus der deutschen Gemeinschaft erhielten sich zahlreiche Partikularismen und Gegensätze im neugegründeten Reiche, zwischen Preußen einerseits, Bayern, Sachsen, Württemberg andererseits, und innerhalb Preußens selbst, der Gegensatz zwischen den seit 1815 bis 1866 annektierten Gebieten und Alt-Preußen, zwischen katholischen und protestantischen Gegenden, zwischen dem hochindustriellen Ruhrrevier und dem hochfeudalen Ostelbien usw. Dazu kam, daß das intellektuelle Leben in Deutschland kein überragendes Zentrum fand, in dem die Gegensätze zusammengefaßt und abgeschliffen wurden. Bis heute hat Berlin noch nicht die Bedeutung und zentralisierende Kraft eines deutschen Paris gewonnen.

Das wirkte auf die Sozialdemokratie zurück. Dank der Marxschen Theorie vom Klassenkampf suchte sie von Anfang an das gesamte Proletariat zusammenzufassen. Aber sie stieß dabei auf Hindernisse, die immer wieder zur Zersplitterung neigten. Es sei nur an die katholischen, nicht unbeträchtlichen Gewerkschaften erinnert. Und innerhalb der Sozialdemokratie nahm jede taktische oder organisatorische Differenz gleich schwerere Formen an als anderswo. Der Gegensatz zwischen Lassalleanern und Eisenachern wurde zum großen Teil einer zwischen Sachsen und Preußen. Als nach dem Sozialistengesetz der Revisionismus aufkam, fand er seinen Schwerpunkt in Bayern und Baden, wo er zu einem Parteipartikularismus wurde, indes die schärfste Tonart gegen den Revisionismus in Sachsen angeschlagen wurde.

Und wie gespannt war zeitweilig das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft! Die Spaltung der Partei durch den Krieg ist allbekannt. Sie ist jetzt überwunden und die Partei marschiert in Deutschland wieder als geschlossener Körper zu neuen Siegen, wie der Wahlkampf vom 7. Dezember bezeugt. Aber wie viele unnütze Opfer, vergebliche Kämpfe, schwere Niederlagen gingen der Wiedervereinigung voraus!

Umgekehrt ist die österreichische Sozialdemokratie deutscher Zunge seit einem Menschenalter eine der einheitlichsten Parteien der Internationale. Das beruht zum Teil wohl auf der relativen Kleinheit des Gebiets, das sie umfaßt, nicht zum geringsten Teil aber auf der überragenden Stellung, die Wien innerhalb Deutschösterreichs gewonnen hat, in weit höherem Maße als irgendeine Stadt im Deutschen Reiche für dieses. Das ganze intellektuelle Leben des deutschen Oesterreich ist in Wien konzentriert oder von Wien beeinflußt. Ehedem spielte neben Wien noch Prag eine bedeutende Rolle für das deutschösterreichische Geistesleben. Aber eben in dem Zeitraum, in dem die Sozialdemokratie in Oesterreich emporstieg, hat Prag aufgehört, eine deutsche Stadt zu sein.

Die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich war längere Zeit, wenn wir von den Sudetenländern absehen, fast nur eine Wiener Bewegung. Die große Mehrzahl der organisierten Genossen Oesterreichs entfällt auf Wien. Diese lokale Zentralisierung und die daraus hervorgehende enge und ständige persönliche Fühlungnahme aller intensiv am Parteileben beteiligten Genossen war ein mächtiges Hilfsmittel der Einheitlichkeit der Bewegung. Sie erleichterte auch die Ausfechtung und Ueberwindung auftauchender taktischer und organisatorischer Differenzen, die keiner Partei erspart bleiben.

Unter dem Einfluß dieser die Einheitlichkeit begünstigenden Faktoren hat die Wiener Arbeiter-Zeitung für die Partei eine Bedeutung bekommen wie kaum ein Organ einer anderen sozialistischen Partei.

Diese Bedeutung wurde noch vermehrt durch den Glücksfall, daß an die Spitze der Arbeiter-Zeitung ein Mann trat von der Geistesgröße eines Viktor Adler, ein Meister politischer Strategie, ein geschickter Organisator, ein tiefer Kenner sowohl der politischen Parteien in Oesterreich wie der sozialistischen Theorie, die von der ganzen Internationale akzeptiert worden ist. Energisch und furchtlos, dabei ein Menschenkenner wie wenige, ein glänzender Redner und Schriftsteller, gewann er in seiner Partei und für die österreichische Politik im allgemeinen dieselbe überragende, in ihrer Art einzige Bedeutung wie die Wiener Organisation für ganz Oesterreich.

Daß dieser Mann nicht bloß der Führer seiner Partei, sondern auch der Leiter der Arbeiter-Zeitung wurde, mußte deren Einfluß und Wirkungskraft gewaltig steigern.

Im Reiche gab es nur einen Mann, der eine ähnliche Bedeutung für unsere Partei erreichte, es war August Bebel. Aber auch nur eine ähnliche, nicht dieselbe Bedeutung. Er hatte stets mit einer oft sehr starken Opposition zu kämpfen. Für die Bedeutung des Zentralorgans der Partei konnte er nur wenig beitragen. Die Feder war nicht sein machtvollstes Instrument, er hat nie auch nur versucht, sich als Redakteur zu betätigen.

Wilhelm Liebknecht führte eine glänzende Feder. Er war der erste leitende Redakteur des Zentralorgans der deutschen Sozialdemokratie, zuerst des „Volksstaat", dann des „Vorwärts". Aber er war bedeutender als Schriftsteller wie als Redakteur und vermochte als solcher nie eine unbestrittene Geltung zu erreichen. Sie wurde stets gestört durch den Gegensatz zwischen Berlin und Leipzig. So lange er den „Volksstaat", später „Vorwärts" in Leipzig redigierte, stieß er zuerst auf den Widerspruch des lassalleanischen „Sozialdemokraten" in Berlin, dann, nach der Einigung, auf die Eigenart der vom radikalen Most redigierten „Berliner Freien Presse". Nach dem Sozialistengesetz wurde das Zentralorgan, der „Vorwärts", nach Berlin verlegt, abermals unter Liebknechts Leitung (bis zu seinem Tode, 1900). Nun aber war es Leipzig, das neben dem Berliner Zentralorgan ein sehr selbständiges Blatt herausgab, die „Leipziger Volkszeitung", zuerst unter Schönlank, dann Mehring, Lensch ꝛc. Die Berliner Arbeiter selbst forderten oft, daß das Berliner Organ ihr spezielles Lokalorgan werde, ohne Beziehung zum Parteivorstand.

Die Stellung der Wiener Arbeiter-Zeitung war im Gegensatz zu dem reichsdeutschen Zentralorgan nie ernstlich bestritten.

Aus einer höchst einheitlichen Bewegung hervorgegangen, konnte sie ihrerseits wieder in Wechselwirkung die Einheit des österreichischen Proletariats auf das entscheidendste beeinflussen. Beide, Zeitung und Bewegung, sind miteinander gewachsen, die eine ohne die andere gar nicht denkbar.

Wohl ist der Mann dahingegangen, der sie ins Leben rief und der ein Vierteljahrhundert lang an ihrem Steuer stand. Aber wie wenige, war er bestrebt und geeignet, Schüler heranzuziehen, die sein Werk in seinem Sinne fortzusetzen verstanden. Das ist ihm für die Leitung der Partei wie für die der Arbeiter-Zeitung vollauf gelungen.

Dreißig Jahre ist die Arbeiter-Zeitung alt. Eine große Vergangenheit, voll von Kämpfen, aber auch voll von Siegen liegt hinter ihr. Vor ihr aber eine noch größere Zukunft.

Das Proletariat schickt sich an, die Geschicke des österreichischen Staates in die Hand zu nehmen. Man kann natürlich nicht mit Bestimmtheit sagen, wann das gelingen wird, aber eines steht heute schon fest: Wir müssen die Zeit, die wir noch in der Opposition sein werden, aufs intensivste dazu verwenden, das Proletariat Oesterreichs fähig zu machen zur Lösung der gewaltigen Aufgaben, die ihm dann erwachsen werden. Ausgiebige Bildung der heranwachsenden Jugend ist dringend notwendig. Nicht minder vermehrte Bildung der Erwachsenen.

Für diese wird aber stets das verbreitetste und intensivste Bildungsinstrument die Arbeiter-Zeitung sein. Ein Werkzeug, das dem Proletariat die Fähigkeit verleiht, den Sieg nicht bloß zu erringen, sondern auch ihn festzuhalten und zu benutzen zum Aufstieg zu höheren Lebensformen.

Als solches lebe, blühe, wachse die Arbeiter-Zeitung!

Partei und Persönlichkeit.

Von Julius Braunthal.

Der Aufstieg der Sozialdemokratie von jenen in die ungeheure, bewegungslose Masse eingesprengten Gruppen vor dreißig Jahren zu der mächtigen, achtunggebietenden Partei der Gegenwart wird in der Geschichte der Menschheit ein stets ergreifendes Kapitel füllen. Freilich, dem bürgerlich-individualistischen Betrachter ist die Sozialdemokratie nur eine Parteimaschine wie jede andere im Kampfe um politische und wirtschaftliche Vorteile; er gesteht ihr allenfalls den Vorrang an Größe und Kompliziertheit bei strafferer Konzentration vor den anderen Parteien zu. Aber er bestreitet ihren kulturellen Eigenwert; er läßt die Partei vielleicht noch als unvermeidliches, allerdings übles Mittel zur Durchsetzung bestimmter Zwecke gelten; aber er leugnet ihren kulturellen Selbstzweck. So hat ihm der stürmische Aufstieg der Sozialdemokratie von jenen wenigen Tausenden vor dreißig Jahren bis zu den annähernd Sechshunderttausend, die heute unsere Partei in ihrer Organisation vereint, nichts zu sagen. Ihm erscheinen die individuellen Begabungen und Neigungen dieser Hunderttausende in die Partei untergetaucht, durch die Parteimaschine „nivelliert" und erstickt; die schöpferischen Kräfte der Partei, die das Individuum erst zur Entfaltung bringen, die den individuellen Fähigkeiten überhaupt erst Raum zur Entwicklung und Reifung schaffen, die kennt er nicht.

Wie anders aber spricht dieses Stück Parteigeschichte zu uns, den Genossen der Partei! Wir alle, Tausende, Zehntausende, ja Hunderttausende erlebten den Aufstieg der Partei als den individuellen Aufstieg aus einem trostlosen, dumpfen, dem heiteren Lichte einer großen Idee entrückten Dasein zu einem bewußten, tätigen, der Klasse und der Menschheit hingegebenen Leben. Fast jedem der Hunderttausende war die Stunde von Damaskus gekommen: die große, überwältigende Erleuchtung vom wahren Sinn des Lebens, der in der selbstlosen, reinen Hingabe an eine geschichtliche Sendung seine Erfüllung findet. So trat die Partei als Trägerin einer großen, lebensstarken Idee in die engen Stuben der Enterbten und Erniedrigten. Armut, Arbeitsleid, Hoffnungslosigkeit: es ward verschlungen in dem Sieg einer neuen Erkenntnis, die dem einen als dämmernde Ahnung, dem anderen als durchleuchtetes, bewußtes Erlebnis

---

ein Schüler oder sein Vater mit dorthin gebracht. Denn in der Anstalt waren auch Schüler aus Wien. Unter anderen auch die Brüder Thimig, die nachmals, wie ihr Vater, Schauspieler des Burgtheaters geworden sind.

Das war meine zweite Begegnung mit der Arbeiter-Zeitung und ich habe jene Nummer etlichemal gelesen.

•

Und wieder zog ich die Landstraße entlang. Herberge, Landstraße, Landstraße und Herberge waren mein Aufenthalt. Ich war verbittert, fühlte mich als überflüssig und von der menschlichen Gesellschaft ausgestoßen. Es war immer anders gekommen, als ich es mir gedacht hatte... Also hatte ich mich damit abgefunden, straßauf und -ab zu ziehen. Und so zog ich denn zwischen Mainz und Frankfurt dahin, die endlose Straße vor mir und zur Seite den Bahndamm. Es war im Sommer 1907. Da, auf der Straße vor mir ein dicker Pack Zeitungen! Natürlich hob ich ihn auf: „Neue Freie Presse", „Prager Tagblatt" und — hurra! — die Arbeiter-Zeitung! Ein ziellos wandernder Walzbruder hat ungeheuer viel Zeit, und er hat immer Zeit. Also ließ ich mich wieder in den Graben nieder und las, wie ehemals als Schuljunge, wiederum die Arbeiter-Zeitung und freute mich besonders dabei. Denn sie berichtete von dem Wahlsieg, den die österreichische Sozialdemokratie bei den Wahlen ins Parlament errungen hatte. Wenn ich mich recht erinnere, waren achtundsiebzig Mandate errungen worden. Im Geiste segnete ich den Reisenden, der mir dieses Geschenk gemacht hatte, indem er aus dem fahrenden Zuge die gelesenen Zeitungen hinaus auf die Straße warf.

Aber als ich dann wieder weiter dahinschritt, kamen mir unterwegs so allerlei Gedanken. „Sieg!" jubelte es noch immer in mir. Aber eine innere Stimme kanzelte mich ab: Du lungerst hier auf den Straßen herum und bist auf dem besten Wege, zu verderben. Indessen führen deine Brüder daheim den Kampf um die Befreiung ihrer Klasse... Und du bist nicht dabei... Sie haben gesiegt und du warst nicht mit dabei ... Hast du ein Recht darauf, dich des Sieges zu freuen? Ist es nicht deine Pflicht, in ihre Reihen zu treten und mit ihnen zu kämpfen, statt hier herumzuvagabundieren?

Und so faßte ich den Entschluß, mit dem unsteten Leben ein Ende zu machen, und tat es auch.

•

Einige Jahre später war ich wieder in meiner Vaterstadt Aussig und genoß dort die Freuden und Leiden des Redakteurs eines Parteiblattes in der Provinz. Das Blatt erschien täglich, hatte aber keinen eigenen Nachrichtendienst und auch keine Mitarbeiter. Um so mehr war ich daher auf die Arbeiter-Zeitung angewiesen, und mit Hangen und Bangen erwartete ich jeden Tag die Post, mit der sie gewöhnlich zu kommen pflegte. Aber manchmal „bockte" die Post aus irgendeinem Grunde, und die Arbeiter-Zeitung, meine treueste und fleißigste Mitarbeiterin, blieb aus. Das gab dann recht verzweifelte Situationen! Und noch lange, bevor der nächstfällige Postzug von Wien kam, stand ich schon auf dem Bahnsteig und wartete auf die Arbeiter-Zeitung, und hatte ich sie endlich in den Händen, dann eilte ich spornstreichs in die Druckerei, wo die Setzer schon aufs „Manus" lauerten.

Wenn ich am Morgen erwachte, stets war mein erster Gedanke: Wird sie heute rechtzeitig kommen oder nicht?

Doch auch dann, wenn sie pünktlich mit der Post kam, gab es mancherlei Ereignisse und Fragen lokaler Natur, über die ich eben selber schreiben mußte. Dann schwebte mir beim Schreiben wiederum die Arbeiter-Zeitung als Muster vor, und ich mühte mich redlich, es ihr im Aufbau der Gedanken, in der leichtfaßlichen und bildhaften Art der Darstellung, in dem prägnanten und federnden Stil gleichzutun. So wurde mir die Arbeiter-Zeitung nicht nur zur Lehrerin, sondern auch zur Sprachlehrerin.

•

Meine Zeitung ist mir also mehr als eine bloße Zeitung. Nicht nur mir, sondern auch vielen Tausenden von Arbeitern und Arbeiterinnen, mit deren Leben und Schicksal sie aufs engste verbunden, ja verwachsen ist. Das sei heute, bei ihrem Jubiläum, dankbar anerkannt.

trag geben soll, die Bedingungen genauer festzusetzen, unter denen Parteimitgliedern ein Zusammenarbeiten mit Angehörigen ander Parteien gestattet ist: so wird er notwendige und fruchtbare Arbeit leisten für die Einheit und Festigkeit der Partei.

Aber über all das hinaus ist diesem Parteitag eine besondere, eine große Aufgabe gestellt: er soll das neue Parteiprogramm beschließen. Ein Programm gibt sich die Partei nicht alle Jahre. Ein Programm ist der Niederschlag von Jahren, ja Jahrzehnten des Kampfes, der Erfahrungen, der Opfer. Es ist zugleich der Auftakt und der Wegweiser für Jahre, ja Jahrzehnte neuer, kommender Kämpfe. Es ist ein Zeugnis des Heldentums der Hunderttausende, die in den namenlosen Mühen der täglichen Kleinarbeit für den Sozialismus geworben, die Partei groß gemacht, die Macht der Arbeiterklasse aufgebaut haben. Es ist zugleich eine verheißungsvolle Verkündung neuer Errungenschaften und künftiger Siege. Mit dieser Aufgabe hebt sich der Parteitag hinaus über die wirtschaftliche Not des Tages, über die politische Spannung des Augenblicks: er lenkt den Blick auf die geschichtliche Sendung der Arbeiterklasse, auf die geschichtliche Größe der Sozialdemokratie, die die Partei der Zukunft ist.

Das neue Programm ist in unseren eigenen Reihen gründlich diskutiert worden. Es ist von unseren Gegnern, von rechts und von links, angegriffen und zerdeutelt worden. Man hat es hüben und drüben mit dem alten Parteiprogramm verglichen. Ja, das Programm, das der Linzer Parteitag beschließen soll, ist anders als das Programm von Hainfeld und von Wien. In der Entwicklung der Arbeiterbewegung lassen sich drei Stufen des Aufstieges der Arbeiterklasse unterscheiden. Die erste ist die der Erweckung und Sammlung des Proletariats, das sich zum Klassenbewußtsein durchringt: das war das Programm von Hainfeld. Die zweite ist die des Aufbaues der sozialdemokratischen Parteien, die zum geordneten Kampfe um die Rechte der arbeitenden Menschen, um das Wahlrecht, um den Achtstundentag aufmarschieren: das bedeutete das Programm von Wien. Die dritte ist die des entscheidenden Ansturms gegen die bürgerliche Herrschaft, des Kampfes um die Macht: das ist das Programm von Linz, das Programm der Machteroberung.

Die links von uns, die Kommunisten, höhnen, daß wir in unserem Streben nach der Mehrheit, die uns die Macht im Staate geben soll, die proletarischen Grundsätze verwässerten: wir seien ganz von dem Gedanken an die dreihunderttausend Stimmen besessen, die uns zur Mehrheit fehlen. Die rechts von uns, die Bürgerlichen, zetern, daß wir, die demokratischen Grundsätze mißachtend, eine brutale Klassenherrschaft aufzurichten gedächten: wir seien im Grunde doch nur verkappte Gewaltanbeter. Die Wahrheit ist, daß wir werben wollen um die Mehrheit, daß wir uns aber die Macht, die wir einmal errungen haben, mit keinem Mittel mehr entreißen lassen: nicht mit Mathematik und nicht mit Maschinengewehren. Darum stellt die Eroberung der Macht, die die geschichtliche Aufgabe unserer Generation ist, an jeden von uns die größten Anforderungen. Wir sind heute so groß geworden, daß uns zur Seite Bundesgenossen auftauchen, die aus dem bürgerlichen Lager oder aus der Indifferenz herausgerissen und in unserem Marsch mitgezogen werden: sie gilt es in unsere Denkweise einzuführen, in die Disziplin der alten, erprobten Bataillone der Arbeiterklasse einzufügen. Wir sind heute so mächtig geworden, daß wir nicht mehr bloß fordern können, daß wir auch erfüllen müssen: ganz neue Aufgaben müssen bewältigt werden, neue Institutionen entstehen, und auch den Verlockungen der Macht, die hier und da an den Rändern unserer großen Bewegung einen kleinen Menschen verwirren, gilt es zu widerstehen. Wir sind heute so stark geworden, daß wir nicht mehr verfolgt werden: aber je breiter unser Kampffeld wird, je näher wir unserem Gegner kommen, desto dringender brauchen wir die alte Kampfbegeisterung, den alten Opfermut der Sozialisten aus der Heldenzeit der Verfolgungen. Wir haben ein neues Programm: wir brauchen mehr als je den alten Geist. Denn nicht aus Worten und Sätzen wird Macht. Macht wird aus der Gewalt der gesellschaftlichen Kräfte und aus dem Willen der Menschen. Die eine gilt es zu erkennen, den andern zu bilden: es gilt, das Programm von Linz mit dem Geiste der Männer von Hainfeld und von Wien zu erfüllen. Das ist der Geist, der gleichbleibt, wenn sich die Programme ändern, die Kraft, die die Bewegung stark gemacht hat, der Schwung, der Rausch, der Rhythmus, der die Alten und die Jungen in dem Rufe eint: Es lebe die Partei!

Die Eröffnung des Parteitages.

(Telegramm der Arbeiter-Zeitung.)

Linz, 30. Oktober.

Im Volksgartensaal wurde heute um halb 6 Uhr abends der Parteitag eröffnet. Der Saal ist prächtig geschmückt. Die Wände sind rot ausgeschlagen. Ein gewaltiger Baldachin überdeckt die ebenfalls festlich geschmückte Estrade. Die Galerien sind überfüllt. Die Büste Viktor Adlers, im satten Grün von Blattpflanzen, überragt die mächtige Versammlung. Die Arbeitergesangvereine Urfahr, Gutenberg und der Gesangverein der Wehrmänner leiten den Parteitag mit einem Freiheitschor ein. Skaret eröffnet im Namen des Parteivorstandes den Parteitag. In das Präsidium werden entsendet: Seitz, Tomschik, Dametz, Muchitsch, Witternigg, Marie Bock, Sedelmayer, Regner, Lindner und Lahner.

Seitz begrüßt den Parteitag.

Im Namen der Parteivertretung begrüßt den Parteitag Seitz: Wir haben, führte er aus, eine Stadt der Bundesländer als Parteitagsort gewählt, weil wir dem großen Gedanken der Vereinheitlichung der Partei dienen wollten. Diesem Gedanken dient auch der wichtigste Punkt der Tagesordnung des Parteitages, die Beratung des Parteiprogramms.

Vor achtunddreißig Jahren hat Viktor Adler eine kleine Schar österreichischer Sozialdemokraten auf dem Parteitag in Hainfeld zusammenberufen, um über das erste Programm der österreichischen Sozialdemokratie zu beraten. Damals galt es, die Parteiform zu finden für den Aufbau einer einheitlichen Organisation, für die Versöhnung der Radikalen und Gemäßigten. Im Jahre 1901, auf dem Parteitag in Wien, galt es wieder, die Veränderungen im Laufe der Zeit programmatisch zu verwerten. Damals wurde das zweite Programm geschaffen, und dieser Parteitag, der Parteitag von 1926, soll nun dem dritten Parteiprogramm dienen. Auf der Basis der unverrückbaren Lehren Marx' und Engels, nach den Erfahrungen der Revolution von 1918 und 1919, soll dieses Programm die Stellung der Partei bekunden zu allen großen Problemen, der wirtschaftlichen, sozialen, politischen Entwicklung. Es gilt, einen Weg zu weisen, der die kapitalistische in die sozialistische Gesellschaftsordnung überführt. Aber auch Fragen der aktuellen Politik wird der Parteitag zu behandeln haben. Die Arbeiterklasse steht wieder einer Regierung Seipel gegenüber, einer Regierung der Zusammenballung aller kapitalistischen Mächte in diesem Staat. Gegen diese reaktionäre Masse gilt es, den Kampf zu organisieren und ihre Anschläge gegen die Rechte und Interessen der Arbeiterklasse abzuwehren. Es gilt, alle arbeitenden Massen dieses Staates zusammenzufassen, um der Regierung Seipel eine Wahlschlacht zu schlagen. Das ist die eigentliche Aufgabe der aktuellen Politik der nächsten Tage. Diese Wahlschalcht, die uns bevorsteht, wird nicht leicht sein. Die Umstände sind nicht günstig. Ein Heer von Hunderttausenden Arbeitslosen durchzieht die Straßen, unsere Greise leiden noch immer unter dem Mangel einer Alters- und Invaliditätsversicherung. Aber es ist eine alte, sozialdemokratische Tradition in Oesterreich: Je schlimmer es der Arbeiterklasse ergeht, um so größer ist ihre Entschlossenheit, ihre Rechte zu verteidigen, um so größer ist ihre Kampfbereitschaft! (Stürmischer Beifall.) Diese Kampfbereitschaft wird sich abermals erweisen in der Wahlschlacht, die wir Herrn Seipel und seiner Regierung zu liefern haben werden! (Neuerlicher stürmischer Beifall.) Die Delegierten ganz Oesterreichs sind in großer Zahl hier zusammengekommen, gequält von der Sorge um die nächste Zeit, aber sie wissen, daß die Aufgaben, die der Partei harren, gelöst, daß der Parteitag seine Pflicht erfüllen und den Weg weisen wird. Die Beschlüsse werden in Einigkeit, in friedlicher Zusammenarbeit, in treuer Kameradschaft, in echter Brüderlichkeit gefaßt werden. Wir sind entschlossen, zu kämpfen, entschlossen zu kämpfen bis zum großen Sieg unserer großen Idee, zum Siege des internationalen Sozialismus!

Seitz gedenkt nun der Toten der Partei. (Die Delegierten erheben sich von den Sitzen.) Er nennt Heinrich Heitzinger, Heinrich Feiler, Zrtko, den Senior der österreichischen Sozialdemokratie Heinrich Scheu, Hermann Schulz und Julie Rauscha, Leopold Windholz und Alfred Engel, der der Redaktion der Arbeiter-Zeitung entrissen wurde, ferner Josef Wokral, Karl Walz, Rudolf Müller, Dr. Richard Fröhlich, den Begründer der Arbeiterabstinenzbewegung, Rober Häuser und Ferdinand Gerdinitsch, unsere treuen Freunde aus Böhmen Oswald Hillebrand, Karl Schiller und Anton Nemec und gedenkt schließlich der großen Toten der Internationale Pablo Iglesias, Tscheidse, des Seniors der deutschen Sozialdemokratie Richard Fischer und der teuren Genossin Anna Kulischoff. Noch in der allerletzten Zeit sind uns auch zwei teure Genossen entrissen worden, der Genosse Rapoldi aus Innsbruck und der Genosse Debs, der mutige Vorkämpfer der amerikanischen Arbeiterklasse.

Seitz begrüßt dann unter stürmischem Beifall die ausländischen Gäste des Parteitages: den Vertreter der Internationale Friedrich Adler, ferner die Genossen Ludwig Czech als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei, Josef Stivin und Leo Winter als Vertreter der tschechoslowakischen Sozialdemokratie, Diamand als Vertreter der polnischen Sozialdemokratie, Glücksmann als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie Polens, Dan als Vertreter der russischen Sozialdemokratie, Adolf Braun als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie, Sandler als Vertreter Schwedens, ferner den Vertreter der tschechischen Sozialdemokraten in Oesterreich Skrivan, die Genossin Blatny als Vertreterin der deutschen sozialdemokratischen Frauenorganisation in der Tschechoslowakei und die Genossin Juchacz aus Berlin.

Begrüßungsschreiben sind eingelangt: von den Arbeiterparteien Englands, Frankreichs, Ungarns, Belgiens, Dänemarks Norwegens, Hollands, Spaniens und der Schweiz. Ferner ist ein Begrüßungstelegramm der Bauarbeiter der Baustelle Sandleiten in Wien eingetroffen.

Ein Begrüßungsschreiben Karl Kautskys.

Ein besonders herzliches Begrüßungsschreiben hat Karl Kautsky gesendet, der verhindert ist, am Parteitag zu erscheinen. Das Schreiben lautet:

Liebe Genossen! Ich danke für Eure freundliche Einladung zum Linzer Parteitag, der ich gern gefolgt wäre, wenn mir nicht der Stand meiner Gesundheit die Fahrt nach Linz unrätlich erscheinen ließe. Nicht Gleichgültigkeit ist es, die mich fernhält, im Gegenteil: die Verhandlungen dieses Parteitages werden für mich von größtem Interesse sein, schon deshalb, weil sie der Beratung eines neuen Parteiprogramms gelten, und Parteiprogramme zählen seit dem Tage des Erfurter Programms zu meinen Spezialitäten. Aber so wichtig die Beratungen über das Programm auch sein werden, als Ergebnis kann man heute schon nach dem Entwurf verkünden: es wird gleich dem Agrarprogramm eine neue, scharfgeschliffene Waffe im Klassenkampf werden, von Bedeutung nicht nur für das Proletariat Oesterreichs, sondern für das der gesamten Internationale. Gerade rechtzeitig wird dieses Programm fertig werden. Denn im Grunde wird der Linzer Parteitag doch nichts andres sein, als die letzte große Heerschau über die Arbeiterbataillone Oesterreichs vor der gewaltigen Wahlschlacht, der sie entgegengehen. Diese Schlacht wird ein erbittertes Ringen werden, mit Nägeln und Zähnen wird um jede Position gekämpft werden, von den Gegnern wie von uns, denn jeder fühlt: diesmal geht es auf das Ganze. Im Gegensatz zu fast allen andern Parteien unserer Zeit kennt Oesterreich keine Zersplitterung der Partei. Ein Hüben oder Drüben nur gilt! Eine Koalition ist unter diesen Umständen kaum möglich, denn eine Koalition im Kampfe der Parteien kann ja nicht ein Aufgeben jeglichen Kampfes bedeuten, sondern nur ein zeitweiliges Zusammengehen zweier Parteien zu gemeinsamem Kampfe gegen einen dritten Gegner. Dieser dritte Gegner fehlt in Oesterreich. Unter diesen Umständen wird der Wahlkampf ein Kampf um die Staatsgewalt werden, nicht aber um ein Stück darum. Wer in dem Kampfe siegt, muß auf Sieg rechnen, und wir haben diesmal die besten Aussichten dafür. Doch bei keiner Schlacht kann man im voraus einen bestimmten Erfolg garantieren: wir müssen auch mit der Möglichkeit rechnen, daß es nicht mit einem Anhieb gelingt, die Mehrheit zu erobern, doch jeder Fortschritt im Wahlkampf wird zu einem Siege. Die Gewinnung der Alleinherrschaft im Staate ist das höchste Ziel, das wir in der kommenden Wahl uns setzen können. Aber wir werden schon viel erreichen, wenn wir die Gegner zwar noch nicht zahlenmäßig, aber moralisch schon so weit matt setzen, daß sie sich gezwungen fühlen, ihre bisherigen Kampfmethoden zu revidieren, was wohl gleichbedeutend ist mit dem Zusammenbrechen der Einheitsfront, die sie heute bilden. Wie immer der Wahlkampf ausgeht — die Situation ist günstig, das österreichische Proletariat zuversichtlich und in klarer Erkenntnis der Dinge: ein schlagender Beweis dafür ist das Parteiprogramm. Es verspricht der Linzer Parteitag den Auftakt zu geben zu einem neuen gewaltigen Schritt vorwärts in dem Befreiungskampf des österreichischen und des internationalen Proletariats.

Mit den besten Wünschen für den Erfolg Eurer Beratungen begrüßt Euch Euer

Karl Kautsky.

Das Schreiben wurde mit stürmischem Beifall zur Kenntnis genommen. Der Beifall erneuerte sich, als Seitz namens des Parteitages die Glückwünsche an Kautsky erwiderte.

Begrüßung des Linzer Bürgermeisters.

Dann begrüßte Bürgermeister Dametz den Parteitag: Mit ehrlicher Freude, sagte er, haben wir Genossen von Oberösterreich und insbesondere wir Genossen der Stadt Linz der Abhaltung des Parteitages in unserer Stadt entgegengesehen. Wir begrüßen euch innigst und wünschen euren Beratungen besten Erfolg. Vor fast dreißig Jahren fand hier das erstemal ein Gesamtparteitag statt. Es war im Jahre 1898, in einer Zeit, da unsere Partei noch sehr schwach war und starker reaktionärer Druck auf der Arbeiterklasse lastete. Doch gelang es der Partei, wenige Monate vor dem Parteitag, den allgewaltigen Badeni in die Flucht zu schlagen. Damals, im Jahre 1898, galt der Parteitag der Organisierung des Kampfes um das allgemeine Wahlrecht; heute ist die Aufgabe des Parteitages die Organisierung des Kampfes um die Macht im Staate. Diesen Kampf soll das Parteiprogramm einleiten. Dieser Kampfesruf wird nun von Linz ausgehen, und so erfüllt es uns Linzer Genossen mit innigem Stolz und viel Freude, daß hier dieses historische Werk geleistet wird. (Lebhafter Beifall.)

werkschaftsbundes die Richtlinien für die künftigen Beziehungen zum Internationalen Arbeitsamt zu geben.

So wird der Internationale Gewerkschaftskongreß in allen Fragen, die ihn beschäftigen, die Folgerungen aus der jetzigen weltpolitischen, vor allem aus der aus der jetzigen weltpolitischen, vor allem aus der jetzigen wirtschaftlichen Lage und der Situation der Gewerkschaften der einzelnen Länder zu ziehen haben. Er wird aber bei der Prüfung der weltwirtschaftlichen Lage zweifellos feststellen können, daß die letzten Monate da und dort Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage, vor allem eine außerordentliche Besserung der Konjunktur in Deutschland, gebracht haben. Und der Internationale Gewerkschaftskongreß wird gerade aus dieser Tatsache Hoffnungen für die Zukunft zu schöpfen wissen. Darum wird der Internationale Gewerkschaftskongreß und werden wir alle mit ihm bei der Betrachtung der gegenwärtigen Verhältnisse in vielen Ländern nicht etwa in Mutlosigkeit oder Verzagtheit verfallen, sondern gerade aus der Betrachtung der weltwirtschaftlichen Verhältnisse die Folgerung ziehen, daß die Zeit hoffentlich nicht mehr fern ist, in der die Gewerkschaftsbewegung wieder auf dem Vormarsch begriffen sein wird. Denn wenn die wirtschaftliche Lage es erlauben wird, das durch die Erfahrungen während der Krise und die Angriffe der Unternehmer gesteigerte Klassenbewußtsein der Arbeiter in Elan beim Angriff umzusetzen; wenn die ganze Energie der Arbeiterschaft nicht mehr in der Verteidigung des bisher Errungenen aufgezehrt, sondern auf die Eroberung neuer Positionen vereinigt werden wird, dann erst wird die internationale Gewerkschaftsbewegung und mit ihr die gesamte Arbeiterbewegung mit um so größerer Wucht, unaufhaltsamer denn je vorwärtsschreiten können. Diesen Angriff auf die Bastionen des Kapitalismus selbst vorzubereiten, die organisatorischen Waffen schon heute zu schärfen und damit zugleich die Entschlossenheit der Arbeiter in dieser Zeit, da wir noch zu verteidigen haben, zu stärken, das ist die Aufgabe von Paris. Darum grüßen die österreichischen Arbeiter und Angestellten, grüßt das trotz allen Stürmen, trotz der Massenarbeitslosigkeit, trotz allen Angriffen der Reaktion unerschüttert gebliebene gewaltige Heer der freien Gewerkschaften Deutschösterreichs den Internationalen Gewerkschaftskongreß!

Wo der Fascismus herrscht.

Das litauische Parlament soll liquidiert werden!

(Telegramm der Arbeiter-Zeitung.)

Kowno, 30. Juli. Das Organ der litauischen Volkssozialisten berichtet, daß das Gebäude des Parlaments dem Unterrichtsministerium übergeben werden soll, das dort ein Gymnasium einrichten will. Da aber nicht auch davon die Rede ist, wo das Parlament in Zukunft sein Heim haben soll, spricht das Blatt von einer Liquidation des Parlaments überhaupt.

Gleichzeitig erklärt es die Meldungen der Regierungspresse über eine geheime Konferenz der Sozialisten und Volkssozialisten, die beschlossen hätte, eine rücksichtsvollere Haltung gegen die Regierung einzunehmen, für erfunden.

Ein blutiger Julitag in der großen Revolution.

Von **Karl Kautsky**.

Nichts ist einzig in seiner Art. Nichts Großes kann sich im Leben der Völker ereignen, ohne die Erinnerung an ähnliche Vorkommnisse früherer Zeiten hervorzurufen und an die Konsequenzen, die sie in ihrem Schoß trugen.

Auch das grauenvolle Blutbad des 15. und 16. Juli ruft solche Erinnerungen wach. Unsere wichtigste Aufgabe besteht heute natürlich nicht in historischen Reminiszenzen, sondern in der Bloßlegung der Ursachen des Geschehens und in der Herbeiführung von Einrichtungen, die Aehnliches künftighin vermeidbar machen oder doch bewirken, daß eventuelle Opfer nicht fruchtlos fallen. Aber das eine wie das andre wird erleichtert, wenn wir Vergleiche ziehen mit ähnlichen Vorkommnissen der Vergangenheit.

Zum Glück brauchen wir dabei nicht der schlimmsten Gräßlichkeiten früherer proletarischer Klassenkämpfe zu gedenken, nicht der Junischlacht von 1848, nicht der blutigen Maiwoche von 1871. Größer ist die Aehnlichkeit der jüngsten Vorkommnisse mit den Massakers, die in den Straßen von Paris am 3. und 4. Dezember 1851 von der Soldateska angerichtet wurden, die damit Napoleon, dem Präsidenten der Republik, den Weg zum kaiserlichen Thron bahnte. Die Arbeiter-Zeitung hat bereits darauf hingewiesen und einen Bericht Moritz Hartmanns darüber gebracht.

Noch größer ist die Uebereinstimmung des Blutbades vom 15. und 16. Juli mit einem andern, das fast genau auf denselben Tag im Monat fiel, auf den **17. Juli**, allerdings vor mehr als einem Jahrhundert. Wir meinen das Massaker vom 17. Juli 1791 auf dem Marsfeld von Paris.

Es war eine Folge der wachsenden Angst der französischen Bourgeoisie vor dem Erstarken der arbeitenden Massen (nicht bloß der Proletarier) von Paris, die durch die Erstürmung der Bastille (14. Juli 1789) gezeigt hatten, was sie vermochten.

Hinter drei Schutzwehren suchte sich die Bourgeoisie zu verschanzen: hinter dem **Zensuswahlrecht** und dem Ansehen, das der **König** noch genoß, sowie der **Nationalgarde**, die eine Bewaffnung der Besitzenden darstellte. Auf das eigentliche Heer konnten sie wenig mehr rechnen. Es hatte im Bastillesturm versagt und dadurch den Sieg der Volksmassen ermöglicht.

Die Bourgeoisie sah im König eine Schutzwehr, allerdings nur dann, wenn er ein von ihr abhängiger, ganz von ihr geleiteter König war. Anderseits hofften im arbeitenden Volk viele, im König einen Helfer gegenüber der Bourgeoisie zu finden.

So wurde Ludwig XVI. sehr populär, sobald er sein anfängliches Widerstreben gegen die Revolution aufgegeben und die neue Verfassung anerkannt hatte. Die Erinnerung an den 14. Juli 1789 wurde im Jahre darauf auf dem Marsfeld festlich begangen, einem Exerzierplatz, der „Schmelz" von Paris. In der Mitte des Platzes, an erhöhter Stelle, war ein Altar des Vaterlandes errichtet worden, auf dem der König den Schwur auf die Verfassung vor nahezu einer halben Million feiner getreuen Untertanen ablegte, die ihm gerührt und begeistert zujubelten.

Aber Ludwig hatte nur als Komödiant gesprochen. Im Innersten seines Herzens haßte er die Revolution und als er den Eid auf die Verfassung ablegte, dachte er nur daran, wie er die Macht erlangen könnte, die ihm vertrauenden und zujauchzenden Pariser niederzumetzeln, und die Verfassung zunichte zu machen.

Ununterbrochen arbeitete er daran. Er verschwor sich mit den Monarchen des Auslandes und ihm ergebenen Generälen einzelner Truppenanhäufungen an der Grenze.

Endlich glaubte er, die Maske lüften zu können. Am 20. Juni 1791 entfloh er aus Paris, um die deutsch-französische Grenze zu erreichen, wo General Bouillé ihn an der Spitze ausgewählter Truppen erwartete, die, gestützt auf die Kriegsmacht monarchistischer Nachbarstaaten, namentlich Oesterreichs, auf Paris marschieren und die Revolution blutig niederwerfen sollten.

Doch die Flucht gelang nicht. Man darf wohl sagen: leider. Denn wäre sie gelungen, dann hätte sich damit Ludwig selbst abgesetzt. Es wäre der revolutionären Nation gar nichts andres übrig geblieben, als sich ohne König zu behelfen. Sie wäre damals schon republikanisch geworden, ohne Hinrichtung des Königs, die das Volk von Frankreich so tief zerklüftete. Einiger, als ein Jahr später hätte es sich gegen jede bewaffnete Intervention erhoben.

Doch es kam anders. Auf seiner Flucht wurde Ludwig erkannt und verhaftet. Er hatte sich von Paris schon weit genug entfernt gehabt, um Fühlung mit ihm entgegengesendeten Vorposten der Armee Bouillés zu nehmen. Aber diese erwiesen sich als durchaus nicht zuverlässig monarchistisch und hinderten nicht die Verhaftung des Königs.

Als Gefangener zog dieser wieder in Paris ein, am 25. Juni. Und nun erhob sich die große Frage: Was tun?

Bis dahin hatte es eine republikanische Partei in Frankreich nie gegeben. Nun plötzlich gewann der Gedanke der Republik gewaltigen Einfluß, stürmisch erscholl der Ruf nach Absetzung des Königs, des meineidigen Deserteurs.

Aber die Bourgeoisie zauderte und mit ihr die große Mehrheit der Nationalversammlung. Die Republik, hieß das nicht die Herrschaft der Massen? Davor hatte sie Angst. Sie lehnte es ab, Ludwig vor Gericht zu ziehen oder seine Absetzung auszusprechen. Sie begnügte sich mit einem Beschluß, der Ludwig für unschuldig erklärte und sich darauf beschränkte, hinzuzufügen: der König würde künftighin aufhören, König zu sein und seine Unverletzlichkeit verlieren, wenn er den Eid auf die Verfassung zurücknähme oder sich an die Spitze einer Armee stelle, um das Volk zu bekriegen.

Dieser Beschluß vom 15. Juli, der zunächst die Monarchie neu befestigte, erregte aufs tiefste die Demokraten und Republikaner. Aber nicht mit Gewalt wollten sie gegen die Nationalversammlung vorgehen, sondern mit einer bloßen Petition, die verlangte, das Volk solle direkt befragt werden, ob es Ludwig noch weiter als König anerkennen wolle.

Feuilleton.

Flügellose Vögel.

Von **Andreas Reischek**.

Die südliche Halbkugel unserer Erde beherbergt viel eigenwilligere und rätselhaftere Formen in der Tierwelt als die nördliche. Besonders **Australien** und **Ozeanien** nehmen eine so einzigartige Stellung in ihrer Fauna ein, daß man vermeinen könnte, diese Landteile hätten unabhängig vom übrigen Erdball ihre Entwicklung der Lebensformen durchgemacht. Am auffälligsten ist der Mangel an Säugetieren; die meisten der Südseeinseln beherbergten bis zur Ankunft der Polynesier nur Vögel, Reptilien und Tiere niederer Ordnungen, und dort, wo es eine Landsäugerfauna gibt — wie in Australien, Neuguinea und auf einigen der größeren Inseln —, sind es Vorwelttiere, Beutel- und Kloakentiere, die niedrigsten Vertreter der Säugerklasse, die außerhalb des Südseebereiches nirgends zu finden sind.

Den Gipfel der Launenhaftigkeit in der Natur stellen aber die „flügellosen Vögel" dar, deren Vorkommen auf wenige, eng umgrenzte Inselgebiete beschränkt war. Allenthalben begegnen wir in der Natur dem Kampfe ums Dasein und der von diesem Kampfe bedingten Anpassung. Wir erstaunen vor der unerschöpflichen Erfindungsgabe der Natur, die beispielsweise der räuberischen Gottesanbeterin die Gestalt eines harmlosen Pflanzenblattes gab, damit sie ihre Opfer und ihre Verfolger leichter täuschen könne, oder den wehrlosen Nachtschmetterlingen einen Mantel umhängte, der so wunderbar genau die Zeichnung der Baumrinde nachahmt, daß die Tiere sorgenlos vor den Augen ihrer Feinde bei Tag schlafen können.

Ueberall sehen wir Spezialisierungen und Anpassungen an den Kampf; die flügellosen Vögel aber scheinen Anpassungen an einen Zustand des ewigen Friedens zu sein.

Am deutlichsten zeigt dies die **Dronte**. Dieser ganz unwahrscheinliche Vogel lebte nur auf zwei Inseln an der Ostküste Afrikas, auf **Mauritius** und **Reunion**. Er sah aus wie ein riesenhafter, gerupfter Schwan, dessen komischer Eindruck noch durch den krummen Geierschnabel gehoben wurde. Tausende und Tausende von Dronten bevölkerten die Küste von Mauritius, als im Jahre 1497 **Vasco da Gama** die Insel sichtete. Er nannte sie nach dem Aussehen der spaßigen flügellosen Bewohner „die Schwaneninsel". Die holländischen Matrosen erschlugen mit Rudern und Holzprügel in der Folge die unbeholfenen Dronten, die so fett waren, daß sie kaum watscheln konnten, zu Tausenden und rotteten so in kurzer Zeit dieses Kuriosum der Vogelwelt gänzlich aus.

In der nächsten Nachbarschaft der Dronten, allerdings auf einer mächtig ausgedehnten Insel, nämlich auf **Madagaskar**, war eine ganz andre Familie flügelloser Vögel heimisch, die in alter und neuer Zeit die Phantasie des Volkes und der Gelehrten beschäftigt hat. Es war kein geringerer als der Märchenvogel Rock, ein Riese von fünf Meter Höhe, dessen Ei einen Fassungsraum von neun bis elf Liter hatte. (Das entspricht dem Inhalt von sechs Straußen- oder 50.000 Kolibrieiern.) Der Vogel Rock von Madagaskar und seine kleineren Verwandten sind ausgestorben, bevor noch der im Ausrotten erprobte Europäer Madagaskar kolonisiert hatte. Man fand wohl zahlreiche noch unversehrte Rieseneier und späterhin Knochenreste, die ergaben, daß etwa zwölf Arten des flügellosen, zu den Straußen gehörigen Wundervogels auf Madagaskar und nur auf Madagaskar existierten. Die kleinsten Vertreter dieser Gattung, die den wissenschaftlichen Namen **Aepyornis** trägt, waren nicht viel größer als ein Haushuhn, die größten erreichten eine Höhe von fünf Meter.

Weltweit von Madagaskar entfernt, auf der Südseedoppelinsel **Neuseeland**, gab es, aller Wahrscheinlichkeit nach bis in den Anfang des neunzehnten Jahrhunderts, ganz ähnliche Vogelriesen, die Riesenstrauße oder **Moa**, die eine Höhe von vier Meter erreichten. Der Häuptling **Naupa-raha**, der noch um die Mitte des vorigen Jahrhunderts lebte, erzählte, daß er in seiner Jugend das Fleisch eines Riesenstraußes gegessen habe. Als dieser Häuptling starb, soll sein Leichnam mit einer Moafeder geschmückt worden sein. — Ungeheure Mengen von Knochen, regelrechte Massengräber der Riesenstrauße, wurden auf Neuseeland gefunden. Die auf dem verhältnismäßig engen Raume der Insel fast ganz wehrlosen Tiere fielen der Fleischgier der Eingebornen zum Opfer, und so sind uns auch von diesen seltsamen Vögeln nur Knochenreste, vereinzelt auch Stücke mit noch anhaftenden Weichteilen, erhalten geblieben.

Der einzige noch lebende Rest dieser Vogelfamilie sind die Schnepfensträuße, der gerade Gegensatz ihrer riesenhaften Verwandten. Es sind Straußenzwerge, die ein ganz sonderbares Leben führen. Sie haben weder Schwanz noch Flügel; nur am Skelett sind die lächerlichen Aermchen erkennbar. Hätten sie nicht einen langen krummen Vogelschnabel, man könnte sie für alles eher, denn für Vögel halten. Sie leben im Schutze der Nacht in den Urwäldern Neuseelands; tagsüber schlafen sie in Höhlen, meist unter Baumwurzeln.

Die Vogelarten, von denen bisher die Rede war, gehören mit Ausnahme der Dronte zu den Sträußen, mit deren Flügellosigkeit wir uns von der Schule her abgefunden haben. Das stärkste Argument für die „pazifistische" Anpassung ist für den Schluß aufgehoben: ebenfalls auf Neuseeland hat — in einer paradiesischen, fast gänzlich feindlosen Umwelt — sogar ein Papagei das Fliegen verlernt. Es ist der große grüne Erd- oder Eulenpapagei, der **Kakapo** der Maori. Er ist zwar grün, wie es sich für einen Papagei ziemt, aber er sieht einem Uhu ähnlicher als seinen Artverwandten; auch der Größe nach gleicht er dem Uhu. Die Eulenähnlichkeit hat er von seinem nächtlichen Lebenswandel, das Erstaunlichste an ihm ist aber seine Flügellosigkeit. Sein Brustkorb ist flach wie der des Pinguin und seine Flügelchen sind gerade so groß, daß er sich damit Luft zufächeln könnte, wenn er das wollte.

Die Tatsache, daß alle die geschilderten Vogelarten durch den Menschen mit höher entwickelter Kultur — denn die auf Madagaskar und in die Südsee eingewanderten Polynesier besaßen eine höhere Kultur als die Ureingebornen — ausgerottet wurden oder durch das Vordringen des Europäers unrettbar dem Aussterben geweiht sind, ist der untrügliche Beweis dafür, daß die Natur mit den flügellosen Inselvögeln den Versuch einer Anpassung an ein ursprünglich kampfloses Dasein gemacht hat.

Auf dem Marsfeld sollte die Petition unterzeichnet werden, auf demselben Altar des Vaterlandes, an dem ein Jahr vorher Ludwig unter frenetischem Jubel den Eid auf die Verfassung abgelegt hatte.

Eine unermeßliche Volksmenge begab sich am 17. Juli nach dem Marsfeld, um die Petition zu unterzeichnen.

Das geschah ganz friedlich, die Unterzeichner nahmen ihre Frauen und Kinder mit, man tanzte. Alles schien harmlos zu verlaufen, trotz der tiefgehenden Erbitterung der demokratischen Elemente.

Aber den Besitzern der Staatsgewalt erscheint eine gegen sie protestierende Masse immer gefährlich und der Tag der Bastille war nicht vergessen.

Die Nationalgarde wurde auf das Marsfeld beordert, um die Masse im Zaume zu halten.

Das mochte als bloße Vorsichtsmaßregel gedacht sein, aber es genügte, die Gardisten zu erregen, um so mehr, als sie in der Masse den Klassenfeind vor sich sahen. Die Erregung der Nationalgarde wurde noch geschürt durch falsche Gerüchte über die Ermordung einzelner Gardisten durch das Volk. Bewaffnete sind auch auf die Dauer schwer davon abzuhalten, gegenüber einer unbewaffneten, jedoch ihnen feindlich gesinnten Ueberzahl vom Gebrauch der Waffe abzusehen, da sie in diesem „Gebrauch“ allein die Bürgschaft ihrer Sicherheit erblicken.

Auf der andern Seite genügt schon der bloße Anblick einer bewaffneten Macht, um die Volksmasse, gegen die sie auf geboten wird, in Unruhe zu versetzen und zu erregen.

Die Militärs wissen sehr wohl, daß man, im Falle eines politischen Konflikts zwischen zwei Staaten, die mobilisierten Armeen nicht lange an einer Grenze einander gegenüberhalten kann, ohne daß schließlich die Gewehre von selbst losgehen. Massendemonstrationen gegenüber vergessen diese Herren und ihre Auftraggeber immer wieder diese Erfahrung, und verlangen von den Demonstranten eine Selbstbeherrschung, die sie der eigenen disziplinierten Armee nicht zutrauen.

Durch den Aufmarsch der Nationalgarde wurde die Situation bedrohlich, da die Demonstranten nicht auseinanderliefen, und bei ihrer ungeheuren Masse wohl auch nicht auseinanderlaufen konnten. Da entschloß sich die bewaffnete Macht zu dem Verhängnisvollsten, was sie tun konnte: zu der gewaltsamen Räumung des Platzes. Aber sonderbarerweise: um zu räumen, rückte die Garde nicht von einer Seite aus vor, um die Demonstranten nach der andern hin und auseinanderzudrängen, sondern sie rückte von drei einander entgegengesetzten Seiten vor, als handle es sich nicht darum, die Demonstranten vom Platze zu verdrängen, sondern darum, keinen entwischen zu lassen.

Die rote Fahne wurde entfaltet, von Seite der Vertreter der Staatsgewalt. Sie war damals nicht das Zeichen des Aufruhrs, der sozialen Revolution, sondern des Standrechts, das durch ihr Hissen verkündet wurde. Die Nationalgarde begrüßte diesen Anblick stellenweise mit lautem Jubel. Sie hatte schon lange darauf gewartet, dem verhaßten und gefürchteten Klassenfeind eins zu versetzen. Die Trommeln wirbelten und Bailly, der Bürgermeister von Paris, begann die drei Aufforderungen zum Auseinandergehen auszurufen. Man genierte sich damals doch noch, auf die Masse ohne vorherige Warnung zu schießen. Aber die Nerven waren bereits zu sehr angespannt. Bailly hatte noch nicht geendet und schon gingen die Gewehre der Gardisten los. Wie später behauptet wurde, sollen einzelne Steinwürfe aus der Menge sie provoziert haben.

Zuerst feuerten sie in die Luft, aber als die Menge nicht wich, erfolgten weitere Salven direkt in sie hinein. Binnen wenigen Minuten bedeckten zahlreiche Leichen von Männern, Frauen und Kindern den Boden.

Um den Schrecken aufs Höchste zu steigern, fiel Kavallerie über die überraschten Massen her, von denen keiner bewaffnet war, keiner an Widerstand dachte.

Zum Glück waren nicht alle Nationalgarden von gleichem Blutrausch besessen. Einzelne Bataillone schossen nicht, ließen die Fliehenden passieren, schützten sie noch nach Kräften, sonst wäre das Gemetzel noch grauenhafter geworden.

Die Zahl der Opfer auf Seite der Demonstranten wurde nie festgestellt. Die meisten Schätzungen schwanken zwischen zweihundert und sechshundert, einige gingen bis zu zweitausend, was jedenfalls sehr übertrieben ist. Ebenso übertrieben nach der andern Seite die offizielle Schätzung, die angab, es habe „elf bis zwölf Tote und zehn bis zwölf Verwundete“ gegeben, eine ganz sinnlose Behauptung, die fast mehr Tote als Verwundete und weder die einen noch die andern genau aufzuzählen weiß. Anderseits steht dagegen fest: Von Seite der „Sieger“ fiel kein einziger Mann. Dafür wurden sie auch ebenso wie der Bürgermeister von Paris, der kein Seitz war, am 18. Juli von der Nationalversammlung wegen ihrer Tapferkeit beglückwünscht. Kein einziger Deputierter wagte zu protestieren. Auch nicht Robespierre.

Die Reaktion glaubte nun, sich alles herausnehmen zu können. Fast jeder, der als Demokrat und Republikaner bekannt war, wurde verhaftet oder vor Gericht gestellt. Man beschuldigte sie der Aufreizung zu Brandstiftungen und Plünderungen. Wer der Verhaftung entgehen wollte, mußte sich verbergen, so zum Beispiel Camille Desmoulins oder Marat. Andre flüchteten nach England, wie Danton, der dort mehrere Wochen blieb. „Die Revolution ist gescheitert!“ schrieb damals Marat.

Aber das war ein voreiliger Pessimismus. Die Revolution war zu tief in den Verhältnissen begründet, als daß sie nicht ihren Lauf weitergenommen hätte. Ihre Gegner selbst zwangen sie dazu.

Ludwig XVI. setzte seine verräterische Politik fort, aber seit dem 20. April 1792 unter erschwerenden Umständen, im Kriege, den Frankreich gegen das verräterische Europa führte. Dieser selbe Krieg führte zur Bewaffnung der Massen und zur Anstachelung ihrer Energie. Der republikanische Gedanke eroberte Frankreich, und als die revolutionären Pariser in den Demonstrationen vom 20. Juni und 10. August 1792 vom Königtum Rechenschaft forderten, kamen sie nicht mehr als friedliche Unterzeichner einer Petition, sondern als bewaffnete Scharen, die jede Schutzwache des Königs niederschlugen.

Der Triumph der Reaktion nach dem 17. Juli 1791 war sehr kurzlebig. Er vermochte nur wenige Monate lang den Aufstieg der Revolution zu hemmen. Aber er war keineswegs folgenlos. Das Blutbad vom 17. Juli hat den Abgrund, der zwischen den Klassen gähnte, aufs tiefste erweitert und dadurch zwar nicht die Richtung der Revolution, wohl aber die Formen, in denen sie sich vollzog, aufs tiefste beeinflußt.

In seiner „Geschichte der Französischen Revolution“ sagt Louis Blanc (am Ende des siebenten Kapitels des sechsten Buches):

„Das Massaker vom Marsfeld hinterließ in der Seele des Volkes einen unvergänglichen Gärungsstoff von Haß und Rache. Es gab von vornherein den Tagen des 20. Juni und 10. August (1792) den Charakter einer Revanche. Denn Ereignisse dieser Art gehen an einer Gesellschaft nicht vorbei, ohne ihre Spuren zu hinterlassen. Die Tragweite jenes Blutbades war unberechenbar, war furchtbar.“

Kein Zweifel, Ereignisse dieser Art hinterlassen Spuren, furchtbare Spuren in dem Gemüt der Bevölkerung, die von ihnen betroffen wird. Trotzdem müssen die Konsequenzen des Blutbades von 1927 nicht die gleichen sein wie die des Blutbades von 1791. Damals folgten dem 17. Juli die Septembermorde des nächsten Jahres, begangen gerade von jenen, die von dem Massaker auf dem Marsfeld am meisten getroffen waren. In jenen Tagen folgte dem bürgerlichen Terror von 1791 der kleinbürgerlich-proletarische von 1792 und 1793. Das muß diesmal glücklicherweise nicht wieder so kommen.

Seitdem sind dreizehn Jahrzehnte vergangen, dreizehn Jahrzehnte demokratischer Kämpfe, aber auch demokratischer Errungenschaften und Ergebnisse. Die Massen von 1791 waren völlig unorganisiert, politisch unwissend, gläubig jedes Gerücht, jede Illusion aufnehmend, jede Augenblicksstimmung durch ihr bloßes Beisammensein maßlos verstärkend. Sie konnten dem König heute zujubeln, als dem besten Vater des Volkes, um ihn morgen, durch ihn enttäuscht, auf das Schafott zu schleppen. Heute fühlten sie sich als Herren im Staate, doch einige Gewehrsalven genügten, die demokratische Bewegung anscheinend völlig auszulöschen und eine Panik hervorzurufen, der selbst die Tapfersten nicht standhielten. Nach einigen Monaten aber war die Panik verflogen und zeigte sich der Volkszorn unwiderstehlicher denn je. Dabei wurde der Terror, die eigentliche politische Methode von beiden Seiten, einmal von rechts, dann von links, und schließlich wieder von rechts.

Das ändert sich im Laufe der späteren Jahrzehnte um so mehr, je länger die arbeitenden Massen die Möglichkeit haben, sich zu organisieren und eine eigene Presse zu gewinnen sowie sich zu bilden, nicht nur in Schulen, sondern auch, und namentlich in politischer und gewerkschaftlicher Praxis, in Wahlkämpfen, in Streiks, in dem Verfolgen parlamentarischer und kommunaler Tätigkeit und dergleichen. Je mehr so die Massen geschult werden, um so schwerer wird es, sie durch Gewalttaten einzuschüchtern, aber auch um so schwerer, sie zu Gewalttaten aufzureizen, die der Sache der sozialen Höherentwicklung nicht förderlich sind.

So sind auch die Folgen des jüngsten Blutbades ganz andre, als die des Massakers auf dem Pariser Marsfeld 1791. Keine Panik, kein Verschwinden der sozialdemokratischen Bewegung, keine Flucht ihrer Führer. Rein menschlich betrachtet hat das Proletariat schwere Verluste erlitten an Menschenleben, Verluste, die am tiefsten empfunden werden von unserer Partei. Denn uns ist nicht, wie den Ausbeutern, der arbeitende Mensch bloßes Mittel für ihre Zwecke, sondern Selbstzweck, das Menschenleben daher heilig.

Aber so tief wir die gefallenen Opfer beklagen, unsere Sache selbst ist unerschüttert. Nicht nur haben unsere Organisationen ihre Geschlossenheit bewahrt, auch der Geist, der sie beseelt, ist nicht minder kraftvoll, wie bisher.

Je mehr dies zutrifft, desto mehr dürfen wir erwarten, daß auch die Saat des Hasses und der Rache, die jedes Blutbad unvermeidlich sät, nicht so furchtbare Folgen nach sich ziehen wird, sobald das Proletariat einmal zur Macht kommt, wie das in den Tagen der großen bürgerlichen Revolution der Fall war.

Das wird für unsere Gegner noch wichtiger als für uns.

Der Vormarsch des Proletariats ist ein unaufhaltsamer — ebenso unaufhaltsam, wie der der Großindustrie. Noch kein Blutbad konnte ihm dauernd Halt gebieten, auch das grausamste nicht. Auch nicht die Tausende von Proletarierleichen, die der Junikampf von 1848, die blutige Maiwoche von 1871 kosteten. Vergeblich triumphierten nach jeder dieser furchtbaren Tragödien die Sieger und wähnten, der Hydra des Lohnproletariats seien die Köpfe für immer zertreten. Aber die moderne Gesellschaft kann ohne diese Hydra nicht leben, sie muß sie immer wieder selbst hervorrufen und immer mehr verstärken, will sie existieren können.

Der Sieg des Proletariats ist gewiß. Ungewiß jedoch die Art, wie er sich vollzieht. Niemand hat ein größeres Interesse als gerade die besitzenden Klassen, daß er in größter Milde vor sich geht, daß er eintritt unter Bedingungen, in denen die Methoden der Demokratie bei allen Klassen fest eingewurzelt sind.

Die Gemütsart der unteren Klassen hängt in hohem Maß ab von der Art, wie der Herrschaftsapparat der oberen sie behandelt. Härte und Grausamkeit bei Polizisten und Richtern ebenso wie bei Fabrikdirektoren haben die Tendenz, auch Härte und Grausamkeit im Proletariat zu erzeugen. Sie wirken am erbitterndsten dort, wo sie sich mit Milde gegenüber Verbrechern an dem arbeitenden Volke paaren. Welche Sinnlosigkeit der Sieger von heute, aber der Besiegten von morgen, in den kommenden Siegern durch die eigene Praxis solche Gemütsart künstlich zu züchten!

Leider zeigt die Erfahrung, daß solche Erwägungen auf die herrschenden Klassen nie Einfluß übten. Ihre Herrschgier ist ebenso kurzsichtig wie ihre Profitsucht, sie verrohen ebenso unbedenklich die Volksmassen, wie sie Raubbau an den wichtigsten Produktivkräften treiben.

Trotzdem brauchen wir nicht zu verzweifeln. Das Proletariat hat es verstanden, in den vier Menschenaltern der demokratischen Bewegung in Europa (auf dem Festland; in England setzte sie schon früher ein) trotz allen Hindernissen und der Infamien der herrschenden Klassen nicht bloß sich selbst immer mehr zu bilden und zu kräftigen, sondern auch seine Ausbeuter immer mehr zu zwingen, es mit vermehrter Rücksicht zu behandeln und so alle überflüssigen Härten und Grausamkeiten des Klassenkampfes immer mehr verschwinden zu machen.

Es wäre eine Illusion, zu erwarten, die ausbeutenden Klassen würden die ausgebeuteten zu immer größerer Menschlichkeit erziehen. Ihre Praxis wirkt in entgegengesetztem Sinne. Wohl aber ist es das Proletariat, dessen Praxis dahin geht, nicht bloß sich selbst, sondern auch seine Ausbeuter im Sinne der Humanität zu erziehen, ihnen immer mehr Menschlichkeit aufzudrängen.

Diese beiden Wirkungen sehen wir in der heutigen Gesellschaft tätig. Zeitweise überwiegt die von den Ausbeutern verfochtene, die auf Verrohung der Massen abzielt. Aber sie vermag sich nirgends dauernd durchzusetzen. Schließlich macht sich immer wieder das Proletariat Bahn und es erweitert dabei das Regime der Menschlichkeit in allen Schichten der Bevölkerung.

Vor dem Kriege deuteten viele unter uns diese Erscheinung als eine Milderung der Klassengegensätze. Das war ein Irrtum. Sie spitzen sich immer schroffer zu. Damit werden auch die Formen, in denen die Klassengegensätze ausgefochten werden, immer gewalttätiger, wenn die steigende Macht des Proletariats das nicht zu paralysieren wüßte.

Der Krieg und der ihm vielfach folgende Bürgerkrieg haben auf die nach Humanität verlangende Gemütsart des Proletariats vielfach schlecht gewirkt und die allgemeine Roheit aller Klassen gesteigert. Aber wo sich das Proletariat Selbständigkeit und Freiheit bewahrt oder erobert hat, da überwindet es rasch die verrohenden Wirkungen des Krieges, da tritt es überall als der stärkste unter den Faktoren der heutigen Gesellschaft hervor, die nach Menschlichkeit verlangen, menschliche Formen des Klassenkampfes anstreben und schließlich auch durchsetzen.

Und so dürfen wir hoffen, daß die Unmenschlichkeiten des Blutbades vom 15. Juli, so tief sie uns erregen und so sehr sie die Gegensätze der Klassen bei uns vertiefen, doch nicht jene furchtbare Saat säen, die das Blutbad auf dem Marsfeld ausstreute. Wir erwarten dies, weil wir volles Zutrauen zu der Kraft des österreichischen Proletariats haben. Denn nur seine wachsende Kraft verbürgt uns das Obwalten der Humanität in den kommenden Klassenkämpfen. Gelänge es den herrschenden Klassen, das Proletariat für längere Zeit zu knebeln, zu entrechten, zu mißhandeln, dann würde das den schließlichen Sieg der Arbeiterklasse nicht aufhalten, wohl aber würde es die ihm innewohnenden Tendenzen zur Humanität arg verkümmern.

Wir müßten das aufs tiefste bedauern. Jedoch am schlimmsten bedroht würden dadurch die Scharfmacher von heute.

Attentat auf einen Gesandten.

Washington, 30. Juli (Tel.-Komp.) Gestern wurde der Gesandte von Guatemala in seinem Bureau in Washington mit einem Schuß in der Brust schwer verletzt aufgefunden. Man zweifelt an seinem Aufkommen. Ueber die Ursache der Verletzungen ist man sich bisher nicht im klaren, da die Gemahlin des Gesandten jede Auskunft verweigert.

Die tschechoslowakische Regierung ernennt Mehrheiten.

Schamlose Wahlfälschung in den Landesvertretungen.

(Telegramm der „Arbeiter-Zeitung.")

Prag, 29. Dezember. Nach wochenlangen Beratungen der Regierungsparteien hat heute die Regierung endlich die Ernennungen der „Fachleute", die die Regierung in die Landesvertretungen entsendet, kundgemacht. Die Landesvertretungen in der Tschechoslowakei werden nämlich zu zwei Dritteln in direkter Wahl gewählt, ein Drittel der Mitglieder wird von der Regierung ernannt. Wie zu befürchten war, hat die Regierung ihr Ernennungsrecht dazu mißbraucht, das Ergebnis der Wahlen zu verfälschen. Sie hat in allen Landtagen künstlich eine Mehrheit der Regierungsparteien geschaffen. In Böhmen, wo von den achtzig gewählten Mitgliedern der Landesvertretung nur vierunddreißig den Regierungsparteien angehören, wurden achtundzwanzig Angehörige der Regierungsparteien und nur zwölf Oppositionelle ernannt. Besonders kraß ist das Unrecht im Lager der deutschen Parteien. Durch diesen schamlosen Mißbrauch ihres Ernennungsrechtes verfügt die Regierung nunmehr in allen Landesvertretungen über eine sichere Mehrheit.

Die Krise in Jugoslawien.

Belgrad, 29. Dezember. Die Führer der Regierungsparteien haben heute vormittag eine Sitzung abgehalten, die als ein letzter Versuch angesehen wurde, um eine Einigung zwischen den Koalitionsparteien zustande zu bringen. In der Konferenz gab Davidovic, der Führer der serbischen Demokraten, die Erklärung ab, seine Partei beharre auf der restlosen Erfüllung ihrer bisherigen Forderungen. Dadurch erscheinen die Bestrebungen, die auf eine Kompromißlösung abzielten, gescheitert.

Nach der Konferenz begab sich Ministerpräsident Dr. Korosec zum König. Nachmittags trat der Ministerrat zusammen. Ueber das Resultat der Beratung bewahrten die Minister strengstes Stillschweigen. Abends wurde ein Kommuniqué des Ministerpräsidiums an die Presse übermittelt, worin es lediglich heißt, daß Ministerpräsident Korosec über seine Besprechungen mit den Führern der Koalitionsparteien berichtet habe.

Der Ministerrat ist für morgen vormittag neuerlich einberufen. Der Ministerrat wird entweder den Rücktritt der Gesamtregierung beschließen oder aber es wird eine Kabinettsrekonstruktion in der Weise erfolgen, daß die demokratischen Minister aus der Regierung Korosec austreten werden.

Die Versteigerung des Gesandtschaftspalais verboten.

Prag, 29. Dezember. (Tel.-Komp.) Die Frage der Versteigerung des ungarischen Gesandtschaftspalais hat eine überraschende Wendung genommen. Das Außenministerium hat die Versteigerung eines Gesandtschaftsgebäudes aus Gründen des Völkerrechtes und nach den diplomatischen Gepflogenheiten für unzulässig erklärt. Es scheint auch, daß die Gerichte die Exekution in Unkenntnis der Tatsache bewilligt haben, daß es sich um ein Gesandtschaftsgebäude handelt, da das Bewilligungsbegehren des betreibenden Gläubigers von einem dem ungarischen Staate gehörigen Hause in Prag Nr. 616/III spricht, ohne ausdrücklich zu erwähnen, daß dieses Gebäude Sitz der ungarischen Gesandtschaft sei.

Der Sieg des Königs von Afghanistan.

(Telegramm der „Arbeiter-Zeitung.")

London, 29. Dezember. Das erste seit vierzehn Tagen aus Kabul direkt eingelangte Telegramm einer englischen Nachrichtenagentur meldet, daß die Aufständischen Dienstag den Kampf aufgegeben haben. Der Aufstand sei durch den Schwager des Königs unterdrückt worden. Amanullah habe die Hauptstadt während der ganzen Zeit nicht verlassen und die Regierungstruppen hätten niemals gegen den König revoltiert. Es werden Friedensverhandlungen geführt.

Bisher sind 68 europäische Frauen und Kinder mittels Flugzeuges aus Kabul abgeholt worden. Dabei ereignete sich ein Unfall, da eine deutsche Frau vom Propeller erfaßt und schwer verletzt wurde.

Belgrad, 29. Dezember. Das Professorenkollegium der philosophischen Fakultät der Belgrader Universität hat einstimmig beschlossen, dem deutschen Publizisten Hermann Wendel, dem französischen Publizisten August Govin und dem englischen Publizisten Seton-Watson in Würdigung ihrer dem jugoslawischen Volke wiederholt bewiesenen Freundschaft das Ehrendoktorat der Belgrader Universität zu verleihen.

Die Einigung in Hainfeld.

Viktor Adlers Werk.

Von Karl Kautsky.

Vierzig Jahre sind es her, daß in Hainfeld ein Kongreß unserer Partei zusammentrat, der von allen ihren bisherigen Tagungen am denkwürdigsten geworden ist.

Wir waren unserer hundertzehn, die am 30. Dezember in Hainfeld zusammentraten — neben Ignaz Auer und Heinrich Braun nahm ich als Gast an dem Parteitag teil. Heute werden von den damals Anwesenden kaum noch ein Dutzend da sein, die den Gedenktag begehen können. Erst kürzlich wieder ist einer der Hainfelder Delegierten dahingegangen, der damals noch blutjunge Resel. Und nur wenige Wochen ist es her, da hatten wir den zehnjährigen Todestag des Mannes zu begehen, der mehr als ein anderer zu dem Gelingen des Hainfelder Kongresses beigetragen hat, Viktor Adler.

Von den dort Anwesenden waren fast alle erprobte Kämpfer, die schon Schweres hinter sich hatten. Bittere Erfahrungen hatten die meisten von ihnen nüchtern und illusionslos denken gelehrt. Trotzdem erfüllte uns alle der Verlauf des Parteitages mit stolzer Zuversicht. Wir fühlten: nach so vielen Jahren der Trübsal und des Niederganges setzt nun endlich wieder der Aufstieg ein.

Unsere Zuversicht hat uns nicht getrogen. Im Gegenteil. Es trat der seltene Fall ein, daß die Zukunft mehr geleistet hat, als wir damals erwarteten. Hainfeld ist noch mehr geworden, als es uns damals erschien. Nicht nur der Beginn erneuten Aufstiegs, sondern geradezu eine Grenzscheide zweier Zeitalter unserer Bewegung, des Kindesalters und des Mannesalters. Des Zeitalters unsicheren Tastens, Experimentierens, ewiger Zerklüftung und Spaltung einerseits, und anderseits des Zeitalters bewußter, konsequenter Arbeit auf sicherer, theoretischer Grundlage, in voller Einmütigkeit und Geschlossenheit.

Von Hainfeld an ist die österreichische Sozialdemokratie bewußt und konsequent marxistisch. Bis dahin war sie unter den sozialistischen Parteien der Welt eine der zerrissensten, wenn nicht die zerrissenste gewesen. Von nun an wurde die Sozialdemokratie Deutschösterreichs die einheitlichste und geschlossenste unter ihnen.

Das verdankte sie vor allem der überragenden Größe eines einzelnen Mannes, der es verstand, das Vertrauen der feindlichen Brüder von rechts und links zu gewinnen, dessen überlegene Einsicht die einen wie die andern anerkannten, und dessen selbstlose Hingabe an unsere große Sache sie alle fühlten, dessen Kühnheit sie alle in jenen trostlosen Zeiten aufrichtete. Dabei hat es in der ganzen Sozialistischen Internationale bisher kaum jemanden gegeben, der so sehr wie jene Persönlichkeit es vermochte, tiefes theoretisches Verständnis mit der großen praktischen Kunst der Menschenbehandlung zu vereinigen, die Praxis des Alltags zu meistern, ohne je unsere fernsten Ideale aus den Augen zu verlieren. Solch ein Mann war Viktor Adler. Des Hainfelder Parteitages gedenken, heißt seiner gedenken. Er vollbrachte damals seine erste bedeutende Leistung in unseren Reihen.

Man sagt vielfach, daß unsere materialistische Geschichtsauffassung der einzelnen Persönlichkeit jede Wichtigkeit für den Geschichtsverlauf abspricht. Das ist nicht ganz richtig. In jedem Abschnitt der Geschichte sind allgemeine, dauernde und besondere, vorübergehende Erscheinungen zu unterscheiden. Die allgemeinen, dauernden hängen von großen Gesetzmäßigkeiten ab, die von keiner einzelnen Persönlichkeit beeinflußt werden können, mag sie noch so begabt oder mächtig sein. Aber jede einzelne historische Erscheinung weist neben vielem Allgemeinen, das sie mit andern gleichartigen Vorkommnissen gemein hat, auch manche besondere Eigentümlichkeiten auf, die sie von andern gleichartigen unterscheiden. Diese Eigentümlichkeiten hängen von besonderen Faktoren ab, die wir bisher noch nicht als gesetzmäßige zu erkennen vermochten. Zu diesen Faktoren gehören einzelne hervorragende Persönlichkeiten.

Das gilt auch von der sozialistischen Bewegung. Ihr allgemeiner Charakter hängt ab von den allgemeinen ökonomischen Bedingungen, namentlich den Klassengegensätzen unserer Zeit. Aber das Besondere, zum Beispiel der bolschewikischen Bewegung Rußlands, hängt von besonderen Eigentümlichkeiten des Landes ab, und auch von der Eigenart einzelner Personen, wie Lenin.

In diesem Sinne kann man von der österreichischen Sozialdemokratie seit Hainfeld sagen, daß für das Besondere, das sie von andern sozialdemokratischen Parteien unterscheidet, der Einfluß Viktor Adlers in besonders hohem Maße wirksam geworden ist.

Er hat in Hainfeld die Partei nicht bloß geeinigt, er hat dies auch auf Grundlage eines Programms vollbracht, das nicht nur für die Sozialisten Oesterreichs richtunggebend wurde. Es war das erste marxistische Programm in deutscher Sprache überhaupt, das für den Klassenkampf wirksam wurde.

Genau genommen, besaß die österreichische Sozialdemokratie allerdings schon vor Hainfeld ein gut marxistisches Programm. Vielleicht darf ich die Gelegenheit benützen, die amüsante Episode zu berichten, die das Zustandekommen dieses Programms darstellt.

Es war 1882. Zum 15. Oktober war ein Arbeitertag nach Brünn einberufen worden, um zu versuchen, die Radikalen und Gemäßigten zu einigen oder, wenn dies nicht gelang, die letzteren unter sich zusammenzuschließen. Damals wurde schon versucht, was erst in Hainfeld sechs Jahre später gelang. Ich war auch dorthin delegiert, ging vom Bahnhof gleich in das Kongreßlokal, begegnete dort Bardorf, der mich anrief: „Schnell, wir fangen schon an. Gib' den Programmentwurf her."

Verwundert frage ich: „Welchen Programmentwurf?"

„Es ist beschlossen worden, du sollst einen Programmentwurf ausarbeiten und vorlegen."

„Das mögt ihr beschlossen haben, aber gesagt hat mir kein Mensch was davon."

Große Verzweiflung. Was tun? Das neue Programm stand als erster Punkt auf der Tagesordnung. Die Verhandlungen sollten sofort beginnen. Da kam mir ein rettender Gedanke. Ich rief Bardorf zu: „Dehnt die Eröffnungsformalitäten wenigstens eine Viertelstunde länger aus. In der Zeit schaff' ich's."

Der rettende Gedanke bestand in folgendem: Ich erinnerte mich genau des Wortlautes des Programms, das Marx mit Guesde und Lafargue im Sommer 1880 für die französische Arbeiterpartei ausgearbeitet hatte. Das Programm schrieb ich jetzt einfach ab, mit Anpassung an die besonderen Verhältnisse Oesterreichs, und wurde gerade rechtzeitig fertig, um es dem Kongreß vorlegen zu können. Es wurde von den „Radikalen", die keine Ahnung von seinem Ursprung hatten, als „abgedroschenes, wurmstichiges Programm" beschimpft, vom Parteitag jedoch angenommen.

Es bildete das erste marxistische Parteiprogramm in deutscher Sprache. Doch hat es nie irgendeine historische Wirksamkeit entfaltet. Im Wirbel der Spaltung und der Ausnahmegesetze ist es unbeachtet verschwunden. Das Hainfelder Programm dagegen ist bis heute noch unter uns lebendig, wenn auch veränderte Verhältnisse uns seitdem schon zweimal zu einer neuen Fassung des Programms veranlaßten, die aber nur Erweiterungen und Ergänzungen sowie manche Neuformulierung brachten, im Geiste aber mit dem alten Programm ganz übereinstimmen.

Als jenes Brünner Programm angenommen wurde, gehörte Viktor Adler noch gar nicht zur Partei. Ich lernte ihn im gleichen Jahre kennen als festen Deutschnationalen. Doch sein Interesse für die sozialistische Bewegung Oesterreichs reichte bis in deren Anfänge zurück. Sie war ihm wie der ganzen österreichischen Oeffentlichkeit nach kurzem, glänzendem Aufstieg aus den Augen geraten. Seit 1882 näherte er sich ihr wieder. Zuerst meiner Person, dann im nächsten Jahre unter meiner Vermittlung Bebel und Engels. Gleichzeitig trat er auch in Beziehungen zu sozialistischen Arbeitern Wiens. Auf das rapideste, und doch gründlichste und verständnisvollste machte er sich nun binnen weniger Jahren mit der Theorie wie der Praxis der sozialistischen Bewegung vertraut. Wozu so ziemlich jeder von uns fast ein Dutzend Jahre gebraucht hat, um es zu beherrschen, dazu dienten ihm zwei bis drei Jahre. Schon 1886 war es sein Geist, der die sozialistische Bewegung Oesterreichs führte und belebte.

Das Programm, das er in Hainfeld vorlegte, bezeugte bereits, wie gut er den Marxismus begriffen hatte, der damals selbst in der deutschen Sozialdemokratie noch um Anerkennung und Verständnis zu ringen hatte. Mein Anteil an der Ausarbeitung dieses Programms war sehr bescheiden. Viktor Adler legte mir, als ich im Herbst 1888 nach Wien kam, bereits den fertigen Entwurf vor. Abgesehen von einigen Kleinigkeiten hatte ich nichts zu tun, als ihn für eine sehr gelungene Leistung anzuerkennen und meinen „Segen dazu" zu geben, wie sich Adler einmal ausdrückte.

Gegen die „Prinzipienerklärung" sprach in Hainfeld nur ein Redner, dessen Namen heute den wenigsten noch bekannt ist, Rißmann aus Graz. Sie wurde mit neunundsechzig gegen drei Stimmen angenommen.

Die Einmütigkeit, die sich darin zeigte, ist das Kennzeichen der Sozialdemokratie Deutschösterreichs bis heute geblieben, trotz der gewaltigen Meinungsgegensätze, die der Weltkrieg und dann das gigantische Experiment der russischen Bolschewiki in unseren Reihen hervorriefen. Sie haben so viele andre sozialistische Parteien zerklüftet und gesprengt, nicht aber die österreichische, obwohl auch sie natürlich nicht achtlos an ihnen vorbeiging.

Zu den besonderen Umständen, die den Sozialismus Oesterreichs in dieser Zeit schwerer Krisen geschlossen erhielten, gehört der Geist, der das Hainfelder Programm schuf und der es zu einer Kraft gestaltete, die bis heute unter uns lebendig ist. Dies danken wir nicht zum wenigsten einer Fähigkeit Viktor Adlers, auf die wir hier noch hinweisen wollen: Wie wenige verstand er es, eine Schule zu bilden, die fähigsten Elemente der Partei um sich zu sammeln und mit seinem Wesen zu erfüllen.

So sehr auch der Geist von Hainfeld der Geist Viktor Adlers war, so ist er bisher doch nicht mit seinem Urheber dahingegangen. Sind auch, bis auf einige letzte Mohikaner, alle tot, die in Hainfeld zusammentraten und berieten, das Wollen und Denken, das jenes Häuflein von Hundertzehn und ihre auch nicht sehr zahlreichen Mandatgeber beseelte, es hat heute das ganze arbeitende Volk Oesterreichs ergriffen, es beherrscht Millionen und wird in nicht allzu weiter Ferne das ganze österreichische Gemeinwesen beherrschen.

Wahrlich, Gewaltiges ist geschehen im Laufe eines Menschenalters seit Hainfeld und nicht zum wenigsten durch Hainfeld.

Der Hainfelder Parteitag.

Der historische Einigungsparteitag fand in Zehetners Gasthof in Hainfeld statt. Die Verhandlungen begannen Sonntag den 30. Dezember 1888 um 6 Uhr abends und dauerten bis Dienstag den 1. Jänner 1889, 2 Uhr nachmittags.

Anwesend waren 110 Delegierte. Von den Teilnehmern des Parteitages weilen heute noch folgende Genossen unter uns:

Ludwig Bretschneider, Josef Hannich, Karl Hohenberg, Karl Kautsky, Konrad Kreutzer, Ferdinand Leißner, Eduard Rieger, Georg Schmiedl, sämtliche in Wien; Dr. Adolf Braun (Berlin), Josef Holzhammer (Innsbruck), Jndra (Gmunden), Anton Stacherl (Hainfeld), Johann Steinbauer (Graz), Julius Zelinka (Graz).

Der Partei gehören heute nicht mehr an: Chwalla (Wien) und Rißmann (Graz).

Adolf Braun schwer erkrankt.

(Telegramm der „Arbeiter-Zeitung.")

Berlin, 29. Dezember. Dr. Adolf Braun, der schon seit längerer Zeit krank war und beträchtliche Alterserscheinungen zeigte, ist heute schwer erkrankt und in ein Krankenhaus gebracht worden. Die Symptome deuten auf eine akute Harnstoffvergiftung. Infolge eines älteren andern Leidens muß man leider mit einer ernsten Lebensgefahr rechnen.

Eine Hainfeldnummer des „Kampf".

In den nächsten Tagen erscheint das Jännerheft des „Kampf" als Gedenknummer „Vierzig Jahre seit Hainfeld", mit folgendem Inhalt:

Michael Schacherl: Der Geist von Hainfeld.

Emile Vandervelde (Brüssel): Viktor Adler und die Internationale.

Adolf Braun (Berlin): Deutsche und österreichische Sozialdemokratie.

Eduard Rieger: Erinnerungen an Hainfeld.

Friedrich Adler: Aus dem Briefwechsel zwischen Viktor Adler und Andreas Scheu.

Paul Keri: Die Konzentration der bewaffneten Macht.

Helene Bauer: Franz Oppenheimers Kritik des Marxismus.

M. H. Baege (Oberursel): Kulturphilosophie oder Gesellschaftswissenschaft?

Bücher: Soziologie — Volkswirtschaft.

Das Heft ist 56 Seiten stark. Preis des Heftes 80 g. Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Gumpendorferstraße Nr. 18.

Krieges ein Jahrzehnt langsamen, aber ununterbrochenen Aufstiegs. Bei gleicher Gesinnung, gleichem Willen zum Ziel, steckt hier der Unterschied der geschichtlichen Erlebnisse, der vielfach auf die politische Taktik zurückwirkt.

Aber unser Jahrzehnt hat nicht an den Grenzen Europas haltgemacht. Ueber sie hinaus erstrecken sich Ereignisse, die das Antlitz der Welt verändert haben.

Der Krieg von 1914 bis 1918 ist der letzte europäische, der erste Weltkrieg gewesen. Zwei Tatsachen bezeugen das: das Auftreten asiatischer und afrikanischer Kolonialtruppen auf den europäischen Schlachtfeldern und das Eingreifen Amerikas, das den Krieg entschied. So hat der Weltkrieg in der außereuropäischen Welt im Osten und im Westen gewaltige wirtschaftliche und politische Wirkungen hervorgerufen.

Im Osten hat die Zerstörung der Weltwirtschaft während des Krieges die Industrialisierung der bisherigen Rohstoffländer ungeheuer beschleunigt. Zugleich hat das Erlebnis des Weltkrieges die Weltherrschaft der weißen Rasse erschüttert. In Asien hat die Maschine, die Fabrik, die industrielle Revolution ihren Einzug gehalten: sie zerstört jahrtausende alte Kulturen, sie erweckt millionenmassige Völker zur Empörung gegen die Fremdherrschaft. Vierhundert Millionen Chinesen sind in die bürgerliche Revolution eingetreten, dreihundert Millionen Inder, die ganze millionenköpfige mohammedanische Welt stehen an ihrer Schwelle. In dieser ungeheuren Gärung erwacht, unter dem Druck entsetzlicher Ausbeutung entstanden, das asiatische Proletariat. Es ist noch unorganisiert, aller Kultur unkundig, es liefert die große Reservearmee des internationalen Kapitals, deren furchtbar niedrige Löhne zum Mittel des Druckes auf die europäischen Arbeiter werden. Aber kein Zweifel: schreitet jetzt erst die nationale Erhebung, die bürgerliche Revolution durch die fernöstliche Welt, so weckt die industrielle Entwicklung unweigerlich den asiatischen Arbeiter, ruft ihn in die Reihen des internationalen Proletariats.

Auf der andern Seite, im Westen, hat die Selbstzerfleischung der europäischen Völker, die Selbstvernichtung der europäischen Wirtschaft dem aufstrebenden Kapitalismus Amerikas in die gierigen Hände gearbeitet. Gestützt auf seine ungeheuren Reichtümer, unterstützt von den Umwälzungen der Technik, ist er nacheinander der Kriegslieferant, der Geldgeber, der Schiedsrichter der ganzen Welt geworden. Er schickt sich an, dem alten, verarmten Europa nach der wirtschaftlichen nun auch die politische Weltherrschaft zu entreißen. Im Wohlstand wühlend, findet er auf seiner riesigen Insel einstweilen keine proletarische Gegenmacht: die amerikanischen Arbeiter sind wirtschaftlich wohlgestellt, politisch unorganisiert, international indifferent, insular. Erst wenn die weitere Entwicklung der Technik die amerikanische Inselhaftigkeit aufheben, die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft dem amerikanischen Imperialismus Grenzen ziehen wird, dann werden auch die amerikanischen Arbeiter den Weg über die Ozeane finden.

So findet in einer weiter gewordenen Welt die Aktion des europäischen Proletariats im Osten und im Westen geschichtliche Schranken: wir müssen warten, bis die Arbeiter Asiens und Amerikas uns nachgekommen sind. Aber während wir warten, bis die treibhausmäßige Entfaltung des Kapitalismus im Westen, der Vormarsch der industriellen Produktion im Osten ihr Werk tun, vollzieht sich in Europa mit Rationalisierung, Kapitalszusammenballung, Hochschutzzöllen, steigender Lebenshaltung der Massen, aber noch stärker steigender Kapitalsmacht der Wenigen die zweite industrielle Revolution, in ihren Wirkungen nicht weniger bedeutsam als die erste. So ist die europäische Arbeiterschaft, die Kerntruppe des internationalen Proletariats, in Schranken, aber zugleich unter Druck gesetzt: sie muß warten, aber sie kann nicht aufhören, zu kämpfen. Im Gegenteil, je stärker die Arbeiterklasse, desto heftiger der Widerstand der Bourgeoisie. Je näher am Ziel, desto langsamer wird das Vorrücken. Heute sind beide Fronten tief eingegraben: der Stellungskrieg im Klassenkampf beherrscht die Stunde, stellt unerhörte Anforderungen an die Ausdauer der Kämpfenden; jeder Zentimeter, um den wir unsere Schützengräben vorschieben, kostet außerordentliche Opfer. Es ist der Heldenkampf des Alltags, den wir jetzt zu führen haben. Ihn entscheiden die Moral der Truppe, der Mut und die Zähigkeit des Horchpostens und Schwarmführers. Ihn entscheidet der Vertrauensmann, der seine zwei Dutzend Parteimitglieder zu Sozialisten macht. Zehn Jahre nach dem Krieg liegen wir im Graben, bis zu dem wir siegreich vorgedrungen sind, und warten auf das neue Sturmsignal. Wir denken des November und warten auf den Mai.

O. P.

Was uns das neue Jahr verspricht.

Von Karl Kautsky.

Welche Ueberraschungen immer das kommende Jahr für uns bereithalten mag, so wird man doch kaum irre gehen, wenn man als das wichtigste Ereignis im kommenden Jahre die Unterhauswahlen in England bezeichnet. Mit Bestimmtheit kann man heute schon voraussagen, daß sie der Arbeiterpartei einen großen Gewinn an Sitzen im Unterhaus bringen werden.

Mehr läßt sich bei dem absurden Charakter des englischen Wahlrechts leider nicht voraussagen. Es gestaltet die Wahl in hohem Maße zu einem Hasardspiel. Immerhin ist es nicht ausgeschlossen, ja sogar wahrscheinlich, daß der Wahlsieg groß genug ist, um eine neue Arbeiterregierung herbeizuführen, die auf einer solideren Basis beruht als die erste.

Das wäre ein Ereignis von ungeheurer Bedeutung nicht nur für England und nicht nur für den internationalen Sozialismus, sondern für die ganze Welt.

Gewiß wird die neue Arbeiterregierung nicht imstande sein, zu zaubern und über Nacht den Himmel auf Erden zu errichten. Sie muß aber ihrem ganzen Wesen nach darauf ausgehen, dem Kurs der inneren und äußeren Politik Englands eine ganz neue Richtung zu geben, die den vollen Gegensatz zu der bisherigen bedeutet. Das ganze Gewicht der Staatsmacht des ungeheuren britischen Weltreichs, das heute im Interesse der großen Ausbeuter wirkt, wird nun dem Interesse der arbeitenden Klassen dienstbar gemacht werden, nicht nur durch Sozialreformen, sondern auch durch Unterstützung der demokratischen Bewegungen in der ganzen Welt gegen Fascismus und Imperialismus, und durch Förderung der Friedensbewegung. Statt die ökonomischen Kräfte der Nation in sinnlosem Wettrüsten zu verschwenden und dadurch die Kriegsgefahr zu steigern, wird sie durch energisches Abrüsten, die Mittel zu weitgehenden Sozialreformen gewinnen und durch ihr Vorbild alle andern Nationen, soweit sie demokratisch regiert sind, zwingen, desgleichen zu tun, und so die mit Kriegsdrohung geschwängerte internationale Atmosphäre in eine eminent friedliche verwandeln.

Wird der erwarteten Arbeiterregierung Englands die Zeit und Kraft zuteil, in diesem Sinne erfolgreich zu wirken, dann werden davon noch weitere große Erfolge ausgehen.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale weist heute zwei große, schmerzliche Lücken auf. Die proletarischen Massen zweier Riesenreiche sind heute in ihr nicht vertreten, die der Vereinigten Staaten und Rußlands.

Es sind sehr verschiedene Ursachen, welche die einen und die andern von unserer Internationale fernhalten. Der amerikanische Arbeiter ist der bestgestellte der Welt. Er vermöchte, in einer Arbeiterpartei vereinigt, Großes für seine Emanzipation zu leisten. Aber diese Aufgabe interessiert ihn noch nicht. Der russische Arbeiter gehört zu den schlechtest gestellten Arbeitern der Welt, er ist unwissend und arbeitet unter ganz rückständigen Bedingungen. Und doch ist ihm die Aufgabe gestellt worden, sofort, mit einem Schlage eine Gesellschaft zu produzieren, die über die kapitalistische weit hinausreicht. Bei dem Versuch, diese unter den ihm gegebenen Bedingungen unmögliche Aufgabe zu lösen, reibt er seine persönlichen Kräfte ebenso wie die Produktionskräfte seines Landes vollständig auf.

So grundverschieden die heutigen Denkweisen und Methoden der Massen der russischen von denen der amerikanischen Arbeiter sind, darin stimmen sie beide überein, daß sie nicht vereinbar sind mit denen der sozialistischen Arbeiterinternationale.

Es ist dringend notwendig, die amerikanischen wie die russischen Arbeiter für unsere Internationale zu gewinnen. Das kann jedoch nicht erreicht werden durch irgendwelche taktische oder organisatorische Kniffe, sondern nur dadurch, daß Amerikaner wie Russen sich von der Richtigkeit unserer Denkweisen und Methoden überzeugen.

Das werden wir nicht erreichen durch theoretische Auseinandersetzungen. Die Vereinigten Staaten wie Rußland sind heute eine Welt für sich. Ihre Arbeiter, hier wie dort, wissen so gut wie nichts von der übrigen Welt, haben von ihr so phantastische Vorstellungen, wie die Europäer sie vor hundert Jahren von Japan oder China hatten.

Aber praktische Erfolge wirken ganz anders als theoretische Darlegungen. Namentlich praktische Erfolge in einem so hervorragenden Lande wie England. Sie machen sich überall bemerkbar, sie werden von den Amerikanern nicht übersehen, sie werden den Russen nicht dauernd unterschlagen werden können.

So kann eine englische Arbeiterregierung, wenn sie sich behauptet, nicht bloß die Notstände im eigenen Lande einen nach dem andern beseitigen, mit politischen Mitteln die ökonomischen Monopole der kapitalistischen Ausbeuter brechen, diese Ausbeutung selbst immer mehr zurückdrängen, sondern auch Frieden und Freiheit in der ganzen Welt fördern und überdies noch durch diese Erfolge die Arbeiter Amerikas und Rußlands für ihre Methoden, für die Methoden der Sozialdemokratie gewinnen und damit der sozialdemokratischen Internationale eine Schlagkraft verleihen, die sie unwiderstehlich macht.

Alles das erfordert allerdings einige Zeit. Nicht in einem Jahre kann das herbeigeführt werden. Wohl aber ist es möglich, ja wahrscheinlich, daß schon das Jahr 1929 berufen ist, den Beginn dieser Aera des sozialistischen Aufstieges zu bezeichnen, die ihren Abschluß nur finden kann in einer sozialistischen Gesellschaft.

Mit frohen Erwartungen dürfen wir daher das kommende Jahr begrüßen.

Wie kam Fiala in Untersuchungshaft? Wie wir dieser Tage berichtet haben, hatte der Kommunist Fiala mit dem Untersuchungsrichter beim Landesgericht II einen Zusammenstoß, der mit einer blutigen Verletzung des Fiala endete. Der Zusammenstoß ereignete sich, als der Untersuchungsrichter dem Fiala, den er sich hatte vorführen lassen, die Mitteilung machte, daß Fialas Haftbeschwerde von der Ratskammer zurückgewiesen worden ist. Aber wie kommt Fiala in Untersuchungshaft? Er ist bei der gesprengten Heimwehrversammlung in Ottakring verhaftet worden; die Untersuchung wird wegen § 431 St. G. (Uebertretung der körperlichen Sicherheit), § 468 (Uebertretung der boshaften Beschädigung fremden Eigentums) und § 14 Versammlungsgesetz (Nichtverlassen des Lokals nach Auflösung der Versammlung) geführt. Aber das alles sind ja nur Uebertretungen; Untersuchungshaft ist aber doch nur bei Verbrechen und Vergehen zulässig. Und welcher strafprozessuale Grund für diese Untersuchungshaft? Sie wird mit Verdunkelungsgefahr begründet. Aber daß der sogleich Verhaftete „eine auf die Ermittlung der Wahrheit hindernde Art auf Zeugen oder Mitschuldige einzuwirken oder sonst durch Vernichtung der Spuren die Untersuchung zu erschweren gesucht hat", kann selbstverständlich nicht behauptet werden. Bliebe also die „gegründete Besorgnis", daß „dies geschehen könne"; aber worauf wäre diese Besorgnis „gegründet"? Der Herr Präsident des Landesgerichtes II sollte also schleunigst aufklären, wieso diese Untersuchungshaft verhängt wurde, wieso sie aufrechterhalten worden ist — im Interesse seines Ansehens als für die Gestion im Landesgericht II verantwortlich und im Interesse des Ansehens dieses Gerichtes selbst, das mit der Verhängung einer solchen Untersuchungshaft eine Gleichgültigkeit gegenüber den gesetzlichen Vorschriften erweist, die höchst betrüblich ist. Und der Herr Präsident soll auch nicht übersehen, daß jener blutige Vorfall seinen Grund in dem Unrecht dieser Untersuchungshaft hat; um so mehr verlangt der Fall seine Aufklärung.

Was es für Auszeichnungen gibt. Allen Ernstes wird gemeldet, daß der Bundespräsident dem Bundesminister für soziale Verwaltung den Titel — eines Hofrates verliehen habe. Wie kommt nun der Herr Dr. Resch zu diesem großartigen Titel? Er ist nämlich auch Direktorstellvertreter der Arbeiterunfallversicherungsanstalt für Wien, und da anscheinend ohne Titel. Also mußte die Lücke ausgefüllt werden? Wird man fortan den Minister Resch kränken oder wird man ihn ehren, wenn man ihn — Hofrat anspricht?

Die Novemberrevolution

Der deutsche Reichskanzler Hermann Müller hat unter dem Titel „Die Novemberrevolution" (Der Bücherkreis, G. m. b. H., Berlin) seine „Erinnerungen" erscheinen lassen. „Das Buch", sagt er, „soll keine Geschichte der deutschen Revolution von 1918 werden, sondern für den späteren Geschichtsforscher eine Quelle sein." Dazu wird es sich wohl besser eignen als so manche der Erinnerungen, die wir früher zu lesen bekamen; Müllers leidenschaftslose, verbindliche Art verleugnet sich auch nicht in der Form und im Geiste seiner Darstellung — und doch ist es die Darstellung eines, der mitgekämpft hat und auf der einen Seite der Kämpfenden stand. Sollen wir uns aber wieder in die Kampfesstimmung jener Tage zurückversetzen lassen? Der Zeitabstand mag noch zu gering sein, um das Geschehen mit wissenschaftlicher Gegenständlichkeit nachzugestalten; uns nötigt jedoch ein dringenderes Bedürfnis als das wissenschaftliche — nämlich das Bedürfnis des Parteilebens, sich nicht stören zu lassen durch „Erinnerung und nutzlosen Streit" —, die Ereignisse, die man unter dem Namen Novemberrevolution zusammenfaßt, gleichwohl mit unbefangener Sachlichkeit zu prüfen.

Dazu gibt es nur einen Weg, nur ein Mittel. Das blutige Ringen, dessen Schauplatz Berlin im Dezember 1918 und Jänner 1919 war, nicht, wie es bisher von beiden Seiten geschieht, als ästhetisch und ethisch bewegter und erschütterter Zuschauer zu werten, nicht als Heldenkampf und Heldenuntergang oder als wilden sinnlosen Putsch, sondern es nüchtern in den geschichtlichen Zusammenhang der Weltgeschehnisse und bewegenden Weltkräfte jener Tage zu stellen. Der Kampf, den die Linksradikalen entfesselten, entzündete sich an der Frage der Nationalversammlung, sagt Müller. Nun wohl — doch war dies ein Kampf mit möglichen Entscheidungen? Nur wer seinen Gesichtskreis auf die Berliner Schaubühne des blutigen Dramas einengen will, kann dies glauben und behaupten. In Wahrheit stand ein Rätedeutschland in den Dezember- und Jännertagen überhaupt nicht in Frage. Das lehrt schon die Tatsache, daß der vom 16. bis 21. Dezember tagende Erste allgemeine Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte mit vierhundert gegen fünfzig Stimmen die Wahlen für die Nationalversammlung auf den 19. Jänner festlegte, obwohl die Volksbeauftragten — wenn auch bei Stimmenthaltung Eberts — den 16. Februar vorgeschlagen hatten. Die überwältigende Mehrheit der deutschen Arbeiter verlangte also die Einberufung der Nationalversammlung, und daß es keine Zufallsmehrheit war, bewiesen danach die Wahlen selbst.

Wäre es aber möglich gewesen, durch den Berliner Arbeiter- und Soldatenrat die Schicksale Deutschlands zu lenken? Der Verlauf des Ersten allgemeinen Kongresses gibt auch da eine bündige Antwort. Deputationen der Linksradikalen brachen in den Versammlungsraum ein. Sie beriefen sich darauf, daß auch das Volk von Paris die große Revolution auf solche Weise „vorwärtsgetrieben" habe. Müller bemerkt dazu, der Unterschied sei gewesen, daß die Auftritte in Paris nicht „arrangiert", sondern „spontane Kundgebungen" gewesen seien. Nun, das ist wohl der Unterschied nicht; das „Arrangierte" sieht in zeitlicher Ferne leicht und gern „spontan" aus. Der Unterschied ist vielmehr dieser: Druck auf den Konvent ausüben, hieß Frankreichs Schicksal umlenken, währenddem ein in Berlin tagender Rätekongreß in dem Augenblick, wo er sich von Berliner Demonstranten beeinflußt und beherrscht zeigte, für Deutschland Rang und Macht eines Rätekongresses verlor und zu einer gewöhnlichen gestörten Versammlung herabsank. Von ihr hätte draußen niemand Weisungen angenommen. Denn was drängte eigentlich zur eiligen Einberufung der Nationalversammlung? Es waren die Vorgänge im Reiche. Die Nationalversammlung für Württemberg war bereits einberufen, Bayern ging eigenwillig seine Wege, der schlesische Volksrat drohte den Berliner Volksbeauftragten mit einem Ultimatum von achtundvierzig Stunden Frist für den Fall, als sie die Nationalversammlung nicht einberiefen, und in Köln, wo Riesenversammlungen des Zentrums gegen die „Berliner Treibereien" Stellung genommen hatten, „war auch schon von Vorbereitungen für die Bildung einer selbständigen rheinisch-westfälischen Republik im Rahmen des Reiches die Rede . . .", ein Beweis dafür, daß die Parole „Los von Berlin!" im Reiche zog".

Auch die zeitweilige Erfolge der Spartakusbewegung in Düsseldorf und Essen

Preis im Einzelverkauf:
an Wochentagen
16 Groschen
an Sonn- u. Feiertagen
22 Groschen

Bezugspreis
für die Bundesländer:
Monatlich . . . . S 3·80
für das Ausland:
Deutschland . . . RM 2·75
Tschechosl. Republik Kč 20·—
Polen . . . . . . Zl 6·—
Jugoslawien . . Din. 55·—
Alle sonstigen dem Weltpostverein angehörenden Länder österr. Schilling 7·—

Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 1 Uhr mittags

Schriftleitung
Verwaltung
Druckerei u. Versand:
V. Rechte Wienzeile 97
Telephon:
B 29-5-10 Serie

Alleinige Anzeigenannahme:
„Annorekla“
Annoncen-, Reklame- u. Verlags-Gesellschaft
I. Schulerstraße 13
Tel. R 22-1-39 R 25-2-38.

Bezugsbedingungen für Wien:
In allen Verschleißstellen und bei Zusendung durch die Post
Wöchentlich . . . S 1·—
Monatlich . . . . . 3·80

Nr. 215. Wien, Dienstag, 6. August 1929. 42. Jahrgang.

Ein Nachruf.

Von Karl Kautsky.

Mit großer Betrübnis erfahre ich heute die Trauernachricht von dem Hinscheiden meines alten Jugendfreundes Bretschneider. Es gibt nicht viele Genossen, mit denen mich so alte Parteierinnerungen verbinden wie mit ihm.

Im Jänner 1875 trat ich der Partei bei, seit dem Winter 1876/1877 hielt ich regelmäßig Vorträge, wie bei andern Gewerkschaften so auch bei den Bildhauern. Dort kam ich bald in enge Beziehungen zu Bretschneider, einem der aufmerksamsten und verständnisvollsten Zuhörer. Bald betätigte er sich, trotz seiner Jugend, auch schon als Vorsitzender bei meinen Vorträgen sowie als Organisator solcher.

Er entwickelte sich überraschend schnell. Schon 1880 begann er im Verein mit Leißner die Herausgabe der „Plastik“, einer Zeitschrift für Bildhauer, die eine ansehnliche Anzahl von Jahrgängen erreichte und Anerkennenswertes leistete. Ich bekam Gelegenheit, seine redaktionellen Fähigkeiten kennenzulernen, da er mich zu einer Reihe von Beiträgen veranlaßte.

Doch nicht nur gemeinsames Interesse für Arbeiterbildung brachte uns einander näher, sondern auch gemeinsamer politischer Kampf. Besonders nahe schlossen wir uns einander an, als der Kampf zwischen „Gemäßigten“ und „Radikalen“ begann — diese geführt von dem unheilvollen Anarchisten Peukert. In dieser schweren Not der Partei standen wir beide im gleichen Lager und kämpften mit aller Kraft für die gleiche Sache.

So hat mich mit Ludwig Bretschneider engste Kameradschaft und Freundschaft verbunden. Meine Beziehungen zu ihm stammen aus einer Zeit, von der die jetzige Generation nur dürftige Andeutungen kennt.

Als Bretschneider zur Höhe seines Parteischaffens aufstieg und zu einem der wirksamsten Mitarbeiter Viktor Adlers wurde, war ich nicht mehr in Wien tätig. Das, was historisch geworden ist an Bretschneiders Wirken und was den österreichischen Genossen lebhaft vor Augen steht, das vermochte ich nur von der Ferne zu beobachten. Wie er tätig war für den Neuaufbau der zertrümmerten Partei und wie in steter Wechselwirkung sie mit ihm wuchs und er mit ihr, das erfuhr ich meist nur aus Zeitungen und persönlichen Mitteilungen namentlich Viktor Adlers, der Bretschneider nicht genug rühmen konnte. Diese Mitteilungen, sie konnten direkte Anschauung nicht ersetzen, aber doch dienten sie dazu, das Bild, das der junge Bretschneider während der ersten Jahre seiner Parteitätigkeit in mir erzeugt hatte, zu vertiefen und die Sympathie und den Respekt zu vermehren, die er mir von Anfang an eingeflößt hatte.

Ich darf von ihm sagen:

Ich hatt' einen Kameraden, einen bessern find'st du nit.

Mit Wehmut nehme ich Abschied vom Freund meiner Jugend. Seine Erinnerung wird mir stets teuer sein.

Karl Kautsky.

* * *

Die Trauerfeier für Bretschneider.

Der Leichnam Ludwig Bretschneiders wird Mittwoch eingeäschert. Um 3 Uhr wird die Leiche in der Aufbahrungshalle des Krematoriums aufgebahrt. Um ¾6 Uhr wird der Sarg geschlossen und auf die Freitreppe des Krematoriums getragen. Dort wird die Leichenfeier abgehalten.

Für den reservierten Raum werden vom Wiener Sekretariat Karten für die Funktionäre ausgegeben.

Heute beginnt die Haager Konferenz.

Der belgische Ministerpräsident Jaspar Vorsitzender.

(Bericht der Arbeiter-Zeitung.)

Amsterdam, 5. August. Heute beginnt die Haager Konferenz. Alle ausländischen Delegierten sind bereits im Haag eingetroffen. Die Vorverhandlungen haben begonnen. Den Vorsitz in der Finanzkommission wird wahrscheinlich der japanische Hauptdelegierte, den Vorsitz der politischen Kommission, die sich hauptsächlich mit der Rheinlandräumung beschäftigen wird, wird der italienische Delegationsführer übernehmen, während mit dem Vorsitz der Gesamtkonferenz der belgische Ministerpräsident Jaspar betraut werden dürfte. Es besteht die Absicht, die Leitung der Verhandlungen jeweils den Mächten zu übertragen, die selbst am wenigsten am Gegenstand der Verhandlungen interessiert sind.

Man rechnet damit, daß die Konferenz bis Anfang September dauern wird. Selbst die Pariser Rechtspresse gibt der Hoffnung Ausdruck, daß bis zur Septembertagung des Völkerbundes das Ergebnis der Konferenz erreicht sein und die Rheinlandräumung noch in diesem Jahre erfolgen wird.

Ein englischer Generalsekretär.

Haag, 5. August. (Tel.-Komp.) Die erste Fühlungnahme unter den Delegationen im Haag galt der Konstituierung des Büros der Versammlung.

Die Franzosen hatten den Posten des Generalsekretärs für sich verlangt, mit der Begründung, daß dem Präsidenten Jaspar ein französisch sprechendes Mitglied als erster Mitarbeiter an die Seite gegeben werden solle. Es wurde jedoch beschlossen, dieses Amt einem Engländer zu übertragen. Der holländische Außenminister Belaert van Blookland wird die Konferenz morgen um 11 Uhr vormittags im Rittersaal offiziell eröffnen. Auf seine Rede wird Briand im Namen aller Konferenzteilnehmer erwidern. Zur Eröffnungssitzung sind nur die Delegation und die Presse, nicht auch das Publikum, zugelassen.

Snowden sagt: „Wir wollen dieses Durcheinander ordnen“

London, 5. August. (Wolff.) Vor der Abreise aus London erklärte der Schatzkanzler Snowden in einer Unterredung mit einem Vertreter des „Daily Expreß“, daß er seine Pläne bereits fertiggestellt habe. Er sagte: „Wir gehen nach dem Haag, um dieses ganze Durcheinander zu ordnen. Ich glaube, daß uns dies gelingen wird. Jedenfalls werden wir unser möglichstes tun. Wir haben dieses Durcheinander angetroffen, als wir an die Regierung kamen, und wollen ihm nicht mehr gegenübertreten müssen. Wir werden vielleicht wochenlang wegbleiben müssen. Wir sind jedoch bezüglich der Ergebnisse dieser Konferenz voller Hoffnung und Zuversicht.“

Die Textilarbeiterfront bleibt geschlossen.

Die englischen Spinner lehnen es ab, über einen Lohnabbau zu verhandeln.

(Bericht der Arbeiter-Zeitung.)

London, 5. August. Der für Montag nach Manchester einberufene außerordentliche Verbandstag der Spinnereiarbeiter beschäftigte sich mit dem Antrag des Verbandsvorstandes, ihn zum Eintritt in die Verhandlungen über ein Lohnkompromiß zu ermächtigen. Der Antrag des Verbandsvorstandes wurde nach einer bloß zwanzig Minuten dauernden Debatte mit großer Mehrheit verworfen.

Der Entschluß der Delegierten ist um so bemerkenswerter, als zum erstenmal in der Geschichte des Verbandes eine Empfehlung des Verbandsvorstandes verworfen worden ist. Es hat allgemeine Ueberraschung hervorgerufen, daß auch die Delegierten des Distriktes Oldham geschlossen gegen den Vorschlag des Verbandsvorstandes Stellung genommen haben.

Da sich also die Spinner durch diesen Beschluß den ausgesperrten Webern und Kardenarbeitern völlig angeschlossen haben, ist die Front der Arbeiter, die infolge der zweifelhaften Haltung der Spinner brüchig schien, nunmehr ebenso geschlossen, wie es die Unternehmerfront seit Samstag ist. Alle Hoffnungen auf ein baldiges Ende des Konfliktes und auf eine baldige Wiederaufnahme der Verhandlungen sind damit als gescheitert zu betrachten.

Die inoffiziellen Versuche, Frieden zu stiften, gehen allerdings noch weiter. Der Oberbürgermeister von Blackburn (nicht Blackpool, wie irrtümlich berichtet wurde. Red.) hat im Sinne des ihm von dem Bürgermeister der Stadt Lancashire erteilten Auftrages mit Unternehmern und Arbeitern Verbindung gesucht. Der Vermittlungsversuch wird jedoch für wenig aussichtsreich gehalten, dagegen wird die Aktion des bekannten Lord Derby in Lancashire mit größerem Optimismus beurteilt. In Gewerkschaftskreisen haben sich in den letzten Tagen die Stimmen gemehrt, die ein Einschreiten des Generalrates der Gewerkschaften anregen. Dieser Anregung ist jedoch bisher noch nicht entsprochen worden.

Judenpogrome in Litauen.

Eine blutige Nacht in einer Vorstadt von Kowno.

Kowno, 5. August. (Wolff.) In der Nacht vom 2. zum 3. d. fanden in der Vorstadt Siabaden Ausschreitungen gegen die dortigen Juden statt. Etwa 65 Juden wurden dabei zum Teil schwer mißhandelt. Jüdische Passanten wurden auf der Straße angefallen. In einigen Fällen drangen die Täter auch in jüdische Häuser ein. Ministerpräsident Woldemaras erklärte, er werde die nötigen Maßnahmen zur Aufklärung dieser Vorfälle treffen. (Nur zur „Aufklärung“! Natürlich wird den Pogromisten nichts geschehen; unter einer so schändlichen Diktatur wie der litauischen finden alle Bluttaten und Verbrechen Unterschlupf. Red.)

Eine Bombe gegen eine Gendarmeriekaserne.

Versailles, 5. August. Gegen die Gendarmeriekaserne von Trappes wurde gestern nacht ein Anschlag verübt. Eine Bombe, die in unmittelbarer Nähe der Kaserne in eine Toreinfahrt gelegt worden war, explodierte kurz nach Mitternacht, ohne jedoch jemanden zu verletzen. Nur die Fensterscheiben der umliegenden Gebäude wurden zertrümmert. Die Polizei versichert, daß es sich um ein kommunistisches Attentat handelt.

Zehn Jahre ungarische Gegenrevolution.

Vor zehn Jahren, am 6. August 1919, hat die ungarische Gegenrevolution, nachdem sie den Kriegsplan der Revolution den vordringenden Rumänen verraten hatte, mit Hilfe der rumänischen Bajonette die Macht an sich gerissen. In Blut und Schmutz wurde das heutige Ungarn der landesverräterischen Hurrapatrioten geboren. Grausame Hetzjagd auf Proletarier, mörderische Pogrome bezeichneten den Weg vom Geburtsort der Gegenrevolution, von Szegedin, zum Blutbad von Siofok, von Siofok, wo sich Horthy an der Marterung der Gefangenen ergötzte, nach Budapest.

In dieser Zeit befanden sich die kleinbäuerlichen und kleinbürgerlichen Elemente noch in revolutionärer Gärung. Dieser Stimmung mußten auch die damaligen Führer der Gegenrevolution, deren Hilfstruppen sich zum nicht geringen Teil aus den Schichten des geistigen Lumpenproletariats rekrutierten, Rechnung tragen. Durch Proletarier- und Judenpogrome wurde das Augenmerk der Massen von den brennenden sozialen Problemen abgelenkt. Aber die einfache Wiederherstellung des ungarischen Feudalismus der Vorkriegszeit schien damals doch noch unmöglich. Unter dem Druck von Terrortruppen, aber auf Grund eines demokratischen, geheimen Wahlrechts wurden die ersten Wahlen durchgeführt, und das Hauptziel der Revolutionen, die Agrarreform, mußte versprochen werden.

In dieser Zeit der demagogischen Gegenrevolution wurde die bewaffnete und die zivile Macht der Reaktion aufgebaut. Die Arbeiter der Stadt und des Dorfes waren völlig eingeschüchtert, der einzige Träger des sozialen Fortschrittes in Ungarn, die Arbeiterbewegung, gänzlich lahmgelegt. Kleinbauern, Kleinbürger, die jüdische Bourgeoisie standen unter der fürchterlichen Einschüchterung der Massenmorde, der Pogrome. Die Groß- und Mittelbesitzer, die ungarische Aristokratie und Gentry, die alten Führer des ungarischen Staates und der Gesellschaft gewannen wieder die Oberhand und gleichzeitig mit dem Aufbau ihrer organisierten Macht räumten sie emsig mit dem „revolutionären Schutt“ auf. Durch einen Staatsstreich wurde die „altbewährte“ offene Abstimmung wiederhergestellt; nur einige wenige städtische Bezirke mit geheimer Wahl sind die spärlichen Oasen der Revolution, die vom gegenrevolutionären Sturmwind nicht hinweggefegt wurden. Ein neues Oberhaus mit starkem aristokratischen und bischöflichen Einschlag wurde errichtet, in dem, da die Restauration des Königtums der Habsburger infolge außenpolitischer Widerstände nicht gelang, wenigstens die Macht der habsburgischen Erzherzoge gesetzlich verankert wurde. Für die alten Burgen des Adels, für die Komitate und die Städte, wurde ein Wahlrecht geschaffen, in dem der plutokratische Grundsatz, das Recht des Großgrundbesitzes und des Kapitals, Triumphe feiert. Nach dem stürmischen Wellenschlag des demagogischen weißen Terrors kam die Periode der befestigten Reaktion, die den Großgrundbesitz vom Alpdruck einer radikalen Agrarreform befreite. Die Hälfte des Landes blieb in den Händen des Großgrundbesitzes, nur vier Prozent der Latifundien wurden enteignet und auch dies äußerst teuer bezahlt.

Gänzlich aber wurde die Macht des Trägers der ersten gegenrevolutionären Periode, des geistigen Lumpenproletariats, das zum Teil aus Flüchtlingen aus den abgetrennten Gebieten besteht, nicht gebrochen. Die konsolidierte Reaktion in Ungarn stellt eine eigenartige Verschmelzung der Einflüsse der alten Grundbesitzeraristokratie, des jüdischen Finanzkapitals und der Pogromhelden

Zum Parteitag.

Von **Karl Kautsky.**

Eine Grippe hat mich tückischerweise gerade vor dem Parteitag gepackt. Sie verhindert mich, ihm persönlich beizuwohnen, wie ich so gern gewünscht hätte. So sei mir gestattet, ihn hier zu begrüßen.

Es wird wenige Parteitage bisher gegeben haben, die in einer für die Partei und für den Staat so schicksalsschwangeren Stunde zusammentraten wie der jetzige.

Die Situation heute kann kaum besser gekennzeichnet werden als durch die Worte, mit denen Friedrich Engels vor einem Menschenalter die Lage der damaligen deutschen Sozialdemokratie zusammenfaßte:

Die Ironie der Weltgeschichte stellt alles auf den Kopf. Wir, die „Revolutionäre", die „Umstürzler", wir gedeihen weit besser bei den gesetzlichen Mitteln als bei den ungesetzlichen und dem Umsturz. Die Ordnungsparteien, wie sie sich nennen, gehen zugrunde an dem von ihnen selbst geschaffenen gesetzlichen Zustand. Sie rufen verzweifelt mit Odilon Barrot: La légalité nous tue, die Gesetzlichkeit ist unser Tod, während wir bei dieser Gesetzlichkeit pralle Muskeln und rote Backen bekommen und aussehen wie das ewige Leben.

Daraus schloß Engels, daß wir nicht „so wahnsinnig sein dürfen, ihnen (den Gegnern) zu Gefallen uns in den Straßenkampf treiben zu lassen", daß wir aber darauf gefaßt sein müssen, die andern würden die Verfassung brechen und die Diktatur, den Absolutismus aufrichten.

Die Lust dazu bestand im deutschen Kaiserreich bei Bismarck, auch bei Wilhelm II. Doch waren diese Tendenzen damals nicht stark genug, sich durchzusetzen.

Die gleiche Tendenz wie damals in der großen Militärmonarchie Deutschland finden wir heute in der winzigen Republik Oesterreich, aber hier in weit stärkerem Maße. Und die Bourgeoisie flüchtet heute nicht unter den Schutz einer Staatsgewalt, die ihre Militärmacht fest in der Hand hält, sondern unter den Schutz einer Militärmacht, die sich neben und über der Staatsgewalt bildet, und die nicht von erfahrenen Staatsmännern kommandiert wird, sondern von politisch ebenso unwissenden wie gewissenlosen Abenteurern. In deren Lager soll jetzt Oesterreich sein!

Sie weisen auf Mussolini und Pilsudski hin. Aber ganz abgesehen davon, daß diese durch ihre Diktaturen ihre Staaten in sehr bedenkliche Situationen gebracht haben, muß man vor allem die Heimwehrler fragen: Wo sind eure Mussolinis und Pilsudskis? Soweit diese etwas erreicht und geleistet haben, verdanken sie das nicht zum wenigsten dem, daß sie durch die Schule der Sozialdemokratie gegangen sind, in der sie nicht wenig — allerdings keineswegs genug gelernt haben.

Aber durch welche politische Schule sind die Führer der Heimwehren gegangen? Durch die des Biertisches und der Offiziersmesse. Was für politische Qualitäten diese famose Schule verleiht, haben wir an dem militärisch hervorragendsten Genie der Hakenkreuzler gesehen, an Ludendorff. Als er es versuchte, Politik zu machen, erwies er sich als der reine Tor — die Wiener sagen: Trottel. Und wie tief stehen unter ihm die Steidle und Starhemberg!

Sie wären absolut außerstande, eine dauernde Diktatur aufzurichten. Unfähig, unwissend und ideenlos müssen sie elend Bankrott machen, sobald sie versuchen, ein neues Regime herbeizuführen. Sollten sie siegen, so würde die Heimwehr eines jeden Bundeslandes, würde jeder Bandenführer eine besondere Diktatur für sich aufrichten wollen und dadurch den Bürgerkrieg und die Plünderung des Landes in Permanenz erklären.

Das ist das einzige, was die Heimwehr leisten könnte, was sie leisten würde, wenn es ihr gelänge, sich im Staate durchzusetzen.

Und unter den Schutz dieser Macht flüchten angstvoll Kapitalisten und Intellektuelle Oesterreichs, sie ziehen es vor, einer Horde gewissenloser, politisch analphabetischer Apachen diktatorische Gewalt einzuräumen, als der andern furchtbaren Alternative zu verfallen, die von einem Wahlsieg der Sozialdemokratie bei den Nationalratswahlen droht: daß Oesterreich zu derselben Höhe erhoben wird, zu der das verelendete, sterbende Wien durch seine rote Mehrheit erhoben ist: zu einem Vorbild, dessen Errungenschaften von Sozialpolitikern und Kommunalpolitikern aller Länder und aller Parteien freudig anerkannt werden.

Lieber ein im Bürgerkrieg zertretenes, von Banditen geplündertes als ein unter Wiener Methoden aufblühendes Oesterreich, das ist die Parole, der die Bourgeoisie des Landes durch blinde Angst, blinden Haß der Sozialdemokratie gegenüber verfallen ist.

In dieser Krise vertritt unsere Partei nicht bloß die Interessen des Proletariats, sondern auch die des ganzen Gemeinwesens. Durch niemanden wird dessen Gedeihen, dessen Existenz bedroht als durch die Heimwehren. Und da sich jetzt alle bürgerlichen Elemente vor ihnen beugen, findet die Heimwehrflut keinen andern Damm als die Sozialdemokratie. Diesen Damm so zu verstärken, daß er keine Lücken aufweist, wird die wichtigste Aufgabe des Parteitages sein.

Doch wird er dabei nicht mit einer, sondern mit zwei Möglichkeiten rechnen müssen, die beide in Oesterreich ihre Präzedenzien haben. Das eine dieser Präzedenzien besteht darin, daß man es in Oesterreich bisher liebte, inmitten drohender Gefahren große politische Entscheidungen leichtfertigen, gewissenlosen Burschen zu überlassen, deren Unfähigkeit ebenso groß war wie ihre Anmaßung, und die dann namenloses Unheil anrichteten.

Ein derartiger Bursche war Graf Berchtold, der den Weltkrieg entzündete, unter dem Beifallsgejubel derselben Schichten, die heute den Herren Steidle, Starhemberg und Konsorten zujubeln, die gleichen Kalibers sind wie jener Graf, nur daß sie heute nicht mehr eine Großmacht ruinieren können.

Aber das ist nur die eine Eventualität. Viel öfter als derartigen verbrecherischen Wahnsinn finden wir in Oesterreich die alte Wahrheit verwirklicht, daß nichts so heiß gegessen wird, wie es gekocht ward. Wenn es gelingt, in der nächsten Zeit einen gewaltsamen Ausbruch der Hahnenschwanzenergie zu verhindern, das Leiden aus einem akuten in ein chronisches zu verwandeln, dann ist es sehr wohl möglich, daß der Hahnenschwanz in den bürgerlichen Kreisen seine hypnotisierende Kraft verliert und durch eine andre Mode ersetzt wird.

Diese Eventualität wäre natürlich von uns mit allen Mitteln zu fördern. Wir dürfen die Heimwehren nicht unterschätzen, müssen auf das Schlimmste von ihnen gefaßt sein; müssen Mittel der Abwehr bereit halten, aber ohne Säbelrasseln, ohne Drohungen. Wo es möglich, haben wir beruhigend zu wirken.

Die Gefahr, deshalb schwach oder furchtsam zu erscheinen, darf uns nicht schrecken. Die Hauptsache ist, daß wir es nicht sind. Eine der schlimmsten Formen der Feigheit ist die, daß man das, was man für nötig hält, bloß deshalb nicht tut, weil man sich fürchtet, furchtsam zu erscheinen. Diese Art Feigheit war eines der Motive des blödsinnigen Verhaltens Wilhelms II. in den Julitagen 1914, das so viel zum Ausbruch des Weltkrieges beitrug.

Die Taktik, die wir jetzt zu üben haben, ist im Grunde keine neue.

Unsere Partei übt sie schon seit langem, stets mit Erfolg. Unser Viktor Adler hat sie in die Worte gefaßt: wir lassen uns nicht einschüchtern, aber auch nicht provozieren. Diese Taktik war es auch, die Engels kurz vor seinem Tode, in seinem politischen Testament uns ans Herz legte.

Es ist die alte, siegerprobte Taktik, die wir wieder anzuwenden haben, allerdings unter ganz neuen Bedingungen. Groß und schwer sind die Probleme, die unter diesen Umständen von dem Parteitag zu behandeln sind. Aber wir dürfen fest darauf vertrauen, daß es ihm gelingen wird, sie zu meistern.

Ich wünsche dem Parteitag besten Erfolg.

Die Verhandlungen über die Bodenkreditanstalt nicht abgeschlossen.

Die Verhandlungen über die Vereinigung der Bodenkreditanstalt mit der Kreditanstalt sind gestern fortgesetzt, aber noch nicht beendet worden. Es scheint, daß die Kreditanstalt vor allem bestimmte Zusagen der Regierung über finanzielle Zuwendungen verlangt. Da aber die Regierung solche Zusagen nicht aus eigenem machen kann, sondern zu solchen Zuwendungen durch ein Gesetz ermächtigt sein muß, ziehen sich die Verhandlungen noch hin.

Donnerstag die entscheidende Sitzung der Kreditanstalt.

Wie die Amtliche Nachrichtenstelle meldet, haben die Verhandlungen über die Fusion der Bodenkreditanstalt mit der Kreditanstalt im Laufe des gestrigen Tages günstige Fortschritte gemacht. Die entscheidende Sitzung des Verwaltungsrates der Kreditanstalt ist bereits für Donnerstag telegraphisch einberufen.

Der Geschäftsverkehr bei der Bodenkreditanstalt vollzog sich gestern mit Rücksicht auf die in Aussicht stehende Fusion in ruhiger und ungestörter Weise; die Abhebungen hielten sich in mäßigen Grenzen.

Der gestrige Vormittag bei den Banken.

Die Nachricht von dem in letzter Stunde verhüteten Zusammenbruch der Bodenkreditanstalt hat überall große Unruhe und Besorgnis hervorgerufen. Trotzdem kam es in den nicht in Mitleidenschaft gezogenen Banken nirgends zu größeren Abhebungen. Nur bei der Bodenkreditanstalt zeigte sich selbstverständlich größere Bewegung: viele Einleger verlangten ihre Guthaben zurück. Die Auszahlungen erfolgten ohne jede Schwierigkeit. Die Kreditanstalt hatte bereits die Mittel dafür zur Verfügung gestellt, der Geschäftsverkehr vollzog sich auch unter ihrer Kontrolle. Man versuchte auch, Einleger, die die Auszahlung ihrer Einlagen verlangten, auf die Kreditanstalt hinzuleiten und machte ihnen das Anbot, an Stelle eines Einlagebuches der Bodenkreditanstalt eines der Kreditanstalt zu nehmen. Dasselbe versuchte man auch bei Besitzern von Kassenscheinen. Aber auch in der Bodenkreditanstalt ist der gestrige Tag ohne besondere Zwischenfälle verlaufen, wenn auch ziemlich viele Abhebungen vorgenommen wurden.

Die Wirkung an der Börse.

Die Börsenkammer hatte verfügt, daß der Handel mit Aktien der Bodenkreditanstalt am gestrigen Tage zu unterbleiben hat: so wollte man verhindern, daß durch ein Massenanbot an Aktien der Bodenkreditanstalt der Kurs hinunterpurzelt, besonders da durch die Festsetzung des Austauschverhältnisses von vier Bodenaktien für eine Kreditaktie der Wert der Bodenaktien außerordentlich herabgesetzt und der letzte Kurswert von 94 Schilling, den man Samstag noch künstlich gehalten hat, praktisch völlig bedeutungslos geworden ist.

Die Aktien der Unternehmungen der Bodenkreditanstalt sind zurückgegangen. Im übrigen haben die andern Aktien ihre Kurse behauptet. Die Wiener Börse ist allerdings schon seit einigen Jahren so sehr verödet und die Aktienkurse so niedrig, daß die Ruhe an der Börse noch kein Zeichen einer wirklichen Beruhigung ist. In Wirklichkeit haben gerade wirtschaftliche Kreise gestern darauf verwiesen, daß die wirtschaftlichen Folgen — nicht einmal so sehr die unmittelbar in den nächsten Tagen hervortretenden, sondern die Folgen auf weitere Sicht — so schwer sein werden, daß der österreichischen Volkswirtschaft wieder böse Zeiten bevorstehen.

Die Sorgen der Bankgehilfen.

Das Präsidium des Bundes der Bank- und Sparkassengehilfen hielt gestern nachmittag eine Beratung ab, in der die Folgen der Vereinigung der Bodenkreditanstalt mit der Kreditanstalt besprochen wurden. Die Gewerkschaft wird nichts unversucht lassen, um durchzusetzen, daß bei einem eventuellen Abbau soziale Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

Die Direktorenverträge.

Bekanntlich hat sich die leichtfertige Wirtschaft in der Bodenkreditanstalt auch darin gezeigt, daß man den Direktoren ganz außergewöhnlich hohe Pensionen und Mammutabfertigungen zugesichert hat. Eine der ersten Bedingungen der Kreditanstalt soll gewesen sein, daß diese Verträge die Fusion nicht belasten dürfen. Unter diesem Drucke haben die Direktoren, die Mitglieder des Vorstandes sind, auf die Einhaltung ihrer Verträge verzichtet: sie erhalten also weder die Abfertigungen noch die Pensionen.

Die Vizedirektoren haben auf einen Teil ihrer Ansprüche verzichtet, so daß sie Jahrespensionen von fünfzehn- bis achtzehntausend Schilling erhalten. Diese für ein sorgenfreies Dasein durchaus genügenden Beträge entsprechen ungefähr dem, was die Direktoren andrer Banken erhalten. Bei der Bodenkreditanstalt waren die Pensionen allerdings viel höher.

Auch die früheren Direktoren der Bodenkreditanstalt, vor allem der frühere Generaldirektor Weiner, sollen auf einen Teil ihrer großen Pensionen verzichtet haben.

Herr Sieghart hat sich krank gemeldet...

Der Präsident der Bodenkreditanstalt, Dr. Sieghart, hat an den Verhandlungen über die Vereinigung mit der Kreditanstalt nicht mehr teilgenommen. Darin zeigt sich am deutlichsten die Tatsache, daß der früher allmächtige Mann durch den Zusammenbruch der Bank erledigt ist. Die Verhandlungen für die Bodenkreditanstalt führen einige Direktoren. Gestern ist Herr Sieghart auch nicht mehr in der Bodenkreditanstalt erschienen: er hat sich krank gemeldet.

Der Direktor Mosing der Bodenkreditanstalt, ein früherer Beamter des Finanzministeriums, hat seine Stelle im Kuratorium der Postsparkasse, in die er von den Handelskammern entsendet worden war, niedergelegt.

Ein Berliner Urteil.

(Bericht der Arbeiter-Zeitung.)

Berlin, 7. Oktober. Die Berliner Blätter berichten über den Zusammenbruch der Bodenkreditanstalt, meist nur referierend. Der „Vorwärts" berichtet von den neuen Sorgen Schobers. Die schwierige Lage der Bodenkreditanstalt sei nicht nur durch wirtschaftliche Transaktionen herbeigeführt worden, weil auch ein großer Teil der auf laufendes Konto gewährten Kredite heute bei führenden österreichischen Industriekonzernen eingefroren sei; so sei die Lage der Bodenkreditanstalt auch deshalb schwierig, weil sie schon unter der Regierung Seipel zur Sanierung gewisser, der christlichsozialen Partei nahestehender Banken herangezogen worden sei. Gelegentlich der letzten Heimwehraktionen sei auch der ausländische Kredit der Bodenkreditanstalt durch Kündigung amerikanischer Darlehen erschüttert, und die starke politische Bindung der Anstalt habe offenbar auch zur Herbeiführung der jetzigen Zahlungsunfähigkeit beigetragen. Der „Vorwärts" spricht die Hoffnung aus, daß die österreichische Oeffentlichkeit aus dieser sehr ernsten Warnung den Schluß ziehe, wie gefährlich die Erschütterung der Verfassungsgarantien und des demokratischen Systems für die Wirtschaft sei; man müsse erwarten, daß die Regierung Schober angesichts der neuen wirtschaftlichen Katastrophe sich darauf besinne, was sie dem österreichischen Volke und der Wirtschaft zumuten dürfe.

Zur Vorgeschichte des deutsch-österreichischen Bündnisses.

Absagen Kaiser Franz Josefs.

Von Ludwig Brügel.

Vor einem halben Jahrhundert — am 7. Oktober 1879 — wurde der deutsch-österreichisch-ungarische Bündnisvertrag abgeschlossen. Zwischen dem deutschen Reichskanzler Fürst Bismarck und dem österreichisch-ungarischen Minister des Aeußern, Grafen Julius Andrassy, waren langwierige Verhandlungen vorausgegangen, ehe es glückte, die traditionelle und persönliche Abneigung Kaiser Franz Josefs zu überwinden, der in Preußen stets den „Erbfeind" sah. Wenn es endlich doch zum Abschluß des Bündnisses kam — der Vertrag war ursprünglich ein Geheimvertrag —, so war die Hauptursache hievon die damalige außenpolitische Situation und vor allem die Furcht Oesterreich-Ungarns, das einige Monate vorher gemäß den Beschlüssen der Berliner Konferenz Bosnien und die Herzegowina okkupiert hatte, vor dem Rivalen Rußland, der gleichfalls seine Blicke unverwandt auf den Balkan richtete; und in der Tat, das Bündnis war, wie die 1888 erfolgte Veröffentlichung des Vertrages zeigte, ausschließlich gegen das Zarenreich gerichtet.

Von 1879 bis zum Zerfall der Habsburgermonarchie währte die Allianz, der 1883 auch Italien beigetreten war und die „als Hort des Friedens in Europa" gepriesen wurde, wiewohl sie speziell in Oesterreich große Gegnerschaften hatte, nicht zuletzt am österreichischen Hofe selbst. Wie man sich hier lange gegen den Bund mit den Hohenzollern stemmte, zeigen diplomatische Aktionen und Aktenstücke aus den Jahren vor 1879. (Die angeführten Aktenstücke entstammen dem Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv.)

Mehrere Versuche Bismarcks und Kaiser Wilhelms I. selbst, den österreichischen Herrscher zum Abschluß des Bündnisses mit Preußen und dem Deutschen Reich zu veranlassen, wurden von Franz Josef mit entschiedenen Absagen beantwortet, und erst, als man in Oesterreich-Ungarn die Notwendigkeit erkannte, den Bestand der innerlich schon morschen Monarchie durch Allianzen gegen Feinde von außen zu schützen, ging man, „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe", das Bündnis ein. Nichtsdestoweniger verhielt man sich am Wiener Hofe Freundschaftsanträgen Preußens gegenüber lange Zeit kühl bis ans Herz hinan.

Fürst Bismarck hatte wiederholt erklärt, er habe stets darauf hingearbeitet, mit Oesterreich-Ungarn ein Freundschaftsverhältnis herbeizuführen. Schon vor dem Kriege von 1866 sei dies sein Bestreben gewesen und dieser Gedanke habe sich nach Königgrätz in ihm noch verstärkt; der Prager Friede wurde für Oesterreich kein Gewalt- und Vernichtungsfriede. In Oesterreich aber hatte man Preußen weiter und in den maßgebenden Kreisen dachte man stets an eine „Revanche für Sadowa", die man zu gelegener Zeit nehmen wolle. Kaiser Franz Josef, Erzherzog Albrecht und Reichskanzler Graf Beust hofften auf die baldige Vergeltung. Aeußerlich waren zwar die Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Preußen ganz korrekt, indes sich zwischen Oesterreich-Ungarn und Frankreich immer dichtere Fäden knüpften. Es bahnte sich zwischen diesen beiden Staaten ein Bündnis an, das 1870 zweifellos auch in Waffenbrüderschaft in Erscheinung getreten wäre,

nicht nur für euer Land, sondern für ganz Europa, über das sich in diesem Augenblick eine Welle des Fascismus, der Reaktion und der Brutalität fast ohnegleichen ergießt. Wir zählen auf euch, Genossen! Ihr werdet an den Mauern von Wien diese neue Barbarei aufhalten!

L. de Brouckère

Ein Wahlkampf für Mitteleuropa.

Von Rudolf Bechyne

Stellvertretender Ministerpräsident der Tschechoslowakei.

In den Stunden des entscheidenden Kampfes fühlen wir intensiver als sonst, daß die internationale Solidarität der Arbeiterklasse keine bloße Phrase ist. Wir in der Tschechoslowakei sind uns dessen bewußt, daß der Kampf, der in Oesterreich um die Republik, die Demokratie und den Sozialismus geführt wird, ein Kampf um die gleichen politischen und moralischen Werte in ganz Mitteleuropa ist. Wir verfolgen die einzelnen Phasen des Kampfes in Oesterreich mit Spannung, Besorgnis und Hoffnung. Eine Niederlage der österreichischen Sozialdemokratie würde die Demokratie und den Sozialismus in den übrigen Ländern Mitteleuropas schmerzlich schwächen. Umgekehrt: Ein Wahlsieg der österreichischen Sozialdemokratie würde in starkem Maße den Fortschritt der Demokratie und des Sozialismus auch bei uns und anderswo fördern. Dieser Wahlsieg würde im internationalen Leben viel Mißtrauen aus der Welt schaffen und für die Zukunft den Völkern Mitteleuropas viel Leid ersparen.

Die tschechoslowakische Arbeiterschaft wünscht der österreichischen Arbeiterschaft aus tiefstem Herzen vollen Erfolg in diesem Kampfe. Ein Sieg der österreichischen Sozialdemokratie würde die politischen und geistigen Voraussetzungen jener internationalen schöpferischen Arbeit des Sozialismus vermehren, die den Aufbau einer neuen Welt anstrebt, in der die Menschen ohne Ausbeutung und die Nationen ohne Krieg nebeneinander leben können.

R. Bechyně

Die Weltfrage: Marxismus.

Von Hermann Diamand

Vorsitzender des Generalrates der polnischen sozialistischen Partei.

Mit großer Spannung verfolgt die polnische sozialistische Arbeiterpartei die Wahlbewegung in Oesterreich, mit großen Erwartungen ihren Erfolg.

Die Internationalisierung des öffentlichen Lebens hat es dahin gebracht, daß seine Gestaltung nicht nur für das eigene Land, sondern auch für die andern Länder von entscheidender Bedeutung ist. Die Wahlen in Oesterreich sind nicht nur eine Entscheidung österreichischer Fragen. Die österreichische Wahlbewegung, ähnlich wie die reichsdeutsche und die polnische, hat es klar zutage gebracht: es handelt sich nicht um Landesfragen, nein, es handelt sich um die große weltbewegende Frage des Marxismus.

Der Marxismus ist der Völkerruf der Wahlkämpfe in den letzten Wochen in Deutschland, in Oesterreich und in Polen. Der Sieg des Marxismus in diesen Ländern ist der Sieg aller dieser Völker, eine Niederlage ist die Niederlage eines jeden von uns, wenn sie auch nur einen momentanen Mißerfolg bedeutet, denn der endliche Sieg des Marxismus ist der Welt gewiß. Oesterreichs Sozialisten, auf zum Sieg! Euer Sieg ist der Weg zum Glück Oesterreichs, zum Glück der Welt!

Herman Diamand

Die Opfer des Fascismus grüßen die Kämpfer gegen den Fascismus.

Von Filippo Turati

ehemaliger italienischer Abgeordneter, Führer der sozialistischen Partei Italiens.

Die verfolgten Sozialisten Italiens begleiten euren Kampf mit leidenschaftlicher Anteilnahme und zählen auf euren Mut. Sie ersehnen euren entscheidenden Sieg zum Wohle eines freien Oesterreich, zum Wohle der internationalen Demokratie und der europäischen Zivilisation.

Filippo Turati

Die Worte der Begrüßung und der Solidarität, die wir hier veröffentlichen, werden sicherlich in jedem österreichischen Sozialdemokraten den Willen stärken, sich dieser ehrenden Beweise des internationalen Vertrauens durch einen Sieg am 9. November würdig zu erweisen. Diese Kundgebungen bilden zugleich eine Antwort an jene Wortführer des armseligen „Antimarxismus“, die, wie dies erst jüngst wieder Herr Vaugoin getan hat, der Welt einreden wollen, die österreichische Sozialdemokratie sei „ganz etwas andres“ als ihre ausländischen Bruderparteien. Hier hat Herr Vaugoin die Antwort aus dem Munde der Führer dieser Parteien selbst! Wir aber haben das stolze und erhebende Bewußtsein: **die Weltmacht Sozialismus steht hinter den österreichischen Arbeitern!**

Um was geht die Wahl?

Von Karl Kautsky.

Auf den ersten Blick scheint die Wahl vom 9. November nur lokale Bedeutung zu haben. Was hat das kleine Ländchen Oesterreich für die Welt zu bedeuten? Und doch sieht ganz Europa dem Resultat der kommenden Wahl mit größter Spannung entgegen, und mit Recht.

Sie ist eine der wichtigsten Teilerscheinungen in einer gewaltigen historischen Bewegung, die vor zwei Menschenaltern in allen zivilisierten Teilen Europas vor sich ging und die bezeichnet wird durch den Verfall des eine Zeitlang siegreichen Liberalismus und den Aufstieg der Sozialdemokraten.

Das industrielle Kapital und die ihm anhängenden Intellektuellen sahen, soweit sie politisch dachten, bis in die siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hinein im Absolutismus mit seiner Bürokratie und der ihm dienenden Staatskirche sowie im feudalen Grundbesitz den Hauptfeind. Gegen ihn mobilisierte der Liberalismus zeitweise nicht nur Kleinbürger und Bauern, sondern sogar Lohnarbeiter. Er haßte natürlich proletarische Revolutionen und sozialistische Bestrebungen, jedoch begünstigte er oft Versuche der Proletarier, innerhalb der kapitalistischen Produktion ihre Lage zu verbessern. Er trat nicht bloß für politische Freiheit ein, sondern auch für Freihandel, für niedere Preise der Lebensmittel, für Arbeitergenossenschaften, ja, wo seine Politiker ein bißchen Grütze im Kopf hatten, auch für Gewerkschaften und Arbeiterschutzgesetze.

Die Bourgeoisie Englands in den sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts waren stolz darauf, wie weit alles dort entwickelt war. Und sie gaben den organisierten Arbeitern 1867 das Wahlrecht zum Parlament, was weit mehr bedeutete, als das allgemeine Wahlrecht, das Bismarck im gleichen Jahre für den norddeutschen Reichstag durchsetzte, und jenes allgemeine Wahlrecht, das Louis Napoleon den Franzosen nach seinem Staatsstreich 1851 verlieh. Denn in Deutschland und Frankreich war das Parlament ohnmächtig und die industrielle Arbeiterschaft gegenüber den Bauern eine kleine Minderheit.

Die große Krise der siebziger Jahre, die noch das folgende Jahrzehnt hindurch währt, bringt nicht, wie viele von uns erwartet hatten, den Zusammenbruch des Kapitalismus, wohl aber den Niedergang des Liberalismus. Der trat gerade in dem Zeitpunkt ein, in dem das industrielle Kapital anfing, den Staat zu beherrschen.

Nun begann die Bourgeoisie in den Organen der Staatsgewalt nicht mehr den Feind zu sehen, sondern den Verbündeten. Sie befreundete sich nicht bloß mit der Uebermacht der Bürokratie, sondern sogar mit der Staatskirche. Jetzt regten sich aber auch Zweifel bei der Bourgeoisie an der freien Konkurrenz und sie suchte sie zu ersetzen durch Kartelle und Staatshilfe, vor allem in der Form von Zöllen. Bei diesen Bestrebungen nach Erlangung von Monopolgewinnen fanden sie sich mit den Monopolisten des Grundbesitzes. Sie verstanden sich jetzt dazu, Industriezölle mit Agrarzöllen zu vereinen.

Die Kosten für alles das sollten die Lohnarbeiter tragen. Bisher hatten die Oekonomen des Kapitalismus seine Berechtigung damit begründet, daß er die Produktivität der Arbeit hebe und damit alles, was die Menschen brauchten, verbillige, wodurch er die Reallöhne steigere und die Kultur überhaupt hebe. Jetzt wurde das Heil der Wirtschaft in der künstlichen Hochhaltung der Preise gesehen, aber auch in der der Profite, was am leichtesten erreicht wurde durch Niederhaltung der Löhne.

Der Arbeiter, nicht der Feudalherr, wurde jetzt als der schlimmste Feind der Bourgeoisie angesehen. Nicht bloß der revolutionäre, der sozialistische Arbeiter — der war es stets —, sondern auch der Gewerkschafter, ja selbst der Genossenschafter.

Die Staatsgewalt sollte die Arbeiter gewaltsam niederhalten, ebenso aber auch die Interessen der Kapitalisten gegenüber dem Ausland, wo es anging, gewaltsam vertreten.

Das Zeitalter, das wir hier schildern, war das des Imperialismus, des Wettrüstens, der Kolonialkriege, der Kriegsdrohungen in Europa. Wie mit dem Großgrundbesitz, der Staatskirche, der Bürokratie, befreundete sich die Bourgeoisie jetzt auch mit dem Wettrüsten. Das war sehr dumm und kurzsichtig, nicht nur vom Standpunkt der Arbeiterschaft, sondern vom Standpunkt der Gesamtinteressen der kapitalistischen Produktion aus gesehen. Diese gedeiht am besten bei hohen Löhnen, guter Volksbildung, geistiger Selbständigkeit der Arbeiter, großer Kraft ihrer Organisationen. Nicht minder bedarf sie steter Herabsetzung der Produktionskosten und der Preise, vor allem der Lebensmittel und der Rohstoffe, wie der Maschinen sowie möglichster Verminderung der unproduktiven Auslagen, namentlich für Heeresrüstungen. Die kapitalistische Produktionsweise gedeiht also, kurz gesagt, am besten bei politischer Freiheit, Freihandel und allgemeinem Frieden.

Die Politik der Parteien der Besitzenden schlug immer mehr die entgegengesetzte Richtung ein. Wollte eine dieser Parteien nicht mittun, verlor sie rasch an Einfluß und Anhang. Diese verhängnisvolle Politik hätte das kapitalistische Europa unfehlbar völlig zerrüttet, wenn nicht gleichzeitig mit ihr das Proletariat erstarkte und ihr nach Möglichkeit Widerstand leistete. Es vertrat dabei immer mehr nicht bloß seine Klasseninteressen, sondern die der Gesamtkultur. Doch vermochte es die verderblichen Wirkungen der neuen kapitalistischen Politik nur zu mildern. Noch war es nicht stark genug, das drohende Unheil völlig zu verhindern. Dieses brach schließlich herein in der Form des Weltkrieges.

Leider sind Kriege nicht geeignet, ruhige Vernunft zur Herrschaft zu bringen. Sie peitschen die Leidenschaften auf. Bei den besitzenden Klassen haben sie die Dummheit und Kurzsichtigkeit noch vermehrt, von der sie schon vor dem Kriege beseelt waren, da sie nur noch nach Sondervorteilen des Augenblicks haschten und für die großen dauernden Interessen der eigenen Gesellschaftsordnung immer blinder wurden.

So sinnlos und gewissenlos der Weltkrieg war, womöglich noch sinnloser und gewissenloser gestalteten sich die Friedensbedingungen, die von den Siegern den Besiegten diktiert wurden. Diese Bedingungen atmeten nicht bloß die ganze furchtbare Brutalität, die das vierjährige Schlachten allenthalben erzeugt hatte, sie waren auch von solcher Unwissenheit und Kurzsichtigkeit eingegeben, daß sie sich als äußerst wirksames Mittel erwiesen, die Welt nicht zur Ruhe kommen und jedes ökonomische Gedeihen zunächst bei den Besiegten, dann aber auch bei den meisten der Sieger nicht wieder aufkommen zu lassen. Aber auch in die innere Politik der Staaten drang jetzt der Geist der Roheit und Gewalttätigkeit, der die Bourgeoisie aller Länder schon in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege immer mehr erfüllt hatte. Durch den Weltkrieg wie durch die brutalen Friedensschlüsse noch ungeheuer verstärkt, erfaßte er selbst viele Kreise des Proletariats, denen die Sozialdemokratie vorher in mühseliger Propaganda von Jahrzehnten die frohe Botschaft des Friedens und der Menschlichkeit verkündigt hatte. Unwissenheit und Kurzsichtigkeit wuchsen auch in manchen Schichten der Arbeitenden nach dem Beispiel, das von oben gegeben wurde.

Zu alledem gesellte sich endlose Verzweiflung der Massen, namentlich bei den Besiegten. Nach dem Elend des Krieges verfielen sie zunächst dem Elend der Blockade, des Mangels an den notwendigsten Lebensmitteln. Dann dem Elend der Inflation und schließlich dem der Weltkrise. Zuerst gab es Krisen der Sanierung der Währung, dann solche der Rationalisierung und daneben noch wirtschaftliche Störungen durch eine unsinnige Zollpolitik. Selbst ökonomisch notwendige Maßregeln gestalteten sich jetzt zu Krisenursachen, da sie mit jener Unwissenheit und Brutalität durchgeführt wurden, die den oberen Klassen in unserem Zeitalter eigen sind. Zu allen diesen besonderen Krisenursachen, die in Deutschland noch durch die Lasten der Reparation schmerzvoller gemacht wurden, gesellte sich schließlich eine allgemeine, von Amerika ausgehende Weltkrise. Das alles hat die sozialen Gegensätze furchtbar verschärft, die sich schon in den Jahrzehnten vor dem Weltkrieg immer mehr zugespitzt hatten. Immer unfähiger und verblendeter werden die besitzenden Klassen und ihr Anhang, immer größer das Unheil, das sie dort anrichten, wo sie sich durchsetzen, immer stärker ihre Neigung, das Versagen des Kopfes durch die brutale Faust wettzumachen.

Mehr noch als vor dem Kriege fällt nach ihm der Sozialdemokratie die große Aufgabe zu, in diesem Tollhaus die Vernunft zur Geltung zu bringen. Dies zu erreichen wird immer schwerer, je mehr die ökonomische Lage sich verschlechtert und die herrschenden Klassen von früher wieder Courage gewinnen, die unmittelbar nach dem Zusammenbruch, den sie verschuldet hatten, sehr kleinlaut geworden waren.

Je stärker damals die Sozialdemokratie, desto mehr wurde der Arbeiterhaß der Besitzenden angestachelt. Kein großer Gedanke, keine umfassende Gesellschaftsauffassung verbindet sie mehr zu einer weitausschauenden gemeinsamen Politik, wie in der Blütezeit des Liberalismus. Sie zerfallen nur noch in Gruppen und Grüppchen mit den verschiedensten beschränkten Sonderinteressen lokaler und augenblicklicher Natur. Nur eines ist ihnen gemeinsam: der Haß gegen die Arbeiter.

Unfähig, ein positives Programm großer Reformen zu entwerfen, haben sie nur dieses eine, rein negative Kennzeichen gemein: das Verlangen, die Arbeiter niederzuhalten. Natürlich bemänteln sie es in ihren Parolen. Sie erklären, sie seien nicht gegen die Arbeiter, sondern nur gegen den Klassenkampf. Aber sie wollen diesen nicht gegenstandslos machen durch Aufhebung der Klassengegensätze — das wäre Sozialismus —, sondern durch die Kampfunfähigkeit der Arbeiter, denen alle Mittel genommen werden sollen, sich gegen die Anschläge der Kapitalisten zur Wehr zu setzen. Anderseits erklären sie, nicht gegen die Arbeiter zu sein, sondern nur gegen die Marxisten. Als solchen aber betrachten sie jeden unterrichteten, selbständig denkenden, selbständig organisierten Arbeiter. Allerdings, jenen Arbeiter, der sich duckt und sich ihnen willenlos unterwirft, den hassen sie nicht.

Jetzt ist ihnen der Kamm nicht zum wenigsten in der ganzen Welt deshalb geschwollen, weil die Weltkrise eine so furchtbare Höhe erreicht hat, daß sie so manchen Arbeiter zwingt, der freien Organisation zu entsagen, so manchen drängt, sich den Ausbeutern zu verkaufen oder seine Kraft in sinnlosen Abenteuern zu verschwenden.

Allenthalben glauben die Gegner des Proletariats, ihre Zeit sei gekommen, ihm wieder die alten Fesseln anzulegen. Von Lappland bis Sizilien spreizt sich der Fascismus. Wo er nicht offen siegen kann, versucht er, sich durch ehrlosen Wortbruch in die Staatsgewalt gegen die Arbeiter einzuschleichen.

Wieder einmal ist es ein schwerer Kampf, den wir zu führen haben. Das bedeutet, nicht den Kopf hängen zu lassen, sondern unsere Anstrengungen zu verdoppeln, um der drohenden Niedertracht Herr zu werden.

Die Machtverhältnisse deuten auf ein ziemliches Gleichgewicht der Kräfte des Proletariats und seiner Gegner. Um so wichtiger jeder Sieg auch in dem kleinsten Territorium. Es ist eine allgemeine welthistorische Tendenz, nicht eine lokale momentane Strömung, gegen die wir zu kämpfen haben. Und so wird auch ein Wahlsieg, wenn wir ihn erringen, Bedeutung für ganz Europa gewinnen.

Mit dem Wahlsieg wird es freilich nicht abgetan sein. Dann ersteht die große Aufgabe des Kampfes im Parlament und für das Parlament als unentbehrliches Organ der Demokratie.

Dabei braucht unsere Tätigkeit nicht eine hoffnungslose zu sein, auch wenn wir nicht die Mehrheit erringen.

Unsere Gegner sind einig im Arbeiterhaß, sonst aber vielfach gespalten, und gerade die heutige Situation bringt die schärfsten Gegensätze zwischen ihnen hervor. Die einen träumen von einem neuen Kriege gegen Frankreich und die Kleine Entente unter der Führung Mussolinis im Verein mit Ungarn und, wenn möglich, mit Deutschland und Sowjetrußland. Den andern graut vor diesem Hasardspiel, bei dem schwer vorauszusagen ist, wer der Gewinner sein wird, bei dem aber der allgemeine Ruin aller Beteiligten von vornherein gewiß ist.

Und ebenso träumen die einen von blutiger Niederwerfung des Proletariats im Bürgerkrieg, während die andern diesen womöglich noch mehr fürchten als den auswärtigen Krieg, weil seine Verheerungen noch sicherer und gräßlicher sind.

Der Sozialdemokratie fällt die Aufgabe zu, im Zwiespalt dieser Tendenzen diejenige durchzusetzen, die mit den Mitteln der Demokratie die Austragung der Gegensätze mit den Waffen überflüssig machen will.

Auch diese Aufgabe wird, ebenso wie die Wahrung der Interessen der arbeitenden Klassen, der Sozialdemokratie um so leichter fallen, je mehr sie ihre Gegner am Wahltag durch eine Lawine roter Stimmzettel erdrückt.

Kaum je war jede einzelne Stimme so wichtig, so entscheidend für das Wohl nicht bloß des Proletariats, sondern für das Gedeihen des gesamten Staates, für die Kultur der Menschheit, wie diesmal.

Alle Mann an Bord! Und alle Frauen dazu!

Verstehet eure Zeitung, Genossen!

Wir haben gestern sehr viele Briefe von Genossen und Genossinnen, aber auch von gerecht denkenden und fühlenden Bürgern bekommen, die der Erbitterung über die ungleiche Behandlung des Schutzbundes und der Heimwehren, der Entrüstung über den ganzen klerikofascistischen Regierungskurs beredten Ausdruck geben und von uns verlangen, die Arbeiter-Zeitung solle schärfer, rücksichtsloser der leidenschaftlichen Empörung der Arbeiterschaft über die Vorgänge der letzten Tage Ausdruck geben. Leider können wir das nicht tun, Genossen und Genossinnen! Denn in dem Oesterreich der Regierung Vaugoin gibt es keine Preßfreiheit mehr, und die Arbeiter-Zeitung muß sich natürlich bemühen, so zu schreiben, daß sie in die Hände ihrer Leser kommt. Wir leben eben wieder in einer Zeit, in der die Leser es verstehen müssen, nicht nur in den Zeilen der Arbeiter-Zeitung, sondern auch zwischen den Zeilen zu lesen. In der Kriegszeit haben wir das alle gekannt. Wir haben damals alle verstanden, was es bedeutet hat, wenn gemeldet wurde, daß die k. u. k. Armee wieder einmal eine „Umgruppierung der Kräfte“ vorgenommen hat oder daß sie „auf eine stärkere Stellung zurückgenommen wurde“. Auch jetzt leben wir wieder in einer Zeit, in der man eine Zeitung lesen muß, wie man sie in den Kriegsjahren gelesen hat. Aber das darf und wird nicht lange dauern, Genossen! Nützen wir die letzten Tage aus, damit der nächste Sonntag das Wort wieder befreie, dem Volke wieder das Recht erobere, seine Meinung und seinen Willen unverhüllt zu sagen, Deutschösterreich die geistige Freiheit wiedergebe!

Christliche Kindererziehung. Die Christlichsozialen lassen einen Wahlfilm laufen, in dem neben verschiedenen andern Schwindeleien und Lügen auch die schamlose Verleumdung jenes beschlagnahmten Plakats wiederholt wird, das sozialistische Jugendliche im Angriff gegen ein katholisches Religionssymbol zeigt. Im Film wird das so dargestellt, daß man zuerst brave, sittige Kinder auf einem Spaziergang mit einem Priester sieht und dann, als Gegesatz, eine Horde verwilderter Rangen in der Tracht der „Roten Falken“, die mit Indianertänzen einer Christusfigur den Kopf abschlagen. Natürlich sind diese Szenen gestellt, wenngleich sie bei einem naiven Publikum den Eindruck erwecken sollen, sie wären die Wiedergabe eines tatsächlichen Vorfalles. In Wahrheit wurde dieser Teil des Films mit katholischen St.-Georgs-Pfadfindern auf der Marswiese in Neuwaldegg „gedreht“. Der geistliche Präses der Gruppe gab seine Soutane und das Chorhemd einem sechzehnjährigen Jungen zum Anziehen und dieser mimte nun den Priester, ein paar andre Kinder wurden rasch zu wilden „Roten Falken“ verwandelt und ein ganz kleiner Knirps erhielt vom Priester den Auftrag, der Statue den Kopf abzuschlagen. Besondere Ehrfurcht vor dem geweihten Kleid des Priesters bedeutet dieses Spiel gewiß nicht, und es ist schon eine etwas seltsame Art „sittlich-religiöser“ Erziehung, ein kleines Kind zu der Verunglimpfung eines Glaubenszeichens anzulernen, zu dessen Verehrung man es das nächste Mal aufruft. Wie soll so ein Kind verstehen, daß es nur in diesem einen Fall zu einer Wahllüge mißbraucht wurde?

Drei Gebote

Nicht provozieren lassen!
Noch einen aufklären!
Wahldokumente vorbereiten!

Reißet der Bestie die Zähne aus!

Es gibt verschiedene Auffassungen über die Aufgaben einer Regierung. Naive Menschen glauben, eine Regierung sei dazu da, dem Staate, dem ganzen Volke nach den Gesetzen zu dienen. Andre Menschen denken darüber anders. Sie glauben, eine Regierung sei nichts andres als ein Vollzugsausschuß der jeweils herrschenden Klasse oder Partei, der die Aufgabe habe, die beherrschte Klasse, die andre Partei, um Recht und Gesetz, unbekümmert, zu unterdrücken und niederzuhalten.

Zu diesem alten Streit über Wesen und Aufgaben einer Regierung hat gestern ein berufener Mann Stellung genommen. Der Mann, dem die christlichsoziale Partei die Wahrung der gesetzlichen Ordnung in Oesterreich anvertraut hat. Der Herr Starhemberg hat gestern gesagt, wie er sich die Aufgaben einer Regierung vorstellt. Nach seiner Meinung ist es die Aufgabe der Regierung, „der roten Bestie die Giftzähne herauszureißen“ und „einen Schlag nach dem andern gegen den roten Gegner zu führen“.

Die „rote Bestie“ — das ist die deutschösterreichische Arbeiterklasse. Das sind die sorgenbeladenen Männer, die an der Drehbank, auf den Bauten, auf den Bahnen, in den Forsten, in Büros und Kontoren die Arbeit leisten, von deren Früchten alle Starhemberge sorgenlos leben, ohne zu arbeiten.

Die rote Bestie — das sind die Familienväter, die der Kapitalismus aus seinen Produktionsstätten hinausgeschleudert hat und die heute nicht wissen, wie sie mit zwanzig Schilling in der Woche — mit viel weniger als ein Fürst Starhemberg an einem frohen Abend für Champagner ausgibt — ihre Kinder sättigen und kleiden sollen.

Die rote Bestie — das sind die Proletarierfrauen, die sorgenbeladen früh verblühen unter der dreifachen Last der Arbeit im Haushalt, der Arbeit für die Kinder, der Arbeit in der Fabrik. Die Proletarierfrauen, die sich nicht wie eine Fürstin Starhemberg eine ganze Schar von Zofen, Dienstmädchen, Gouvernanten, Bonnen halten können, die ihnen jede Arbeit und jede Sorge abnimmt.

Der „rote Gegner“ — das sind wir Sozialdemokraten. Eine Partei, die nur 90 Prozent der Arbeiter, die nur die große Mehrheit der Bevölkerung der Städte, die nur mehr als zwei Fünftel des ganzen Volkes vertritt!

Entrechtung, Unterdrückung, Niederhaltung der ganzen Arbeiterklasse; Entrechtung, Unterdrückung, Niederhaltung der großen Mehrheit der städtischen Bevölkerung; Entrechtung, Unterdrückung, Niederhaltung von mehr als zwei Fünfteln des ganzen Volkes — Spaß, Herr Fürst, wie leicht das sein wird! Spaß, Herr Fürst, wie das den Frieden im Lande fördern wird! Spaß, Herr Fürst, wie das dem Geiste einer demokratischen Verfassung entspricht, die vorschreibt, daß die Regierung die Verwaltung nach den Gesetzen zu führen hat und daß vor dem Gesetz alle Staatsbürger gleich sind!

Herr Starhemberg rühmt sich, er habe den Auftrag gegeben, dem Schutzbund Waffen wegzunehmen. Dem Schutzbund natürlich nur. Der Heimwehr nicht. Denn der Besitz von Waffen ist verboten, wenn sie dem Schutzbund gehören. Der Heimwehr ist der Besitz von Waffen erlaubt. Hat man vergessen, daß vor kurzem gegen einen gewissen Ernst Rüdiger Starhemberg eine Strafuntersuchung wegen Waffenschiebungen im Gange war? Hat man nicht gestern in dem Bericht über die Verhandlungen des Wiener Landtages eine Anfrage des Abgeordneten Hedorfer gelesen, in der berichtet wurde, daß ein gewisser Ernst Rüdiger Starhemberg jetzt noch, da er schon Minister ist, und an demselben Tage, an dem er in ganz Oesterreich Hausdurchsuchungen nach Waffen in den Heimen der Arbeiter veranstalten läßt, Kriegsmaterial auf der Donau an seine oberösterreichischen Starhemberg-Jäger schickt? Hat man nicht gelesen, daß, wie der Abgeordnete Nachtnebel im Wiener Landtag erzählt hat, die Heimwehr Artillerieabteilungen aufstellt und mit Geschützen, Granaten und Kartätschen ausrüstet, daß sie Panzerwagen zum Kampfe gegen eigene Volksgenossen montiert und Bomben zum Kampfe gegen eigene Volksgenossen mit Blausäure füllt?

Dem Schutzbund will Herr Starhemberg die Waffen nehmen. Der Heimwehr bleiben alle Rüstungen erlaubt. Warum dieser Unterschied? Nun, die Heimwehren — das sind doch die Heimattreuen, die Staatstreuen, die Volkstreuen! Der Schutzbund aber — das sind doch die Feinde der Heimat, des Staats, des Vaterlandes.

Der Staat von heute ist die Republik. Ihr wißt doch: die Männer des Republikanischen Schutzbundes, das sind lauter Feinde der Republik! Aber die Heimwehren, die sich offen zur Todfeindschaft gegen die Verfassung der demokratischen Republik bekennen, die ihr den „Kampf bis aufs Messer“ ansagen, die, wie man gestern wieder aus dem Dokument, das die Abgeordneten Nachtnebel und Genossen im Wiener Landtag mitgeteilt haben, ersehen hat, mit der Vernichtung aller verfassungsmäßigen Freiheitsrechte, mit Standrecht und Galgen die Verfassung der demokratischen Republik stürzen und die schrankenlose Diktatur nach fascistischem Vorbild aufrichten wollen — das sind die Staatstreuen, die Gesetzestreuen, die Volkstreuen, die Heimattreuen!

Deshalb muß man dem Schutzbund die Waffen nehmen und den Heimwehren die Waffen lassen!

Ehre, wem Ehre gebührt! Worte und Taten des Herrn Ernst Rüdiger Starhemberg stimmen vortrefflich überein! Die Christlichsozialen, die in ihren Reden zuweilen noch so tun, als wollten sie den demokratischen Rechtsstaat, als wollten sie die Gleichheit aller vor dem Gesetz, als wollten sie demokratische Freiheit und inneren Frieden erhalten und dabei doch einem Starhemberg freie Hand geben, die sind widerliche Heuchler. Der Herr Starhemberg hat den Vorzug, daß er sich offen zu der Staatsauffassung bekennt, nach der er handelt: zu der Auffassung, daß eine Regierung nicht ein Organ des Staates, nicht ein Organ des ganzen Volkes ist, die nach Gesetzen zu handeln hat, sondern ein Vollzugsausschuß von, wie Starhemberg selbst es genannt hat, „militanten Formationen, die militante Arbeit zu leisten und die österreichische Innenpolitik unter Druck zu setzen haben“. Ein Vollzugsausschuß nicht des ganzen Volkes, sondern einer herrschenden Klasse, die sich für berechtigt ansieht, der ganzen Arbeiterklasse, der überwiegenden Mehrheit der städtischen Bevölkerung, mehr als zwei Fünfteln des ganzen Volkes den Kampf anzusagen, sie außer Recht und Gesetz zu stellen, sie als eine „Bestie“ zu behandeln, der man ihre Giftzähne ausreißen müsse!

Es haben's schon andre versucht. Der große Bismarck hat die Deutsche Sozialdemokratie vor mehr als fünfzig Jahren außer Recht und Gesetz gestellt; die Deutsche Sozialdemokratie hat über den eisernen Kanzler triumphiert. Die Grafenregierung Taaffe hat im jungen Oesterreich die Sozialdemokratie mit Ausnahmezustand und Geheimbundprozessen vernichten zu können geglaubt; Taaffe ist tot und die Sozialdemokratie lebt! Der Herr Starhemberg wird schon noch seine Erfahrungen machen! Und er wird sie sehr bald machen! Sonntag abend wird er wissen, daß das österreichische Volk keine Klassenregierung, keine Regierung der Entrechtung und Aechtung seiner zahlreichsten Klasse will, sondern eine Regierung, die sich als Organ des ganzen Volkes fühlt, die die Freiheit des Volkes und die Gleichheit aller vor dem Gesetz achten, die dem Lande den Frieden sichern will!

Nehmt einmal alles zusammen, was die Regierung Vaugoin-Starhemberg in den letzten Wochen getan hat! Sie hat die Parlamentskommission für Heereswesen rechtswidrig aufgelöst, um die Heeresverwaltung von jeder Kontrolle zu befreien! Sie hat zweitens den Leiter der Wiener Polizeidirektion abgesetzt; und gestern hat der Abgeordnete Nachtnebel im Wiener Landtag enthüllt, daß dies deshalb geschehen ist, weil dieser Leiter der Polizeidirektion pflichtgemäß Vorbereitungen getroffen hatte, um die gesetzliche und verfassungsmäßige Ordnung gegen den für den 19. Oktober vorbereiteten Putschversuch des Heimwehrgenerals Elissen zu schützen. Sie hat drittens den Kameraden Strafella zum Generaldirektor der Bundesbahnen gemacht, um auch dieses Machtinstrument „für die Heimwehren in Besitz zu nehmen“, wie sich der Herr Starhemberg auszudrücken pflegt. Sie hat viertens den Schutzbund zu entwaffnen versucht, während die Rüstungen der Heimwehren, wie man aus den Anfragen der Abgeordneten Nachtnebel und Hedorfer im Wiener Landtag erfahren hat, in verstärktem Maße fortgesetzt werden. Glaubt man wirklich, das österreichische Volk sei so töricht, daß es den Zusammenhang zwischen alledem nicht versteht? Meint man wirklich, das österreichische Volk verstehe noch immer nicht, wohin wir treiben, wenn der gegenwärtige Regierungskurs noch längere Zeit andauert? Nein, ihr Herren! Der nächste Sonntag wird euch beweisen, daß das österreichische Volk seinen inneren Frieden wiederherzustellen und zu schützen entschlossen ist!

Und meint ihr wirklich, es sei der Wille des deutschösterreichischen Volkes, zwei Fünftel des ganzen Volkes zu entrechten, zu ächten, außer Recht und Gesetz zu stellen? Die ganze österreichische Politik in den erbittertsten Kampf gegen einen so riesig großen Volksteil aufzulösen? Einen so riesig großen Volksteil mit jenen Gefühlen der Erbitterung und des Grimms zu erfüllen, die die Verweigerung des gleichen Rechtes hervorruft? Und dadurch alle Gegensätze im Lande in der entsetzlichsten, in der gefährlichsten Weise zu verschärfen? Nein, ihr Herren, der nächste Sonntag wird euch beweisen, daß das deutschösterreichische Volk etwas ganz andres will: einen „wahren Staat des Rechtes, gegründet auf Freiheit und Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt“! Der nächste Sonntag wird euch beweisen, daß das österreichische Volk entschlossen ist, der tollgewordenen Bestie des fascistischen Abenteurertums die Giftzähne auszureißen, seine demokratische Freiheit und seinen inneren Frieden durch eine beiderseitige innere Abrüstung unter gegenseitiger Kontrolle zu sichern und alle großen Kräfte des arbeitenden Volkes in Stadt und Land, von aller Gefährdung durch leichtsinnige, abenteuerlüsterne Fürstensöhne befreit, zu gemeinsamem Schaffenswerk am wirtschaftlichen und sozialen Aufbau zu vereinigen.

Wahlzuckerln in Unwahrheiten eingepackt. Zu den Wahlzuckerln, die die Regierung jetzt austeilt, gehört auch die Ankündigung, daß die Bundesbahnen den Lehrern an Volks- und Hauptschulen wieder den halben Fahrpreis auf den Bundesbahnen gewähren werden. In der amtlichen Mitteilung darüber wird behauptet, daß diese Begünstigung, die den Lehrern in der Vorkriegszeit gewährt worden sei, nun wiederhergestellt werden soll. So sollte man nicht einmal in Wahlzeiten in amtlichen Mitteilungen mit der Wahrheit umspringen! In der Vorkriegszeit hatten die Lehrer keine solche Begünstigung, sondern erst unter der verfluchten Regierung Renner wurde auf Betreiben des damaligen Unterstaatssekretärs Glöckel den Lehrern die halbe Fahrt auf den Bundesbahnen gewährt. Durch die Seipelsche Sanierung wurde diese von den Sozialdemokraten eingeführte Begünstigung abgeschafft. Man wird nun sehen, ob und wie sie wieder eingeführt werden wird; vorläufig scheinen die Herren noch allerlei Hintergedanken zu haben, denn sie kündigen noch Detailbestimmungen an. Dahinter verbergen sich kostspielige Legitimationen, die diese Begünstigung für die meisten Lehrer und Lehrerinnen praktisch unbrauchbar machen. Das Wahlzuckerl dürfte also einen bitteren Nachgeschmack haben.

1914 eingeladen hatten, da hat die große Katastrophe des Weltkrieges unsere Tagung unmöglich gemacht. Nun sind wir nach allen Schwierigkeiten der Nachkriegszeit zu dem Beschluß gekommen, zum erstenmal

die Internationale in Wien zu empfangen

und wir werden die Freude haben, unsere Tagung im Anschluß an die Veranstaltung der Arbeitersportolympiade abzuhalten. Diese Arbeit vorzubereiten, wird ein Teil unserer Aufgaben im nächsten halben Jahre sein, und ich bin überzeugt, daß, wenn wir uns im Juli hier wiedersehen und die Arbeiter aus allen Ländern aufmarschieren werden, wir stolz bekennen können, daß es wert ist, für diese große Bewegung der Sozialistischen Internationale zu arbeiten! (Stürmischer Beifall.)

Die deutschen Arbeiter im Kampf gegen das Hakenkreuz.

Westphal (Deutschland)

überbringt die herzlichsten Glückwünsche der Deutschen Sozialdemokratie zum Wahlerfolg. Dieser Wahlerfolg hat auch für uns in Deutschland in der gegenwärtigen Situation eine große Bedeutung, weil er uns in unserem Kampfe gegen den Nationalsozialismus Entlastung schafft und uns mit neuer Freude und Kampflust erfüllt.

Westphal schildert nun die Lage in Deutschland und sagt: Sie wissen, daß wir im Parlament in eine außerordentlich schwierige Verteidigungsstellung gedrängt worden sind, daß wir eine Regierung tolerieren müssen, von der wir alles andre als entzückt sind. Wir müssen gegenwärtig den Hauptteil unserer Kraft darauf konzentrieren, zu verhindern, daß die äußerste Rechte die Staatsmacht in ihre Hand bekommt. Aber glauben Sie nicht, daß hierin irgendwie Verzagtheit oder gar Entmutigung steckt; im Gegenteil, wenn wir im Parlament in der Verteidigung sind, so sind wir sofort nach dem 14. September draußen im Lande zum schärfsten Angriff auf unsere Gegner übergegangen. Mit den Kameraden vom Reichsbanner Schwarzrotgold wollen wir auf dem Posten sein, wenn es den Nationalsozialisten tatsächlich in den Kopf kommen sollte, einen Putsch in unserem Lande zu riskieren. Sie werden dann erleben, daß

auf unserer Seite doch die stärkeren Bataillone, doch die kräftigeren Fäuste zu finden sind.

(Stürmischer Beifall.) Wir sind vom ersten bis zum letzten Mann entschlossen, zu kämpfen wie ihr, die Gegner zu schlagen wie ihr, weil wir den Sozialismus wollen wie ihr und das ganze internationale Proletariat! (Stürmischer Beifall.)

Ehrendes Lob.

Habrmann (Tschechoslowakei):

Eure bewunderungswürdige Begeisterung und Standhaftigkeit bei den Wahlen vom 9. November haben die Reaktion verstummen gemacht, die sich brüstete, den Weg der Gewalt und der Gesetzwidrigkeit anzutreten. Ihr habt bewunderungswürdig gekämpft und einen glänzenden Sieg errungen. Ihr habt durch ein modernes und republikanisches Schulwesen eine gesunde und gedeihliche Erziehung der kommenden Generation gesichert, die von euch errichteten Volkswohnbauten sind ein wahres Wunder, sie erwecken die Freude und Bewunderung aller, denen es gegönnt ist, sie kennenzulernen. Ihr habt mustergültige Unternehmungen der Fürsorge geschaffen. Dank, herzlichen Dank, für alles das, was ihr in dieser Richtung vollbracht habt!

Ihr habt ein Stück segensreicher und ehrlicher Arbeit vollbracht, auf die nicht nur ihr, sondern auch die Sozialisten aller Länder stolz sein können. Mögen sich nach Abwehr der Reaktion die Verhältnisse bei euch derart gestalten, daß ihr das begonnene Werk mit Erfolg fortsetzen könnt zum Wohle der Arbeiterschaft und des gesamten Volkes in eurem Staate. (Lebhafter Beifall.)

Der Vertreter der sudetendeutschen Arbeiter.

Dr. Heller:

Als am 9. November abends Tausende und aber Tausende deutscher Arbeiter in der Tschechoslowakei bei ihrem Radio saßen und die Resultate der Wahlen in Oesterreich hörten, da ist uns allen ein Stein vom Herzen gefallen. (Beifall.) Heller schildert dann die Lage der sudetendeutschen Sozialdemokratie und bespricht den Eintritt der Partei in die Regierung: Wir wußten genau, daß auch unser Eintritt in eine Koalitionsregierung am Wesen des kapitalistischen Staates nichts ändern kann. Ich glaube aber, daß dieses eine Jahr uns doch einige Erfolge gebracht hat. Es ist uns vor allem gelungen, das Los der Arbeitslosen zu verbessern. Wir werden in der Regierung so lange bleiben, als wir imstande sind, innerhalb der Regierung die Interessen der arbeitenden Klassen der Bevölkerung zu vertreten, nicht einen Tag länger. Aber der wichtigste Grund für uns war, daß wir durch den gemeinsamen Eintritt der tschechischen und der deutschen Sozialdemokratie in die Regierung

das Band zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien unseres Landes enger geknüpft haben.

(Lebhafter Beifall). daß es wohl durch das Zusammengehen unserer beiden Parteien zu einem unzerreißbaren Band für alle Zukunft geworden ist. Es ist uns gelungen, innerhalb der Tschechoslowakei die Internationale wiederaufzurichten, die uns bis dahin dort gefehlt hat. (Großer Beifall.)

Die tschechischen Sozialdemokraten in Oesterreich.

Sahanek begrüßt den Parteitag im Namen der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei in Oesterreich: Unsere organisatorische Selbständigkeit ist begründet durch unsere Stellung als anderssprachige Minorität. In unserer Partei führen wir das tschechische arbeitende Volk in die Ideen des Sozialismus ein., und in entscheidenden Kämpfen treten wir mit Ihnen in die einheitliche Front des österreichischen Proletariats! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Seitz dankt den ausländischen Delegierten für ihre brüderlichen Grüße; die österreichische Sozialdemokratie wird sich stets bemühen, sich als ein würdiges Mitglied in die Internationale einzureihen.

Der Altmeister des Sozialismus spricht.

Dann begrüßt Seitz unter stürmischem Jubel des Parteitages den Altmeister des Sozialismus, Karl Kautsky, der, von brausendem Beifall begleitet, in erstaunlicher Frische die Rednertribüne besteigt.

Karl Kautsky:

Ich bin nicht hierher gekommen, um eine Rede zu halten, sondern nur ein Wort zu sprechen. Ich kann nicht umhin, Ihnen zu danken für die freundliche Begrüßung, die Sie mir zuteil werden ließen, und zugleich auszusprechen, wie glücklich, wie stolz ich bin, daß es mir noch beschieden war,

diesen glänzenden Wahlsieg zu erleben,

den ihr eben errungen habt. Man hat mir gesagt, daß es Genossen gibt, die mit dem Erreichten nicht zufrieden sind. Wohl, wir müssen immer mit dem Erreichten nicht zufrieden sein, wir müssen immer weiter trachten. Aber eines ist sicher — und das ist meine feste Ueberzeugung —, daß sich die Sozialdemokratie Oesterreichs in diesem Kampfe in einer Weise geschlagen hat, auf die sie stolz sein kann, in einer Weise, die noch die größten historischen Konsequenzen nach sich ziehen wird. Und deswegen bin ich glücklich, dieser Partei angehören zu dürfen. Sie finden hier in diesem Saale die Worte: „Die Arbeiter sind der Fels, auf den die Kirche der Zukunft erbaut werden soll.“ (Diese Inschrift schmückt die Ballustrade der Galerie. Red.) Aber die Arbeiter sind noch mehr: sie sind nicht nur ein Versprechen für die Zukunft, sie sind bereits die größte Kraft in der Gegenwart, sie sind heute bereits der Fels, auf dem der Grundstein der Kirche der Zukunft feststeht; sie sind der Fels, an dem alle Anschläge gegen die Demokratie alle tückischen Angriffe der Gegner abprallen werden, und darum fühlen wir uns heute schon, nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft als Sieger, und ich bin

glücklich und stolz, eurer Partei angehören zu können!

Stürmischer Beifall dankt dem Genossen Kautsky für seine Ansprache; in den Dank mischt sich die Freude, daß sich Genosse Kautsky so prächtigen Wohlergehens erfreut.

Nun folgt das Referat Dannebergs, das wir oben wiedergegeben haben.

Die Frauenorganisation.

In der Debatte spricht als erste über die Frauenorganisation Adelheid **Popp** (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Vor zehn Jahren hat der Parteitag beschlossen, daß die gemeinsamen politischen Organisationen auch für die Frauen gelten sollen. Zehn Jahre gemeinsame politische Organisation! 1921 hatten wir 1852 Genossinnen, die als Funktionärinnen in der Frauenorganisation gearbeitet haben, Ende 1929 sind es schon 12.933 Funktionärinnen! Schon diese Zahl zeigt das Wachsen der Organisation, daß wir nicht nur in den Industrieorten, sondern bis in weit entlegene Dörfer hinein für die Gesamtorganisation, für den Sozialismus tätig waren und die Arbeit, die dann bei den Wahlen zu leisten ist, vorbereitet haben.

Genossin Popp bespricht nun die organisatorischen Erfolge der Frauen und bemerkt dazu: Wenn gesagt wird, daß es an den Frauen liege, alle Frauen für die Sozialdemokratie zu gewinnen, so muß das wohl eine Aufgabe der Frauen sein, aber ich möchte da sagen, das kann nicht nur ihre Aufgabe, sondern das muß eine Aufgabe der gesamten Organisation sein. (Zustimmung.) Den Frauen muß

das noch vorhandene Minderwertigkeitsgefühl genommen werden.

(Lebhafter Beifall.) Das Bewußtsein, daß die Frauen, die bei den Wahlen ein so wichtiges Element geworden sind, für gewöhnlich doch noch als nicht so gleichwertig eingeschätzt werden, muß beseitigt werden! Darum glaube ich, soll die Frauenorganisation zu einem Problem der Gesamtpartei gemacht werden. Wir sollen nicht von einem kleinlichen Standpunkt aus dieses Problem behandeln. Wenn sich der Parteivorstand und die ganze Partei mit der Jugend befassen werden, so möchte ich erinnern: als die christlichsoziale Partei in ihrem Aufstieg war, hat sie auf die Jugend und auf die Frauen ihre Hoffnungen gesetzt. Wir haben ihr unsere Parole entgegengesetzt:

Frauen und Jugend zum Sozialismus!

Nun spricht Adelheid Popp über die einzelnen organisatorischen Fragen und schließt: Wenn wir mit Befriedigung von den Erfolgen dieser zehn Jahre gesprochen haben, wenn wir auch auf die geistige Entwicklung der Frau hinweisen konnten, so möchte ich zum Schluß sagen: Wenn im letzten Wahlkampf von Frauenparteien gesprochen wurde, so haben wir sozialdemokratische Frauen andre Erwägungen. Wir wissen:

Vorwärts im Sinne der ganzen Menschheit und im Sinne der ganzen Frauenwelt werden wir nur durch die sozialdemokratische Partei gelangen, wenn wir sie stärken und wenn wir alle uns noch fernstehenden Frauen erfassen und in den nächsten Jahren und vor dem nächsten Wahlkampf in die Reihen der Sozialdemokratie bringen. (Stürmischer Beifall.)

Der Bericht der Parteikontrolle.

Machold erstattet den Bericht der Parteikontrolle; er teilt mit, daß die Unternehmungen der Partei in vollster Ordnung geführt werden. Die politische Führung der Partei zu kontrollieren, hat die Parteikontrolle nach ihrer Auffassung kein Recht, er könne nur sagen, daß die Geschicke der Partei in die richtigen Hände gelegt sind. Machold stellt schließlich den Antrag auf Entlastung. (Lebhafter Beifall.)

Die Debatte.

Landagitation!

Tschadek (Schwechat): Der Bezirk Alsergrund hat den Antrag gestellt, einen ständigen Kampffonds zu schaffen, der dazu verwendet werden soll, in der Provinz die Agitation zu fördern und zu finanzieren. Unsere Agitation muß im Dorfe draußen betrieben werden, wir müssen, wenn es halbwegs geht, in die Bauernversammlungen hinein. Deshalb begrüßen wir aus der Provinz diesen Antrag einer Wiener Bezirksorganisation. (Beifall.)

Mentasti begründet drei Anträge der Freien Arbeitsbauern, die sich mit der Förderung der Landagitation beschäftigen. Besonders wichtig ist der Antrag, der die Bedeutung des Kontakts zwischen Produzenten und Konsumenten unterstreicht. Wir wissen schon, daß das eine sehr unangenehme und schwierige Aufgabe ist von den Genossenschaften jetzt zu verlangen, daß sie da ein bisserl Kartoffel, dort ein bißchen Hülsenfrüchte und wieder woanders ein bißchen Mehl aufkaufen sollen. Aber schließlich und endlich ist es doch unsere Aufgabe, daß wir für unsere Kleinbauernorganisation frische Kräfte gewinnen, und darum müssen wir

den Kleinbauern auch wirtschaftliche Hilfe bieten. (Beifall.)

Widmayer (Deutsch-Wagram) spricht ebenfalls über die Frage der Landagitation. Es ist nicht wahr, daß wir im letzten Wahlkampf immer mit ebenso großer Feindseligkeit im Dorfe draußen empfangen worden sind von den Bauern, wie in den früheren Wahlkämpfen — nein, es hat sich wesentliches verändert. Sie kommen schon in unsere Versammlungen, sie hören ruhig zu und begnügen sich mit Zwischenrufen — von Versammlungssprengungen durch Bauern hat man wenig mehr gehört. (Beifall.)

Wie hat Obersteiermark gewählt?

Wallisch (Bruck an der Mur) bespricht zunächst das Wahlergebnis in Obersteiermark. Die Sozialdemokraten haben neun Prozent ihres Gesamtbesitzstandes verloren. Die Förderin des Heimatschutzes, die christlichsoziale Partei, hat von 44.000 Stimmen diesmal nur noch 33.000 aufgebracht, erleidet also einen Verlust von 25 Prozent ihres Besitzstandes. Der Schober-Block (der Landbund) hat gegenüber der letzten Wahl 4400 Stimmen oder 18 Prozent seines Besitzstandes eingebüßt und die Kommunisten haben 250 Stimmen oder 25 Prozent ihres Besitzstandes verloren, so daß also

von allen Parteien in Obersteiermark die die Sozialdemokraten am wenigsten verloren

haben. Wallisch schildert dann die Provokationen in Bruck in den letzten Tagen vor der Wahl und schließt: Gerade dem Umstand, daß die Arbeiter Gelegenheit bekamen, sich das wahre Gesicht dieses Antimarxismus anzusehen, ist es zuzuschreiben, daß

auch der Teil der Arbeiter, der gegen uns eingestellt war, schon entschlossen ist, wieder mit uns zu kämpfen. (Beifall.)

Neue Wege der Bildungsarbeit.

Thaller (Unterrichtsausschuß) verweist darauf, daß auch in der Bildungsarbeit neue Wege beschritten werden müssen. Solche Bildungsmittel haben wir im letzten Wahlkampf zum erstenmal angewendet:

die Schallplatte und den Schmalfilm.

Mit dem Schmalfilmprojektor und der Sprechmaschine müßte in Zukunft eigentlich jeder unserer Agitatoren ausgerüstet sein. Die Bildungszentrale hat für die laufende Bildungssaison alle Vorbereitungen getroffen gehabt, um die beiden Bildungsmittel mit Erfolg in den bestehenden Bildungsapparat einbauen zu können. Beim Schmalfilm hat uns besonders eine größere finanzielle Zuwendung des Parteivorstandes die Einrichtung eines zwar noch kleinen, aber doch erwünschten Leiharchivs ermöglicht. Dieses auszubauen, es vor allem den Agitations- und Propagandabedürfnissen der Parteiorganisationen anzupassen, wird eine dringende Aufgabe der nächsten Zeit sein. Die Bildungszentrale hat auch bereits ein Schallplattenarchiv eingerichtet und alle Vorbereitungen getroffen, um die Schallplatte für die Propagandaarbeit in der Partei dienstbar zu machen. (Beifall.)

Fördert die Arbeitersportler!

Gastgeb (Askö): Es ist richtig, daß das Hauptaugenmerk der Jugend zugewendet werden muß, aber innerhalb der Jugendorganisationen spielen die Sportvereine und Wanderorganisationen der Arbeiterschaft eine große Rolle. Jeder neue Jahrgang muß für die Partei gewonnen werden, wir können aber

die Jugend nur durch Mittel gewinnen, die der Jugend liegen.

Was ist notwendiger und nützlicher, als die Gesundheit unserer Parteimitglieder zu erhalten, die Wehrfähigkeit und die Kraft, die Aktivität und die Agilität unserer Mitglieder zu heben und zu pflegen? Sport und Leibesübungen müssen nicht nur als eine Parteipflicht, als eine Klassenpflicht, sondern letzten Endes auch als eine gewisse Staatspflicht anerkannt werden! (Beifall.)

Der Terror in Obersteiermark.

Hartmann (Leoben) schildert die außerordentlichen Schwierigkeiten, mit denen der Wahlkampf in Obersteiermark geführt wurde und mit welchen Mitteln man die Arbeiter einzuschüchtern versuchte: Wenn ein Heimatschützler einen Arbeiter niederschlug und eine Anzeige erfolgte, so erschienen für den Heimatschützler, der angeklagt war, eine Menge von Zeugen, die bestätigten, daß ein andrer es gemacht habe, und der wirkliche Täter wurde dann freigesprochen. Wenn sich aber ein Arbeiter einmal zur Wehr setzte und irgendeinem Heimatschützler eine Ohrfeige gab, wurde er bestraft, wenn festgestellt wurde, daß er ein Sozialdemokrat ist! Die Heimatschützler sind vor den Wahlen nicht bloß aufmarschiert, sie haben die Rucksäcke umgeschnallt, Nagelschuhe bestellt, die von der Alpinen bezahlt wurden, Patronen verpackt, und alles getan, um ja nur die Arbeiter einzuschüchtern.

Unsere Genossen haben ein wahres Martyrium durchgemacht.

Es war fast unmöglich für uns, irgendwo Plakate aufzukleben. Wenn es unsere Genossen in der Nacht versuchten, waren schon Heimwehrpatrouillen da und haben die Genossen niedergeschlagen. Den Behörden fiel es nicht im Traum ein, einzugreifen. Hartmann schließt: Ich glaube, es ruhig aussprechen zu dürfen, daß auch in unserem Wahlkreis die Zeit besser werden wird, wenn wir versuchen, das wettzumachen, was bis heute versäumt wurde, und die Organisation so auszubauen, wie sie eigentlich sein sollte. Da sind wir am Werke und

wir haben die Hoffnung, daß in Zukunft der Heimatschutz, mag er auch noch so schön flöten, an seinem eigenen Flöten zum Schluß ersticken wird. (Beifall.)

Die Gewerbetreibenden.

Klimberger begründet einen Antrag der sozialdemokratischen Gewerbetreibenden, der die Parteiinstanzen auffordert, die Organisation der Gewerbetreibenden nach besten Kräften zu unterstützen. Er verweist auf die außerordentlichen Erfolge bei den Handelskammerwahlen in Wien und in Graz, und bittet, insbesondere die Gewerbetreibenden in der Provinz zu unterstützen. (Beifall.)

Rote Stützpunkte im schwarzen Land!

Genner (Japons) begrüßt die Anträge, die die Förderung der Landagitation verlangen. Wir müssen, sagt er, das schwarze Land mit roten Stützpunkten überziehen, von denen aus wir wieder weiter vordringen können in die Dörfer, in die wir sonst nur vor Wahlen kommen. (Beifall.)

Zilker (Wien, Askö) begründet einen Antrag, der die sozialdemokratischen Abgeordneten im Nationalrat und in den Landtagen auffordert, für den Bau von Radfahrwegen einzutreten. Er verweist auf die Bedeutung des Fahrrades und des Motorrades für das tägliche Leben des Arbeiters (Beifall.)

Praktische Anregungen für die Landagitation.

Nowotny (Aspang) schildert die Agitationsarbeit im Aspanger Gebiet und gibt einige praktische Anregungen für die Agitationsarbeit. Was man zum Beispiel sofort machen könnte, das ist eben, daß man von Wien und allen andern Städten diejenigen Genossen, die draußen auf Sommerurlaub sind, nicht bloß als Sommergäste hinausgehen läßt, sondern daß man sie auffordert, draußen Mitarbeiter zu werben. (Beifall.)

Der Vorsitzende Sever unterbricht nach ½9 Uhr abends die Debatte; er verliest noch ein Begrüßungstelegramm der oberschlesischen Arbeiter und schließt die Sitzung.

Heute beginnen die Beratungen des Parteitages um 9 Uhr vormittags.

Arbeitslosigkeit auch in Japan.

Tokio, 5 Dezember. Auch in Japan, das bisher eine Arbeitslosigkeit als Massenerscheinung nicht gekannt hat, wird nunmehr die Zahl der Arbeitslosen amtlich mit rund vierhunderttausend angegeben. Von den japanischen Gewerkschaften wird die Arbeitslosigkeit in Japan aber auf mindestens 1,200.000 Köpfe geschätzt. Die Regierung hat beschlossen, für Notstandsarbeiten 35,000.000 Jen zur Verfügung zu stellen.

andern Meistern abzujagen, sind auch ohne Gewerkschaften die Löhne gestiegen. Aber sobald sich der Geschäftsgang verschlechterte, dann sanken sie überaus schnell. Die Arbeitslosen, für die es keine Unterstützung gab, waren durch ihre Not gezwungen, ihre arbeitenden Kollegen zu unterbieten. Die Beschäftigten fürchteten, daß der Unternehmer sie durch Arbeitslose, die billiger zu arbeiten bereit waren, ersetzen werde. So konnten sie Lohnherabsetzungen keinerlei Widerstand leisten. Immer wieder sank der Lohn tief unter das Existenzminimum hinab. Die Löhne vollbeschäftigter Arbeiter, die damals elf und zwölf Stunden täglich arbeiten mußten, die Gehalte von Angestellten, für die es nicht einmal eine Sonntagsruhe gab, waren niedriger, als heute die Arbeitslosenunterstützung ist.

Erst mit der Entwicklung der Gewerkschaften ist das anders geworden. In Zeiten guten Geschäftsganges haben sie Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit errungen. Noch wichtiger aber war, daß sie das Errungene auch in Zeiten der Wirtschaftskrise festzuhalten vermochten, während früher, solange es keine Gewerkschaften gab, das in besseren Zeiten Gewonnene in Zeiten der Wirtschaftskrise immer wieder vollständig verloren ging.

Gewiß kann auch die stärkste Gewerkschaft in Zeiten schwerer Wirtschaftskrise nicht immer eine Senkung des Einkommens der Arbeiter und Angestellten völlig verhindern. Ist Mangel an Arbeit, Mangel an Bestellungen, so kann auch eine starke Gewerkschaft oft nicht verhindern, daß Kurzarbeit die Verdienste der Arbeiter empfindlich senkt. Besteht ernste Gefahr, daß ein Betrieb dauernd stillgelegt, seine Belegschaft dauernd arbeitslos wird, so stimmen auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten zuweilen einer Herabsetzung ihrer Löhne zu, nur um sich ihre Arbeitsstellen zu retten. Aber wenngleich die Gewerkschaften in Zeiten schwerer Wirtschaftskrise nicht in jedem einzelnen Falle Lohnsenkungen verhindern können, setzen sie doch den Lohndruck der Unternehmer unvergleichlich stärkeren und wirksameren Widerstand entgegen, als es eine unorganisierte Arbeiter- und Angestelltenschaft zu tun vermöchte.

Wir sehen den großen Unterschied auch heute. In der obersteirischen Schwerindustrie haben Unternehmerdruck, Heimwehrterror, Uneinigkeit der Arbeiterschaft die Freien Gewerkschaften zerschlagen. Nur eine Minderheit der Arbeiter gehört dort den Freien Gewerkschaften an. Dort diktiert jetzt das Kapital den Lohnabbau, wie es ihm beliebt. Wo dagegen Arbeiter und Angestellte geschlossen in der Freien Gewerkschaft stehen, dort wehren sie sich gegen den Unternehmerangriff, dort verteidigen sie jeden Groschen Stundenlohn, dort leisten sie der Offensive der Unternehmer zähen Widerstand.

Es ist wie im Kriege. War eine Truppe desorganisiert, so wich sie vor dem Angriff des Feindes widerstandslos in wilder Flucht zurück — so ist es auch im Lohnkampf, wenn Arbeiter und Angestellte nicht organisiert sind. Eine disziplinierte, wohlorganisierte, von gutem Kampfgeist erfüllte Truppe dagegen hat dem Angriff des Gegners im Kriege zähe standgehalten. Gewiß, auch sie hatte schwere Verluste im Kampfe. Gewiß, auch sie hat sich an einzelnen Stellen in Ordnung zurückziehen, einzelne Schützengräben in Ordnung räumen müssen, um nicht in einem aussichtslosen Kampfe an ungünstiger Stelle, im ungünstigen Augenblick nutzlos zugrunde zu gehen. Aber die Armeestellung als Ganzes hat sie zäh gehalten, in ihr hat sie ausgeharrt, um, wenn erst der Gegner abgewehrt war, in günstigerem Augenblick zum Gegenangriff überzugehen. Ganz so verteidigen heute die Gewerkschaften die Lohnfront. Auch sie müssen zuweilen da oder dort ein Bataillon in einen Reservegraben zurücknehmen, wenn die Verteidigung des vordersten Grabens nicht möglich ist; aber auch sie halten zähe die Armeestellung als Ganzes, um, wenn die Zeit erst wieder günstiger wird, wieder neue Eroberungen machen zu können!

Wer den Krieg mitgemacht hat, der weiß: es war eine größere Leistung, eine Stellung gegen feindliche Uebermacht zu halten, als, wenn man selbst in Uebermacht war, die Stellung des Gegners anzugreifen und zu nehmen. Ganz so ist es eine größere Leistung, in der Zeit der Wirtschaftskrise, in der das Unternehmertum in Uebermacht ist, das Lohnniveau zu verteidigen, als in Zeiten des guten Geschäftsganges, in der die Machtstellung der Arbeiter und Angestellten günstiger ist, Lohnerhöhungen zu erringen. So ist die Leistung der Gewerkschaften in Zeiten der Wirtschaftskrise in Wirklichkeit größer als in Zeiten, in denen guter Geschäftsgang es nicht allzu schwer macht, Lohnerhöhungen zu erringen.

Es ist begreiflich, daß nicht jeder Arbeiter, nicht jeder Angestellte das versteht. Junge, die die Erfahrungen früherer, günstigerer Zeit nicht kennen; Ungeschulte, die die Abhängigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes von der jeweiligen volkswirtschaftlichen Lage, die die Machtverhältnisse zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft bestimmt, nicht durchschauen; arme Arbeitslose und Kurzarbeiter, die die Not verbittert, mögen die große Leistung der Gewerkschaften in der Wirtschaftskrise nicht immer würdigen können. Um so notwendiger ist es, daß unsere Betriebsräte und unsere Vertrauensmänner, daß alle erfahrenen und geschulten Gewerkschafter die Schwankenden lehren, die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge, die Notwendigkeit, Kampfziele und Kampfmethoden der jeweiligen wirtschaftlichen Lage anzupassen, die große Leistung der Gewerkschaften in der Verteidigungsstellung der Krisenzeit zu erkennen. In Zeiten guten Geschäftsganges wachsen die Gewerkschaften von selbst; in Zeiten der Wirtschaftskrise bedarf es ständiger zäher Aufklärungsarbeit, sie stetig zu stärken, damit sie dem Angriff des Unternehmertums die höchstmögliche Widerstandskraft entgegensetzen können. Ständige Werbung für die Gewerkschaften, eifrige Erziehung zu gewerkschaftlichem Denken und zu gewerkschaftlicher Treue ist in Zeiten der Wirtschaftskrise eine unserer allerwichtigsten Aufgaben.

Eine Ergänzung.

Von Karl Kautsky.

Der bedeutsame Artikel im letzten Sonntagblatt der Arbeiter-Zeitung, betitelt: „Friedrich Adler, der Konterrevolutionär", zeigt eindringlich, welch schamlose Fälschung der Wahrheit die Anklage wie die „Geständnisse" der Angeklagten im jüngsten Menschewikenprozeß in Moskau darstellen.

Der Artikel kommt dabei auf den Gegensatz zu sprechen, der zwischen vielen meiner menschewistischen Freunde sowie der Mehrheit der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und mir in der Stellung zum Bolschewismus besteht. Er weist dabei auf mein jüngstes Büchlein über den „Bolschewismus in der Sackgasse" hin.

Dies veranlaßt mich, die Arbeiter-Zeitung zu bitten, mir Raum für einige Bemerkungen zu geben. Nicht zu einer Berichtigung.

Die Bemerkungen des Artikels über mich sind ebenso richtig wie loyal. Wohl aber scheinen sie mir einer Ergänzung zu bedürfen. Denn für sich allein könnten sie in einem Leser, der mit den betreffenden Verhältnissen nicht näher vertraut ist, die Meinung aufkommen lassen, daß die Anklagen und Geständnisse der Moskauer zwar nicht auf die Mehrheit der Menschewiken und der Sozialistischen Internationale zuträfen, wohl aber auf mich.

Da lege ich Wert darauf, ausdrücklich festzustellen, daß sie in bezug auf mich ebenso erstunken und erlogen sind, wie auf meine Freunde, trotz aller Gegensätze zwischen uns in russischen Dingen.

Ebenso wie sie, bin ich seit jeher ein Gegner jeder staatlichen Intervention in Sowjetrußland und jeder Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes dort gewesen. Schon 1925 erklärte ich in meiner Schrift „Die Internationale und Sowjetrußland":

> Die Internationale hat alle Ursache, wie bisher, so auch weiterhin, allen Aufstandsversuchen in dem von Moskau augenblicklich beherrschten Gebiet entschieden zu widerstreben. (Seite 40.)

Und weiter:

> Wir bekämpfen sowohl die bewaffnete Intervention, die eine Spezialität von Militärmächten ist, wie die versteckte Intervention der Perfidie eines Staates, der mit Regierungen Verträge abschließt und gleichzeitig Verschwörungen und Putsche gegen die selben Regierungen anzettelt.
>
> Wir anerkennen nur eine Art der Intervention: die offene und ehrliche Unterstützung unserer Klassen- und Gesinnungsgenossen in allen Ländern, ohne Waffen und ohne Zweideutigkeit. (Seiten 58, 59.)

In diesen zwei Punkten ist also die gesamte Sozialistische Internationale völlig einig, die Anklage Moskaus völlig haltlos, in offenbarstem Widerspruch zu den Tatsachen.

Der Gegensatz zwischen einer Reihe meiner Freunde und mir bezieht sich nicht auf diese Punkte. Allerdings betrifft er unsere Stellung zu eventuellen Aufständen in Rußland. Doch diskutieren wir nicht darüber, ob wir Aufstände dort hervorrufen sollen oder nicht. Darin sind wir in ablehnendem Sinne einig.

Was wir diskutieren, ist unsere Haltung zu Aufständen von Arbeitern oder Bauern, die sich spontan, aus Verzweiflung gegen ihre Aushungerung und Versklavung, sowie gegen die blutige Willkür einer allmächtigen Polizei und einer nach oben ebenso feilen wie nach unten schrankenlosen Justiz erheben.

Wie sollen wir uns in diesem Falle stellen? Hat die Sozialistische Internationale die Aufgabe, die Sozialdemokraten Rußlands aufzufordern, sich gegen aufständische Arbeiter und Bauern mit Stalin und seinen Werkzeugen zu verbünden? Muß jeder, der sich gegen dieses Schandregime erhebt, notwendigerweise ein „Weißgardist" sein oder doch ihr Werkzeug werden?

Darüber wird zwischen uns diskutiert. Das ist etwas ganz andres als die Frage, ob wir eine Intervention des Auslandes anstreben und Aufstände anzetteln sollen oder nicht.

Der Sonntagartikel in der Arbeiter-Zeitung weist auf eine Möglichkeit hin, den Stalinschen Terror friedlich aufzulösen. Er verurteilt ebenso wie ich die Missetaten des heutigen Bolschewismus, hofft aber auf eine „Hebung der wirtschaftlichen Lage", „die den Terrorismus überflüssig machen" soll.

Dieser Weg, den Terrorismus zu überwinden, wäre auch mir der sympathischeste, doch scheint mir der Hinweis auf ihn gegenstandslos zu sein, weil ich es für ausgeschlossen halte, daß sich Rußland aus dem ökonomischen Zusammenbruch, den die bisherige bolschewistische Wirtschaft herbeigeführt hat, bei Fortgang dieses Systems jemals wieder zu wirtschaftlicher Blüte erhebt. Und das soll gar das Werk eines einzigen Jahres sein, des „entscheidenden" des Fünfjahresplanes!

Aber Stalin strengt ja bereits alle die Riesenprozesse gegen die Ramsin und Groman usw. nur zu dem Zwecke an, um Sündenböcke zu haben, auf die er die Volkswut über das Ausbleiben des wirtschaftlichen Aufschwungs ablenken könnte, den der Fünfjahresplan vergeblich zu bringen sucht.

Das sind die Fragen, die in unseren Reihen in bezug auf Rußland diskutiert werden. Dabei darf ich wohl sagen, daß mindestens innerhalb der menschewistischen Partei die Mehrheitsverhältnisse für jede der beiden Fragen andre sind. Die Mehrheit steht wohl im Gegensatz zu mir auf dem Standpunkt, daß jeder Aufstand gegen den Bolschewismus in Rußland gegenrevolutionär wirken müsse, nicht die Demokratie, sondern eine Art kapitalistischen Fascismus bringen werde. Anderseits, soweit ich sehe, stimmt die große Mehrheit meiner menschewistischen Freunde mit mir überein in der Ueberzeugung, daß der Fünfjahresplan notwendigerweise scheitern muß, daß nicht der Terror durch wirtschaftlichen Aufschwung überwunden werden wird, sondern daß vielmehr größere Bewegungsfreiheit der Massen durch Demokratisierung des Staatswesens die unerläßliche Vorbedingung jeder wirtschaftlichen Erholung Rußlands ist. Sie unterscheiden sich von mir nur durch die Art, wie wir uns das Kommen dieser Demokratisierung vorstellen.

Mit den Anklagen gegen die Menschewiken und unsere Internationale, die bei dem jetzt abgeschlossenen Moskauer Prozeß erhoben wurden, haben diese Differenzen in unseren Reihen nichts zu tun. Denn, ich wiederhole es, wir sind alle einig in der Verurteilung von Interventionen und Putschen. Für unsere politische Praxis in der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart kommen diese Differenzen überhaupt nicht in Betracht, sie könnten erst Bedeutung gewinnen in dem Moment, in dem in Rußland ein großer Aufstand losbricht. Man kann mit einem solchen rechnen nicht aber ihn vorbereiten.

Alles Gerede über die Vorbereitung eines solchen oder einer Intervention ist freche, bewußte Lüge der Anstifter des Moskauer Schandprozesses. Diesen Lügen gegenüber gibt es nicht den mindesten Unterschied zwischen meinen Freunden Dan und Abramowitsch und mir.

Tränengas gegen raufende Studenten.

Warschau, 9. März. (Wolff.) Vor dem Universitätsgebäude haben gestern einige hundert Studenten gegen den Rektor der Universität demonstriert. Hierbei kam es zu Schlägereien zwischen nationaldemokratischen und pilsudskitreuen Studenten. Die Polizei zerstreute die Demonstranten mit Feuerspritzen und Tränengasbomben.

Solidarische Verbindung von Stadt und Land!

Renner über die Bedeutung des Genossenschaftswesens für Arbeiter und Bauern.

Im Favoritener Arbeiterheim wurde Sonntag die Reichskonferenz der freien Arbeitsbauern fortgesetzt und beendet. Im Mittelpunkt der Beratung stand die große Rede, die Karl Renner über das städtische und ländliche Genossenschaftswesen hielt. Er führte unter anderm aus:

Sie erinnern sich alle noch des Internationalen Genossenschaftskongresses in Wien, an dem ein Delegierter Kanadas über die Farmer von Kanada berichtete. Sie haben sich nicht nur in lokale Genossenschaften zusammengeschlossen, sondern alle Bauerngenossenschaften von Kanada haben auch einen gemeinsamen Bauernverband gegründet, der in seiner Gesamtheit unserer Genossenschaftsinternationale beigetreten ist, die in überwiegender Mehrheit die Konsumvereine der Arbeiter umfaßt. Zwischen der englischen Großeinkaufsgesellschaft und der kanadischen Bauerngenossenschaft bestehen direkte Beziehungen, so daß der kanadische Bauer über den Ozean hinüber seine Agrarprodukte direkt ohne jeden Zwischenhandel den englischen Konsumenten liefert. Aehnliche Verbindungen hat die englische Großeinkaufsgesellschaft auch mit australischen und neuseeländischen Organisationen angeknüpft. So bildet sich

über alle Weltmeere hinweg eine gemeinsame Organisation von Produzenten und Konsumenten.

Wie anders sieht es bei unseren christlichsozialen und landbündlerischen Großbauern aus: sie betrachten den städtischen Industriearbeiter einfach als ihren Feind und rüsten womöglich bewaffnete Banden gegen ihn aus, um ihn niederzuschlagen. Zu gleicher Zeit aber verlangen sie, daß wir ihnen mehr zahlen sollen, als wir den kanadischen Bauern zu bezahlen brauchten. Die natürliche Interessengemeinschaft zwischen den Werktätigen auf dem Lande und in der Stadt ist bei uns durch die Verhetzung, die von den kapitalistischen Kreisen ausgeht, durchbrochen!

Während man sich in fast allen modernen Staaten einig ist in der Förderung der Genossenschaftsidee, war sie bei uns lange Zeit einfach verfemt und verfolgt. Erst seit den neunziger Jahren wurde auch bei uns mit der

staatlichen Förderung des Genossenschaftswesens

begonnen, aber keineswegs allgemein, sondern es war nur eine Förderung der großbäuerlichen Organisationen, der Raiffeisenkassen und der großbäuerlichen Lagerhäuser, die von den staatlichen Gewalten sogar künstlich aufgepäppelt wurden, um Organe der Beherrschung und Niederhaltung der Kleinbauern durch die Großbauern zur Verfügung zu haben. Die Arbeiterkonsumgenossenschaften aber wurden verfolgt und schikaniert! Auch heute noch sind die Konsumvereine der Arbeiter den ärgsten Schikanen der Staatsverwaltung ausgesetzt.

Warum ist das in Oesterreich so gar anders? Weil sich

unsere Bauern jahrzehntelang am Gängelband des städtischen Handels der Bourgeoisie

führen ließen. Die Verbindung der christlichsozialen Partei mit dem städtischen Zwischenhandel hat zur planmäßigen Sabotage des ländlichen Genossenschaftswesens geführt. Heute und in Zukunft ist es nun Ihre, der Kleinbauern, Aufgabe, zunächst als Käufer Genossenschafter zu werden. Und Sie müssen umgekehrt Ihre ländlichen Produzentengenossenschaften so ausgestalten, daß Sie überall Konsumvereine verlangen und in den Filialen und Ausschüssen Ihre Bedürfnisse geltend machen und so von dieser Seite her dem Genossenschaftswesen und seiner Ausbildung näher kommen.

Erst in letzter Zeit ist auf dem Lande etwas Neues geschaffen worden, aber wieder nichts aus eigener Kraft, sondern nur mit Hilfe von Völkerbundkrediten haben die Großbauern eigene Molkereien errichtet, aber es so planlos gemacht, ohne jedwede vorherige Verständigung mit den städtischen Konsumentenorganisationen, daß jetzt die Milch vor den Toren Wiens steht und Wien dennoch diesen Milchstrom gar nicht aufnehmen kann. Das ist die notwendige Folge der ganzen Planlosigkeit und Zerrissenheit unseres Genossenschaftswesens.

Wir haben auch fast keine Genossenschaften zur Viehverwertung und Verwertung der Kleintiere, keine Genossenschaft zur Obstverwertung. Und soweit wir derartige Einrichtungen haben, sind sie eigentlich nur Bruchstücke von Genossenschaften, und wichtiger als ihr genossenschaftlicher Zweck ist den Herrschenden, daß es Instrumente ihrer Herrschaft über das ganze Dorf sind.

Naturgemäß hat darunter auch unsere städtische Konsumvereinsbewegung schwer gelitten. Weltkrieg, Inflation und jetzt wiederum die schwere Wirtschaftskrise haben uns immer wieder aus schöner Entwicklung zurückgeworfen. Darum ist unsere städtische Genossenschaftsorganisation keineswegs schon so wie in vielen andern Staaten etwas Fertiges und Vollendetes, sondern es fehlt hier eben noch

das wichtigste, die solidarische Verbindung von Stadt und Land. Wenn wir heute nicht 40.000, sondern 400.000 Konsumvereinsmitglieder hätten, wären wir natürlich auch viel mehr aufnahmsfähig für die Produkte Ihrer landwirtschaftlichen Arbeit.

Es ist darum auch Ihr Interesse, den Städtern zuzurufen: „Geht in eure Genossenschaften, und wenn ihr stark seid, dann werden auch wir, Leute vom Lande,

folg haben und ernste Lösungen unserer so schweren wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben ermöglichen. Das sind wir unserem Volke schuldig.

Der Europaausschuß vertagte sich hierauf auf Montag 4 Uhr nachmittags. Montag vormittag wird sich der Völkerbundrat mit dem englischen Antrag zum deutsch-österreichischen Zollprotokoll in öffentlicher Sitzung beschäftigen.

Die Schatzscheine werden bewilligt.

Genf, 16. Mai. Das Komitee der Garantiestaaten der österreichischen Völkerbundanleihe hat mit den Delegierten der österreichischen Regierung den Vorschlag der Ausgabe von österreichischen Schatzscheinen, die durch die Rekonstruktion der Kreditanstalt notwendig geworden ist, besprochen. Das Komitee hat die Vorschläge der österreichischen Regierung aufs beste aufgenommen. Es bereitet eine zustimmende Entschließung unter bestimmten Modalitäten betreffend die Beteiligung der Bank für internationalen Zahlungsausgleich vor. Der Präsident des Komitees, Bianchini, fährt Sonntag mit Dr. Reisch nach Basel, um mit der Bank für internationalen Zahlungsausgleich diese Modalitäten zu besprechen und wegen der Placierung der Schatzscheine Fühlung zu nehmen. Das Komitee wird sich Montag neuerlich versammeln, um die definitive Zustimmung zu geben.

Der französische Plan.

Genf, 16. Mai. (Wolff.) Der „Wirtschaftsausbauplan" der französischen Regierung ist heute nachmittag von der französischen Delegation im Wortlaut und in einem Auszug veröffentlicht worden. Er enthält gegenüber dem, was aus Vorankündigungen bekannt ist, wenig Neues.

Der Auszug beginnt mit der Bemerkung, daß „die französische Regierung der Ueberzeugung ist, daß das deutsch-österreichische Zollunionsprotokoll, das gewissen internationalen Verpflichtungen widerspreche, nicht geeignet sei, den Beteiligten oder Europa die Vorteile zu bringen, die die Urheber des Planes erwarten, und sich veranlaßt sehe, in Genf einen konstruktiven Plan vorzulegen, der die Möglichkeit beschleunigter und praktischer Lösungen für die dringendsten Probleme enthalte".

Erwägung des Gedankens von Vorteilen für Oesterreich.

In dem Teile des Plans, der sich mit der wirtschaftlichen Lage Oesterreichs befaßt, wird festgestellt, daß diejenigen Staaten, denen gegenüber Oesterreich sich seinerzeit verpflichtet hat, seine wirtschaftliche Unabhängigkeit zu wahren, auch die Pflicht haben, zu seiner wirtschaftlichen Entwicklung beizutragen. Um Oesterreich eine wirksame Hilfe zu gewähren, erwäge man den Gedanken von besonderen Handelsvorteilen zugunsten Oesterreichs. Die Hauptkunden dieses Landes werden ohne Ausnahme aufgefordert, durch eine gemeinsame Abmachung Oesterreich Erleichterungen zur Entlastung seines Absatzmarktes zu gewähren. Man sei berechtigt, zu glauben, daß dieses System der österreichischen Wirtschaft helfen würde, ohne die Handelsbeziehungen dritter Staaten zu erschüttern, und daß dieses System Oesterreich die Vorteile bringen würde, die die Urheber der Zollunion im Auge hatten. Die französische Regierung sei sich darüber klar, daß ihre Vorschläge über die Behebung der Schwierigkeiten in den Agrarstaaten und zugunsten Oesterreichs eine Abweichung von der Meistbegünstigungsklausel bedeuten. Es handle sich hier aber um eine außerordentliche Lage und die in Aussicht genommenen Maßnahmen hätten nur zeitweiligen Charakter.

Der italienische Gegenplan.

(Bericht der Arbeiter-Zeitung.)

Rom, 16. Mai. Ueber den italienischen Gegenplan, den Grandi bereits im Europaausschuß angedeutet hat, macht das „Giornale d'Italia" nähere Angaben. Danach sollen Wirtschaftsabkommen, wie sie Italien schon mit Oestereich und mit Ungarn abgeschlossen hat, wechselseitig abgeschlossen werden, besonders mit allen Donaustaaten und den Balkanstaaten. Diese dreiseitigen Abkommen mit Krediterleichterungen und Transportermäßigungen stellen sich offenbar dem europäischen Plan Briands entgegen, aber auch dem österreichisch-deutschen Plan, von dem sie sich angeblich dadurch unterscheiden, daß sie jede Möglichkeit zu in sich geschlossenen Wirtschaftsblocks verhindern und jedes politische Moment ausschließen. Deutschland soll in den Plan insofern einbezogen werden, als ihm alle Sonderabkommen mit Einzelstaaten, vor allem mit den Donau- und Balkanstaaten, vollkommen freistehen.

Fascistische Zeitungen machen für den Antifascismus Reklame

Mit Verblüffung haben die italienischen Zeitungsleser, die gewöhnt sind, von ihrer Presse gar nichts mehr zu erwarten, in der Nummer vom 9. Mai der „Corriere della Sera" und vom 10. Mai der „Tribuna" im Anzeigenteil die nachstehende Annonce gefunden: das den meisten Italienern bekannte Wahrzeichen der antifascistischen revolutionären Organisation „Giustizia e Liberta" (Gerechtigkeit und Freiheit). Und dieses Zeichen mit dem flammenden Dolch wurde als Heilmittel angepriesen: „Das wahre Stärkungsmittel", „Das wahre Verjüngungsmittel" ist ringsherum zu lesen.



Da wachen nun Fascio und Polizei mit tausend Augen über jedem Wort, das in den Zeitungen steht, und dann schleicht sich eine solche Annonce ein! Es ist zum aus der Haut zu fahren! Wo sich noch jedes Blatt ausdrücklich das Recht vorbehält, die ihm ungeeignet scheinenden Annoncen ohne Begründung zurückzuweisen. Dieses Stärkungs- und Verjüngungsmittel schien ihnen also geeignet.

Und ganz Italien lacht ...

Zweifellos sind die Zeitungen hineingelegt worden, aber ebenso zweifellos ist es, daß sich dabei die Augen mehrerer Kontrollorgane wohlwollend geschlossen haben müssen, damit dieses allen bekannte Zeichen sich zwischen Wurst- und Bierreklamen einnisten konnte: dies Symbol des Opfers auf dem Jahrmarkt des Profits. Und die Polizei schnüffelt auch schon nach Verschwörern und wird künftighin Personalvermehrung brauchen, wo die Gefahr besteht, daß die Seelen der Fascisten jetzt auch durch Annoncen vergiftet werden können. Was gäbe es Verletzbareres, als ein Regime, das sich sogar vor Annoncen fürchten muß! Dem sogar eine Reklame in der Hand explodiert!

Wie wär's, wenn die Italiener es mit dem angepriesenen Stärkungsmittel versuchten?

Karl Marx' Vermächtnis

Von **Karl Kautsky.**

Anfang Mai feierte die „Rheinische Zeitung" in Köln den vierzigsten Jahrestag ihres Bestehens. Aus diesem Anlaß sandte ihr der Altmeister des internationalen Sozialismus, Karl Kautsky, folgenden Gruß:

Wenn wir den vierzigsten Geburtstag der „Rheinischen Zeitung" feiern, der ein Ehrentag ist auch für die Kölnische Sozialdemokratie, so wenden sich unsere Blicke unwillkürlich noch über die vierzig Jahre, über das Sozialistengesetz, über die von Lassalle angefachte Bewegung hinaus zu den Anfängen des Marxismus zurück, der in Köln seine erste literarische Vertretung in der „Neuen Rheinischen Zeitung" fand. Marx gründete sie 1848, kurz nachdem er mit Engels dem proletarischen Klassenkampf im Kommunistischen Manifest seine theoretische Grundlegung gegeben. Noch gab es keine sozialdemokratische Partei. Die Kommunisten, zu denen sich Marx und Engels zählten, waren nur eine kleine Propagandagesellschaft. Ihren Tendenzen nach unterschieden sie sich allerdings nicht von der späteren Sozialdemokratie Deutschlands. Sie hatten nichts mit dem gemein, was sich heute Kommunismus nennt. Das bezeugt schon die Tatsache, daß sie ihr Organ, das erste marxistische tägliche Blatt, eben die „Neue Rheinische Zeitung", ausdrücklich auf seinem Kopfe mit großen Lettern als „Organ der Demokratie" bezeichneten. Der Kommunismus, den sie anstrebten, war untrennbar verknüpft mit der Demokratie.

Die theoretische Grundlage, auf der die „Neue Rheinische Zeitung" stand, das Kommunistische Manifest, ist im wesentlichen dieselbe, auf der heute, nach mehr als achtzig Jahren, unsere „Rheinische Zeitung" beruht, wie die Presse der Sozialdemokratie überhaupt. Allerdings, nur „im wesentlichen", nicht in allen Einzelheiten. Schon 1872 erklärten Marx und Engels, daß auf Grund der seit 1848 eingetretenen Aenderungen und Erfahrungen manches veraltet, manches anders zu fassen wäre.

Besonders geirrt hatten aber unsere Meister dort, wo sie die Erwartung aussprachen, daß „die deutsche bürgerliche Revolution nur das unmittelbare Vorspiel einer proletarischen Revolution sein kann".

Die deutsche bürgerliche Revolution, die sie Ende 1847 prophezeiten, kam wenige Monate später wirklich, aber die proletarische Revolution blieb aus. Es dauerte ganze siebzig Jahre, bis sie in Deutschland kam, und dann sah sie anders aus, als unsere Vorväter erwartet hatten. Sie brachte einen sehr gründlichen politischen Umsturz, aber noch nicht eine Ueberwindung der kapitalistischen Produktionsweise durch demokratisch-gesellschaftliche Produktion. Die ist noch zu schaffen. Und heute ist sogar die demokratische Republik bedroht und sie erheischt die höchste Klugheit und Kampfbereitschaft des Proletariats zu ihrer Verteidigung.

Dieses langsame Tempo der Entwicklung entspricht so gar nicht unseren Wünschen und Bedürfnissen. Es hat immer und immer wieder die lebhafteste Opposition manches Sozialisten gegen Marx und Engels hervorgerufen. Diese rechneten wohl mit der Revolution, waren aber überzeugt, eine solche lasse sich nicht nach Belieben hervorrufen. Jeder Versuch, sie zu erzwingen, müsse zu einer Niederlage führen und uns zurückwerfen.

Die revolutionäre Ungeduld verführte viele Revolutionäre im Gegensatz zu Marx und Engels entweder zu Abenteuern oder zu unwilliger Abwendung vom Sozialismus überhaupt. Schon gleich nach dem Niedergang der Revolution 1850 hatte Marx im Bunde der Kommunisten einen schweren Kampf gegen jene Mitglieder zu führen, die den Standpunkt vertraten: „Entweder müssen wir gleich zur Herrschaft kommen, oder wir können uns schlafen legen."

Während der ganzen weiteren Lebenszeit unserer Meister kam die Revolution nicht, die sie selbst mit Sehnsucht erwarteten. So bestand ihre Aufgabe in der praktischen Politik zum großen Teil darin, revolutionäre Ungeduld zu hemmen und anderseits der Verdrossenheit, dem Zweifel an der Sache, oder gar der Bereitschaft, die Flinte ins Korn zu werfen, entgegenzutreten, die sich so leicht einstellen, wenn es nicht so schnell geht, wie man gern möchte.

Kurz nach Marx' Tode, als ich auch einmal einige Ungeduld darüber äußerte, daß es nicht vorwärts gehen wolle, sagte mir Engels: „Ihr Jüngeren müßt lernen, Geduld haben und zu warten. Wir Alten haben das auch lernen müssen, so sauer es uns ankam. Tut desgleichen."

Natürlich meinte Engels mit den Worten nicht, die Hände in den Schoß legen und tatlos dem Gang der Dinge zusehen, bis eine günstige Gelegenheit kommt. Er verstand unter diesen Worten nur, sich's nicht verdrießen lassen, wenn der Erfolg unserer Tätigkeit nicht sofort eintritt, sondern stets mit größter Energie in den Gang der Dinge eingreifen. Nur durch stete Arbeit gewinnt unsere Partei die Einsicht und die Kraft, um jede günstige Gelegenheit zu großen Erfolgen sofort ausnützen zu können.

Es war nach dem Zusammenbruch der Revolution von 1848, daß Marx die Politik entwickelte, die seither den Marxismus kennzeichnete. Sie ist die der sozialdemokratischen Partei und der sozialistischen Internationale geworden. Sie setzt sich hohe Ziele der Menschenbefreiung und hält zäh an ihnen fest, weiß aber dabei in jedem Moment das gerade Mögliche illusionslos zu erkennen und ihre ganze Kraft zeitweilig darauf zu konzentrieren. So gelang es ihr immer mehr, das ganze Proletariat unter ihre Fahnen zu sammeln und die gewaltige Kraft, die der Enthusiasmus für ein hohes Ziel verleiht, zu vereinen mit dem Ansporn und den vermehrten Machtmitteln, die aus praktischen Erfolgen hervorgehen.

Das galt bis zum Weltkrieg. Die politische Revolution und die ökonomische Not, die ihm folgten, haben allenthalben große Massen von Kleinbürgern proletarisiert, große Massen Indifferenter politisiert. Man durfte erwarten, daß unsere Bewegung dadurch außerordentlich begünstigt werde. Doch war das nur teilweise der Fall. Die Zahl derjenigen, die sich Marxisten nennen, ist zwar enorm gewachsen, doch keineswegs in gleichem Maße die Zahl derjenigen, die im Geiste des Marxismus denken und handeln.

Die Kommunisten von heute handeln ganz im Sinne der Willich und Schapper, die 1850 Marx im Kommunistenbund entgegentraten, weil sie Putsch machen wollten, und die Marx deß Verrates an der Revolution anklagten, weil er sich solchen Versuchen widersetzte. Sie handeln ganz im Sinne Bakunins, gegen den Marx zwei Jahrzehnte später einen schweren Kampf in der Internationale führte, die die Bakunisten auch auf die Bahnen des Putschismus drängen wollten.

Der Kampf Willichs wie der Bakunins gegen Marx hat der proletarischen Sache schwere Wunden geschlagen. Nach 1850 ging daran der Kommunistenbund, nach 1870 die erste Internationale zugrunde; sie spalteten sich zuerst und verfielen dann.

Ein ähnliches Schicksal schien nach dem Weltkrieg der proletarischen Bewegung zu drohen, als die Neubakunisten, geführt zuerst von Lenin — unter der Fahne eines angeblichen Marxismus! —, sich daran machten, die sozialistische Internationale und die sozialdemokratischen Parteien der einzelnen Länder zu spalten. Der von Marx und Engels begründeten sozialdemokratischen Taktik der Beschränkung der praktischen Arbeit auf das jeweils Mögliche setzten sie den Appell an die revolutionäre Ungeduld ungeschulter und unorganisierter Massen entgegen, die von den wirklichen ökonomischen Bedingungen und den Kraftverhältnissen der Parteien in den einzelnen Ländern keine Ahnung haben und glauben, energisches bloßes Wollen genüge, unwiderstehlich zu werden.

Der Sozialdemokratie und der neuen Internationale ist es indes besser gegangen, als ehedem Marx und den von ihm geführten Organisationen. Das Proletariat, namentlich Westeuropas, hat seitdem doch enorm viel gelernt.

Aber wurden Sozialdemokratie und Sozialistische Arbeiter-Internationale durch die Spaltungsbestrebungen der Kommunisten auch nicht geradezu umgebracht, wie es ehedem das Schicksal des Kommunistenbundes und der ersten Internationale war, so wurden doch Sozialdemokratie und Internationale und mit ihnen das Proletariat aufs schwerste geschädigt, seine Kraft gerade in sehr entscheidenden Momenten bedenklich geschwächt.

Das schlimmste Unheil aber haben die Kommunisten dem proletarischen Klassenkampf durch die moralische und intellektuelle Verlotterung gebracht, die sie in weiten Kreisen der Arbeiterschaft herbeiführten. Sie predigen heute wieder den alten Grundsatz: Entweder müssen wir gleich zur Herrschaft kommen oder wir können uns schlafen legen. Natürlich kommen sie, trotz allen phantastischen Versprechungen und verzweifelten Abenteurern doch nicht gleich, ja überhaupt nicht zur Herrschaft. Aber sie erreichen es, daß diejenigen, die an ihnen irre werden, nur in geringem Maße wieder zur Sozialdemokratie zurückfinden. Die meisten legen sich schlafen, oder, da der Lärm der Zeit das schwer macht, sie schließen sich andern Abenteurern an, die mit derselben Sicherheit verkünden, daß sie „gleich zur Herrschaft kommen werden", und die noch nicht so abgenützt sind, wie die Kommunisten. Das sind zurzeit die Hitler-Leute. Ihnen bereiten die Kommunisten den Weg.

Es ist eine schwierige, keineswegs erfreuliche Zeit, in die der vierzigste Geburtstag der „Rheinischen Zeitung" fällt. Aber der große Gründer ihrer Vorgängerin stand zeitweise noch größeren Schwierigkeiten gegenüber. Er sah die Reaktion schrankenlos triumphieren und seine eigenen Genossen sich gegen ihn wenden; trotzdem verzagte er nie auch nur einen Augenblick. Diesmal hat sich die Sozialdemokratie als stark genug erwiesen, die Reaktion nicht allmächtig werden zu lassen, und die Massen des Proletariats, namentlich ihre geschulten und organisierten Massen, sind ihr treu geblieben.

Und der Gründer der „Neuen Rheinischen Zeitung" hat selbst die Taktik entwickelt, die dem Proletariat in seinen Klassenkämpfen die größte Kraft verleiht, es am ehesten zum Siege führt. Auf Grund dieser Taktik hat die „Rheinische Zeitung" und die ganze Sozialdemokratie ihre Erfolge erzielt. Diese Taktik wird sie auch weiterhin von Triumph zu Triumph führen.

Was die „Neue Rheinische Zeitung" begonnen, die „Rheinische Zeitung" wird es vollenden.

Ich sende ihr meine besten Glückwünsche.

K. Kautsky.

Preis im Einzelverkauf
an Wochentagen
18 Groschen
an Sonn- u. Feiertagen
24 Groschen

Bezugspreis
für die Bundesländer:
Monatlich . . . . S 4·20
für das Ausland:
Deutschland . . . RM 3·—
Tschechosl. Republik Kč 22·—
Polen . . . . Zl. 7·—
Jugoslawien . . Din. 60·—
Alle sonstigen dem Weltpostverein angehörenden Länder
österr. Schilling 7·—

Arbeiter-Zeitung



Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 1 Uhr mittags

Schriftleitung
Verwaltung
Druckerei u. Versand:
V. Rechte Wienzeile 97
Telephon:
B 29-5-10 Serie

Alleinige Anzeigenannahme:
„Annoretka"
Annoncen-, Reklame- u. Verlags-Gesellschaft
I. Schulerstraße 13
Tel. R 23-5-70 bis 73 und R 20-1-70 bis 71.

Bezugsbedingungen für Wien:
In allen Verschleißstellen u. d. Zusendung durch die Post:
Monatlich . . . . S 4·20

Nr. 203. Wien, Samstag, 25. Juli 1931. 44. Jahrgang.

Die Internationale in Wien

Heute beginnt in Wien der Vierte Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Mehr als sechshundert Vertreter von vierunddreißig sozialistischen Parteien, Träger des Willens des Weltproletariats, treten in unserer Stadt, die jetzt der Jubel der Jugend durchrauscht, die strahlende Festesfreude der Arbeiterolympiade erhellt, zu ernster Beratung zusammen.

Selten oder nie stand ein internationaler Kongreß vor so großen Entscheidungen.

Die Weltkrise des Kapitalismus hat sich in den letzten Wochen zur unmittelbaren Gefahr des wirtschaftlichen Zusammenbruchs in Mittel- und Osteuropa verschärft. Millionen Menschen zahlen die Unfähigkeit des Kapitalismus, die Welt weiter in seiner „Ordnung" zu erhalten, mit Elend, Hunger, Verzweiflung. Millionen Menschen suchen Rettung vor der Katastrophe, suchen einen Ausweg aus drohendem Chaos. Millionen Menschen blicken auf den sozialistischen Kongreß.

Die wirtschaftliche Zerrüttung droht auch das politische Gefüge der Welt zu erschüttern. In dem von der Krise am schwersten getroffenen Lande, Deutschland, verirrt sich die Verzweiflung in hemmungslosen Haß gegen die deutsche Demokratie; das Treiben der Hakenkreuzler ist Wasser auf die Mühle der französischen Nationalisten. Frankreich und Deutschland stehen einander mit wiedererwachtem Mißtrauen gegenüber. Ueberall in der Welt erhebt der Militarismus wieder sein blutiges Haupt. Die Völker erschrecken — und blicken nach Wien.

Unter dem Gebot der geschichtlichen Stunde treten so zwei große Fragen in den Vordergrund: der Kampf des deutschen Volkes gegen die Katastrophe ist die eine, der Kampf aller Völker gegen die Kriegsgefahr die andre. Sie werden den Internationalen Kongreß beherrschen.

Alles, was sonst das internationale Leben des Proletariats bewegt und die Beratungen seiner Vertreter fruchtbar macht, alle die großen und kleinen Fragen, die sonst einen Kongreß der Internationale beschäftigen: die Fragen der Theorie, der Taktik im Kampf gegen den Kapitalismus und im Kampf um die Eroberung der Staatsmacht, die Fragen des Wachstums der Arbeiterbewegung in den außereuropäischen Kontinenten — so wichtig sie sind, sie müssen diesmal zurücktreten vor den dringenden Problemen des Augenblicks: Rettung der Demokratie in Deutschland, Rettung des Friedens in der Welt.

Konferenzen der Regierungen, durch den guten Willen und die geschickte Vermittlung der englischen Arbeiterregierung zustande gebracht, haben in den letzten Tagen über die Rettung Deutschlands aus wirtschaftlicher Bedrängnis und drohender politischer Katastrophe beraten. Das Ergebnis der Verhandlungen ist armselig.

Eine große Konferenz der Regierungen wird im nächsten Jahre endlich die Frage der Abrüstung im Weltmaßstab behandeln. Aber die heimlichen und offenen Vorbehalte der Regierungen, die heimlichen und offenen Rüstungen des Militarismus in allen Ländern lassen die Formeln und Tabellen, mit denen die kapitalistische Diplomatie zu dieser Konferenz geht, unaufrichtig und aussichtslos erscheinen.

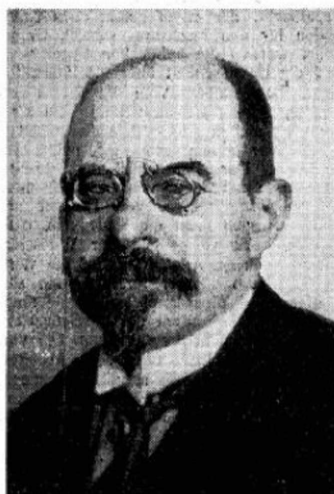
Hier muß die internationale Macht und Geschicklichkeit der Arbeiterklasse eingreifen. Keine Rettung für Deutschland, wenn nicht die Solidarität der Arbeiterparteien in den großen Ländern mit der deutschen Sozialdemokratie ihr das Ausharren in schwerstem Kampf ermöglicht! Keine Aussicht für die Abrüstungskonferenz, wenn nicht die Kraft des Proletariats die zögernden und zweideutelnden Regierungen zu entschlossenen Schritten zwingt!

Das sind die Aufgaben des Kongresses von Wien. Die Arbeiter der ganzen Welt erwarten ihn voll Hoffnung und Vertrauen. Die Arbeiter von Wien und Oesterreich begrüßen ihn mit Freude und Stolz. Mögen sich die Abgesandten des sozialistischen Weltproletariats in Wien wohlfühlen! Mögen ihre Beratungen den Arbeitern aller Länder Zuversicht und Erfolg bringen! Es lebe die Internationale!

Und nun geben wir den Vertretern des internationalen Sozialismus selbst das Wort.

Um Sein oder Nichtsein der deutschen Demokratie

Von Emile Vandervelde, Vorsitzender der belgischen Arbeiterpartei, Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiter-Internationale



Unser Wiener Kongreß, der vierte Kongreß der wiederaufgebauten Sozialistischen Arbeiter-Internationale, tritt zu ungewisser und schicksalsschwerer Stunde zusammen. Niemals vielleicht seit dem Kriege, den Revolutionen und den sozialen Erschütterungen, die an seinem Ausgang standen, war der politische Horizont derart von dunklen Wolken überschattet. In allen Ländern, in allen Teilen der Welt, im Fernen Osten wie in Sowjetrußland, in Europa wie in Amerika herrscht mit verschiedenen Abstufungen, aber mit einheitlicher Gewalt die wirtschaftliche, politische und soziale Krise. Ueberall stehen die Mächte des Rückschritts im Kampfe gegen die der Revolution. Ueberall haben die Tatsachen — bereits oder bald — mit viel Blut und Tränen die ergreifende Voraussage zur Wahrheit gemacht, die Jaurès einige Monate vor der Katastrophe von 1914 aussprach:

> Aus einem europäischen Krieg kann die Revolution hervorgehen, und die herrschenden Klassen täten gut daran, dies zu bedenken; aber ebenso kann aus diesem Kriege eine lange Periode der konterrevolutionären Krisen, der wütenden Reaktion, des Nationalismus, der würgenden Diktatur, des ungeheuerlichen Militarismus hervorgehen, eine lange Kette fortschrittsfeindlicher Gewalt und niedrigen Hasses, der Unterdrückung und der Knechtschaft.

Wer könnte sich dem Eindruck dieser prophetischen Worte entziehen — angesichts des Bildes, das heute, dreizehn Jahre nach dem Kriege, die aus den Fugen geratene Welt darbietet?

Revolutionen sind aus dem Kriege hervorgegangen, und vor kurzem erst ist, umrauscht von friedlichem Jubel eines ganzen Volkes, die spanische Monarchie als die letzte der persönlichen Königsgewalten zusammengebrochen, hinübergeglitten in das geschichtliche Nichts, wo sie sich den Schatten der Habsburger, der Hohenzollern und der Romanows gesellt.

Aber auf der andern Seite hat selbst in den Ländern, wo die Demokratie schon vor dem Kriege tiefe Wurzeln geschlagen hatte, die Konterrevolution auf verschiedenen Wegen einen Teil des verlorenen Gebiets zurückgewonnen oder droht, ihn zurückzuerobern. Halb Europa lebt unter der Herrschaft von Diktaturen, die zumeist nicht einmal den Schein einer parlamentarischen Verhüllung aufrechterhalten. In der andern Hälfte muß die Bourgeoisie mehr und mehr mit der Macht der Arbeiterklasse rechnen. Die Regierungen, heißen sie nun Rechts- oder Linkskabinette, sind Koalitions- oder Minderheitsregierungen, nicht mehr stark genug, nach den alleinigen Befehlen der Bourgeoisie, noch nicht stark genug, nach den Wünschen der Arbeiter zu regieren. Das ist der Fall in Frankreich, in England, in den kleineren Staaten des Westens. Es ist auch der Fall in Deutschland, freilich mit dem Unterschied, daß in Deutschland die Demokratie erst jungen Datums ist; Deutschland liegt sozusagen an der Wasserscheide zwischen den Ländern der Demokratie und dem Bereich der Diktaturen, und nirgend herrscht ein so scharfer, gewalttätiger, brutaler Gegensatz wie hier zwischen den Mächten der Reaktion, die sich auf starke Ueberbleibsel des alten Regimes stützen, und den Kräften der Revolution, die aus der Entwicklung des fortgeschrittensten Kapitalismus hervorgehen. Man hat den französischen und englischen Kapitalismus liberal genannt im Vergleich zu jenem „autoritären Kapitalismus" Deutschlands, der seine politische Verkörperung in den Nationalisten vom Typus Hugenberg findet, aber dabei auch die für ihn selbst nicht ganz gefahrlose Hilfe nicht verschmäht, die ihm die pseudosozialistische Demagogie der Nazis bringt. Das sind gewiß gefahrdrohende Kräfte der Reaktion, noch gefährlicher durch die Zerbröckelung und die Schwäche der bürgerlichen Mittelparteien und durch die verhängnisvolle Spaltung, die die Kommunisten in die Massen der Arbeiter getragen haben.

Aber ihnen gegenüber steht die deutsche Sozialdemokratie, die stärkste Partei Deutschlands und der Welt, deren wunderbare Widerstandskraft nach den Wahlen von 1930 auch den andern republikanischen Gruppen Stärkung eingeflößt hat und die seit Monaten im Kampfe gegen das Bündnis aller Demagogien eine Einheit von Kraft und Klugheit beweist, die ihr selbst die Achtung ihrer Gegner erzwingt.

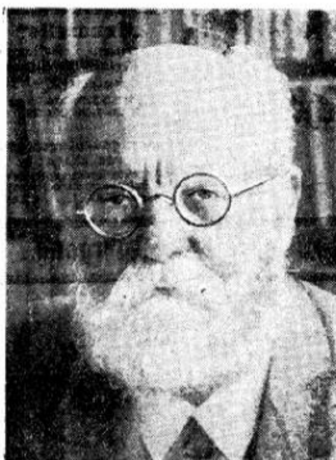
Nach einigen Resolutionsentwürfen zu schließen, die im Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale eingelangt sind, dürften sich wohl auch beim Kongreß in Wien einige Unduldsame finden, die Kritik üben an jener Politik der Tolerierung zur Verhütung eines größeren Uebels, die der Leipziger Parteitag der deutschen Sozialdemokratie soeben ohne Vorbehalt mit überwältigender Mehrheit gutgeheißen hat. Die das tun, beweisen nur, daß sie die wahre Lage in Deutschland nicht verstehen; sie erkennen nicht, daß in dem täglichen Kampfe, den die deutsche Sozialdemokratie in den Parlamenten oder auf der Straße zu führen hat, kein geringerer Einsatz auf dem Spiele steht, als das Sein oder Nichtsein der deutschen Demokratie.

Von dem Siege oder der Niederlage der deutschen Demokratie hängt im gegenwärtigen Augenblick das Schicksal der Demokratie und des Friedens in Europa ab. Lasset die nationalistische Reaktion in Deutschland auf den Ruinen der Republik triumphieren — und dem Bürgerkrieg folgt unfehlbar der Völkerkrieg, der überdies nur allzubald in den allgemeinen Bürgerkrieg umschlagen würde! Lasset dagegen die soziale Demokratie siegen — und nicht nur Deutschland, sondern Europa und die ganze Welt gewinnen eine Bürgschaft des allgemeinen Friedens!

Die ganze Internationale versteht, daß heute in Deutschland die große Schlacht geschlagen wird. Von ihrem Ausgang hängt in hohem Maße die ganze Zukunft Europas ab, und vor allem der Erfolg oder Mißerfolg jener Abrüstungskonferenz, die in den Verhandlungen des Kongresses von Wien den ersten Platz einnehmen wird. Jede Stärkung des Nationalismus in Deutschland muß als Gegenwirkung die Nationalisten der übrigen Länder stärken. Jede Stärkung des deutschen Sozialismus hingegen bedeutet überall eine Sicherung der Demokratie und des Friedens. Die Verhältnisse bewirken, daß die deutsche Sozialdemokratie heute an der Spitze der Schlachtfront gegen alle Gewalten des Uebels steht, die die Welt mit neuen Katastrophen bedrohen. Indem sie sich selbst verteidigt, kämpft sie für alle; indem alle andern ihr helfen, nützen und stützen sie sich selbst,

In schwerer Zeit

Von Karl Kautsky



Nach Jahrzehnten schwerer Kämpfe hatte die Sozialdemokratie in der österreichischen Monarchie endlich genügend Ellbogenraum erobert, um der Zweiten Internationale ausreichende Freiheit bei ihren Beratungen in Aussicht stellen zu können, wenn sie den Internationalen Kongreß für 1914 nach Wien berief. Durch den jähen Ausbruch des Weltkrieges wurde das Abhalten dieses Kongresses verhindert.

Der Krieg hat viele morsche Gebilde zertrümmert, die drei kaiserlichen Dynastien des östlichen Europa weggefegt, die Republik zur überwiegenden Staatsform Europas gemacht, den proletarischen Parteien allenthalben einen mächtigen Anstoß gegeben.

Das Wien von heute ist nicht mehr das von 1914. Nicht mehr die Residenz eines Kaisers, nicht mehr der Sitz der Phäaken, sondern eine Großstadt, in der das sozialdemokratische Proletariat herrscht und sich durchsetzt, soweit dies im Rahmen einer städtischen Verwaltung inmitten eines überwiegend agrarischen Staates möglich ist.

Auch dieser Staat selbst ist zu einer der freiesten Republiken der Welt geworden. Sie bietet einem internationalen Kongreß eine Freiheit der Bewegung, wie er sie heute etwa in der Schweiz nicht fände, der Stätte der ersten Internationalen Kongresse.

Doch nicht überall hat die Bewegungsfreiheit der Massen seit 1914 solche Fortschritte gemacht. Nach wie vor sind die Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre Rußlands verhindert, sich in der Heimat zu organisieren und ihre Anschauungen zu propagieren. Nach wie vor kann nur ihre Emigration auf einem Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale vertreten sein. Doch im Unterschied zu 1914 gilt dies jetzt auch von Italien, einem Lande, das seit seiner nationalen Einigung eine große politische und soziale Bewegungsfreiheit genoß.

Noch ist die Kraft der fascistischen Tendenzen nicht gebrochen, noch beherrschen sie Italien und Osteuropa, bedrohen sie die deutsche Republik. Doch in Oesterreich sind sie zurückgedrängt, und in Spanien ist eben jetzt mit der Diktatur auch die Monarchie niedergeworfen worden. Unter diesen beglückenden Zeichen tritt der Internationale Kongreß zusammen. Trotz solcher Lichtblicke ist jedoch die allgemeine politische Lage der Welt höchst düster. Noch düsterer ihre ökonomische. Der Internationale Kongreß versammelt sich in der Zeit einer Wirtschaftskrise, wie sie noch kein Kongreß vor dem jetzigen sah. Sie läßt an Tiefe und Ausdehnung alle bisherigen Krisen weit hinter sich.

Zeitweilige Krisen sind unvermeidlich in der kapitalistischen Produktionsweise. Aber die jetzige wird besonders verderblich durch Faktoren, die mit den Naturgesetzen der kapitalistischen Wirtschaft nicht notwendig verbunden sind. Auf der einen Seite haben die Friedensbedingungen, die den Besiegten nach dem Weltkrieg auferlegt wurden, so irrsinnige Formen angenommen, daß sie die tiefstgehenden Störungen des Wirtschaftslebens nicht nur bei den Besiegten, sondern auch bei den Siegern hervorrufen mußten.

Sie haben aber auch alte Großstaaten verkleinert, viele Splitter als selbständige Staaten von ihnen abgelöst und gleichzeitig ihre Zusammenfassung in neue, ausgedehnte Wirtschaftsgebiete erschwert.

Das wäre schon schädlich genug. Es wird noch dadurch arg verschlimmert, daß der Krieg die bereits vor seinem Ausbruch mächtigen Herren des Finanzkapitals übermächtig gemacht hat, die großen Banken im Verein mit den kartellierten Industrien, die sich verbünden mit den Agrariern. Das sind die Elemente, die immer mehr die bürgerliche Welt beherrschen, und diese „Führer der Wirtschaft" zeigen sich immer gewalttätiger, habgieriger und kurzsichtiger. Um ihrer Augenblicksprofite willen hemmen sie immer mehr alles, was die Krise bannen oder doch mildern könnte, fördern sie alles, was sie verlängert und verschärft. Das schreckt sie nicht, wenn es ihnen nur gelingt, die Wirkungen der Krise auf die Arbeiter abzuwälzen. Das ist das A und O ihrer wirtschaftlichen Weisheit.

Niemals, seitdem es eine kapitalistische Produktionsweise gibt, waren die Staaten so sehr aufeinander angewiesen wie jetzt seit dem Weltkrieg, war Freiheit des internationalen Verkehrs der Waren und Menschen so sehr eine Notwendigkeit wie in unseren Tagen. Das erkennt auch die bürgerliche Welt an. Nie vorher hat England ein solches Interesse an der Wirtschaft des europäischen Festlands genommen. Und selbst Amerika sieht sich gezwungen, in europäische Dinge einzugreifen.

Aber war nie vorher das Bedürfnis nach internationalem Verkehr und internationaler gegenseitiger Hilfe so groß wie heute, so waren anderseits die Hemmnisse der Internationalität seit dem Beginn der Freihandelsära 1860 niemals so groß wie heute, weil eben nicht die Bedürfnisse der Gesamtheit des kapitalistischen Produktionsprozesses, sondern nur die Sonderinteressen seiner größten, eigensüchtigsten und borniertesten Ausbeuter in den bürgerlichen Parteien dominieren. Wohl können auch sie sich nicht der Einsicht verschließen, daß ein allgemeiner Abbau der Zölle in der Welt dringend notwendig geworden ist. Nichtsdestoweniger erhöhen sie diese gleichzeitig im eigenen Lande zu schwindelnder Höhe. Sie verurteilen mit Worten die ungehemmte Herrschaft der Banken und Kartelle und fördern sie durch Taten.

Solange diese privatmonopolistischen Tendenzen dominieren, ist eine Gesundung der Wirtschaft schwer zu erwarten.

Das sozialistisch gesinnte Proletariat allein wirkt ihnen machtvoll entgegen, es allein vermag den Bedürfnissen internationaler Zusammenarbeit und Solidarität zu entsprechen, die nicht nur von den Lebensbedingungen des Proletariats, sondern auch von denen des heutigen kapitalistischen Produktionsprozesses gefordert wird.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale war stets eine unerläßliche Waffe im Befreiungskampf des Proletariats. Sie wird heute auch immer mehr ein unerläßliches Mittel, den Produktionsprozeß in Gang zu erhalten, die Gesellschaft vor dem Untergang zu bewahren. Die sozialistischen Parteien haben nicht nur deren Fortschritt zu sozialistischen Formen zu beschleunigen, sondern auch vorher schon das Funktionieren des Produktionsapparats vor gänzlichem Einfrieren zu bewahren, von welcher Gefahr er um so mehr bedroht wird, je unumschränkter die Herren des Finanzkapitals in Staat und Gesellschaft herrschen.

In schwerer Zeit tritt der Internationale Kongreß zusammen. Gewaltig sind die Probleme, die sich vor ihm auftürmen. Doch nicht minder gewaltig ist die Kraft, die ihm aus dem Bewußtsein ersteht, daß unter den Faktoren, die Probleme unserer Zeit zu lösen, das internationale sozialistische Proletariat den weitaus stärksten und heute auch den am weitesten blickenden bildet.

Aus den sozialistischen Parteien, die in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale vereint sind, wird und muß die Rettung aus dem Elend unserer Zeit kommen, nicht nur für das Proletariat, sondern für die Gesamtheit der in der Gesellschaft und für die Gesellschaft tätigen Menschen.

Dieses stolze Bewußtsein wird den Internationalen Sozialistenkongreß beseelen, wird seine Arbeiten befruchten, wird ihm seine Größe verleihen.

Geschlossene Front!

Von Walter Schevenels, Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes



Zur Eröffnung des Internationalen Sozialistischen Kongresses in Wien haben wir das Bedürfnis, unserer Freude und zugleich unserer Besorgnis Ausdruck zu geben.

Der Freude, da wir erneut unsere unerschütterliche Solidarität und Zusammenarbeit mit unserer Schwester-Internationale der politisch organisierten Arbeiterschaft öffentlich und unzweideutig bekunden können.

Der Besorgnis aber angesichts der außerordentlich schweren Krisenzeit, die das Weltproletariat augenblicklich durchzumachen hat, und der kaum erträglichen Verantwortung der Arbeiterorganisationen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben in einer Periode, in der die gegenwärtigen und zukünftigen Interessen der Arbeiterklasse auf dem Spiele stehen.

Wie diese unverkennbaren Lasten zurzeit auf alle unsere gewerkschaftlichen Tagungen drücken, so werden auch die Beratungen dieses Kongresses stark davon beeinflußt sein. Mehrfach schon ist betont worden, daß diese Weltkrise sowohl eine wirtschaftliche als auch eine politische ist. Oefter hatten wir in beiden Internationalen Gelegenheit, darzutun, wie eng die drei Gefahren: Krieg, Fascismus und Krise, die die Arbeiterklasse und die ganze Gesellschaft bedrohen, miteinander verknüpft sind. Die Kriegsfolgen und die immer bestehende Kriegsgefahr haben die Wirtschaftskrise wenn nicht verursacht, so doch verschärft und beträchtlich verlängert.

Die furchtbare Arbeitslosigkeit hat beispiellose Verwirrung und Verzweiflung verursacht, die einen gefährlichen Nährboden für den Fascismus schafft. Umgekehrt werden die politischen Spannungen und die Unwissenheit über die internationalen Beziehungen vom Fascismus zur tollsten Demagogie ausgenützt. So steht die Welt und in erster Linie die Arbeiterklasse vor einem scheinbar unlösbaren Problem: Der Fascismus muß besiegt werden, sonst kann von normalen politischen Verhältnissen, von Freiheit und von Vertrauen nicht die Rede sein, ohne welche keine Gesundung der Wirtschaft zu erwarten ist. Anderseits muß die Wirtschaftskrise mit ihrer furchtbar um sich greifenden Massenverelendung überwunden werden, bevor der Fascismus unschädlich gemacht werden kann. Die verantwortlichen Instanzen der Arbeiterbewegung haben sich ständig mit diesen ernsten Fragen befaßt, sie haben alle zur Verfügung stehenden Mittel gegen die Gefahr aufgeboten.

Noch mehr als früher sind dadurch die beiden Internationalen einander näher gekommen, sowohl in dem Kampfe gegen Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit als auch im Kampfe gegen den Kriegs- und Rüstungswahnsinn. Sie sind mit aller Entschiedenheit gemeinsam vorgegangen. Gemeinsame Kommissionen wurden gebildet, deren einheitliche Forderungen und Aktionen Wirkungskraft und Erfolg hatten. Im Augenblick, da die Sozialistische Arbeiter-Internationale wieder tagt und eine der wichtigsten und dringendsten Fragen: Kriegsbekämpfung und Abrüstungsaktion auf der Tagesordnung ihrer Beratung steht, ist es mehr denn je angebracht, die von der gewerkschaftlichen Internationale geleistete Mitarbeit zu betonen und auf die Notwendigkeit einer erfolgreichen Zusammenarbeit hinzuweisen.

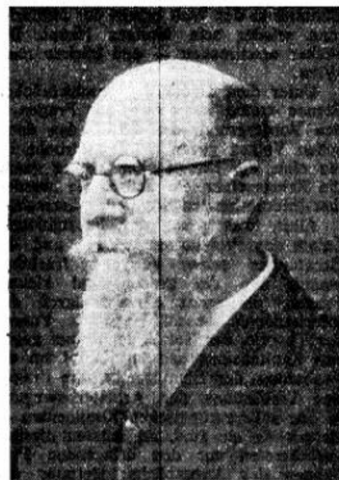
Geschlossene Front, gegenseitiges Vertrauen, Einheit im Willen zum Kampf für das gemeinsame Ziel — das ist das Geheimnis des Sieges der Arbeiterklasse.

Ein Sprichwort sagt: „Wo die Not am höchsten, ist die Hilfe am nächsten." Je schwerer die auf uns lastenden Aufgaben, desto stärker müssen unser Wille und unser Kampfesmut sein.

In diesem Sinne begrüßen wir mit herzlichstem Vertrauen den Internationalen Sozialistischen Kongreß und sprechen die feste Ueberzeugung aus, daß die Beratungen und Beschlüsse dieses Kongresses unsere Erwartungen erfüllen werden.

Einfluß auf die Weltpolitik!

Von Thorwald Stauning, dänischer Ministerpräsident



Mit Erwartung blicken wir alle auf die sozialistische Internationale, denn sie soll die großen Aufgaben der Zukunft lösen, von ihr soll die Erneuerung ausgehen, welche, wie wir alle denken, die Gesellschaft nötig hat.

Ich begrüße den Internationalen Kongreß in Wien und bedaure, daß Arbeit und Pflicht mich zwingen, in Dänemark zu bleiben. Ich wünsche, daß dieser Kongreß neue Schritte vorwärts machen möge, daß er fortgesetztes Wachstum und eine weitere Entwicklung der Organisationen mit sich bringe, damit die Arbeiterklasse den Einfluß auf die Weltpolitik bekommt, den sie fordern kann.

Es lebe der Sozialismus!

Es lebe die Internationale!

Im Kampf gegen den Zarismus gereift

Von **Paul Kalnin**, Vorsitzender des lettischen Parlaments



Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands, die durch ihren Vertreter und die Olympiadeteilnehmer vom lettischen Arbeiter-Sport- und Schutzbund in diesen Tagen die Gastfreundschaft der roten Republik Wien genießt, gehört nicht zu den ältesten Mitgliedern der Arbeiter-Internationale, sie ist aber bedeutend älter als der lettländische Staat und hat Kämpfe hinter sich, auf die sie selbst und die Sozialistische Arbeiter-Internationale stolz sein können.

Die Verschmelzung der einzelnen Ortsgruppen zur sozialdemokratischen Partei vollzog sich in diesem Teil des alten Rußland erst im Jahre 1904, aber schon im nächsten Jahre fiel ihr die wichtige geschichtliche Aufgabe zu, zur Führerin der revolutionären Arbeiter- und Bauernmassen in den lettischen Ostseeprovinzen zu werden.

Der Kampf wurde damals geführt gegen die unbegrenzte Profitsucht des Kapitals, die Willkürherrschaft des Zarismus, die nationale Unterdrückung und die Privilegien des baltisch-deutschen Adels. Die Wogen der ersten russischen Revolution gingen nirgends so hoch wie in dem lettischen Teil der Ostseeprovinzen. Die Bewegung hatte fast alle Volksschichten ergriffen und die Leitung lag in den Händen der jungen sozialdemokratischen Partei. Dreimal wurde im Jahre 1905 der Generalstreik proklamiert und glänzend durchgeführt. Schon einige Wochen vor dem Oktobermanifest befand sich die Macht in den Händen des sozialdemokratischen Föderativkomitees, welches eine demokratische Schulreform einleitete und die Neuorganisierung der Verwaltungsorgane in den Städten und Gemeinden durchführte. Als aber dann der Zar das „Freiheitsmanifest" zerriß, auf Wunsch des Adels die Strafexpeditionen ins Land schickte und die Bezähmung des rebellischen Volkes durchzuführen begann, da gingen viele Adelsschlösser in Flammen auf. Hunderte von Revolutionären wurden standrechtlich erschossen, tausende durchgepeitscht und in die Verbannung geschickt... Aber die Privilegienbriefe des Adels hatten einen Riß erhalten, der Thron des Zaren war ins Wanken geraten und auch der Kapitalismus mußte die Arbeitsverhältnisse bessern und zugeben, daß in der organisierten Arbeiterschaft Lettlands ein Feind emporwächst, mit dem er zu rechnen haben wird. Land und Volk hatten bewiesen, daß sie für eine politische Umwälzung reif sind.

Diese Umwälzung kam in den Jahren 1917 und 1918 — mit dem Zusammenbruch des Weltkrieges, mit der zweiten russischen Revolution.

Wenn die unabhängige lettländische Republik jetzt eine demokratische Verfassung hat, im Lande eine radikale Agrarreform durchgeführt ist, die Arbeiterschaft ziemlich große Errungenschaften auf dem Gebiet sozialer Gesetzgebung zu verzeichnen hat, so brauche ich nicht besonders hervorzuheben, daß all das nicht ohne Kampf, als „Freiheitsgabe" der Bourgeoisie zustande kam, sondern dank zäher, unermüdlicher Arbeit der Sozialdemokraten im Parlament und außerhalb desselben erreicht worden ist.

Und wenn Diktatur und Fascismus, die in den Nachbarländern Rußland, Polen und Litauen seit Jahren festen Fuß gefaßt haben, in Lettland noch nicht Einzug gehalten haben, so ist auch das vor allem der in Kämpfen gereiften sozialdemokratischen Arbeiterpartei Lettlands und ihrem Einfluß im Staate zu verdanken.

Und da wir heute gerade in Wien sind, um darüber zu beraten, was das internationale Proletariat der wirtschaftlichen Krise entgegensetzen soll, möchte ich zum Schluß den Wiener Theoretikern des Sozialismus, aus deren Schriften auch die lettischen Sozialdemokraten sehr viel gelernt haben — in erster Linie unserem alten Lehrer Karl Kautsky —, unseren Dank aussprechen. Er und die österreichische sozialdemokratische Arbeiterpartei mögen auch in Zukunft der Internationale voranmarschieren, dann wird der Sieg des Proletariats sicher und bald kommen!

An der Schwelle der großen Epoche

Von **Theodor Dan** (Russland).

Mitten in die schwerste wirtschaftliche und politische Weltkrise hinein fällt die Tagung des Wiener Kongresses der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, in eine Krise, die sich im Rahmen und auf dem Boden einer allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems abspielt, welche durch die ganze wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung der Kriegs- und Nachkriegszeit vorbereitet wurde. Selbst in der kapitalistischen Bourgeoisie dämmert heute schon das Bewußtsein auf, daß die Welt sich einem geschichtlichen Wendepunkt nähert. Ihre berufensten Vertreter, wie Owen Young, bekennen sich verzweifelt zur „bolschewistischen" Kritik der kapitalistischen Unzulänglichkeit, und ihre angesehensten Oekonomen, wie Keynes, suchen nach Wundermitteln,



um die verfallende Ausbeutungsordnung zu retten. Vergebens! Denn mag die Agonie des Kapitalismus noch lange dauern — er liegt auf dem Sterbebett und sein geschichtlicher Erbe steht schon an der Schwelle: die um die Macht und um die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft kämpfende internationale Arbeiterklasse.

Noch nie hat sich täglich und stündlich so unzweideutig der große Marxsche Gedanke bewährt, daß nur der Sieg der Arbeiterklasse der gemarterten Menschheit Befreiung und Rettung bringen kann. Nur der tatkräftige Eingriff der Arbeiterklasse — der deutschen Sozialdemokratie, der französischen Sozialisten und vor allem der englischen Arbeiterregierung — hat Deutschland und mit ihm ganz Europa, die ganze Welt bisher vor ungeheuren politischen Katastrophen gerettet. Und nur durch diesen Eingriff wird auch künftighin der Unsinn der Wirtschaftsordnung, die gleichzeitig den gewaltigen Ueberfluß an unabsetzbaren Waren und die Leiden, den Hunger, die Arbeitslosigkeit der Millionen häuft, überwunden, die Abrüstung erzwungen, die Menschheit vor neuen Katastrophen der Völker- und Bürgerkriege gerettet werden können, die die blinde Profitwut und der Eigennutz der herrschenden Klassen immer wieder heraufbeschwören, wenn auch ihnen selbst manchmal vor den Folgen ihrer verbrecherischen Tätigkeit bange wird.

Aber die Arbeiterklasse rettet die Welt vor Katastrophen nicht dazu, um den verhaßten Kapitalismus zu retten, sondern im Gegenteil, um aller Ausbeutung den Todesstoß zu versetzen. Sie fühlt sich als geschichtliche Erbin des gesamten materiellen und kulturellen Reichtums, der durch die vorhergehende tausendjährige Entwicklung der menschlichen Gesellschaft angehäuft wurde. Sie weiß, daß nur auf der Grundlage dieses Reichtums die sozialistische Gesellschaft erfolgreich aufgebaut werden kann. Und sie will es nicht dulden, daß der kapitalistische Wahnwitz noch im Sterben diesen mit Schweiß und Blut unzähliger Generationen erkauften Reichtum vergeudet und vernichtet und somit seinen Erben und mit ihm die ganze Menschheit der letzten Möglichkeit der Befreiung beraubt. Nicht die Zertrümmerung dieses Reichtums, sondern seine Besitzergreifung — das ist der Weg, den Marx der Arbeiterklasse gewiesen hat und den die sozialistische Arbeiterbewegung geht. Katastrophenpolitik oder Politik der Eroberung? Hier liegt der Trennungsstrich zwischen den Methoden des Sozialismus und den Methoden des bolschewistischen Kommunismus.

An der Schwelle einer großen geschichtlichen Epoche tritt der Wiener Kongreß zusammen, als der Generalstab der proletarischen Millionenarmee, die zum Kampf um die Macht und um den Sozialismus ausrückt. Schon einmal, im Jahre 1914, war ein internationaler sozialistischer Kongreß in Wien geplant, zu dessen Hauptaufgabe die Rettung der Menschheit vor der drohenden Kriegsgefahr werden sollte. Und wer weiß, wie ganz anders die geschichtlichen Schicksale sich gestaltet hätten, wäre dieser Kongreß auch wirklich zustande gekommen! Aber der Weltkrieg eilte ihm voraus, die Internationale ward zertrümmert. Nicht minder schicksalsschwere Aufgaben harren auch des diesjährigen Wiener Kongresses. Der internationale Sozialismus steht vor einer entscheidenden geschichtlichen Prüfung. Er muß beweisen, daß er allein imstande ist, den Kampf der Arbeiterklasse um die Macht und um den Sozialismus erfolgreich zu organisieren; daß seine marxistischen Methoden allein den Sieg der Proletarier aller Länder wie den der Proletarier eines jeden Landes sichern können; daß allein unter seinen Fahnen der richtige Platz für alle proletarischen Energien ist, die bewußt die Befreiung der Menschheit von allen Fesseln der Ausbeutung und der Knechtung anstreben.

Der Wiener Kongreß ist eine wichtige Etappe auf dem Wege dieser geschichtlichen Selbstprüfung des internationalen Sozialismus. Er bedarf des größten Weitblickes, um alle die Tagesaufgaben, die auf seiner Tagesordnung stehen, im Lichte und im Sinne der allumfassenden, großen geschichtlichen Aufgabe der Arbeiterklasse in unserer Epoche zu lösen. Er bedarf der größten Tatkraft, um überall der Arbeiterklasse die Wege zu weisen, die sie vorwärts bringen. Er bedarf aber auch der größten grundsätzlichen Klarheit, um sich selbst und das Proletariat vor Illusionen zu bewahren, die nur zu Niederlagen führen können, nur dazu, daß die Arbeiterklasse, die das Opfer der aufblühenden kapitalistischen Gesellschaft war, nicht zu ihrer Bezwingerin, sondern zum Opfer ihres Zusammenbruches werde.

Ob man will oder nicht, werden so alle Arbeiten des Kongresses von der großen Frage: Sozialismus oder Bolschewismus? überschattet werden. Denn in unserer Epoche, wo die Eroberung der Macht und die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft zur unmittelbaren praktischen Aufgabe des proletarischen Kampfes geworden sind, wird die Frage über die Methoden dieses Kampfes, über seine Strategie und Taktik zur Lebensfrage der Arbeiterbewegung. Insofern die russische Sozialdemokratie, auf ihre reiche und so schmerzliche Erfahrung sich stützend, an der Lösung dieser Frage mitarbeiten kann, wird sie es in dem Bewußtsein tun, daß sie damit auch ihren bescheidenen Beitrag zum Erfolg des gewaltigen Befreiungskampfes der internationalen Arbeiterklasse leistet.

Treue Wacht am Polarkreis

Von **R. H. Wiik**, Sekretär der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Finnlands

Vor etwas mehr als einem Vierteljahrhundert schloß sich die finnische Sozialdemokratie der Internationale an. Kurz vorher war unsere Partei erst gegründet worden; in einer Zeit der schwersten zaristischen Reaktion tat sie ihre ersten Schritte. Wohl instinktiv fühlten die Arbeiter das Bedürfnis der



internationalen Solidarität als einer Stütze in dem doppelten Kampf gegen die einheimische Bourgeoisie und den von außen angreifenden Zarismus.

Nicht vergebens appellierte die finnische Arbeiterschaft an die internationale Solidarität. Auf dem Kongreß zu Kopenhagen 1910 befaßte sich die Internationale zum erstenmal mit den finnischen Angelegenheiten, protestierte gegen den barbarischen Zarismus und die ihn unterstützende europäische Bourgeoisie und forderte die angeschlossenen Parteien auf, den Zarismus unablässig zu bekämpfen.

Die finnische Arbeiterbewegung entwickelte sich indessen tüchtig. Sie verbreitete über das Land ein Netz von 1300 sozialdemokratischen Parteivereinen, von denen sich 1000 eigene Vereinshäuser bauten; sie schuf eine gewerkschaftliche Bewegung und eine konsumgenossenschaftliche, die zu den stärksten der Welt zählt. Die geographische Lage sowie die abnormalen politischen Zustände beeinflußten freilich die Entwicklung der finnischen Arbeiterbewegung; 1918 kam es sogar zu einem Bürgerkrieg, nach welchem die Bewegung gänzlich zerschmettert dalag; doch schon einige Monate später stand sie wieder stark da. Zuletzt hatte sie unter der fascistischen Lappobewegung schwer zu leiden — doch wieder versagte die internationale Solidarität nicht. Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale erließ an die angeschlossenen Parteien einen Aufruf, ihre Aufmerksamkeit auf die finnischen Zustände richtend und die finnische Sozialdemokratie zum fortgesetzten Kampf für die Demokratie und die Rechte der Arbeiterschaft ermunternd. Seitdem ist der Fascismus unter dem Druck der demokratisch gesinnten Massen der Arbeiter und der Bauernschaft zum Rückzug gezwungen worden, und ungeachtet der ungeheuer starken Arbeitslosigkeit gehen wir wieder besseren Zeiten entgegen.

Die Internationale würdigt es, daß es auch hier am Polarkreis eine treue Schar gibt, die für die Ideen des völkerbefreienden Sozialismus kämpft. Die finnische Arbeiterschaft ihrerseits ist sich des moralischen Stärkezuwachses bewußt, den ihr die Zusammenarbeit mit der Elite der Menschheit, der internationalen klassenbewußten Arbeiterschaft, verleiht.

Ständehaus in Betrieb

Der Präsident: Ich eröffne unsere heutige Ständesitzung. Auf der Tagesordnung steht die Vorlage über den Straßenbau Wien—Neusiedler See. Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Berichterstatter: Hohes Ständehaus! Schon der gesunde Menschenverstand sagt einem, daß der Zustand unserer Straßen im Ständestaat ein Umstand ist, der für den Abstand der einzelnen Stände voneinander von ständiger Bedeutung ist. (Sehr richtig! bei den Bauunternehmern und Schotterlieferanten.) Deshalb haben wir uns entschlossen, Ihnen heute einen Gesetzentwurf über den Bau einer neuen Straße vorzulegen. (Zwischenrufe der Autoreifenhändler.) Die Straße soll von Wien über Eisenstadt zum Neusiedler See führen. (Lebhafter Beifall bei den Badetrikoterzeugern.) Ein weißes Band soll sich zwischen Stadt und Dorf, zwischen Fluß und See, ja zwischen Land und Meer erstrecken.

Vertreter der Dichterinnung: Poetisch brauchen Sie hier nicht zu werden. Das überlassen Sie gefälligst unserem Stand.

Berichterstatter (fortfahrend): Als Kostenaufwand für den Bau sind 2·6 Millionen veranschlagt. Ich brauche auf die hohe volkswirtschaftliche Bedeutung dieses Projekts nicht näher einzugehen und hoffe, daß Sie in altbewährter Geschlossenheit für die Vorlage eintreten werden. (Beifall beim Fremdenverkehrsstand und bei den burgenländischen Bootsverleihern.)

Präsident: Ich eröffne die Debatte und erteile dem Ständehäusler Oberlederer das Wort.

Oberlederer: Verehrlicher Ständerat! Ein außerordentlich schwerwiegendes Bedenken möchte ich Ihnen zu bedenken geben. Wir Schuhmacher haben uns nach reiflicher Ueberlegung entschlossen, gegen die Vorlage zu stimmen, und zwar aus folgenden Gründen: Auf der jetzigen alten Straße werden immerhin soviel Schuhe zerrissen, daß sie ihren Mann ernähren. Gesetzt den Fall, wir bekommen nun eine neue spiegelglatte Straße, was dann? Unser ganzer ehrbarer Schuhmacherstand ist bedroht. Wozu haben wir einen neuen Ständestaat, frage ich, meine Herren? (Tosender Beifall bei seinen Fraktionskollegen.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Gemischtwarenrat Halbemmentaler.

Halbemmentaler: Geehrte Anwesende, und auch Sie, Herr Vorredner! Wir gemischte Warenhändler erklären uns für den Bau der Straße, weil wir der Meinung sind, daß Straßen die Völker verbinden... (Sehr richtig! Keine Sonderinteressen!) ...und außerdem, weil sie für unseren Stand den Vorteil bringen durch erhöhte Ausflugstätigkeit mehr Touristenproviantbedürfnis in der Bevölkerung zu erwecken. In diesem Sinne rufe ich meinem Vorredner zu: „Schuster, bleib' bei deinem Leisten!" (Gelächter bei den Musikinstrumentenmachern.)

Oberlederer: Sie Budlhupfer, verkaufen S Ihnere Quargeln und reden S nicht von Volkswirtschaft!

Präsident (schwingt die Glocke): Ich bitte die Herren, die Würde des Ständehauses zu wahren. Das Wort hat nun der Vertreter der Rauchfangkehrerzunft, Herr Rußmacher.

Rußmacher: Im Namen meiner Zunft gebe ich hier die Erklärung ab, daß uns der Straßenbau vollkommen Wurst ist; herentgegen möchte ich die Gelegenheit nicht versäumen, die Oeffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, daß uns der staatliche Seifenzuschuß noch immer nicht bewilligt wurde. Wir stimmen deshalb gegen die Vorlage. (Zwischenrufe: Hört! Hört! Unerhört! Beifall bei den Seifenfabrikanten.)

Präsident: Zum Wort ist noch Großagrarrat Mehltau gemeldet.

Mehltau: Werte Versammelte! Straßen sind ja sehr schön, aber was haben wir Agrarier davon? Gestank, Staub und Sozipropaganda. Auch weil wir der Meinung sind, daß man das Geld lieber dem notleidenden Agrarierstand...

Häuserrat Steigerer: Oder dem noch immer entrechteten Hausbesitz...

Bankrat Zinsler: Oder für Bankensanierung...

Rußmacher: Und was ist es mit dem staatlichen Seifenzuschuß? (Mehrere gleichzeitig: Subvention! Steueramnestie! Darlehen! Zuschuß! Vorschuß!)

Präsident: Ich bitte um Ruhe! (Der Tumult wird immer größer.)

Berichterstatter (schreiend): Meine Herren, wozu diese Aufregung? Die Vorlage ist bereits vor einer halben Stunde durch Notverordnung Gesetz geworden.

Kara.

Die Ausrottung der Besten

Von Karl Kautsky

„Die Ausrottung der Besten" betitelt sich **ein Kapitel im ersten Band der großen** „Geschichte des Unterganges der antiken Welt", verfaßt von dem deutschen Professor Otto Seeck.

Der Verfasser wurde 1850 geboren, starb 1921, der hier zitierte Band erschien zuerst 1895. Seine Ausführungen sind also fast vier Jahrzehnte alt. Und die Tatsachen, von denen sie ausgehen, gar rund zwei Jahrtausende. Und doch sind Seecks Darlegungen gerade augenblicklich von solcher Aktualität, daß es sich lohnt, auf sie hinzuweisen.

Seeck beschäftigt die Frage, wieso es kommt, daß wir zuerst in Griechenland, bis ins vierte Jahrhundert vor Christo und dann in Rom bis zum Beginn unserer Zeitrechnung, einen raschen Aufschwung der Oekonomie, der Wissenschaft und Kunst sahen, dem dann völliger Stillstand und sogar ein Abstieg folgt, auf geistigem Gebiet noch früher und rascher als auf ökonomischem.

Die Ursache des geistigen Aufstieges sieht er in der Art der damaligen Politik, dem Streben der jeweilig siegreichen Parteien und namentlich der Tyrannen und Despoten, ihre Herrschaft dadurch zu sichern, daß sie jeden aus dem Wege räumten, von dem sie fürchteten, er könne ihnen gefährlich werden.

> Es blieb also nur übrig, wer politisch gar nichts bedeutete. (4. Auflage, Seite 277.)
>
> Neben dem Tyrannengrundsatz, die Besten wegzumähen, steht ein zweiter, der nicht minder verhängnisvoll geworden ist. Er lautet, man dürfe die Kinder nicht leben lassen, wenn man den Vater töte, da man sich sonst in ihnen Feinde zuziehe. Auch dieses Prinzip ist von allen politischen Parteien während der ganzen Dauer des Altertums befolgt worden und hat selbst durch das Christentum nur wenig von seiner Geltung eingebüßt.

Als Beweis führt Seeck ein Gesetz des „frommen Kaisers" Arkadius (377 bis 408 nach Christo) an, der verfügte, Majestätsverbrecher müßten hingerichtet, ihre Güter konfisziert werden. Ihre Söhne sollten eigentlich dasselbe Schicksal erfahren, da der verbrecherische Charakter erblich sei. Aber in seiner „kaiserlichen Milde" schenkt ihnen der fromme Christ Arkadius das Leben und verurteilt sie bloß zu immerwährendem Elend.

> Ewig seien sie dürftig und arm, immer begleite sie die väterliche Schmach; nie sollen sie zu irgendwelchen Ehren, irgendeinem Staatsdienst zugelassen werden; sie sollen mit einem Worte so dastehen, daß ihnen im Elend ewiger Dürftigkeit der Tod ein Trost und das Leben eine Strafe sei. (Seite 278.)

Man sieht, der Hinweis auf die Erblichkeit des verbrecherischen Charakters ist nicht neu. Neu ist bloß die Entdeckung der Hitler-Leute, daß es besondere Rassen geborner Verbrecher gebe. Es ist wirklich eine unendliche Milde des „Führers", daß er sie nicht alle einfach ausrottet, sondern die unterwürfigeren unter ihnen zu ewiger Dürftigkeit und Schmach begnadigt.

Es gelang durch diese Methode der Vernichtung aller politisch unbequemen Menschen und ihrer Nachkommen den Zäsaren in der Tat, ihren Thron dauernd zu befestigen. Aber das Geistesleben verkümmerte dabei rapid, viel rascher noch als der ökonomische Wohlstand, wenn immer und immer wieder „alles unterging, was sich über das Niveau der Mittellosigkeit erhob".

So argwöhnisch wurden die römischen Kaiser, daß sie nicht einmal einen in einem großen Krieg siegreichen Feldherrn an der Spitze einer ihrer Armeen duldeten, wenn er nicht zur Familie des Kaisers gehörte. Am liebsten führten sie jeden bedeutenderen Krieg selbst.

Sehr früh zeigte sich die verheerende Wirkung der „Ausrottung der Besten" außer in der Politik auch in der Literatur und Philosophie insofern, als diese alle kühnen Denker und Neuerer verlor. In ihren Anfängen war die römische Literatur kraftvoll und originell, dann aber ging sie dazu über, die alten Griechen nachzuahmen, um schließlich ganz zu versanden.

> Es ist kein Zufall, daß dieser Umschwung in der römischen Literatur zusammenfällt mit dem Beginn der politischen Massenmorde. Das erste Beispiel derselben ist die Ausrottung der begeisterten Jünglinge, die sich um Tiberius Gracchus und seinem größeren Bruder geschart hatten; und noch grimmiger wird das Wüten, seit nicht mehr die Parteien um ideale Ziele, sondern einzelne Ehrgeizige um die Herrschaft streiten. Wer kühn genug gewesen war, sich politisch zu exponieren, war fast ausnahmslos zugrunde gegangen; nur die Feiglinge blieben am Leben und aus ihrer Brut gingen die neuen Generation hervor. (Seite 286 und 287.)

Was die Bürgerkriege begonnen, setzten die Diktatoren, die Zäsaren, systematisch fort. Das Ergebnis:

> Angeerbte Feigheit ist, wenn uns nicht alles täuscht, die beherrschende Eigenschaft, aus der alle Erscheinungen hervorgehen, die für das sinkende Altertum charakteristisch sind. (Seite 293.)

Am längsten waren es die **Juden**, die sich ihre Kraft ungebrochen erhielten. Darum wurden sie auch der Abscheu aller servilen Bedientenseelen des Kaiserreiches. Außer bei den Juden behauptete auch in Aegypten das Volk einen großen Teil seiner alten Frische. Das schreibt Seeck wieder der „starken jüdischen Beimischung zu, die das Volk schon seit der Ptolemäerzeit erfahren hatte". (Seite 381.)

Dieser Hinweis auf die Vorzüge des Judentums und die Vorteile der Rassenmischung mit ihm ist um so bemerkenswerter, als Seeck dem Faktor der Vererbung einen ungemein großen, nach meinem Dafürhalten übertriebenen Einfluß auf die Psyche der Völker zuschreibt. Er sollte dadurch den Nationalsozialisten besonders sympathisch sein.

Die aus der Ausrottung der Besten hervorgehende Zunahme allgemeiner Feigheit und Knechtseligkeit äußerte sich nicht bloß in wachsender Unwilligkeit, freiwillig Kriegsdienst zu tun sowie in dem Aufhören jeder politischen Tätigkeit, sondern auch im Niedergang des geistigen Lebens.

> Denn auch auf künstlerischem und wissenschaftlichem Gebiet ist jede große Tat ebenso sehr eine Leistung des Charakters wie des Talents. Wer einen wirklich neuen Gedanken in die Welt hinausgehen läßt, der muß wissen, daß er verketzert wird, er muß den Mut haben, es zu ertragen.

In der systematischen Ausrottung der Besten sieht Seeck mit Recht eine der wichtigsten Ursachen des unaufhaltsamen Verkommens von Staat und Gesellschaft, der die römische Kaiserzeit kennzeichnet.

Mussolini, der seinem Anhang keine nüchternen Erfolge zu bieten hat, sucht ihn zu berauschen durch Heraufbeschwörung des Glanzes der römischen Weltherrschaft im Altertum. Er vergißt dabei eine Kleinigkeit. Es war die römische **Republik**, die jene Kräfte produzierte, denen es möglich wurde, die Herrschaft über die ganze alte Kulturwelt um das Mittelmeer herum zu erringen. Die Zeiten der Diktatur, des **Cäsarismus**, das sind die des Niederganges zu solcher Erbärmlichkeit, daß der Staat sich schließlich nicht einmal einiger recht kleiner Barbarenstämme zu erwehren vermochte und daß diese schließlich trotz ihrer Roheit von einem großen Teil des römischen Kulturvolkes als Befreier begrüßt wurden.

Und Hitler will heute das deutsche Volk zu neuem Heldentum emporführen. Aber er will es dazu erziehen durch Methoden, die bisher nie etwas andres erzielten als feile Bedientenhaftigkeit und zaghaftes Sklaventum. Die „Gleichschaltung", das heißt, die Einförmigkeit des Denkens, bedeutet die Allgemeinheit völliger Gedankenlosigkeit im Volke.

Gewiß wiederholt sich keine geschichtliche Situation in allen ihren Einzelheiten. Heute liegen die Dinge anders als vor zwei Jahrtausenden. Damals war schließlich die ganze antike Kulturwelt in einem einzigen Staatswesen vereinigt. Mit diesem verkam die ganze Kultur. Heute gibt es neben den Staaten der Diktatur nicht wenige freie Staaten. Sollte die Diktatur nicht bloß eine vorübergehende Erscheinung sein, sondern ein Dauerzustand, dann müßte sie eine dauernde Rückständigkeit der diktatorisch regierten Staaten gegenüber den demokratischen herbeiführen. Das würde am auffallendsten im Deutschen Reich zutage treten, weil dieses seit dem achtzehnten Jahrhundert seine größten und glänzendsten Errungenschaften der gewaltigen Regsamkeit seines geistigen Lebens zu verdanken hat.

Zum Glück haben wir bei den modernen Diktaturen, und besonders der deutschen, nicht mit einem dauernden Zustand zu rechnen.

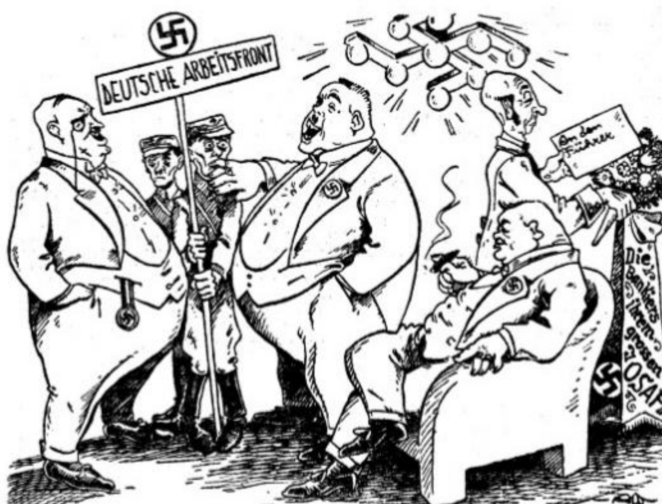
Das antike römische Kaiserreich zog seine Stabilität aus einem sozialen Zustand, der den Staat fortschreitend ruinierte. Der freie Bauer verschwand, er wurde ersetzt durch Sklaven, und als diese selten wurden, durch Kolonen, an die Scholle gefesselte Pächter, Vorläufer der Leibeigenen des Mittelalters. In der Stadt wieder verlumpten die freien Handwerker immer mehr infolge der Sklavenkonkurrenz. Sie sanken in wachsendem Maße zu Lumpenproletariern herab. Das waren die sozialen Grundlagen, die den römischen Kaisern ihre unbeschränkte Macht im Staate gaben und ihnen erlaubten, die Ausrottung der Besten systematisch zu betreiben.

Heute herrscht in allen Kulturstaaten die Freiheit der Arbeit; sie läßt ein kraftvolles Lohnproletariat erstehen, das seit einem Jahrhundert die wichtigste Stütze der Demokratie ist und das mit den Kämpfen um sie und in ihr ökonomisch, politisch, intellektuell immer mehr erstarkt.

Der Aufstieg von Diktaturen in einigen Staaten ist eine lokale, vorübergehende Unterbrechung eines seit mehr als einem Jahrhundert in der ganzen Kulturwelt vorwärtsgehenden Prozesses, eine Nachwirkung des Weltkrieges.

Wir haben nicht zu fürchten, daß sie allgemein und andauernd genug wird, um jenen „Untergang des Abendlandes" herbeizuführen, den einer der Wegbereiter des Nationalsozialismus prophezeit hat. Wohl aber haben alle deutschen Patrioten die triftigsten Gründe, für ihr Vaterland besorgt zu sein. Die Ausrottung der Besten wird dort so gründlich durch fanatische Banden der Schlechtesten besorgt, denen die Konkurrenz der Besten unerträglich geworden ist, daß dem Deutschen Reich die Gefahr droht, binnen kurzem in jeder Beziehung in die letzte Linie der Völker moderner Kultur hinabzugleiten, es sei denn, daß es der deutschen Emigration und den Deutschen in den Nachbargebieten des Reiches gelingt, durch verdoppelte Tätigkeit die großen Sünden gutzumachen, deren sich die Hitler-Diktatur am deutschen Volk schuldig macht.

Nazigewerkschaftsleiter



„Klassenkampf, jibts nich mehr! Ihr müßt Maul halten und weiterdienen — auch wir verdienen weiter!"